

SPD

2017

## **Martin Schulz Antrittsrede Januar 2017: MSA0117**

Quelle: [https://www.spd.de/fileadmin/Dokumente/Reden/20170129\\_Rede\\_Schulz.pdf](https://www.spd.de/fileadmin/Dokumente/Reden/20170129_Rede_Schulz.pdf)

1 Liebe Genossinnen, liebe Genossen, sehr geehrte Damen und Herren, liebe Gäste, soeben  
2 hat mich der Parteivorstand meiner Partei als Kanzlerkandidaten und künftigen Partei-  
3 vorsitzenden vorgeschlagen. Das ist ein bewegender Moment für mich und ich bin  
4 froh, dass ich diesen Moment mit euch und mit Ihnen hier teilen darf. Das ist ein  
5 großartiges Bild von der Bühne aus und schön zu sehen, dass das Willy-Brandt-Haus so  
6 gefüllt ist.

7 Überall ist es zu spüren: Die Aufbruchsstimmung und die neue Hoffnung in der Partei  
8 sind nicht nur hier im Saal, sondern auch im ganzen Land greifbar und wir werden  
9 die Wahlen in diesem Jahr wieder richtig spannend machen.

10 Ich bin sehr gerührt und dankbar für den riesigen Zuspruch, den ich in den letzten Tagen  
11 von Parteimitgliedern und aus der Bevölkerung erfahren habe und deshalb freue ich mich  
12 auf den Wahlkampf, der nun vor uns liegt!

13 Lieber Sigmar, danke dass Du aus der Überzeugung, dass es für unser Land und für  
14 unsere Partei besser ist, selbstlos auf das Amt des Vorsitzenden und des Kanzlerkandida-  
15 ten verzichtest, dass wir beide in den vergangenen Wochen und Monaten eng beiein-  
16 ander geblieben sind, obschon der ein oder andere versucht hat, uns gegeneinander zu  
17 treiben, dass Du mein Freund bist, darüber bin ich sehr froh und dafür sind wir sehr dank-  
18 bar. Du bist ein toller Typ und mit Deinem Vorschlag, dass ich nun die Partei führen soll,  
19 hast Du in großer Souveränität eine schwere persönliche Entscheidung getroffen. Das  
20 verdient Respekt, das verdient Bewunderung. Du hast unseren Respekt und Du hast un-  
21 sere Bewunderung. Ich bin sicher, dass Du ein herausragender Außenminister wirst, so  
22 wie Du ein herausragender Parteivorsitzender und Wirtschaftsminister warst. Ganz herz-  
23 lichen Dank für unsere Freundschaft.

24 In den letzten Wochen und Monaten haben wir bewiesen: Die Partei war diszipliniert und  
25 solidarisch. Das haben viele uns nicht zugetraut, denn manche denken noch immer, Poli-  
26 tik sei es, wenn man sich gegenseitig austrickse oder sich in die Kniekehlen trete. Nein!  
27 Sozialdemokratie heißt: ein fairer und ein solidarischer Umgang miteinander! Hand in

28 Hand und Seit' an Seit', um das Beste für unser Land zu erreichen. Wir suchen pragma-  
29 tische Lösungen, im Dienste der Menschen.

30 Was für ein harter Gegenschnitt zu den endlosen und ermüdenden Streitereien bei den  
31 Konservativen, was für ein Gegenschnitt zu dem Intriganten-Stadel in der CSU und den  
32 täglichen Demütigungen innerhalb der Union gegen die eigene Kanzlerin. Der ver-  
33 lässliche Partner in der Bundesregierung ist die SPD und die tragende Kraft die SPD-  
34 Bundestagsfraktion. Wir haben die wichtigen Zukunftsprojekte für unser Land ange-  
35 schoben und realisiert. Meine Damen und Herren, die Sozialdemokratie in Deutschland  
36 tritt mit dem Anspruch an, bei der kommenden Bundestagswahl die stärkste politische  
37 Kraft zu werden. Und ich trete mit dem Anspruch an, Bundeskanzler der Bundesrepublik  
38 Deutschland zu werden! Denn wir wollen, dass es in unserem Land gerechter zugeht.  
39 Dass die Menschen sicher und gut leben. Dass unsere Kinder eine Perspektive haben.  
40 Dass Deutschland ein Stabilitätsfaktor in Europa und in der Welt ist. Dafür brauchen wir  
41 eine starke Sozialdemokratie.

42 Es geht ein tiefer Riss durch unsere Gesellschaft, nicht nur in Deutschland und nicht nur  
43 in unseren europäischen Nachbarländern, sondern weltweit. Wir müssen diese Gräben  
44 überwinden und zu einem neuen Miteinander kommen. Wir brauchen neuen Mut und  
45 neue Zuversicht. Wir sind die Gewissheit, dass wir die Dinge zum Besseren wenden kön-  
46 nen, wenn wir die Ärmel hochkrempeln und gemeinsam anpacken. Und wir müssen Ver-  
47 trauen zurückgewinnen und signalisieren, dass sich die Menschen auf uns verlassen  
48 können.

49 Die Gesellschaft zusammenzuführen, das ist die Kernkompetenz der SPD. Und das Zu-  
50 sammenführen der Gesellschaft, das ist die wichtigste Aufgabe in den nächsten Jahren,  
51 weil wir nur so stark bleiben werden, um uns gegen die Feinde der Demokratie zu wapp-  
52 nen und die Herausforderungen bewältigen. Dabei geht es auch um gegenseitigen Res-  
53pekt: Mir ist wichtig, dass die hart arbeitenden Menschen, die sich an die Regeln halten,  
54 die sich um ihre Kinder und oft auch um ihre Eltern kümmern, die manchmal trotz zweier  
55 Einkommen nur geradeso über die Runden kommen, dass wir diese Menschen in  
56 den Mittelpunkt unserer Politik stellen. Dafür trete ich an!

57 Die Menschen, die den Laden am Laufen halten, diese Menschen haben Respekt verdient.

58 Respekt für ihre Lebensleistung. Ich habe diesen Respekt, auch weil ich aus eigener  
59 Erfahrung weiß, dass manche Wege steinig und beschwerlich sind und dass man auch  
60 vom Weg abkommen kann. Ich möchte, dass es gerecht in unserem Land zugeht.

61 Wenn eine Familie mit Kindern, in der beide Elternteile arbeiten gehen, kaum ihre Miete  
62 in den Ballungsräumen zahlen kann, dann geht es nicht gerecht zu.

63 Wenn ein Konzernchef verheerende Fehlentscheidungen trifft, dafür noch Millionen an  
64 Boni kassiert, eine Verkäuferin dagegen aber für eine kleine Verfehlung rausgeschmissen  
65 wird, dann geht es nicht gerecht zu.

66 Wenn der kleine Bäckerladen anständig und selbstverständlich seine Steuern zahlt und  
67 dadurch unser Gemeinwesen finanziert, der globale Kaffeekonzern sich aber davor drückt  
68 und sein Geld in Steueroasen parkt, dann geht es nicht gerecht zu. Steuergerechtigkeit  
69 und die Bekämpfung der Steuerflucht wird deshalb ein zentrales Wahlkampfthema wer-  
70 den.

71 Wenn Arbeitnehmer bei den Krankenkassenbeiträgen höhere Beiträge als die Arbeitge-  
72 ber zahlen, dann geht es nicht gerecht zu. Die Parität, das gute Miteinander von Arbeit-  
73 nemern und Arbeitgebern, ist nämlich die Grundlage unseres wirtschaftlichen Erfolgs.

74 Und wenn wir locker Milliarden zur Rettung von Banken mobilisieren, aber der Putz in  
75 den Schulen unserer Kinder von der Wand bröckelt, dann geht es nicht gerecht zu.

76 Das ist die Aufgabe der SPD, für Gerechtigkeit zu sorgen, Vertrauen aufzubauen und  
77 dadurch unser Land voranzubringen. Dabei haben wir vieles in der Bundesregierung  
78 schon geschafft:

79 Andrea Nahles hat den Mindestlohn eingeführt, viele Initiativen für gute und sichere  
80 Arbeit vorangebracht und die Rente gerechter gemacht, Heiko Maas ist das Gesicht für  
81 die Bürgerrechte in der Partei, der niemals vergisst, dass man auch bei der Bekämpfung  
82 der Kriminalität, die Grundrechte achten und beschützen muss und der unermüdlich klare  
83 Kante gegen rechts zeigt, Manuela Schwesig hat die Familienpolitik endlich ins Zentrum  
84 des Regierungshandels gerückt und kämpft wie kaum eine andere für gleiche Löhne von  
85 Frauen und Männern, Frank-Walter Steinmeier ist der besonnene Diplomat, der zu Recht  
86 der beliebteste Politiker in unserem Land ist und der deshalb in zwei Wochen unser

87 nächstes Staatsoberhaupt wird. Darauf sind wir stolz.

88 Barbara Hendricks hat im Bereich Klimaschutz und beim ökologischen Umbau Hervor-  
89 ragendes geleistet und kämpft für bezahlbaren Wohnraum für alle.

90 Sigmar Gabriel hat mit seiner Wirtschaftspolitik unglaubliche Erfolge erzielt, mit  
91 einem massiven Rückgang der Arbeitslosigkeit und dem Kampf um jeden Job bei Kai-  
92 sers/Tengelmann. Das war ein Ruhmesblatt in der Geschichte der Sozialdemokratie. Ich  
93 bin sicher, dass Brigitte Zypries an diese erfolgreiche Arbeit souverän anknüpfen wird.

94 Und Aydan Özogus macht als Integrationsministerin im Kanzleramt in schweren Zeiten  
95 einen richtig guten Job und lässt sich dabei auch durch Anfeindungen nicht von ihrem  
96 gradlinigen Kurs abbringen.

97 Ja, die Vertreterinnen und Vertreter der SPD in der Bundesregierung und die Abgeord-  
98 neten in der Bundestagsfraktion von Thomas Oppermann geführt, sind diejenigen, die  
99 Deutschland voranbringen, während die Unionsseite sich in sinnlose Streits verzettelt und  
100 noch nicht einmal entschieden hat, ob CDU und CSU eine gemeinsame Kanzlerkandida-  
101 tin aufstellen. Deshalb braucht dieses Land endlich eine Bundesregierung, die von einem  
102 Sozialdemokraten geführt wird, denn Willy Brandt, Helmut Schmidt und Gerhard  
103 Schröder haben Deutschland gut getan.

104 Und auch in den Ländern regieren Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten besonnen  
105 und verlässlich: Hannelore Kraft in Nordrhein-Westfalen, Malu Dreyer in Rheinland-  
106 Pfalz, Torsten Albig in Schleswig-Holstein, Erwin Sellering in Mecklenburg-Vorpom-  
107 mern, Stefan Weil in Niedersachsen, Olaf Scholz in Hamburg, Dietmar Woidke in Bran-  
108 denburg, Carsten Sieling in Bremen und Michael Müller in Berlin. Sie alle zeigen, dass  
109 es einen Unterschied macht, ob Sozialdemokraten oder Konservative regieren: denn wir  
110 stehen für gebührenfreie Bildung von der Kita bis zum Studium; wir stehen für gute  
111 und faire Löhne und für den Kampf gegen prekäre Arbeitsplätze; wir stehen für be-  
112 zahlbare Wohnungen, weil Wohnen ein Grundrecht ist. In 13 von 16 Bundesländern  
113 regieren Sozialdemokraten und das ist eine gute Botschaft für die Menschen dort und  
114 eine gute Basis für unseren Wahlsieg im September.

115 Dasselbe gilt für die Städte und Gemeinden: dort wo Sozialdemokraten Verantwortung

116 tragen, wird pragmatisch und an den Bürgerinteressen orientiert regiert. Denn wir wollen,  
117 dass die Menschen in den Metropolen und Ballungsräumen genauso eine Perspektive  
118 haben, wie die Menschen in den Regionen und ländlichen Räumen. Da ist noch eine  
119 Menge Arbeit vor uns, wenn ich an die medizinische Versorgung denke, an zu wenig  
120 Kitas und Schulen im ländlichen Raum oder an das Fehlen von Infrastruktur und ausrei-  
121 chenden Angeboten, um den Alltag dort zu bewältigen. Wer im ländlichen Raum, in  
122 Dörfern oder in Kleinstädten lebt, hat die gleichen Rechte, wie die Bürgerinnen und Bür-  
123 ger in den Metropolen.

124 Eines will ich klar sagen: Wahlkampf ist wichtig, um die Unterschiede zwischen den  
125 Parteien und den Kandidaten herauszuarbeiten. Ich scheue mich vor keinem Konflikt. Im  
126 besten Fall kann ein Wahlkampf zu einer Sternstunde der Demokratie werden. Aber klar  
127 ist auch: Die SPD, ich werde in diesem Wahlkampf fair mit den politischen Wettbewer-  
128 bern umgehen. Politischer Meinungsstreit darf nicht zu Hass, zu Häme oder zu Spott  
129 führen und diejenigen, die das versuchen, werden wir demaskieren. Denn das, was wir  
130 im vergangenen Jahr im Wahlkampf in den USA erlebt haben, der fehlende Anstand in  
131 der Debatte, hat mich erschreckt, weil es tiefe Gräben aufgerissen hat und viel kaputt  
132 gemacht hat in dem Land, das einst für Freiheit und Toleranz stand. Das darf uns in  
133 Deutschland nicht passieren. Deshalb ist ein ordentlicher Umgang miteinander, der  
134 Respekt vor anderen Meinungen, für mich eine Selbstverständlichkeit. Ich lade die ande-  
135 ren demokratischen Parteien dazu ein, sich einem Fairnessabkommen anzuschließen,  
136 das auch die Nicht-Nutzung von social bots einschließt und gemeinsam zu überlegen,  
137 wie man mit falschen Meldungen im Internet, mit Verleumdung und Hetze in den sozia-  
138 len Netzwerken umgeht. Die Migrationsfragen treiben uns alle um. Unsere Gesellschaft  
139 ist als Ganzes herausgefordert, weil Rattenfänger versuchen, auf dem Rücken der Flücht-  
140 linge ihr politisches Kapital zu schlagen. Das ist schändlich und abstoßend.

141 Mein Ausgangspunkt in der Debatte ist eine sehr deutsche Erfahrung: unser Land  
142 kennt Krieg, Diktatur, Verfolgung und Vertreibung. Wir Deutschen wissen, dass es  
143 Zeiten und Situationen gibt, in denen Menschen fliehen müssen, wenn sie überleben oder  
144 der Folter und Verfolgung entrinnen wollen. Zwei Tage nach dem Holocaust- Gedenktag  
145 sage ich deshalb ganz bewußt: Heinrich Mann, Albert Einstein, Willy Brandt, Hannah  
146 Arendt oder Anna Seegers haben diese Erfahrung gemacht, dass sie ohne politisches

147 Asyl den nationalsozialistischen Terror nicht überlebt hätten.

148 Diese Erfahrung bedeutet: wenn Menschen vor dem bestialischen Terror des sogenannten  
149 Islamischen Staat fliehen, dann haben sie den Schutz in Europa verdient und deshalb ist  
150 ein generelles Misstrauen diesen Flüchtlingen gegenüber ein Sieg des sogenannten IS.

151 Die richtige Strategie bei einer humanen Flüchtlingspolitik heißt bei den Fluchtursachen  
152 anzusetzen, also unermüdlich für einen Friedensprozess in Syrien zu arbeiten und die  
153 dramatische Armut und politische und wirtschaftliche Instabilität in Afrika zu bekämp-  
154 fen. Hier ist europäische, hier ist deutsche Außenpolitik gefragt und es ist beruhigend,  
155 dass Frank-Walter Steinmeier das mit großer Souveränität getan hat und Sigmar Gabriel  
156 daran anknüpfen wird. Allerdings muss Europa auch liefern: bei der Bekämpfung der  
157 Fluchtursachen genauso wie beim Schutz der europäischen Außengrenzen und bei einem  
158 europäischen Einwanderungsgesetz.

159 Es geht um eine faire Verteilung der Flüchtlinge auf unserem Kontinent. Denn Solidarität  
160 und faire Lastenteilung ist die Basis der europäischen Zusammenarbeit. Deutschland  
161 ist solidarisch, wenn es um Hilfe für andere Länder geht – auch finanziell. Deutschland  
162 ist solidarisch, wenn sich andere Länder bedroht fühlen und trägt dann auch Sanktionen  
163 mit. Aber Solidarität ist keine Einbahnstraße. Wenn Solidarität bei einigen Mitgliedslän-  
164 dern so interpretiert wird: bei der Finanzierung der Agrarfonds oder der Mittel für die  
165 Strukturförderung „Ja, bitte“, aber bei der Solidarität mit Menschen „Nein, danke“, dann  
166 muss eine künftige Bundesregierung die Frage der Solidarität bei der Flüchtlingspolitik  
167 mit der nächsten EU-Finanzplanung verbinden.

168 Dass der lautstärkste Vertreter dieser Entsolidarisierung in Europa, der ungarische  
169 Ministerpräsident Victor Orban, der jegliche Solidarität mit Deutschland in der Flücht-  
170 lingspolitik ablehnt, von der CSU hofiert und beklatscht wird, ist ein offener Affront  
171 gegen die deutschen Interessen. Die Flüchtlinge, die in unserem Land ankommen und die  
172 eine langfristige Bleibe- Perspektive haben, müssen schnell integriert werden. Das kostet  
173 Geld, das kostet sogar viel Geld und dabei dürfen wir die Länder und Kommunen nicht  
174 alleine lassen, weil sie die Hauptlast tragen. Dafür müssen wir die Vereine und lokalen  
175 Initiativen stärken und sie mit den notwendigen finanziellen Mitteln ausstatten. Deutsch-  
176 land ist ein starkes und ein wohlhabendes Land und was die Zivilgesellschaft und die

177 ehrenamtlichen Bürgerinnen und Bürger im vergangenen Jahr bei der Hilfe für Flücht-  
178 linge geleistet haben, ist eine historische Leistung der Menschen in unserem Land.

179 Aber gerade wenn man für ein offenes und für ein tolerantes Land eintritt, heißt das auch,  
180 dass man mit aller Konsequenz gegen Straftäter vorgeht. Olaf Scholz hat das vor vielen  
181 Jahren mal so zusammen gefasst: „Ich bin liberal, aber nicht doof.“ Deshalb in klaren  
182 Sätzen, mit rheinischem Klang: Wer in Deutschland straffällig wird und sich nicht an die  
183 Regeln hält, der wird die volle Härte deutscher Gesetze und der Sicherheitsbehörden spü-  
184 ren. Für eine solche Null-Toleranz-Politik mit Augenmaß stehen die SPD-Innenminister  
185 in den Ländern genauso wie unsere Sicherheitspolitiker im Bund.

186 Aber bei aller notwendigen Klarheit in dieser Frage ist für mich gleichzeitig genauso  
187 wichtig: Wir werden niemals unsere Werte, unsere Freiheit und Demokratie, unsere  
188 Rechtsstaatlichkeit und unsere Pluralität aufgeben, egal vor welcher Herausforderung wir  
189 stehen. Ich sage das sehr bewusst, denn dass ein US-Präsident Mauern hochziehen will,  
190 laut über Folter nachdenkt und Frauen, Religionsgemeinschaften, Minderheiten, Men-  
191 schen mit Beeinträchtigungen, Künstler und Intellektuelle mit unverschämten und ge-  
192 fährlichen Äußerungen attackiert, das ist ein Tabubruch, der unerträglich ist. Allerdings  
193 bin ich sicher, dass nun europäische Politiker, wenn sie nach Washington reisen, der US-  
194 Regierung erklären werden, dass das internationale Völkerrecht und die Menschenrechte  
195 auch für Donald Trump gelten. Da bin ich sicher! Denn die transatlantische Partner-  
196 schaft ist wichtig und muss weiter ein fester Bestandteil für Europa und für Deutschland  
197 sein. Jetzt sagen manche: „Der Schulz ist ein Europapolitiker. Der hat doch gar  
198 keine Ahnung von den deutschen Themen.“

199 Liebe Freunde, an der Stelle bin ich ganz gelassen: Wenn man 11 Jahre Bürgermeister in  
200 einer Stadt mit 40.000 Einwohnern war, dann weiß man, was beim Arbeitsamt, bei der  
201 Polizei, beim Jugend- und Sozialamt, in den Schulen und Altenheimen, bei den Mittel-  
202 ständlern und kleinen Ladenbesitzern, im Sportclub, der lokalen Kulturszene und bei der  
203 Feuerwehr los ist. Denn jedes Problem landet am Ende in den Rathäusern und Gemein-  
204 devertretungen, also auf der kommunalen Ebene und deshalb empfinde ich manche Ein-  
205 lassung gegen mich, als eine Beleidigung gegen die zig-tausenden Menschen, die sich  
206 auf kommunaler Ebene engagieren und dort großartige Arbeit leisten und die es  
207 eigentlich sind, die den Alltag in unserem Staat organisieren. Viele Menschen in



208 Deutschland leben nämlich in der sogenannten Provinz und ich schäme mich nicht, dass  
209 ich aus Würselen komme, einer kleinen Stadt in Nordrhein- Westfalen.

210 Und ein zweites ist mir wichtig: Ja, ich weiß, was in Europa los ist, kenne die Stärken  
211 und die Schwächen der EU und habe viele Kontakte auf unserem Kontinent. Weil ich das  
212 weiß, sage ich voller Überzeugung: Ein funktionierendes Europa ist im vitalen Interesse  
213 von Deutschland und ein Deutschland, dem es gut geht, ist im Interesse von Europa.  
214 Der Versuch also, Europapolitik gegen deutsche Politik zu schieben, so

215 zu tun, als müsste man deutsche Interessen gegen „die da“ in Brüssel verteidigen, ist eine  
216 plumpe und eine dumme Rhetorik. Europapolitik ist deutsche Innenpolitik und deutsche  
217 Innenpolitik wirkt in Europa. Wer das gegeneinander stellen will, versündigt sich an den  
218 Zukunftschancen unserer Kinder und der nachfolgenden Generationen!

219 Mit mir wird es kein *Europa-Bashing* geben und deshalb empfinde ich es als Kompliment,  
220 dass mir Europakompetenz attestiert wird, denn die braucht man dringend, wenn  
221 man ins Kanzleramt einziehen will! Als Bundeskanzler werde ich daran mitwirken, dass  
222 dieses Europa besser, effizienter und bürgernäher wird. Viele hier im Saal kennen mich  
223 ja: ich bin der Sohn einfacher Leute, meine Mutter war Hausfrau, mein Vater Polizist.  
224 Ich war ein begeisterter Fußballspieler und deshalb lieber auf dem Sportplatz als auf der  
225 Schulbank. Als junger Mann sind meine Fußballträume dann zerplatzt und in dieser Zeit  
226 habe ich die Orientierung verloren. Ich weiß, was es bedeutet, wenn man vom Weg  
227 abkommt, aber ich weiß auch, wie gut es sich anfühlt, wenn die Familie und Freunde  
228 einen wieder aufrichten und man dadurch eine zweite Chance bekommt. Ich habe sie  
229 bekommen und ich bin stolz darauf, dass ich eine Buchhändlerlehre absolviert habe und  
230 dann einen kleinen Buchladen eröffnen konnte, der heute noch existiert und der gut sor-  
231 tiert ist. Als ich dann in die Politik gegangen bin, habe ich alles von der Pike auf gelernt  
232 - nämlich auf der kommunalen Ebene - bevor es dann ins Europaparlament ging.

233 Wie viele andere Menschen, die beispielsweise in der Pflege oder Betreuung tätig  
234 sind, die Busse fahren, für Sicherheit sorgen, ein Unternehmen führen oder als Handwer-  
235 ker Dinge in Ordnung bringen, die jeden Tag am Band stehen oder die kreativ unterwegs  
236 sind, bin ich stolz darauf, was ich in meinem Leben geschafft habe. Aber was wurde mir  
237 nicht alles vorgeworfen? Dass ich kein Abitur habe, nie studierte und dass ich aus der

238 Provinz komme. All diese Dinge sehe ich nicht als Makel, weil ich diese Zuschreibungen  
239 mit der Mehrheit der Menschen in unserem Land teile. Nach meinem Verständnis  
240 muss ein Bundeskanzler für die Alltagssorgen, für die Hoffnungen wie für die Ängste  
241 aller Menschen nicht nur Verständnis, sondern tiefe Empathie empfinden. Sonst ist er  
242 oder sie fehl am Platz. Deshalb bewerte ich so manchen Angriff gegen mich - „der Eu-  
243 ropa- und Kommunal-Fuzzi, der noch nicht mal Abitur hat“ einfach nur als arrogant,  
244 elitär und total abgehoben. Die beste Antwort auf diese Attacken war in dieser Woche  
245 die Zustimmung der Menschen, die in die SPD eingetreten sind und die uns dadurch ihr  
246 Vertrauen geschenkt haben.

247 Ich werde in den nächsten Wochen viel durchs Land reisen, um die Menschen in ihrem  
248 Lebensalltag zu treffen und mit ihnen darüber zu diskutieren, was ihre Vorstellungen für  
249 eine bessere, eine gerechtere und eine sichere Zukunft sind. Ich möchte den Menschen  
250 zuhören. Bei den Parteitagen im März und Mai werden wir dann unsere programma-  
251 tischen Ideen vertieft vorstellen.

252 Wir Sozialdemokraten wollen den Laden voranbringen, weil in diesen Zeiten das takti-  
253 sche Auf-Sicht-Fahren und Herumlavieren einfach zu wenig ist. Denn wir könnten ambi-  
254 tionierter sein, um unser Land fit für die kommenden Jahrzehnte zu machen. Es geht  
255 darum, Vertrauen und Glaubwürdigkeit zu verdienen, indem wir unser Land gerechter  
256 machen. Vieles ist aus dem Lot geraten.

257 Es geht darum, für gute Löhne zu sorgen, denn sichere Jobs und gute Löhne sind die  
258 Grundbedingung für eine Rente, von der man später in Würde leben kann. Gleicher Lohn  
259 für gleiche Arbeit muss dabei für alle Frauen und Männer gelten und gemeinsam mit  
260 den Tarifpartnern müssen wir die sozialen Berufe in der Pflege und Betreuung auch  
261 durch Lohnsteigerungen aufwerten. Hierfür sind starke Gewerkschaften und Betriebsräte  
262 zentral. Das von Sigmar Gabriel neu begründete Bündnis zwischen SPD und Gewerk-  
263 schaften wird von mir mit großem Engagement fortgesetzt werden.

264 Es geht darum, dass der Schlüssel für eine gute Zukunft unsere innovative Wirtschaft  
265 ist, weil sie die guten und krisensicheren Jobs schafft. Dafür brauchen wir höhere Inves-  
266 titionen. Wir brauchen sie im Bereich der Infrastruktur, beim digitalen Umbau und für

267 Bildung und die Familien. Dass wir angesichts von Milliarden Überschüssen im Bundes-  
268 haushalt nun aber erleben müssen, dass der Finanzminister als Wahlkampfgeschenk  
269 Steuersenkungen verspricht, von denen die Reichen wieder mal am meisten profitieren  
270 sollen, anstatt in die Köpfe unserer Kinder zu investieren, zeigt, dass wir auch endlich  
271 einen sozialdemokratischen Finanzminister in Berlin brauchen. Ich bin dankbar dafür,  
272 dass Torsten Schäfer-Gümbel zusammen mit den SPD- Finanzministern im Land gute  
273 Vorschläge für eine gerechte Steuerpolitik und das Schließen von Steueroasen macht.

274 Es geht darum, die Familien und unsere Kinder zu stärken. Familie ist, wo Menschen  
275 dauerhaft füreinander Verantwortung übernehmen. Krippen, Kitas und Ganztagschulen  
276 sind für mich die Leuchttürme in unseren Städten und Gemeinden und nicht die Wolken-  
277 kratzer von globalen Finanzinstituten, die mit ihrer intransparenten Architektur einen zy-  
278 nischen Machtanspruch dokumentieren und zementieren wollen.

279 Es geht darum, für Sicherheit in unseren Städten und Gemeinden zu sorgen, in dem wir  
280 genug Polizei auf die Straße bringen. Denn die Alltagskriminalität, die Wohnungsein-  
281 brüche und der Vandalismus führen zu einem Gefühl der Verunsicherung. Ich habe  
282 für dieses Gefühl Verständnis. Deshalb darf die SPD nicht nur auf der Seite von  
283 denjenigen stehen, die beherzt und voller Dynamik voranschreiten, sondern sie muss  
284 auch der Anwalt der Leute sein, die Ängste haben und die sich fürchten.

285 Dabei steht für mich fest: Die neoliberale Ideologie der letzten Jahrzehnte hat unter dem  
286 Stichwort „Schlanker Staat“ und „Privat statt Staat“ die Polizei und Sicherheitsorgane  
287 ausgeblutet und damit die Kriminalitätsbekämpfung erschwert. Deshalb ist es an der Zeit,  
288 dass endlich ein sozialdemokratischer Innenminister das Ruder übernimmt, nachdem die  
289 Union seit 12 Jahren für dieses Resort verantwortlich ist und immer wieder mit starken  
290 Sprüchen ihre eigenen Versäumnisse zu kaschieren sucht.

291 Es geht darum, gute Bildung auch dadurch zu ermöglichen, dass wir auf allen Ebenen  
292 so zusammen arbeiten, dass wir die gleichen Bildungschancen für alle ermöglichen.  
293 Bildung muss gebührenfrei werden, von der Kita bis zum Studium und dort wo Sozi-  
294 aldemokraten regieren, ist das auf einem guten Weg.

295 Bildung und Ausbildung heißt auch kulturelle Bildung und deshalb ist es mir als

296 Buchhändler besonders wichtig, dass wir dabei die musische Bildung und die Investitio-  
297 nen in Bibliotheken und Theater nicht vergessen. Anke Rehlinger im Saarland, Torsten  
298 Albig in Schleswig-Holstein und Hannelore Kraft in NRW haben der Bildung einen zent-  
299 ralen Platz im Wahlkampf gegeben. Richtig so, denn das Motto von Hannelore Kraft  
300 „Kein Kind zurücklassen“ ist die Basis für eine zukunftsorientierte Politik.

301 Es geht darum, endlich anzuerkennen, dass bezahlbarer Wohnraum in immer mehr Re-  
302 gionen zu einer zentralen sozialen Frage geworden ist und dass wir deshalb den Bau  
303 von erschwinglichen Wohnungen forcieren müssen und Mieterhöhungen begrenzen. Die  
304 Förderung von bezahlbarem Wohnraum war aber jahrelang als staatliches Almosen ver-  
305 pönt und Barbara Hendricks hat diesen falschen Ansatz nachhaltig beendet.

306 Es geht darum, die Umwelt auch im Interesse der nachfolgenden Generationen zu schüt-  
307 zen und das heißt nicht nur globale Klimaabkommen zu schließen – das auch -, sondern  
308 auch auf lokaler Ebene für eine nachhaltige Landwirtschaft mit gesunden Lebensmitteln  
309 zu sorgen und den Landschafts- und den Tierschutz endlich ernst zu nehmen. Der Schutz  
310 unserer Umwelt ist die zentrale Aufgabe unserer Generation. Wir dürfen unseren Kindern  
311 und Enkelkindern kein vergiftetes Erbe hinterlassen.

312 Und es geht darum, die Digitalisierung als Gestaltungsaufgabe zu begreifen, denn es  
313 ist ja absurd das ein Viertel der Menschen, die im ländlichen Raum leben, keinen oder  
314 nur schlechten Zugang zum Internet haben. Die Digitalisierung ist eine wichtige Grund-  
315 lage für Innovation und Dynamik und sie ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die  
316 wir gestalten müssen. Aber die digitale Sphäre braucht auch Regeln, damit sich nicht nur  
317 die Starken mit den mächtigsten Rechner durchsetzen und deshalb ist eine Grund-  
318 rechtecharta für die digitale Welt ein wichtiges Instrument, um Regellosigkeit im Netz  
319 zu beenden und Pluralität und Schutz des Einzelnen zu bewahren.

320 Im Kern geht es darum, dass wir unsere Gesellschaft zusammenhalten. Der Kitt unserer  
321 Gesellschaft sind aber die Sportvereine, die Nachbarschaftsinitiativen, die Kirchen, die  
322 Gewerkschaften und Betriebe und die Bildungsstätten. Die Unterstützung der Zivilge-  
323 sellschaft ist das Gebot der Stunde, um unsere Demokratie zu verteidigen. Ralf Stegner,  
324 dem ich zu seiner Wiederwahl als Landesvorsitzender in Schleswig-Holstein gratuliere,

325 ist bei der Verteidigung der Demokratie und der Stärkung der Zivilgesellschaft an vor-  
326 derster Front engagiert. Es gibt aber den massiven Versuch, unser Gesellschaft in die  
327 Zange zu nehmen: Auf der einen Seite sind wir in Deutschland wie in vielen anderen  
328 Ländern mit einem barbarischen Terrorismus konfrontiert, der abscheuliche und feige  
329 Mordanschläge verübt und dessen Ziel es ist, dass wir unsere freie und demokratische  
330 Gesellschaftsordnung aufgeben. Diese Mörder müssen wir mit harter Hand bekämpfen,  
331 mit Polizei, den Sicherheitsdiensten und allen Mitteln des Strafrechts, ohne dass wir dabei  
332 die Freiheit und Liberalität opfern.

333 Allerdings müssen wir uns gleichzeitig fragen, warum auch Menschen in die Fänge von  
334 Terroristen und totalitärer Ideologien gelangen, die in toleranten und freien Gesellschaf-  
335 ten aufgewachsen sind. Die Begeisterung für unser offenes und tolerantes Gesellschafts-  
336 modell ist offensichtlich keine Selbstverständlichkeit mehr und deshalb müssen wir  
337 mehr erklären und um die Köpfe und Herzen kämpfen. Das heißt auch, dass wir Projekte,  
338 die sich für eine De-Radikalisierung einsetzen, kräftig unterstützen müssen. Prävention  
339 und die Bekämpfung der Ursachen von Kriminalität ist ein wichtiger Bestandteil einer  
340 sozialdemokratischen Sicherheitspolitik. Ich sage aber auch: Wer die Freiheit und die  
341 demokratische Grundordnung unter dem Deckmantel der Religionsfreiheit aushebeln  
342 will, wer die ersten zwanzig Artikel unseres Grundgesetzes nicht akzeptiert, der wird mit  
343 unserem entschiedenen Widerstand rechnen müssen. Für Terror gibt es keine Rechtferti-  
344 gung.

345 Auf der anderen Seite sind wir mit einem erstarkenden Nationalismus konfrontiert, einem  
346 Populismus und einer sich radikalierenden Rechten. Le Pen in Frankreich, Wilders in  
347 den Niederlanden und die AfD in Deutschland sind nur einige Vertreter dieser Richtung,  
348 die permanent mal gegen Minderheiten, mal gegen den Islam, gegen die Medien oder  
349 gegen Europa hetzen. Die Partei von Marie Le Pen, auf die sich die AfD so gerne  
350 bezieht, heißt im deutschen „nationale Front“. Eine solche Partei mit einem aggressi-  
351 ven Nationalismus hatten wir in unserem Land schon einmal. Wozu ein blinder Nationa-  
352 lismus aber führt, haben wir in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts erlebt. Deshalb ist  
353 die Partei der Höckes, der Gaulands und Petrys keine Alternative für Deutschland, son-  
354 dern sie ist eine Schande für die Bundesrepublik.

355 Wer die freie Presse attackiert und beispielsweise von Lügenpresse spricht, der will ein

356 anderes Land. Als Präsident des Europaparlaments musste ich mit solchen Leuten tag-  
357 täglich umgehen: Menschen, die unerträglichen Rassismus und Antisemitismus, die Frau-  
358 enfeindlichkeit und Homophobie wieder gesellschaftsfähig machen wollten. All diesen  
359 Rassisten, Extremisten und Populisten sage ich, sagt die gesamte SPD den Kampf an!

360 Ich habe vor ein paar Wochen in Dresden eine Initiative besucht, die per Twitter von den  
361 Pegida-Demonstrationen berichtet. Die Gründer dieser Initiative sind zwei junge Männer,  
362 die für ihre vorbildliche Arbeit immer wieder attackiert und bedroht werden. Mich hat  
363 das Engagement dieser Beiden und das vieler anderer, junger Leute stark beeindruckt und  
364 mir wird um die Zukunft nicht bange, wenn ich an die zahlreichen Initiativen gegen rechts  
365 denke, in denen so viele Menschen aktiv sind und die Manuela Schwesig als Ministerin  
366 konsequent unterstützt.

367 Das Bollwerk gegen diesen wütenden Nationalismus hat drei Buchstaben: SPD. Seit  
368 mehr als 150 Jahren haben wir gegen Rassismus, Antisemitismus, Chauvinismus und  
369 Ausländerfeindlichkeit gekämpft und deshalb bin ich sehr demütig, dass mir das Amt des  
370 Parteivorsitzenden angetragen worden ist, das historische Persönlichkeiten wie August  
371 Bebel, Friedrich Ebert, Otto Wels, Kurt Schumacher und Willy Brandt inne hatten.  
372 Die SPD ist die Partei, die in ihrer Geschichte noch nie ihren Namen ändern musste  
373 und die im Kaiserreich, unter den Nazis und in der DDR bekämpft wurde und deren  
374 Mitglieder ermordet, gefoltert und erniedrigt worden sind.

375 Ich sage: Gerade in Zeiten des Umbruchs, in einer Periode der Verunsicherung,  
376 muss man sich auf seine Tradition besinnen, muss man verlässlich an seinen Werten fest-  
377 halten. Man muss den Rücken gerade machen und den Radikalen den Kampf ansagen.  
378 Das wollen wir tun!

379 Ich möchte in diesem Jahr Wahlen gewinnen: erst im Saarland, dann in Schleswig- Hol-  
380 stein, in NRW und schließlich im September im Bund. Jeder spürt es: Es geht ein Ruck  
381 durch die SPD, es geht ein Ruck durch das ganze Land. Wir wollen diese Aufbruchsstim-  
382 mung nutzen. Ich möchte mit euch und mit Ihnen in diesem Jahr zusammen einen span-  
383 nenden Wahlkampf führen. Ich lade jede und jeden ein, dabei mitzumachen und gemein-  
384 sam die besten Lösungen für unser Land zu finden. Und zwar egal, ob sich jemand erst-  
385 malig engagieren möchte oder bereits in der Partei ist oder in einer Gewerkschaft, in der

---

386 Kirche, im Verein oder in einer Nachbarschaftsinitiative mitmacht. Zusammen mit den  
387 kreativen Köpfen und allen, die Deutschland besser machen wollen, sollten wir den  
388 neuen Schwung nutzen. Also lasst uns anpacken und unser Land gerechter machen und  
389 das mutlose „Weiter-So“ beenden. Mit Ihrer und mit eurer Hilfe, ist das möglich. Herzli-  
390 chen Dank für die Aufmerksamkeit.

## **Rede Martin Schulz auf dem Außerordentlichen Parteitag Juni 2017: MSAP0617**

Quelle: [https://www.spd.de/fileadmin/Dokumente/Reden/20170725\\_Schulz\\_Rede\\_Partaitag.pdf](https://www.spd.de/fileadmin/Dokumente/Reden/20170725_Schulz_Rede_Partaitag.pdf)

1 Liebe Genossinnen und Genossen! Liebe Freunde! Verehrte Gäste! Herzlich will-kom-  
2 men auf dem Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, auf dem wir unser  
3 Regierungsprogramm für die nächste Legislaturperiode verabschieden wollen. Ein Re-  
4 gierungsprogramm, an dem wir alle gearbeitet haben. Auf allen Ebenen haben wir über  
5 dieses Programm diskutiert – leidenschaftlich, manchmal auch sehr kontrovers. Wir ha-  
6 ben zwei Jahre lang hart gearbeitet, um heute ein Programm mit den besten Konzepten  
7 für unser Land und für die Zukunft unseres Landes zu beschließen.

8 Ich sage euch: Ich bin stolz auf unsere Arbeit, und ich bin all denjenigen dankbar, die viel  
9 Arbeit, viel Kraft und viel Engagement in diesen Prozess gesteckt haben. Ich denke, wir  
10 werden ein Programm verabschieden, auf das wir stolz sein können.

11 Bevor wir aber dazu kommen, es zu verabschieden, will ich euch, liebe Genossinnen und  
12 Genossen und liebe Gäste, eine Geschichte erzählen. Es ist die Geschichte der asymmet-  
13 rischen Demobilisierung. Ein bekannter Meinungsforscher hat Angela Merkel im Jahre  
14 2009 einen taktischen Rat gegeben: „Sagen Sie nichts. Nehmen Sie zu nichts Stellung.  
15 Beziehen Sie keine konkrete Position.“ Zugegeben, es war eine erfolgreiche Strategie.

16 Während wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten in allen Wahlkämpfen Kon-  
17 zepte vorstellen und Stellung beziehen, während wir uns mit unseren Ideen der öffentli-  
18 chen Debatte und Auseinandersetzung stellen, wird auf der anderen Seite geschwiegen.  
19 „Es gibt ja Angela Merkel; das reicht ja.“ Ein erfolgreiches Modell 2009, auch ein erfolg-  
20 reiches Modell 2013 – aber nicht mehr im Jahre 2017! Ich erzähle die Geschichte nicht  
21 von ungefähr, die Geschichte von der asymmetrischen Demobilisierung. Ich erzähle sie  
22 sehr bewusst. Jeder und jedem muss klar sein, was es bedeutet, wenn eine Regierungs-  
23 zentrale, wenn das Hauptquartier einer Regierungspartei systematisch beschließt, die De-  
24 batte um die Zukunft des Landes zu verweigern, wenn sie sagen: Wir nehmen billigend  
25 in Kauf, dass die Menschen nicht zur Wahl gehen. Im Gegenteil: „Wir fördern sogar be-  
26 wusst das Absinken der Wahlbeteiligung, weil wir ja wissen, dass die sinkende Wahlbe-



27 teiligung zulasten der anderen geht.“ Wenn das Hauptquartier einer Partei und eine Re-  
28 gierungszentrale das Absinken der Wahlbeteiligung mit System betreiben, mit Vorsatz,  
29 als wahltaktische Maßnahme, dann nennt man das in Berliner Kreisen vielleicht asym-  
30 metrische Demobilisierung. Ich nenne das einen Anschlag auf die Demokratie.

31 Liebe Genossinnen und Genossen, liebe Delegierte, ich danke euch für euer zahlreiches  
32 Kommen, den 6 000 Gästen, die heute bei uns sind, allen, die bereit sind, in diesen Wahl-  
33 kampf mit Engagement, mit Leidenschaft und Kraft zu gehen. Seit Januar sind 20 000  
34 Menschen in die SPD eingetreten. 20 000! So eine Eintrittswelle hat es zuletzt 1998 ge-  
35 geben. Die Menschen, die sich jetzt bei uns engagieren, kommen aus allen Regionen des  
36 Landes, sie kommen aus allen Bevölkerungsgruppen, und sie kommen aus allen Genera-  
37 tionen. Es sind viele dabei, die jetzt zum ersten Mal den Schritt machen, sich gesell-  
38 schaftspolitisch zu engagieren, die mit uns allen gemeinsam etwas bewegen wollen, die  
39 ihr Herz über die Hürde werfen und sagen: Ja, ich bin dabei! Viele von denen, die das  
40 sagen, sind heute zum ersten Mal auf einem SPD-Parteitag, hier bei uns in der Westfa-  
41 lenhalle. Euch, den neuen Genossinnen und Genossen, ein besonders herzliches Will-  
42 kommen!

43 Aber warum sind gerade jetzt so viele zu uns gekommen, um sich mit uns zu engagieren  
44 und bei uns mitzuarbeiten? Ich glaube, weil sie, wie wir alle, spüren, dass es einen tiefen  
45 Grund gibt, jetzt anzupacken, jetzt mitzumachen. Es gibt einen epochalen Wan-del, den  
46 wir alle spüren. Um welche Fragen handelt es sich? Was sind die Dinge, die diesen epo-  
47 chalen Wandel ausmachen? Erstens geht es um die Frage, wie wir aus technologischen  
48 und wirtschaftlichen Innovationen sozialen Fortschritt gestalten. Zweitens geht es um die  
49 Frage, wie wir unsere Gesellschaft in einer Zeit rasanter Ver-änderungen zusammenhal-  
50 ten, wie wir Sicherheit im Wandel schaffen und zugleich für Gerechtigkeit sorgen. Und  
51 es geht drittens – ich glaube, das ist ganz zentral – um die Schicksalsfrage unseres Kon-  
52 tinenten. Es geht darum, wie wir das demokratische Europa stärken. Es geht darum, wie  
53 wir den Frieden sichern in einer Welt, in der der Frieden bedroht ist.

54 Liebe Genossinnen, liebe Genossen, das sind die drei großen Fragen, die viele umtreiben.  
55 Angesichts dieser Fragen wollen viele mitmachen, haben viele gemerkt, dass eine bessere  
56 Zukunft nicht von alleine kommt. Und sie haben sich für die Sozialdemokratie entschie-  
57 den.

58 Denn unser Auftrag ist seit jeher, die Würde des Menschen in Zeiten gewaltiger Um-  
59 brüche zu sichern, Fortschritt zu gestalten und immer den Menschen, immer das Indivi-  
60 duum, immer die einzelne Person, den einzelnen Mann, die einzelne Frau, das einzelne  
61 Kind in den Mittelpunkt dieses Wandels und dieses Fortschritts zu stellen. Das, die Würde  
62 des Menschen im Fortschritt zu verwirklichen, ist die Mission der Sozial-demokratie, das  
63 ist die Mission der SPD. Unsere Partei hat sich in der Industrialisierung den entfesselten  
64 Kräften des Kapitalismus entgegengestellt. Aber auch im 21. Jahrhundert wirken solche  
65 entfesselten Kräfte. Allerdings wirken sie heute global. Es sind die Kräfte, die die Umwelt  
66 zerstören. Sie spekulieren hemmungslos an den Börsen, zum Beispiel auf Nahrungsmit-  
67 tel, weil sie wissen, dass die Verknappung der Nahrung den Preis für die Nahrungsmittel  
68 in die Höhe treibt, was dazu führt, dass der Hunger der einen der Profit der anderen ist.  
69 Was für ein perverses System, dem man sich in den Weg stellen muss!

70 Sie verkaufen Waffen und nehmen die Destabilisierung ganzer Regionen durch ihre rück-  
71 sichtslose Ausbeutung in Kauf. Sie nehmen Kriege, Krisen und Hunger als Folge ihres  
72 Handelns billigend in Kauf. An dieser globalen Entwicklung beteiligt sich die Volksre-  
73 publik China genauso wie die Vereinigten Staaten von Amerika und leider auch wir Eu-  
74 ropäer. Diese Art von Politik führt zu Wanderungsbewegungen, die nicht aufhören wer-  
75 den, die menschenunwürdig sind und die aus dem Mittelmeer ein Massengrab machen.  
76 Die Macht der Profitmaximierung ohne jede Rücksicht zerstört die Würde des Menschen.  
77 Diese Kräfte zu zivilisieren, ist die Aufgabe der Sozialdemokratie im 21. Jahrhundert.  
78 Unsere Aufgabe ist es, den Wandel anzupacken.

79 Unsere Aufgabe ist es, den Wandel anzupacken, ihn anzunehmen und ihn zu einem Er-  
80 folg zu machen. Unsere Grundwerte von Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität sind dabei  
81 unser Kompass. Gerade weil die Welt sich schneller dreht, gerade weil sie in einem täg-  
82 lichen Wandel ist, halten wir an diesen Grundwerten fest. Ja, manchmal sagt man uns,  
83 das sei ein bisschen altmodisch und ein bisschen antiquiert. Nein, im Gegenteil: In einer  
84 sich wandelnden Welt geben diese Grundwerte von Freiheit, Gerechtigkeit und Solidari-  
85 tät Kraft, Orientierung und Hoffnung. Wer heute versucht sich ohne Kompass durchzu-  
86 wursteln, verliert die Richtung. Und wer die Richtung verliert, der verliert die Zukunft.  
87 Aber die CDU und die CSU, die wollen sich durchwursteln. Wir haben ein anderes Pro-  
88 gramm, das wir heute verabschieden werden!

89 Wir stellen uns der großen Herausforderung unserer Zeit: der Digitalisierung. Sie verän-  
90 dert fast alle Bereiche unserer Gesellschaft, unseres Lebens und unseres Alltags. Sie wird  
91 bestimmen, wie wir leben. Wie wir kommunizieren, bestimmt sie heute schon. Sie wird  
92 bestimmen, wie wir arbeiten und wie wir wirtschaften, wie wir Freiheit und Demokratie  
93 gestalten. Uns allen hier muss klar sein: Das Digitale ist politisch.

94 Unser Anspruch muss es sein, aus dem technischen Fortschritt der Digitalisierung auch  
95 einen gesellschaftlichen Fortschritt zu machen. Unser Anspruch muss es sein, da Grenzen  
96 zu setzen, wo es Fehlentwicklungen gibt, wo ungebremste Kommerzialisierung und auch  
97 totalitäre Tendenzen unser Gesellschaftsmodell untergraben, da, wo der Mensch zum Ob-  
98 jekt gemacht wird, zum Datenlieferanten mit Ohren.

99 Unser Anspruch muss es aber auch sein, zugleich die Chancen zu ergreifen, die die Digi-  
100 talisierung bringt, die Chancen, die sich eröffnen für Emanzipation, für Teil-habe und für  
101 sozialen Aufstieg. Ich habe in den letzten Monaten mit vielen Kreativen gesprochen, und  
102 was ich immer wieder gehört habe, ist: Wenn ihr wollt, dass digitale Start-ups in Deutsch-  
103 land erfolgreich sind, dann brauchen wir nichts weniger als einen Kulturwandel in unse-  
104 rem Land. Wenn wir es richtig anpacken, hilft die Digitalisierung, neue, gut bezahlte und  
105 humane Arbeitsplätze zu schaffen. Dann hilft sie, Familie und Beruf besser zu vereinba-  
106 ren. Dann hilft sie, unser Gesundheitssystem zu verbessern. Dann hilft sie, Stadt und Land  
107 durch bessere Mobilität zu vernetzen. Dann hilft sie, uns neue Bildungschancen zu eröff-  
108 nen. Wir wollen uns aber nicht allein am technisch Machbaren oder gar am möglichst  
109 höchsten Profit orientieren. Nein, auch hier wollen wir den Menschen, das Individuum,  
110 den Einzelnen und die Einzelne in den Mittelpunkt der Veränderung stellen. Deshalb bin  
111 ich den Gewerkschaften so dankbar, den vielen engagierten Kolleginnen und Kollegen in  
112 den Betriebsräten, die sich gerade intensiv in die Digitalisierungsdebatte einbringen und  
113 helfen, die Dinge in eine richtige Richtung zu bringen. Denn die Innovationen entstehen  
114 vor allem in den Betrieben. Deshalb brauchen wir mehr und nicht weniger betriebliche  
115 Mitbestimmung; denn wir wollen zeigen, dass ein moderner Sozialstaat auch im digitalen  
116 Zeitalter möglich ist und gelingt. Deshalb ist es schön, dass die gesamte Führungsriege  
117 der deutschen Gewerkschaften bei uns ist, mit Reiner Hoffmann an der Spitze.

118 Innovationen entstehen eben in den Betrieben. Aber im digitalen Zeitalter bedarf es gro-

119 ßer Initiativen. Unser Programm atmet genau diesen Geist, die Zukunft zu gestalten, in-  
120 dem wir investieren. Wir wollen die digitale Bildung in die Schulen, in die Berufsschulen  
121 und in die Weiterbildung bringen. Deswegen werden wir dafür sorgen, dass die Substanz  
122 unseres Staates nicht weiter kaputtgespart wird, sondern dass die notwendigen Investiti-  
123 onen in unsere Schulen mit ordentlichen Gebäuden und mit moderner Ausstattung, mit  
124 genügend Lehrkräften und mit genügend Schulsozialarbeitern endlich angepackt werden.  
125 Wir wollen, dass die Überschüsse endlich in die Hand genommen werden. Wir werden  
126 sie in die Hand nehmen, um in Infrastruktur, in Forschung und in Entwicklung zu inves-  
127 tieren. Ja, lasst uns doch anspruchsvoll sein!

128 Im Jahr 2025 wollen wir in Deutschland eine der modernsten digitalen Infrastrukturen  
129 der Welt haben, in den Metropolen genauso wie in den Klein- und Mittelstädten und auf  
130 dem Land. Das wollen wir nicht als Selbstzweck; denn jeder weiß doch hier in diesem  
131 Haus, dass wir investieren müssen aus einem ganz simplen Grund: Ein schnelles Netz ist  
132 die entscheidende Frage für die Zukunft Deutschlands. Wer da nicht investiert, verspielt  
133 die Zukunft der Bundesrepublik. Kurzum: Wir brauchen in Deutschland und in Europa  
134 ein klares Bekenntnis zu einer nachhaltigen Wachstumsstrategie, zu einer innovativen  
135 Industriepolitik, und wir brauchen vor allen Dingen die Stärkung der kleinen und middle-  
136 ren Unternehmen. Denn dort, bei den kleinen und mittleren Unternehmen, entstehen die  
137 meisten Arbeitsplätze.

138 Wir brauchen die richtigen Rahmenbedingungen für mutige Gründerinnen und Gründer,  
139 die sich trauen, mit ihrer Geschäftsidee etwas zu riskieren! Genossinnen und Genossen,  
140 lasst mich an dieser Stelle etwas hinzufügen. Bei den Neugründungen können wir auch  
141 von den Vereinigten Staaten von Amerika lernen. Wir brauchen mehr Mut. In den Verei-  
142 nigten Staaten gibt es ein klares Prinzip, das das Silicon Valley stark gemacht hat. Das ist  
143 die Überlegung: Idee, Versuch, Erfolg – super. Idee, Erfolg, Miss-erfolg – nächste Idee.

144 Wie ist es bei uns? Idee, Versuch, Erfolg – super. Idee, Erfolg, Misserfolg – dann bist du  
145 in der Regel für den Rest des Lebens erledigt. Man muss nicht immer, aber man kann  
146 manchmal von den Vereinigten Staaten von Amerika lernen, damit wir mehr Risikobe-  
147 reitschaft haben, damit wir junge Männer und Frauen zum Risiko ermutigen. Dabei müs-  
148 sen wir ihnen helfen. Das ist der Kulturwandel, den wir brauchen.

149 Wir handeln entschlossen! Wir handeln jetzt! Wir investieren in unser Land! Deshalb ist  
150 unser Steuerkonzept ein Finanzkonzept mit den Finanzvolumina, die wir brauchen. Wir  
151 setzen nicht wie die Union auf Durchwursteln und wir kapitulieren auch nicht bei jedem  
152 Einwand.

153 Wir wollen, dass auch die junge Generation, für die Johanna Uekermann eben hier ge-  
154 sprochen hat, die gleichen Chancen auf ein Leben in Freiheit, Sicherheit und Wohlstand  
155 hat wie die Generationen vor ihr! Genossinnen und Genossen, ich will das in aller Klar-  
156 heit sagen: Wer heute nicht investiert, wer heute nicht daran denkt, dass wir nur dann  
157 leistungsfähig und stark bleiben, sondern wer die Milliardenüberschüsse, die wir zur Ver-  
158 fügung haben, als Steuergeschenke für Superreiche verteilen will, der hat sicher alles im  
159 Sinn, aber keine Gerechtigkeit. Vor allem hat er eines nicht im Blick: Es ist eine Frage  
160 der Gerechtigkeit, dass die nächste Generation sich auf die handelnde Generation verlas-  
161 sen können muss. Ich will, dass unsere Kinder und deren Kinder wissen: Das Wichtigste  
162 für uns ist, dass sie eine gute Zukunft haben. Das ist unsere Pflicht.

163 Die zweite große Herausforderung unserer Zeit ist es, unsere Gesellschaft in einer Zeit  
164 rasanter Veränderungen zusammenzuhalten, Sicherheit im Wandel zu schaffen und für  
165 Gerechtigkeit zu sorgen. Auch hier ist ein Epochenwechsel spürbar für uns alle. Die Idee  
166 unseres Sozialstaats ist die Verbindung von bürgerlichen Freiheitsrechten mit sozialen  
167 Bürgerrechten. Die Bürgerinnen und Bürger können darauf vertrauen, dass der Staat si-  
168 cherstellt, dass sie ihr Leben frei gestalten können und dass es im Land gerecht zugeht.  
169 Freiheit und Gerechtigkeit sind für Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten untrenn-  
170 bar miteinander verbunden. Sie sind die Bedingungen für den gesellschaftlichen Fort-  
171 schritt, den unser Land jetzt so dringend braucht. Aber, Genossinnen und Genossen, die-  
172 ser Fortschritt braucht Vertrauen!

173 Vertrauen darin, dass Leistung mehr zählt als Herkunft! Vertrauen darin, dass die Per-  
174 spektive unserer Kinder nicht vom Portemonnaie und den Beziehungen ihrer Eltern ab-  
175 hängt. Übrigens auch nicht von der Wohnadresse beim Vorstellungsgespräch. Vertrauen  
176 darin, dass die großen Lebensrisiken Krankheit, Alter oder Arbeitslosigkeit verlässlich  
177 abgesichert werden! Dass es eine Gesundheitsversorgung gibt, die die Menschen gleich  
178 behandelt und nicht der eine Monate auf einen Arzttermin warten muss, während der  
179 andere, nur weil er anders versichert ist, sofort dran-kommt. Diese Ungerechtigkeit, die

180 werden wir durch ein neues System ersetzen. Ver-trauen darin, dass Frauen die gleichen  
181 Chancen in der Gesellschaft und auf dem Arbeitsmarkt haben wie Männer. Vertrauen  
182 darin, dass es gleichwertige Lebenschancen gibt in der Stadt und auf dem Land. Vertrauen  
183 darin, dass kulturelle Vielfalt eine Stärke ist und kein Risiko. Dieses Vertrauen, Genos-  
184 sinnen und Genossen, ist notwendig, um unser Land solidarisch zusammenzuhalten.

185 Wir kämpfen für dieses Vertrauen. Wir werben um dieses Vertrauen. Aber wer das Ver-  
186 trauen erwerben will, der muss auch zur Kenntnis nehmen, dass es verloren gegangen ist.  
187 Häufig ist es verloren gegangen, weil die Menschen spüren, dass in dieser Gesellschaft  
188 der Respekt vor der individuellen Lebensleistung der Menschen fehlt. Vertrauen in eine  
189 Gesellschaft, Vertrauen in einen Staat hat eine Grundvoraus-setzung: dass man sich zu-  
190 gehörig fühlt, dass man sich mitgenommen fühlt, dass man sich sicher sein kann, in der  
191 Gemeinschaft aufgehoben zu sein.

192 Das beschreibt, was Menschen oft nicht mehr empfinden: nämlich Respekt. Mir sind un-  
193 zählige Menschen in den letzten Monaten begegnet, denen es gut geht, die sagen, ich  
194 komme durch, irgendwie läuft es. Aber für mein Schicksal und das meiner Kinder inte-  
195 ressiert sich doch keiner. Ihr kennt doch alle die Diskussion im Freundeskreis, im Betrieb,  
196 im Verein, dieser Mangel an Respekt, der das Vertrauen zerstört. Die Chirurgin, die Her-  
197 zen verpflanzt und Leben rettet, bekommt unseren Respekt, unsere Bewunderung und  
198 unsere Anerkennung. Aber der Busfahrer, der morgens unsere Kinder zur Schule fährt,  
199 dem vielleicht 80 Kinder in dem Bus anvertraut sind, der schützt auch Leben und hat den  
200 Respekt der Gesellschaft genauso verdient. Aber er muss spüren, dass er zu dieser Ge-  
201 sellschaft gehört und dass er für seine Lebensleistung respektiert wird. Dann, wenn der  
202 Respekt wieder im Mittel-punkt steht, gewinnen wir auch das Vertrauen zurück. Ich sage:  
203 Für uns als sozialdemokratische Partei ist das wichtiger als für alle anderen Parteien. Die  
204 Menschen müssen wissen, sie können uns vertrauen, weil wir die Partei sind, die ihre  
205 Lebens-leistung respektiert und sie in den Mittelpunkt unserer Politik stellt.

206 Aber genau dieses Modell, Genossinnen und Genossen, dieses Modell dieses Staates, in  
207 dem Respekt und gegenseitiges Vertrauen herrscht, der Staat, den unser Grundgesetz in  
208 Artikel 20 als einen sozialen und demokratischen Rechtsstaat be-  
209 schreibt, wird in diesen Tagen immer häufiger angegriffen. Dieses Vertrauen ist brüchig  
210 geworden, übrigens nicht nur in unserem Land. In vielen Ländern der Europäischen

211 Union und auch in Übersee erleben wir diese Entwicklung. Das nutzen sie aus, die Popu-  
212 listen dieser Erde. In Italien mit Herrn Salvini an der Spitze, die Le Pens, dieses millio-  
213 nenschwere Familienunternehmen der Fremdenfeindlichkeit und des Rassismus, in Ös-  
214 terreich diese Erben des Herrn Haider, angeführt von Herrn Strache und dieser unsägliche  
215 Herr Wilders in den Niederlanden. Sie wollen ein autokratisches, ein undemokratisches  
216 System.

217 Wenn wir schon von Autokraten reden, dann lasst mich noch einmal Can Dündar nicht  
218 nur hier begrüßen, sondern auch die Vertreterinnen und Vertreter unserer Schwesterpar-  
219 teien CHP und HDP. Lasst mich sie an dieser Stelle aber nicht nur begrüßen, sondern  
220 ihnen ein Zeichen der Solidarität geben und ihnen sagen: Wir sind an eurer Seite. Ihr  
221 repräsentiert die demokratische Türkei, die wir wollen. Es ist ein Skandal, dass tausende  
222 Oppositionelle in der Türkei verfolgt und angegriffen werden, und es ist ein Skandal, dass  
223 immer noch unzählige Journalistinnen und Journalisten in türkischen Gefängnissen sit-  
224 zen. Deshalb sage ich hier in Dortmund auf unserem Parteitag an die Adresse des türki-  
225 schen Staatspräsidenten, der für sich in unserem Land alle Freiheitsrechte in Anspruch  
226 nimmt, die er in seinem eigenen Land seinen eigenen Landsleuten verweigert, zwei Sa-  
227 chen, liebe Genossinnen und Genossen. Diesem Staatspräsidenten kann man erstens nur  
228 sagen und zurufen: Kehr zurück auf den Weg der Demokratie, auf dem du mal warst!  
229 Und Zweitens – ganz klar und aktuell, auch als Zeichen der Solidarität auf diesem Partei-  
230 tag mit unterdrückten Journalistinnen und Journalisten, die unter der Einschränkung der  
231 Meinungsfreiheit in der Türkei leiden: Herr Erdogan, geben Sie diese Leute frei – und  
232 wenn möglich, noch heute!

233 Liebe Genossinnen und Genossen, aber auch wir haben sie bei uns, diese Vertreter der  
234 sogenannten illiberalen Demokratie. Die leben auch in unserem Land und sind auch bei  
235 uns aktiv. Man konnte jetzt anhand eines Online-Stammtisches der AfD in Sachsen-An-  
236 halt lesen, wie diese Leute so diskutieren. Das ist interessant; das muss man sich an-  
237 anschauen. Da ist die Rede von „Deutschland den Deutschen“, von einer „notwendigen  
238 Machtübernahme“. Da wird schwadroniert von „volksfeindlichen Medien“ und der „Aus-  
239 weitung der Außengrenzen“. Wenn es noch eines Be- weises bedurfte, dass die AfD in  
240 Wirklichkeit eine NPD light ist, dann ist er hiermit erbracht worden. Diese Leute gehören

241 nicht zu unserem modernen Deutsch-land. Zu unserem modernen, aufgeklärten Deutsch-  
242 land gehören andere Leute, auf die wir stolz sein können und stolz sein müssen, z. B.  
243 Lamy Kaddor, eine mutige Muslima, einer der großen Denker unseres Landes in unserer  
244 Zeit, Navid Kermani, der tolle Regisseur Fatih Akin, mein Freund Ranga Yogeshwar oder  
245 auch die mutige Journalistin Dunja Hayali oder auch Jérôme Boateng, ein deutscher Na-  
246 tionalspieler, der für uns die Weltmeisterschaft gewonnen hat. Sie gehören zu unserem  
247 modernen und aufgeklärten Deutschland.

248 Und da geht ein AfD-Spitzenkandidat hin und wagt es, diesen deutschen Weltmeister im  
249 Fußball, Jérôme Boateng, anzugreifen, mit der Bemerkung, niemand wolle Herrn  
250 Boateng zum Nachbar haben! Nein, Leute, diese Partei gehört nicht zu Deutsch-land.  
251 Lasst uns alle Kräfte mobilisieren und etwas Historisches schaffen; das ist nämlich zu  
252 schaffen. Übrigens: Wenn man mobilisiert und nicht politisch demobilisiert, dann kann  
253 man etwas schaffen: dass diese Leute nicht dem nächsten Deutschen Bundestag angehö-  
254 ren. Das ist doch ein Ziel, für das man kämpfen kann!

255 Liebe Genossinnen und Genossen, ich trete mit meiner Partei und mit unserem Parteipro-  
256 gramm für Leistungsgerechtigkeit an, die würdigt, was Millionen Menschen Tag für Tag  
257 auf die Beine stellen. Ich meine die Menschen, die in unserem Land hart arbeiten und  
258 sich an die Regeln unseres Landes halten, die Leistungsträgerinnen und Leistungsträger,  
259 die sich reinhängen, im Beruf und auch im Ehrenamt und in der Familie, die unsere Ge-  
260 sellschaft zusammenhalten. Das sind besonders oft die Frauen, die dafür sorgen, dass der  
261 Laden läuft. Und trotzdem erleben wir immer noch, wie Frauen – auch systemisch – be-  
262 nachteiligt werden.

263 Manuela Schwesig hat in ihrer Begrüßungsrede darauf hingewiesen, dass das im Koaliti-  
264 onsvertrag vereinbarte Rückkehrrecht von Teilzeit in Vollzeit und der Rechtsanspruch  
265 darauf von uns nicht durchgesetzt werden konnten, weil die Regierungsparteien CDU und  
266 CSU – an der Spitze die Bundeskanzlerin und Herr Seehofer – es blockiert haben. Wir  
267 erleben immer noch – und das, Genossinnen und Genossen, ist für mich einer der größten  
268 Skandale, eine der größten Diskriminierungen, die es überhaupt gibt –, dass Frauen für  
269 die gleiche Arbeit schlechter bezahlt werden als Männer.

270 Deshalb eine klare Ansage: Wir brauchen die gleiche Bezahlung für Frauen und Männer



271 für die gleiche Arbeit. Ich sage euch: Wir werden das durchsetzen. Diese Diskriminierung  
272 darf es nicht mehr geben. Das gilt auch für die Auswüchse auf dem Arbeitsmarkt, die  
273 durch die Flut befristeter Arbeitsverträge entstanden sind. Wer sich von einer Vertrags-  
274 verlängerung zur nächsten hangelt, der kann weder berufliche noch familiäre Zukunft  
275 planen. Wir müssen deshalb alles dafür tun, dass die unbefristete Arbeit – tariflich be-  
276 zahlt, mit guten Arbeitsbedingungen – wieder zum Normalfall wird.

277 Denn anders können wir keine sichere Zukunft für die nächste Generation aufbau-en. Die  
278 Leistungsträger, von denen ich spreche, sind besonders oft die Menschen in der Mitte des  
279 Lebens, Frauen und Männer zwischen Mitte 30 und Mitte 50. Diese mittlere Generation  
280 ist unglaublich gefordert. Sie müssen in unserer Gesellschaft unglaublich viel gleichzeitig  
281 schultern: „Sei erfolgreich im Beruf! Setze ein paar Kinder in die Welt! Kümmere Dich,  
282 bitte, sehr sorgfältig um deren Erziehung! Pflieg zugleich noch deine alten Eltern! Baue  
283 möglichst ein Haus und engagiere dich, bitteschön, in deiner Freizeit ehrenamtlich! Und  
284 nicht vergessen: Dreimal in der Woche zum Sport!“ Das ist für viele der Lebensalltag,  
285 und sie stoßen da häufig an ihre Grenzen. Oft bleibt die Lebensqualität auf der Strecke,  
286 weil man nur noch funktioniert. Diese Menschen werden wir entlasten. Das ist eine Frage  
287 der Gerechtigkeit.

288 Klar ist – das will ich hier sagen: Der Staat kann nicht jede Belastung wegnehmen; das  
289 können wir auch nicht versprechen. Wir können auch nicht jeden Stein aus dem Weg  
290 räumen – natürlich nicht. Kinder zu erziehen ist und bleibt eine der größten Herausforde-  
291 rungen; das wissen wir alle. Die schlaflosen Nächte, die Sorgen um die Kinder und die  
292 Verantwortung können wir den Eltern nicht abnehmen. Aber es ist Zeit, dass Arbeitneh-  
293 merinnen und Arbeitnehmer und Familien entlastet werden und sie die Unterstützung be-  
294 kommen, die sie verdienen. Deshalb wollen wir die Gebührenfreiheit vom ersten Lebens-  
295 jahr bis zum Hochschulabschluss, wollen wir den Weg von der Kita bis zur Universität  
296 gebührenfrei stellen. Lasst mich eins hinzufügen: Diese Gebührenfreiheit soll nicht nur  
297 vom ersten Lebensjahr, von der Kita bis zum Hochschulabschluss gelten, sondern auch  
298 für den Meisterbrief. Das gehört auch dazu – das will ich hier ausdrücklich sagen –, und  
299 zwar aus einem ganz einfachen Grund: Die Gesellen, die anschließend den Meisterbrief  
300 erwerben, die ihre Meisterprüfung machen, die unser duales Berufsausbildungs-system  
301 durchlaufen – übrigens eines, um das uns die ganze Welt beneidet –, sind – das zu sagen

302 ist auch eine Frage des Respekts – auch nicht schlechter als Akademikerinnen und Aka-  
303 demiker. Lasst uns das auch klar sagen! Deshalb gehört die Gebührenfreiheit, inklusive  
304 Meisterbrief, zu unserem Programm.

305 Und weil wir die Familien entlasten wollen, werden wir den Rechtsanspruch auf Ganz-  
306 tagsbetreuung im Grundschulalter schaffen. Wir werden die Familienzeit einführen, da-  
307 mit Familien wieder mehr gemeinsame Zeit haben, damit auch die Pflege von Angehöri-  
308 gen möglich ist.

309 Deshalb treten wir an für ein Steuersystem, durch das die kleinen und mittleren Einkom-  
310 men entlastet werden. Mit unserem Steuerkonzept behalten wir die Spielräume für die  
311 notwendigen Zukunftsinvestitionen, die ich beschrieben habe, schaffen aber gleichzeitig  
312 mehr Gerechtigkeit im System, weil starke Schultern mehr tragen müssen. Und jetzt sage  
313 ich mal was, weil ich auch Zeitungskommentare lese: Na klar ist das auch eine Frage der  
314 Verteilungsgerechtigkeit, dass starke Schultern mehr tragen müssen als schwache!

315 Und zu dieser Gerechtigkeit gehört für mich genauso, dass die Krankenversicherungsbei-  
316 träge wieder zu gleichen Anteilen von Arbeitnehmern und Arbeitgebern gezahlt werden  
317 – fifty/fifty! Das sind Maßnahmen für Gerechtigkeit, die unmittelbar im Alltag bei den  
318 Bürgerinnen und Bürgern ankommen.

319 Liebe Gäste! Liebe Genossinnen und Genossen! Familie – die wir stärken wollen –, das  
320 ist nicht nur: Vater, Mutter, Kind. Familie ist da, wo Menschen Verantwortung füreinan-  
321 der übernehmen. Dazu gehören alle Lebensformen, für die Menschen sich entscheiden.  
322 Dazu gehören auch homosexuelle Paare. Deshalb eine klare Ansage an alle: Wir werden  
323 die Ehe für alle in der nächsten Regierung durchsetzen. Ich werde keinen Koalitionsver-  
324 trag unterschreiben, in dem die Ehe für alle nicht verankert ist.

325 Wenn ich von Gerechtigkeit im Alltag rede, dann meine ich auch das Thema Sicherheit  
326 – soziale Sicherheit, aber, liebe Genossinnen und Genossen, ganz konkret auch die Si-  
327 cherheit vor Kriminalität. Die Sicherheit vor Kriminalität ist ein ursozial-demokratisches  
328 Thema. Denn Sicherheit ist ein Grundversprechen des demokratischen Rechtsstaates –  
329 sie darf kein Luxusgut sein, das sich reiche Leute kaufen können. Sicherheit muss es für  
330 alle Bürgerinnen und Bürger geben. Deshalb ist sie so wichtig für uns Sozialdemokratin-  
331 nen und Sozialdemokraten. Sichere und lebendige Städte und Gemeinden bedeuten doch

332 Heimat und Lebensqualität. Klar sind Einbruchsserien und Autodiebstähle in den „Speck-  
333 gürteln“ der Großstädte und in den Grenzregionen – ich lebe selbst in einer solchen –  
334 Dinge, die uns alle angehen und die uns Sorgen machen müssen. Genauso, wie Gewalt in  
335 sogenannten schwierigen Stadtvierteln und öffentlichen Verkehrsmitteln nicht hinnehm-  
336 bar ist. Aber ich will euch noch einen Grund nennen, warum Sicherheitspolitik auch ein  
337 grundsätzliches sozialdemokratisches Anliegen ist, wenn wir über Respekt und Solidari-  
338 tät reden: weil wir den Opfern der Kriminalität Respekt und Solidarität schulden. Sehr oft  
339 stehen die Täter im Mittelpunkt. Ja, ich will, dass die Täter rechtsstaatlich behandelt wer-  
340 den. Aber ich will auch, dass die Opfer nicht vergessen werden und die Solidarität be-  
341 kommen, die sie in dieser Gesellschaft brauchen. Beide Dinge gehören zusammen! Wenn  
342 ich sage, dass die Menschen darauf vertrauen können müssen, dass der Staat für ihre Si-  
343 cherheit sorgt, dann heißt das nicht allein, dass wir hier und da im Strafgesetzbuch die  
344 Strafverschärfungsschrauben anzuziehen. Die Konservativen sind immer schnell dabei,  
345 neue und schärfere Gesetze zu fordern. Das kommt automatisch. Nur: Konkrete Sicher-  
346 heit schafft man nicht mit der Druckerschwärze im Bundesgesetzblatt.

347 Liebe Genossinnen und Genossen, konkrete Sicherheit schafft man mit klaren Aus-sagen.  
348 Deshalb: Wenn es um die Strafgesetze in unserem Lande geht, will ich auch hier ziemlich  
349 klar sagen: Wir müssen all denen, die es nicht kapierten wollen, weil sie unseren Rechts-  
350 staat nicht akzeptieren und ihn unterminieren wollen, eines sagen: Das hier ist eine ver-  
351 dammt wehrhafte, selbstbewusste Demokratie! Das gilt für alte Nazis, das gilt für neue  
352 Nazis, das gilt für islamistische Terroristen, für alle anderen Extremisten dieser Art. Wer  
353 glaubt, unter dem Schutzmantel welcher politischen Überzeugung oder Religiosität auch  
354 immer die Grundrechte infrage stellen zu können, der hat in unserem Land in der SPD  
355 einen entschiedenen Gegner. Wir sind eine wehrhafte Demokratie! Aber dafür brauchen  
356 wir auch eine starke, eine sicht-bare und eine bürgernahe Polizei. Lasst mich deshalb an  
357 dieser Stelle einen Dank sagen an die Beamtinnen und Beamten, die unseren Parteitag  
358 hier schützen und die mit uns gemeinsam hoffen, dass nichts Schlimmes passiert.

359 Ich bin der Sohn eines Polizeibeamten. Ich will das an die Adresse der Beamtinnen und  
360 Beamten der Polizei auch im Namen unserer Partei, aber auch ganz persönlich in meinem  
361 Namen sagen: Ich weiß wie das ist, was es für Familien bedeutet, im Schichtdienst arbei-  
362 ten zu müssen. Die Männer und Frauen bei der Polizei schieben Millionen Überstunden

363 vor sich her.

364 Deshalb: Es ist falsch, Polizeistellen abzubauen. Wir brauchen mehr Polizistinnen und  
365 Polizisten. Das haben wir in unserem Programm auch gesagt. Aber an die Adresse der  
366 Beamtinnen und Beamten, der Polizistinnen und Polizisten will ich eines sagen: Wir wis-  
367 sen, was ihr leistet. Wir wissen, wie schwierig es oft ist zu ertragen, physisch angegriffen  
368 zu werden, noch häufiger verbal angegriffen zu werden, die Dinge runterschlucken zu  
369 müssen, und wir wissen um die psychische Belastung, die daraus häufig entsteht. Ja, wir  
370 wissen um den schweren Dienst, den die Männer und Frauen bei der Polizei leisten. Des-  
371 halb gilt unsere Solidarität den Polizistinnen und Polizisten in unserem Land, die mit  
372 ihrem Dienst auch unsere Demokratie sehr häufig schützen. Dafür ein herzliches Danke-  
373 schön auf diesem Parteitag!

374 Wenn wir, Genossinnen und Genossen, von Gerechtigkeit reden, dann sprechen wir auch  
375 über den Respekt vor der älteren Generation, die unser Land aufgebaut hat und die  
376 dadurch unseren Wohlstand ermöglicht hat. Deshalb ist die Frage, wie wir mit der Rente  
377 umgehen, so zentral für mich. Deshalb habe ich darum gebeten, dass wir uns sehr viel  
378 Zeit nehmen und ein seriöses Konzept erarbeiten; denn Menschen müssen sich auf die  
379 langfristig angelegte Rente verlassen können, sonst funktioniert das System nicht. Wir  
380 haben deshalb mit der doppelten Haltelinie ein gut durchgerechnetes Konzept vorgelegt.  
381 Wir stabilisieren das heutige Rentenniveau und sichern zugleich, dass die Jungen nicht  
382 über Gebühr belastet werden.

383 Für uns ist auch eines klar: Beim Renteneintrittsalter belassen wir es bei der jetzigen Re-  
384 gelung. Die Rente mit 70, wie die Union sie fordert, die wird es mit uns nicht geben. Aber  
385 warum weigert sich die Union, Genossinnen und Genossen, ein Rentenkonzept vorzule-  
386 gen? Es liegt auf der Hand: Nach der Wahl würde inner-halb der Union ein Streit ausbre-  
387 chen, wie hoch man beim Renteneintrittsalter gehen kann: Bis 70? Vielleicht noch ein  
388 paar Jährchen mehr? Und ein Streit darüber, wie weit man das Rentenniveau absenkt: Bis  
389 43 Prozent? Vielleicht noch ein paar Prozentchen weniger? Ich höre tatsächlich von der  
390 Union, man müsse die Rente „aus dem Wahlkampf raushalten.“ Die Rentendebatte habe  
391 nichts im Wahlkampf zu suchen. Nein, Kollegen! Das lassen wir euch nicht durchgehen!  
392 Im Gegenteil: Die Rente ist eine der zentralen Gerechtigkeitsfragen!

393 Wir wollen einen neuen Generationenvertrag diskutieren. Das heißt doch im Klartext:  
394 Wir müssen uns um das Gleichgewicht zwischen den Generationen kümmern, da-mit ein  
395 Altern in Würde auf der einen Seite möglich ist, aber die junge Generation – ich habe  
396 deren Belastungen beschrieben – auf der anderen Seite nicht in die Knie gezwungen wird.  
397 Das muss man doch als gesamtgesellschaftliche Aufgabe betrachten und über den besten  
398 Weg dahin diskutieren. Wenn dann eine Partei hingehet und sagt: Damit haben wir nichts  
399 zu tun! Das diskutieren wir nicht im Wahlkampf. Dann ist das die Arroganz der Macht,  
400 und nichts anderes, Genossinnen und Genossen. Wir legen ein Konzept vor. Das kennt  
401 jeder. Wer die Katze im Sack kaufen will, kann die CDU wählen. Wer eine sichere und  
402 stabile Rente will, der macht am besten sein Kreuz bei uns!

403 Genossinnen und Genossen, mancher aus der heutigen Rentnergeneration kann sich noch  
404 erinnern an die Nachkriegsjahre, als Europa am Boden lag, zerstört durch einen fanati-  
405 schen Krieg und Kriegswillen. Es war die europäische Einigung, die unseren Kontinent  
406 wieder aufgerichtet hat. Deshalb ist die dritte Herausforderung, über die ich rede, nichts  
407 weniger als eine Schicksalsfrage. Die Frage, wie wir das demokratische Europa stärken,  
408 wie wir den Frieden in einer Welt sichern, in der der Frieden bedroht ist.

409 Wir leben nicht mehr in Zeiten des Kalten Krieges. Es gibt nicht mehr die zwei Blöcke;  
410 die bipolare Zeit ist vorbei. Weder den Mördern des „Islamischen Staats“ noch dem nord-  
411 koreanischen Diktator oder den global vernetzten Cyber-Terroristen kann man mit der  
412 nuklearen Abschreckung beikommen. Zugleich ist aber auch offen-sichtlich: Die Ursa-  
413 chen von Konflikten und die Herausforderungen wie Armut, wie Dürre, wie Flucht und  
414 Vertreibung, wie Epidemien und Hungersnöten werden wir ganz sicher nicht durch mehr  
415 Militär lösen können.

416 Nur mehr wirtschaftliche, mehr soziale und politische Entwicklung der betroffenen Re-  
417 gionen schaffen Stabilität und Sicherheit. Die Welt braucht nicht mehr Waffen, sie  
418 braucht mehr Gerechtigkeit und sie braucht mehr Entwicklungschancen! Dafür stehen  
419 wir als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten.

420 Trotzdem sind wir Zeitzeugen einer globalen Aufrüstungsspirale. Gigantische 1,7 Billio-  
421 nen Dollar sind allein 2016 weltweit für Militärausgaben aufgewendet worden. Leute, das

422 sind 1 700 Milliarden Dollar! Doch selbst diese Summe reicht manchen nicht: Der ame-  
423 rikanische Präsident will noch mehr Geld für die Rüstung ausgeben, fordert noch mehr.  
424 Er setzt sich dafür ein, dass Deutschland innerhalb weniger Jahre seinen Wehretat auf fast  
425 70 Milliarden Euro verdoppelt! Das Resultat wäre eine hochgerüstete Militärmacht  
426 Deutschland, ein Deutschland, umgeben von Freunden, das sich mitten in Europa bis an  
427 die Zähne bewaffnet. Ich frage euch: Wollen wir das? Wir wissen doch aus unserer Ge-  
428 schichte: Mehr Sicherheit gibt es nicht mit mehr Waffen.

429 Eins will ich hier klarstellen: Wir müssen die Bundeswehr besser ausstatten, als das heute  
430 der Fall ist; da gibt es überhaupt keinen Zweifel. Zwölf Jahre schwarze Politik haben  
431 kontinuierlich Substanz bei der Bundeswehr abgebaut. In jedem Jahr bekommt die Bun-  
432 deswehr neue Mandate. Aber von Herrn von und zu Guttenberg bis zu Frau von der Leyen  
433 war es immer das gleiche Spiel: Es kam ein „von“ dazu, aber bei der Bundeswehr wurde  
434 gekürzt. Deshalb sage ich: Wir müssen die Arbeit der Bundeswehr ernst nehmen. Wir  
435 müssen den Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr Respekt zollen. Respekt zollen  
436 heißt übrigens nicht, sie unter einen pauschalisierten Generalverdacht zu stellen. Auch  
437 davor müssen wir die Männer und Frauen bei der Bundeswehr schützen. Und wir müssen  
438 den Etat der Bundeswehr um mehrere Milliarden aufstocken. Aber wir müssen die Bun-  
439 deswehr nicht zur größten Armee des Kontinents aufrüsten. Frau Merkel sagt dazu Fol-  
440 gendes: „Die Zeit, in der wir uns auf andere verlassen konnten, ist ein Stück vorbei.“ Ich  
441 habe den Satz gehört, genau wie ihr auch. Ich habe ihn noch mal auf mich wirken lassen;  
442 er hat ja eine weltweite Resonanz gefunden: „Die Zeit, in der wir uns auf andere verlassen  
443 konnten, ist ein Stück vorbei.“ Wie groß ist es denn, das Stück? Wer sind denn eigentlich  
444 die anderen? Wie unkonkret darf es denn, bitte schön, sein? Man hätte auch sagen kön-  
445 nen: Ob wir uns noch auf die Vereinigten Staaten von Amerika verlassen können, das  
446 wissen wir nicht. Aber dass wir uns auf einen irrlichternden Präsidenten Donald Trump  
447 nicht verlassen können, das wissen wir sehr wohl und nicht erst seit dem letzten NATO-  
448 Gipfel oder seit dem G7-Gipfel in Taormina. Und dass wir nicht bereit sind, uns der  
449 Trump’schen Aufrüstungslogik zu unterwerfen, sondern dass wir uns auf uns selbst be-  
450 sinnen müssen. Ja, das stimmt zu 100 Prozent. Aber wenn das zu 100 Prozent stimmt,  
451 warum muss man dann sagen: „Die Zeit, in der wir uns auf andere verlassen konnten, ist  
452 ein Stück vorbei“? Da kann man doch auch konkret werden. Zum Beispiel so konkret wie

453 Gerhard Schröder, als er einem amerikanischen Präsidenten – der im Verhältnis zum heu-  
454 tigen ja schon fast ein liberaler Mann ist – einen völkerrechtswidrigen Angriffskrieg be-  
455 fahl, mit klaren deutschen Hauptsätzen sagte: „Mit uns nicht!“ Mit dieser Haltung hat er  
456 ein Ruhmesblatt in der Geschichte Deutschlands beschrieben.

457 Ich will hinzufügen, dass die damalige Oppositionsführerin in der „Washington Post“  
458 einen Artikel veröffentlichte, in dem es hieß: „Herr Schröder spricht nicht für alle Deut-  
459 schen.“ Genossinnen und Genossen, zu einem friedlichen Europa gehört auch das de-  
460 mokratische, das aufgeklärte, das tolerante Europa, das Europa, für das Helmut Kohl und  
461 François Mitterrand stritten, das Europa des Maas-trichter Vertrages, das die neue Ord-  
462 nung unseres Kontinents nach der Herstellung der deutschen Einheit schuf und das gelei-  
463 tet war von dem Gedanken, den Thomas Mann so wunderbar beschrieben hatte und den  
464 Helmut Kohl zu seinem Leitmotiv gemacht hatte: Wir wollen ein europäisches Deutsch-  
465 land und kein germanisiertes Europa. Das ist die große Leistung von Helmut Kohl, dass  
466 er nach der Wiederherstellung der staatlichen Einheit Deutschlands dieses Deutschland  
467 einbettete in das integrierte, vertiefte, über die Grenzen hinweg zusammenarbeitende Eu-  
468 ropa.

469 Aber dieses Europa hat neue Probleme. Es hat heute in seinem Inneren Regierungen, die  
470 Toleranz und Weltoffenheit infrage stellen. Zum Beispiel die Regierung in Budapest von  
471 Viktor Orbán, dem Schöpfer des Begriffes der „illiberalen Demokratie“ – was auch im-  
472 mer das heißen mag. Oder die Regierung in Warschau, die als erste Amtshandlung die  
473 Unabhängigkeit des Verfassungsgerichts infrage stellte und die Medienfreiheit angriff.

474 Ich habe seit Jahren, sowohl als Präsident des Europäischen Parlaments als auch als Vor-  
475 sitzender unserer Partei, diese Entwicklungen beklagt. Ich habe sie in unzähligen europä-  
476 ischen Räten angesprochen und dort von der Regierungschefin der Bundes-republik  
477 Deutschland nie Unterstützung bekommen. Geleitet von ihrem Grundgedanken, der  
478 „marktkonformen Demokratie“, waren Angela Merkel und Wolfgang Schäuble immer  
479 sehr konsequent, wenn es darum ging, ihre harten ökonomischen Forderungen durchzu-  
480 drücken, die übrigens häufig zulasten der Ärmsten der Armen in anderen Ländern gingen.  
481 Aber wenn es um die Verteidigung von Rechtsstaatlichkeit und Demokratie im Inneren  
482 der Europäischen Union ging, hörte man von ihnen wenig bis nichts.

483 Es ist viel Vertrauen in Europa verspielt worden in den letzten Jahren; das ist eindeutig.  
484 Wer glaubt denn heute noch, dass unter dieser Führung ein Richtungswechsel in Europa  
485 stattfinden kann? Der neue französische Staatspräsident hat vor wenigen Tagen klar ge-  
486 sagt: Die Europäische Union ist kein Supermarkt, in dem je-der kriegt, was er will.  
487 Macron hat gesagt: Wir haben gemeinsame Werte, an die sich alle zu halten haben. Der  
488 Mann ist zwei Monate im Amt. In Deutschland wird seit zwölf Jahren an der Regierungs-  
489 spitze zu allen diesen Themen geschwiegen. Im Gegenteil: Bei der Regierungspartei CSU  
490 ist der erwähnte Viktor Orbán, der ungarische Ministerpräsident als Ehrengast bei der  
491 Klausurtagung empfangen worden. Niemand, will ich euch sagen, hat mehr gegen die  
492 deutsche Flüchtlingspolitik gekoffert. „Wir ziehen einen Zaun um unser Land“, hat Orbán  
493 gesagt. Es wundert mich aber auch nicht, dass dieser Viktor Orbán der Ehrengast der CSU  
494 ist. Denn der Vorsitzende der CSU hat die Flüchtlingspolitik unseres Lan-des als „Herr-  
495 schaft des Unrechts“ bezeichnet. CDU und CSU treffen sich, nachdem sie dreieinhalb  
496 Jahre nichts gemeinsam hatten, in einem Bierzelt zu einem sogenannten Versöhnungs-  
497 gipfel. Donnerwetter! Ein Gipfel war es, das muss ich sagen – es war der Gipfel der Heu-  
498 chelei! Deshalb sollte jedem klar sein bei der Bundestagswahl: Wer Angela Merkel wählt,  
499 kriegt am Ende Horst Seehofer.

500 Liebe Genossinnen und Genossen, ich habe schon sehr häufig gesagt, dass es so in Europa  
501 nicht weitergehen kann. Wenn einige Staaten, die bei der Finanzierung der Agrarfonds  
502 oder der Mittel für die Strukturförderung sagen: „Solidarität ja, bitte“, die bei Sanktionen  
503 gegen Russland, die sie fordern, weil sie sich bedroht fühlen, Solidarität einfordern und  
504 sagen: „Sanktionen ja, bitte“, aber bei der Solidarität mit Menschen in der Flüchtlingspo-  
505 litik oder einem klaren Schutz und Bekenntnis unserer Grundwerte von Toleranz, Freiheit  
506 und Rechtsstaatlichkeit sagen: „Nein, danke“, dann muss man diesen Staaten klar sagen,  
507 was ich seit Jahren tue und was Gott sei Dank jetzt auch Emmanuel Macron gesagt hat:  
508 Solidarität ist keine Einbahnstraße!

509 Im Gegensatz zu Frau Merkel und Herrn Seehofer sagen wir das in klaren deutschen Sät-  
510 zen. Wir stehen auf der Seite des Europas, das demokratisch, tolerant und weltoffen ist,  
511 das den Wert der Solidarität und das Bekenntnis zur Demokratie in den Mittelpunkt stellt.  
512 In diesem Sinne wollen wir Europa reformieren. Zu einem Europa, das eben nicht die  
513 marktkonforme Demokratie ist, sondern das die Demokratien Gemeinschaft ist, die einen



514 Markt formt, in dessen Mittelpunkt die Würde des Menschen steht. Das, Genossinnen  
515 und Genossen, muss das Europa sein, das wir anstreben. Und für dieses Europa wollen  
516 wir kämpfen.

517 Ich habe, liebe Gäste und liebe Genossinnen und Genossen, über die großen Fragen un-  
518 serer Zeit gesprochen: die wirtschaftliche Zukunft, die Gerechtigkeit, Europa und den  
519 Frieden. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten haben das richtige Programm,  
520 und wir haben eine klare Haltung zu den großen Herausforderungen. Wir wissen, wofür  
521 wir stehen. Wofür stehen die anderen? Die SPD steht für eine moderne Politik, die Ge-  
522 rechtigkeit und wirtschaftlichen Erfolg verbindet. CDU und CSU, wenn sie denn über-  
523 haupt irgendetwas dazu sagen, spielen in der Regel diese Dinge gegeneinander aus. Die  
524 SPD steht für eine Politik, die den Zusammenhalt gerade in Zeiten des Wandels sichert,  
525 für sichere Renten, für bessere Bildungschancen und für Lohngerechtigkeit. CDU und  
526 CSU glauben schweigend, dass es in diesen Bereichen keine Veränderungen geben soll.  
527 Die SPD steht für eine Politik, die Mütter und Väter dabei unterstützt, partnerschaftlich  
528 Beruf und Familie zu vereinbaren. Die CDU und die CSU verharren in ihren alten Rol-  
529 lenbildern. Die SPD setzt auf Vielfalt, Toleranz, Kultur und Solidarität. CDU und CSU  
530 treiben immer und immer wieder einen Keil in die Gesellschaft, entweder mit ihrer Angst-  
531 macherei oder mit ihrem Leitkulturgefasel. Die SPD weiß, dass die Menschen den Staat  
532 nicht vor ihrer Nase haben wollen, aber an ihrer Seite, wenn es darauf ankommt. Die SPD  
533 setzt sich in unsicheren Zeiten für friedliche Konfliktlösung und Abrüstung ein. Die CDU  
534 und die CSU setzen auf Aufrüstung.

535 Genossinnen und Genossen, Deutschland steht vor einer Richtungsentscheidung. Ja, wir  
536 können uns entscheiden, in welchem Land, in welcher Gesellschaft wir leben wollen: Wir  
537 wollen weiter in einem freien, einem solidarischen und einem vielfältigen Land leben,  
538 das in einem starken, in einem erneuerten Europa eingebettet ist. Ein Land, das an sich  
539 glaubt und das daran glaubt, dass das Beste noch vor uns liegt. Ein zuversichtliches, ein  
540 offenes, ein optimistisches Land, für das die Zukunft keine Drohung, sondern ein Ver-  
541 sprechen ist. Ein Land, das seinen Chancen und seiner eigenen Kraft vertraut. Ein Land,  
542 das bereit ist für neue Wege und einen neuen Aufbruch. Ein Land des Mutes, des Fort-  
543 schritts und der Solidarität. Stellen wir die Weichen auf Zukunft und fahren wir fort, unser  
544 Land zu reformieren? Stellen wir die Weichen auf Zukunft, oder fahren wir weiter auf

545 Sicht? Wir sagen, es ist Zeit. Es ist Zeit für mehr Gerechtigkeit. Es ist Zeit für eine inno-  
546 vative Zukunft. Es ist Zeit für ein neues Europa.

547 Unsere Genossinnen und Genossen, die 1925 auf dem Parteitag in Heidelberg die Verei-  
548 nigten Staaten von Europa forderten, waren tief geprägt vom Ersten Weltkrieg, und sie  
549 taten das acht Jahre vor der Machtergreifung Hitlers in einer Welt des völligen Umbruchs.  
550 Ich weiß nicht, vielleicht wäre uns und ganz Europa der tiefe Zivilisationsbruch des Zwei-  
551 ten Weltkriegs erspart geblieben, wenn sich dieser Geist durchgesetzt hätte, der damals  
552 die Vereinigten Staaten von Europa forderte. Wir leben wieder in einer Zeit des Um-  
553 bruchs, in der die Werte, für die wir als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten strei-  
554 ten, die Werte Europas, die Werte der aufgeklärten, der toleranten Gesellschaft, heraus-  
555 gefordert sind, wie seit Jahrzehnten nicht mehr. Wir leben in Zeiten eines Epochen-wan-  
556 dels, in denen Europa die großen Aufgaben des 21. Jahrhunderts anpacken muss. Europa  
557 muss diese Aufgaben anpacken: Die Bewältigung des Klimawandels als Pflicht der heu-  
558 tigen Generation gegenüber den nächsten Generationen. Den Aufbruch in ein digitales  
559 Zeitalter, in dem wir ein europäisches Google und ein europäisches Facebook schaffen.  
560 Der kommende Bill Gates muss ein Europäer sein. Und die Grundrechte, die wir uns  
561 erstritten haben, müssen gewahrt bleiben durch ein starkes Europa. Europa muss die  
562 Frage anpacken, wie wir die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit den ärmsten Regionen  
563 dieser Welt gestalten. Denn nur wenn sie eine Chance bekommen, werden wir dauerhaft  
564 die Herausforderungen von Migration und Flucht bewältigen können. Durch einen fairen  
565 Handel. Auf der Grundlage von gegenseitigem Respekt. Aber vor allem durch ein euro-  
566 päisches Einwanderungsrecht, das wir dringend brauchen. Wir brauchen dieses Einwan-  
567 derungsrecht, Genossinnen und Genossen, damit wir endlich ein System der Hoffnungs-  
568 losigkeit und des Massensterbens durch ein System der Hoffnung auf einen fairen Zugang  
569 nach Europa ersetzen. Europa muss die Bekämpfung des internationalen Terrorismus an-  
570 packen. Dazu gehört vor allem, Prävention in allen Ländern Europas an die erste Stelle  
571 zu setzen. Aber Europa muss auch auf die Begrenzung des Waffenexports setzen, denn  
572 die Kriege wer-den mit unseren Waffen ausgefochten. Und diese Waffen, Genossinnen  
573 und Genossen, gelangen zu oft in die Hände von Terroristen. Aber es ist uns doch klar:  
574 Es hilft nicht, wenn ein Land aussteigt, weil viel zu häufig die Haltung dann vorhanden  
575 ist: Na, wenn die nicht liefern, haben wir ein bisschen mehr Anteile am Markt. Deshalb

576 kann das Europa nur in Gänze tun. Dann muss es aber auch in Europa zur Aufgabe wer-  
577 den, auf die Sicherung des Friedens zu achten und die weltweite Abrüstung zur Aufgabe  
578 Europas zu machen. Gerhard Schröder hat in seiner Rede darauf hingewiesen. Wir stehen  
579 als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten in Deutschland in einer großen Tradition:  
580 Der Alternative zur simplen Aufrüstungsspirale, die uns andere einreden wollen. Der Al-  
581 ternative zu diesem sogenannten 2-Prozent-Ziel der Aufrüstung der Armeen der NATO-  
582 Mitgliedsstaaten zu hochgerüsteten und bewaffneten Einheiten, die doppelt so groß sein  
583 werden wie heute. Dieses 2-Prozent-Ziel ist nicht vernünftig, und wir stehen nicht in die-  
584 ser Tradition. Wir stehen in der Tradition der Brandt'schen und Schmidt'schen Abrüs-  
585 tungs- und Rüstungsbegrenzungs politik. Die muss Europa verfolgen. Ein Europa, das die  
586 offene, die vielfältige und die tolerante Gesellschaft schafft. In unserem Artikel 1 des  
587 Grundgesetzes ist auch die Einleitung der Grundrechtecharta der EU definiert: „Die  
588 Würde des Menschen ist unantastbar.“ Ja, das ist für mich und für uns alle der wichtigste  
589 Satz in unserer politischen Arbeit, dass wir alles, was wir tun, national wie europäisch,  
590 einordnen in diese Pflicht, dafür zu sorgen, dass die Würde des Menschen nicht angetastet  
591 wird.

592 Diese Idee, das ist die Idee von Europa: Durch die transnationale Demokratie und die  
593 Kooperation von Völkern und Staaten über Grenzen hinweg ein Europa zu schaffen, das  
594 die Würde des Menschen in den Mittelpunkt stellt. Für diese Idee von Europa stehen wir  
595 Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten seit über 100 Jahren.

596 Diese Idee drückte sich im Heidelberger Programm von 1925 aus, nach dem Ende des  
597 Ersten Weltkrieges. Die Männer und Frauen auf dem Parteitag konnten nicht wissen, was  
598 vor ihnen lag. Aber ohne zu wissen, welche dämonische Entwicklung schon bald folgen  
599 sollte, beschlossen sie: Wir wollen die Vereinigten Staaten von Europa.

600 Jetzt leben wir wieder in einem Umbruch. Jetzt muss Europa neu gegründet werden als  
601 ein Ort der Freiheit, als ein Ort der Sicherheit, als ein Ort des Rechts, der Aufklärung und  
602 der Menschenrechte, der Abrüstung und des zivilisatorischen Fortschritts, der Umwand-  
603 lung der entfesselten Kräfte der Ökonomie im digitalen Zeitalter in sozialen Fortschritt.  
604 Das ist die Aufgabe Europas und das ist die Aufgabe der Sozialdemokratie. Dafür stehen  
605 wir heute mehr denn je.

606 Ich bin überzeugt, Genossinnen und Genossen, von dieser Idee. Dafür brauche ich keine  
607 taktischen Berater oder Spin- Doktoren. Die Idee ist mir auch nicht in Bierzelten mit  
608 Horst Seehofer gekommen. Für diese Idee habe ich mein ganzes Leben gekämpft. Für  
609 diese Idee lohnt es sich, auf die Straße zu gehen. Für diese Idee lohnt es sich, dafür zu  
610 sorgen, dass die nächste Bundesregierung eine sozialdemokratisch geführte Bundesregie-  
611 rung ist, die diese Idee verwirklicht und umsetzt Genossinnen und Genossen, für viele  
612 Ideen, die ich heute vorgetragen habe, lohnt es sich, Wahlkampf zu machen. Aber für  
613 diese Idee lohnt es sich, mit heißem Herzen zu kämpfen. Das will ich tun. Dafür brauche  
614 ich euch. Für diese Idee will ich Kanzler der Bundesrepublik Deutschland werden.

**Christian Flisek Bundestag Juni 2017 (SPD): CFB0617**

Quelle: <https://dserver.bundestag.de/btp/18/18244.pdf>

1 Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Kolleginnen und Kollegen! Die Opposition  
2 zeichnet in ihren bisherigen Redebeiträgen ein Bild vom Urheberrecht in dieser Legisla-  
3 turperiode, das den Tatsachen nicht entspricht. Mit dem Urheberrechts-Wissensgesell-  
4 schaftsgesetz schließen wir heute eine hervorragende Legislaturperiode für das Urheberrecht ab.

6 Der Minister hat es bereits angedeutet: Nach der Novelle zum Urhebervertragsrecht und  
7 der umfassenden Reform des Verwertungsgesellschaftengesetzes ist dies nun die dritte  
8 große Reform in einem anspruchsvollen Feld. Damit haben die Koalitionsfraktionen die  
9 Ziele aus dem Koalitionsvertrag umfassend umgesetzt. Es wurde geliefert. Das ist der  
10 große Unterschied zur vorangegangenen Legislaturperiode, in der, außer zu reden, über-  
11 haupt nichts passiert ist.

12 Wir verabschieden heute ein ausgewogenes Gesetz, ein Gesetz, das für Rechtssicherheit  
13 an deutschen Universitäten, Schulen und Bibliotheken sorgen wird. Das war uns als SPD-  
14 Fraktion wichtig. Im Interesse von Unterricht und Forschung haben wir einen erlaubnis-  
15 freien Basiszugang geschaffen, der pauschal zu vergüten ist.

16 Damit gibt es eine praktikable Lösung für Universitäten und eine angemessene Vergütung  
17 für die Rechteinhaber. Die Zeit, in der Universitäten jahrelange Rechtsstreite führen  
18 mussten, um zu wissen, was erlaubt ist und was nicht, um zu erfahren, was angemessen  
19 ist und was unangemessen, ist damit vorbei. Mit der Reform wird ein umständliches Li-  
20 zenzmanagement vermieden, und die drohende Abschaltung der digitalen Semesterappa-  
21 rate zum Wintersemester 2017/18 wird damit wohl verhindert.

22 Die SPD-Fraktion hat sich lange und ausführlich mit den Verlagen, mit den Urhebern und  
23 Rechteinhabern, aber eben auch mit den Vertretern der Hochschulen und Bibliotheken  
24 auseinandergesetzt. Am Ende ging es vor allem um einen Punkt, nämlich um die Frage,

25 ob angemessene Lizenzangebote die gesetzlichen Regelungen, die sogenannten Schran-  
26 ken, aushebeln können. Wir haben von Anfang an klargemacht, dass dies mit uns nicht  
27 zu machen ist.

28 Man muss sich einmal klarmachen, was ein Vorrang der Lizenzangebote ganz allgemein  
29 bedeutet hätte. Schon ein Lizenzangebot, also allein das Angebot, hätte dazu geführt, dass  
30 ein Verlag die gesetzlichen Schrankenregelungen hätte aushebeln können. Wenn wir ei-  
31 nen Ausgleich zwischen Verlegern auf der einen Seite und Wissenschaft und Lehre auf  
32 der anderen Seite schaffen wollen, dann können wir eine gesetzliche Regelung nicht zur  
33 Disposition nur einer Seite stellen. Deswegen haben wir uns entschieden dagegen ge-  
34 wehrt.

35 Die SPD-Fraktion hat hier eine rote Linie gezogen und den Kern der Reform, den Vorrang  
36 der Schranke vor vertraglichen Angeboten, durchgesetzt. Das ist unserer klaren Linie ge-  
37 schuldet. So haben wir den bildungs- und wissenschaftsfreundlichen Charakter dieses  
38 Gesetzes erhalten können.

39 Meine Damen und Herren, ich möchte mich abschließend auch im Namen der SPD-Frak-  
40 tion bei all jenen, die sich im Urheberrecht engagiert haben, für die ausgezeichnete Arbeit  
41 bedanken. Ich danke dem Bundesminister der Justiz und für Verbraucherschutz, Herrn  
42 Heiko Maas, und dem zuständigen Parlamentarischen Staatssekretär Christian Lange.  
43 Aber ich bitte Sie, Herr Minister, dieses Lob auch an Ihr Referat weiterzugeben. Es war  
44 über die weite Strecke dieser Legislaturperiode hinweg eine sehr intensive, fachlich  
45 höchst kompetente und immer konstruktive Zusammenarbeit.

46 Ich möchte mich aber auch bei den Kolleginnen und Kollegen meiner Fraktion bedanken,  
47 die über alle Fachbereiche hinweg Interesse am Urheberrecht hatten. Es sei mir erlaubt,  
48 dass ich einen hervorhebe, nämlich Siggi Ehrmann, weil er in der nächsten Legislaturpe-  
49 riode dem Bundestag nicht mehr angehören wird.

50 Siggi, bei dir waren die urheberrechtlichen Interessen der Kreativen und der Kulturschaf-  
51 fenden immer gut aufgehoben. Herzlichen Dank dafür!

52 Meine Damen und Herren, ich möchte zum Schluss meinen Dank auch an die Kollegin-  
53 nen und Kollegen des Koalitionspartners richten. Trotz aller Interessengegensätze haben  
54 wir immer fair zusammengearbeitet. Gerade bei diesem letzten Thema – das muss ich als  
55 Rechtspolitiker sagen – gab es eine ganz besondere Nähe zu den Bildungspolitikern in  
56 der Fraktion. So ist das nun einmal. Aber wir sind zu einem guten Ergebnis gekommen.

57 Herzlichen Dank und Ihnen noch eine gute Zeit.

**Heiko Maas Bundestag Juni 2017 1. Rede (SPD): HMB0617/1**

Quelle: <https://dserver.bundestag.de/btp/18/18244.pdf>

1 Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Seit nunmehr  
2 zwei Jahren findet in Deutschland eine außerordentlich intensiv und auch eine außeror-  
3 dentlich kontrovers geführte Debatte darüber statt, wie wir der Hasskriminalität im Netz  
4 begegnen können. Es ist eine schwierige Debatte, es ist eine wichtige Debatte, aber es ist  
5 eine Debatte, die wir führen müssen; denn das Schlechteste, was wir tun können, ist,  
6 nichts zu tun angesichts dessen, was sich dort zurzeit abspielt.

7 Wie groß das Problem ist, zeigt die aktuelle Statistik des Bundeskriminalamtes. In den  
8 letzten beiden Jahren ist die Hasskriminalität in Deutschland um über 300 Prozent gestie-  
9 gen.

10 Deshalb geht es heute nicht nur um ein bisschen Regulierung und ein paar neue Compli-  
11 ance-Vorschriften. Es geht um eine Grundsatzentscheidung für das digitale Zeitalter. Da-  
12 mit das Internet nicht länger ein rechtsfreier Raum bleibt, müssen wir Recht und Gesetz  
13 endlich auch im Netz durchsetzen.

14 Meine Damen und Herren, ja, die Grundwerte, die hier auf dem Spiel stehen, sind keine  
15 geringeren als Freiheit und Gleichheit. Die Meinungsfreiheit ist ein hohes Gut. In einer  
16 offenen Gesellschaft, in einer Demokratie sind Streit und Debatte völlig unverzichtbar.  
17 Zur Meinungsfreiheit gehören auch hässliche Äußerungen. Das muss in einem freien  
18 Land jeder ertragen können. Aber die Meinungsfreiheit endet da, wo das Strafrecht be-  
19 ginnt. Deshalb ist die Einhaltung von Recht und Gesetz kein Angriff auf die Meinungs-  
20 freiheit, sondern die Garantie der Meinungsfreiheit. Genau darum geht es in diesem Ge-  
21 setz.

22 Ich frage deshalb: Wo bleibt diese Freiheit, wenn Andersdenkende im Netz ohne Conse-  
23 quenzen beleidigt, bedroht oder mit Mordaufrufen attackiert werden? Mit kriminellen  
24 Hasspostings sollen Andersdenkende eingeschüchtert und mundtot gemacht werden. Sol-  
25 che Hasspostings sind die wahren Angriffe auf die Meinungsfreiheit.



26 Mit diesem Gesetz beenden wir das verbale Faustrecht im Netz und schützen die Mei-  
27 nungsfreiheit aller, die im Netz unterwegs sind und sich dort auch äußern wollen.

28 Wir stellen sicher, dass jeder seine Meinung äußern kann, ohne deswegen beleidigt und  
29 bedroht zu werden. Das ist keine Einschränkung, sondern es ist eine Voraussetzung für  
30 die Ausübung der Meinungsfreiheit.

31 Der zweite Grundwert, der hier auf dem Spiel steht, ist die Gleichheit. „Alle Menschen  
32 sind vor dem Gesetz gleich“, so steht es im Grundgesetz. Aber die Realität sah gerade in  
33 diesem Punkt etwas anders aus. Jeder Journalist, der eine Zeitung macht, jeder Verleger,  
34 der ein Buch herausgibt, jeder Mensch, der sich auf dem Marktplatz auf eine Holzkiste  
35 stellt und eine Rede hält, muss sich an unsere Gesetze und auch an das Strafrecht halten.  
36 Ich sehe keinen Grund, warum das gleiche Recht nicht auch für die großen Internetkon-  
37 zerne gelten sollte. Niemand steht über dem Gesetz, auch nicht Facebook und Twitter.

38 Meine Damen und Herren, Facebook hat allein in Deutschland rund 30 Millionen Nutzer.  
39 Weltweit hat es allein im ersten Quartal des Jahres einen Rekordgewinn von 3 Milliarden  
40 Euro gemacht. Diese Zahlen zeigen, dass es hier noch um einen dritten Grundwert unseres  
41 Zusammenlebens geht. Auch dieser steht im Grundgesetz, nämlich „Eigentum verpflich-  
42 tet“. Die Erfahrung hat gezeigt: Ohne politischen Druck werden die großen Plattformbe-  
43 treiber ihre Verpflichtungen nicht erfüllen. Wir haben es 14 Monate mit Gesprächen ver-  
44 sucht. Deshalb ist es richtig, jetzt mit einem Gesetz tätig zu werden.

45 Die Beratungen im Ausschuss haben zu vielen und sinnvollen Klarstellungen im Gesetz  
46 geführt. Das Ziel bleibt aber völlig unverändert. Trotzdem – auch das sage ich – werden  
47 wir mit diesem Gesetz nicht alle Probleme lösen können. Wir bleiben auch künftig gefor-  
48 dert: die Plattformbetreiber, die Zivilgesellschaft und natürlich auch und vor allem die  
49 Justiz. Und wir werden auch auf europäischer Ebene für gemeinsame Lösungen streiten.  
50 Wir werden weiter gegen die sprachliche Verrohung im Netz streiten. Zum Schutz der  
51 Meinungsfreiheit müssen wir verhindern, dass ein Klima der Angst und der Einschüchte-  
52 rung entsteht. Deshalb müssen strafbare Inhalte, strafbarer Hass, künftig schneller aus  
53 dem Netz gelöscht werden. Mit diesem Gesetz kommen wir dem einen ganz wesentlichen  
54 Schritt näher.

55 Herzlichen Dank.

**Heiko Maas Bundestag Juni 2017 2. Rede: HMB0617/2**

Quelle: <https://dserver.bundestag.de/btp/18/18244.pdf>

1 Vielen Dank. – Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! In dieser Le-  
2 gislaturperiode haben wir wahrhaftig das Urheberrecht gründlich reformiert. Wir haben  
3 das Recht der Verwertungsgesellschaften modernisiert, damit Urheber schneller ihre Ver-  
4 gütungen bekommen und Unternehmen mehr Rechtssicherheit haben. Wir haben das Ur-  
5 hebervertragsrecht reformiert, damit die Rechte der Kreativen, der ausübenden Künstler,  
6 auch im digitalen Zeitalter gewahrt werden. Wir haben die Beteiligung der Verleger an  
7 den Pauschalvergütungen nach dem Urheberrecht gesichert. Jetzt schließen wir ein wei-  
8 teres Großprojekt ab: Wir erleichtern Bildung und Wissenschaft die digitale Nutzung ge-  
9 schützter Werke.

10 Das ist wirklich eine ganze Menge für eine Legislaturperiode. Wir schaffen jetzt einen  
11 gesetzlichen Basiszugang, damit an Schulen, Universitäten, Bibliotheken und Archiven  
12 eben nicht mehr mit viel Aufwand und Bürokratie um Erlaubnis gefragt werden muss,  
13 wenn geschützte Werke für Unterricht und Lehre genutzt werden sollen.

14 Dabei sage ich auch und ganz bewusst: Es muss zwar nicht mehr um Erlaubnis gefragt  
15 werden; aber selbstverständlich muss diese Nutzung dann weiterhin angemessen vergütet  
16 und damit das geistige Eigentum auch respektiert werden.

17 Was wir mit dieser Reform vor allen Dingen schaffen, ist mehr Rechtssicherheit; denn  
18 jetzt ist klar geregelt, was erlaubt ist und was eben nicht erlaubt ist. Das hat auch zu einem  
19 großen Streit geführt, weil erstmals klar war, was geht und was nicht geht. Wir schaffen  
20 damit ein praxistaugliches Recht; denn die Vorstellung, dass ein Lehrer oder ein Dozent  
21 erst einen Lizenzvertrag mit einem Verlag abschließen muss, bevor er einen Text ein-  
22 scannt und an die Schüler versendet, die ist schlichtweg lebensfremd. Das haben wir in  
23 der Praxis in den letzten Jahren immer mehr gemerkt: Kein Lehrer und kein Dozent kann  
24 beurteilen, ob Preis- und Vertragsbedingungen für solche Lizenzen angemessen sind oder  
25 eben nicht.

26 Trotzdem wird natürlich auch in Zukunft der größte Teil der Nutzung auf Lizenzbasis  
27 stattfinden. Studenten werden weiterhin Lehrbücher kaufen, und Bibliotheken werden  
28 auch weiterhin wissenschaftliche Zeitschriften abonnieren. Deshalb bin ich sicher, dass  
29 die deutschen Wissenschaftsverlage mit dem gesetzlichen Basiszugang auch in der digi-  
30 talen Zukunft werden bestehen können.

31 Wir haben in den Beratungen entschieden, dass diese Reform befristet wird. Wir werden  
32 bis spätestens 2023 prüfen, ob sich dieses Recht und ob sich dieser Systemwandel dann  
33 auch bewährt haben. Die Bundesregierung wird außerdem für eine europäische Regelung  
34 zur Verlegerbeteiligung eintreten – ein Thema, das gerade ganz besonders in Brüssel dis-  
35 kutiert wird. Wir haben bereits dafür gesorgt, dass die Kommission hier einen Vorschlag  
36 gemacht hat. Wir werden weiter auf eine schnelle Umsetzung drängen, weil das für unsere  
37 Verlage wichtig ist. In Deutschland werden wir beobachten, wie sich die Verteilung der  
38 Vergütung zwischen Autoren und Verlegern entwickelt, ob Verlage wirtschaftlich in Not  
39 geraten und deshalb möglicherweise besondere Formen der Hilfe geboten sind.

40 Meine Damen und Herren, über das Projekt, das wir mit diesem Gesetz abschließen, ist  
41 weit mehr als ein Jahrzehnt gestritten worden. Wir bringen es nun zum Abschluss, und  
42 das, obwohl – das haben die Diskussionen und auch der ganze Streit gezeigt – man  
43 manchmal den Eindruck hatte, dass sich die Positionen völlig unversöhnlich gegenüber-  
44 gestanden haben. Dass wir uns trotzdem zu einer Regelung durchringen können, ist auch  
45 ein Beispiel für die Handlungsfähigkeit der Politik.

46 Das rechts- und verbraucherpolitische Arbeitspensum dieser Wahlperiode zeigt – das Ur-  
47 heberrecht ist ein ganz besonders deutlicher Hinweis –, wie konstruktiv die Rechtspoliti-  
48 kerinnen und Rechtspolitiker zusammengearbeitet haben. Wir waren sicher nicht immer  
49 einer Meinung; aber wir hatten stets den Willen zum gemeinsamen Erfolg. Deshalb gilt  
50 an dieser Stelle mein ganz besonderer Dank Eva Högl und Johannes Fechner genauso wie  
51 Stephan Harbarth und Elisabeth Winkelmeier-Becker für diese gute Zusammenarbeit. Es  
52 hat sich gelohnt, wie man an den Ergebnissen erkennt.

53 Ich danke aber auch allen Mitgliedern des Ausschusses für Recht und Verbraucherschutz,  
54 den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Fraktionen, die uns unterstützt haben, sowie

55 dem Sekretariat des Rechtsausschusses und natürlich deren Vorsitzender, Renate Künast.  
56 Ich danke auch Frau Keul und Frau Wawzyniak sowie allen weiteren Kolleginnen und  
57 Kollegen aus der Opposition, die ihrem Auftrag, wie ich finde, in dieser Legislaturperiode  
58 rechts- und verbraucherpolitisch gerecht geworden sind.

59 Herzlichen Dank.

**Thomas Oppermann Bundestag Juni 2017 (SPD): TOB1706**

Quelle: <https://dserver.bundestag.de/btp/18/18244.pdf>

1 Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich freue mich, dass es heute zu einer Ent-  
2 scheidung kommt.

3 Die Öffnung der Ehe ist ein wichtiger gesellschaftspolitischer Fortschritt. Darauf haben  
4 viele Menschen in diesem Land lange gewartet.

5 Bei der Ehe geht es nicht um das Geschlecht, sondern darum, ob Menschen füreinander  
6 einstehen und Verantwortung übernehmen wollen. Nach Artikel 6 des Grundgesetzes ste-  
7 hen Ehe und Familie unter dem besonderen Schutz des Staates.

8 Dieses Grundrecht schützt im Kern die Verantwortungsgemeinschaft von Menschen.  
9 Deshalb brauchen wir auch keine Grundgesetzänderung, um die Ehe für alle einzuführen.  
10 Niemand kann sagen, dass wir über dieses Thema nicht gründlich genug diskutiert hätten.  
11 Wir entscheiden heute über einen Gesetzentwurf, der bereits 2015 auf Initiative von  
12 Rheinland-Pfalz im Bundesrat beschlossen wurde. Es gab eine ordentliche Anhörung im  
13 Rechtsausschuss zu diesem Thema, und der Bundestag hat fünfmal im Plenum darüber  
14 debattiert. Dass wir heute darüber entscheiden, ist vielleicht nicht gut für die Koalition,  
15 aber es ist gut für die Menschen, und es ist gut für das Parlament.

16 Es gibt seit Jahren im Deutschen Bundestag eine klare Mehrheit der Abgeordneten für  
17 die Öffnung der Ehe. Eine Abstimmung ist aber bisher durch Koalitionsverträge verhin-  
18 dert worden. Erfreulicherweise ist seit Montag auch unser Koalitionspartner der Meinung,  
19 dass diese Frage eine Gewissensentscheidung ist. Eine zwingende, logische Folge daraus  
20 ist, dass die Abstimmung freigegeben werden muss.

21 Meine Damen und Herren, wir leben in einer Zeit des gesellschaftlichen Wandels. Gleich-  
22 geschlechtliche Paare werden heute akzeptiert. Das ist in einer offenen, toleranten Ge-  
23 sellschaft möglich. Ganz unterschiedliche Lebensentwürfe gehören heute zum Alltag.  
24 Wenn unsere

25 Verfassung eines garantiert, dann, dass jeder in diesem Land so leben kann, wie er es für  
26 richtig hält, wie sie es für richtig hält.

27 Ich habe aber auch Verständnis für alle, die gegenüber der Öffnung der Ehe Bedenken  
28 haben und diesen Schritt noch nicht mitgehen wollen. Ich finde, das muss man respektie-  
29 ren.

30 Diese Personen sollten aber Folgendes bedenken: Wenn die Ehe für alle kommt, dann  
31 wird vielen etwas gegeben, aber niemandem etwas genommen. Das sollten diejenigen  
32 bedenken, die heute dagegen stimmen wollen.

33 Ich wünsche mir eine möglichst große Mehrheit für dieses Gesetz.

34 Vielen Dank.

### Kanzlerduell Merkel gegen Schulz 2017: MSK17

Quelle: [https://www.youtube.com/watch?v=fDXEjSN0MOY&ab\\_channel=phoenix](https://www.youtube.com/watch?v=fDXEjSN0MOY&ab_channel=phoenix) (eigene Transkription)

1 **Herr Schulz:** Ich glaube, dass wir einen überraschenden Anstieg in den Umfragen hatten,  
2 unmittelbar nach meiner Nominierung. Wir haben dann Landtagswahlen verloren. Das  
3 war für uns sehr bitter und wir sind jetzt drei Wochen vor der Bundestagswahl in einer  
4 Situation wo wenn ich den Umfragen, die Sie zitiert haben glaube ungefähr jeder zweite  
5 deutsche Bürger noch nicht entschieden ist. Und unser Duell heute Abend dient sicher  
6 dazu, die Fragen die die Menschen haben zu beantworten.

7 **Herr Schulz:** Ich habe diesen Vorwurf auf einem Parteitag der SPD ausgesprochen, weil  
8 ich glaube, dass die Politik, die im Kanzleramt und teilweise in Übereinstimmung zwi-  
9 schen Kanzleramt und der Parteizentrale der CDU gemacht wurde, dazu geführt hat, dass  
10 der Diskurs, die kontroverse Debatte, die das Salz in der Demokratie ist, die am Ende  
11 auch zu Debatten im Volk führt und zu einer Entscheidung hin geführt werden muss, in  
12 diesem Lande praktisch untergegangen ist. Was die Ränder, vor allem die rechten Länder  
13 stärkt. Zugegebenermaßen war das eine harte und zugespitzte Formulierung, die aber die  
14 notwendige Debatte ausgelöst hat und das habe ich damit bezweckt. Ich will sagen, dass  
15 ich es in dieser Schärfe sicher nicht nochmal sagen würde, aber das Ziel, dass ich errei-  
16 chen wollte das endlich klar gemacht wird, dass man die Demokratie nicht im Schlafwa-  
17 gen voranbringt, sondern in der kontroversen, zu der wir vielleicht heute Abend die Ge-  
18 legenheit haben. Das war mein Ziel.

19 **Herr Schulz:** Es ist ein Satz den Sie vollständig zitieren müssen.

20 **Herr Schulz:** Aber Sie haben den Satz zitiert. Ich will Ihnen gerne deshalb nochmal wie-  
21 derholen: Das was die Menschen zu uns bringen ist wertvoller als Gold, es ist der Glaube  
22 an Europa. Da war das was ich gesagt habe und natürlich bleibe ich dabei. Denn die Men-  
23 schen, die vor dem IS fliehen, vor den Folterknechten, vor der Massenvergewaltigung,  
24 vor der Massentötung und zu uns kommen, weil sie wissen in Europa, nicht nur in  
25 Deutschland auch in anderen Ländern Europas, finden sie Demokraten. Und Demokratie  
26 die bereit ist sie zu schützen und aufzunehmen. Das ist etwas vorauf wir stolz sein können



27 in Deutschland und in ganz Europa. Und deshalb würde ich diesen Satz jeder Zeit wieder  
28 so sagen. Bei der Migration sind wir aber vor großen Herausforderungen, die wir alle  
29 gemeinsam, vor allem die 100 000 Menschen die in diesem Land sich um die Flüchtlinge  
30 gekümmert haben, meistern müssen. Und Frau Merkel hat vor zwei Wochen glaube ich  
31 oder in der Welt am Sonntag in einem Interview gesagt: Sie würde alles was sie 2015  
32 gemacht hat, genauso wiederholen. Und dazu kann ich nicht raten. Denn das wir den  
33 Fehler gemacht haben, unsere europäischen Nachbarn nicht vorher einzubeziehen, son-  
34 dern sie hinterher vor vollendete Tatsachen zu stellen, führt dazu, dass heute Leute wie  
35 der ungarische Ministerpräsident Orbán oder der Parteichef Kaczyński in Polen, sich  
36 aus der Verantwortung stehlen und uns Deutsche, die wir viel Geld für diese Länder zah-  
37 len, im Stich lassen. Und deshalb was wir brauchen, um die Migrationsprobleme zu be-  
38 wältigen, ist eine europäische Lösung, aber eine die nicht zu Lasten Deutschlands geht,  
39 sondern in Solidarität mit allen europäischen Ländern geregelt wird.

40 **Herr Schulz:** Ich glaube dass das anders war. Man hätte die Partner in Europa vorher  
41 einbeziehen müssen. Aber Sie gestatten mir sicher eine Frage: Wir sind uns einig. Wir  
42 beide haben das gemeinsam erlebt, wie Herr Orbán gegen die deutsche Flüchtlingspolitik,  
43 also der ungarische Ministerpräsident kämpfte, mit ziemlich bösen Worten, auch Ihnen  
44 persönlich gegenüber. Warum hat ihn dann überhaupt Horst Seehofer zum Ehrengast bei  
45 der CSU eingeladen?

46 **Herr Schulz:** Frau Merkel hat vor allen Dingen ein Deutschland der Menschlichkeit ge-  
47 meinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern dieses Landes. Das hat sie gerade beschrie-  
48 ben. Wir haben das auch ermöglicht. Ich bin den Leuten, den 100 000 Menschen, die sich  
49 da engagiert haben sehr dankbar. Aber es ist nicht ganz so wie Frau Merkel es darstellt.  
50 Es hört sich sehr schön an, aber die Flüchtlingswelle kam auf uns zu und sie kam nicht  
51 erst seit Tagen. Sie kam über Monate und Monate. Und wir haben immer wieder ange-  
52 mahnt, wir brauchen europäische Lösungen und dann wurden von Herrn de Maizière,  
53 Ihrem Innenminister gesagt, „Die Dublin Konvention sieht vor, die müssen dort aufge-  
54 nommen wo sie ankommen, dann dürfen sie nicht nach Deutschland kommen.“ Und als  
55 die Staaten zusammenbrachen unter der Last, und das war absehbar, dann kamen sie un-  
56 geordnet. Das Sie in dieser Situation sagten Sie können kommen, finde ich richtig. Das

57 war absolut richtig. Aber man hätte es in einer anderen Form vermeiden. Deshalb tut mir  
58 leid Frau Merkel der Einbezug unserer europäischen Nachbarn vorher wäre besser gewe-  
59 sen. Ich finde ja nur Sie hätten, wenn Sie sagen können, 2015 haben wir richtig gehandelt  
60 aber wir haben nicht alles richtig gemacht. Das ein oder andere ist auch falsch gelaufen.  
61 Das hätte ich gut gefunden. Aber zu sagen, ich würde alles genauso machen wie 2015, da  
62 kann ich nicht zu raten.

63 **Herr Schulz:** Es ist schwer einzuschätzen wie lange es dauert, wenn knapp 1 Millionen  
64 Menschen in zwei Jahren oder etwas mehr sogar in ein Land kommen. Das dauert. Die  
65 Integration. Das kriegt man nicht von einen Tag auf den anderen hin. Das was wir machen  
66 müssen ist, diejenigen die die Integrationsleistungen erbringen müssen mit den entspre-  
67 chenden Mitteln auszustatten, damit sie sie erbringen können. Also die Schulen ausstatten  
68 mit dem entsprechenden Lehrpersonal, damit nicht Deutsche gegen Flüchtlinge ausge-  
69 spielt werden.

70 **Herr Schulz:** Die Infrastruktur ausstatten. Das ist einer der Punkte, warum wir so viel  
71 Geld in die Bildung stecken wollen. Werden wir sicher nachher nochmal darauf zurück-  
72 kommen. Wir müssen übrigens auch sehen, dass es 100 000 nicht bearbeitete Altfälle  
73 beim Bundesamt für Migration gibt und dass die Verwaltungsverfahren viel zu lange in  
74 Deutschland dauern. Wenn sie schneller gingen, hätten wir auch schnellere Anerken-  
75 nungsmöglichkeiten oder Duldungsmöglichkeiten. Dann könnten die Leute auch schnel-  
76 ler integriert werden. Also jetzt zu sagen, dass dauert ein Jahr oder das dauert eineinhalb  
77 Jahre kann man nicht sagen. Das ist eine Aufgabe die sicher uns noch eine lange Zeit in  
78 Anspruch nehmen wird.

79 **Herr Schulz:** Na, ich glaube, dass es nicht für Ihre Enkel sein sollte und ich weiß nicht  
80 wie alt Ihre Tochter ist, aber da Sie noch ein relativ junger Mann sind, glaube ich schon  
81 noch das es für unsere Generation.

82 **Herr Schulz:** Sie haben gesagt für Ihre Generation. Im Verlauf der nächsten Jahre diese  
83 Integrationsleistung erbringen. Aber man darf den Menschen auch keinen Sand in die  
84 Augen streuen. 1 Millionen Menschen zu integrieren, das ist unter Umständen tatsächlich  
85 eine Generationsaufgabe ja.

86 **Herr Schulz:** Na gut. Die gibt es immer. Wir sind verliebt ins Gelingen und nicht ins  
87 Scheitern.

88 **Herr Schulz:** Das glaube ich nicht. Vom Grundsatz nicht. Das kommt auf ihre Erziehung  
89 in den Ländern an. Ja es gibt zum Beispiel junge palästinensische Männer die zu uns  
90 kommen, die mit einem tiefverwurzelten Antisemitismus erzogen worden sind. Denen  
91 muss man in klaren Sätzen sagen in diesem Land hast du nur dann einen Platz, wenn du  
92 akzeptierst das Deutschland ein Land ist das Israel schützt. Dass das unsere Staatsräson  
93 ist. Das heißt das muss man sehr konkret im Einzelfall.

94 **Herr Schulz:** Indem man sich mit jedem einzelnen der zu uns kommt befasst, in der  
95 Schule oder im Ausbildungsbetrieb oder da wo er ist in den Stadtvierteln, in den Vereinen.

96 **Herr Schulz:** Wir wollen ja hoffen, dass die Menschen die zu uns kommen und wir reden  
97 ja gerade über Integration, in die Schule gehen können. Dass sie eine Berufsausbildung  
98 bekommen. Da müssen sie ja integriert werden. Integration findet ja nicht auf dem Papier  
99 statt, sondern im Alltagsleben. In der Vorbereitung unserer Sendung hier habe ich noch-  
100 mal, um auf den Islam zurückzukommen, passt diese Religion zu unserem Land, ein paar  
101 Sachen nachgelesen. Ja. So wie Sie ja auch. Da ist mir ein Zitat eines großen. Ein groß-  
102 artiges Zitat was ich für unsere Sendung für das Schlusswort eigentlich aufbewahrt hatte:  
103 Jeden Satz von richtig oder falsch gibt es einen Ort. Dort treffen wir uns. Das ist ein  
104 wunderbares Zitat eines großen schiitischen Philosophen: Jalal Abdin. Ein Schiit aus dem  
105 Iran. Sie sehen, der Islam ist eine Religionsgemeinschaft wie jede andere auch. Die in-  
106 tegrierbar ist in unser Land. Wir reden, wenn wir über den Islam reden, über die 95 Pro-  
107 zent Muslime, die so gläubig sind im Islam wie Christen im Christentum. Lassen Sie uns  
108 nicht aufzwingen, dass die 5 Prozent oder 3 Prozent fanatische Integristen den Islam in  
109 diesem Land diskreditieren und verleumden können. Dazu bin ich nicht bereit. Meine  
110 Freunde, die Muslime sind, ich wohne in einem Stadtviertel mit vielen vielen Kindern  
111 und Enkelkindern der Gastarbeiter, die Sie eben genannt haben. Bergleute, die in meine  
112 Heimatstadt kamen. Das sind alles Muslime. Die Moschee in meiner Stadt ist von meinem  
113 Wohnhaus 500 Meter weg. Das sind total anständige Leute. Aber die Hassprediger, die  
114 haben in unserem Lande nichts zu suchen.

115 **Herr Schulz:** Es hat sich übrigens was verändert. Das muss man schon sagen. Vor 10/15  
116 Jahren war es anders mit der Radikalisierung in der Türkei. Ganz stark jetzt mit dem  
117 Verhalten des türkischen Staatspräsidenten, der die Leute aufhetzt. Der macht das ja sys-  
118 tematisch. Die kriegen ja Anweisungen aus dem Ministerium in Ankara, dass sie hier  
119 richtig Gas geben sollen. Wir werden ja sicher über diesen Mann noch reden. Aber den  
120 Herrn Erdogan.

121 **Herr Schulz:** Ich glaube, dass man mit der Türkei ganz klar darüber reden muss, dass die  
122 Imame die in der Türkei ausgebildet worden sind, nicht mehr den Regeln entsprechen,  
123 die früher galten. Deshalb muss man darüber nachdenken, dieses Abkommen zu kündi-  
124 gen. Wir müssen sowieso mit der Türkei, da werden wir nachher drüber reden.

125 **Herr Schulz:** Ja. Wenn ich Kanzler werde, werde ich nicht nur das Abkommen kündigen,  
126 sondern die Beitrittsverhandlungen der Türkei mit der Europäischen Union abbrechen.  
127 Sehen Sie, es ist ein Punkt erreicht, kein deutscher Staatsbürger kann sicher mehr in die  
128 Türkei reisen. Es ist ein Punkt erreicht, wo wir die wirtschaftlichen Beziehungen, die  
129 Finanzbeziehungen über die Zollunion und die Beitrittsverhandlungen zur europäischen  
130 Union beenden müssen. Das können wir nicht alleine. Da müssen wir mit unseren euro-  
131 päischen Partnern drüber reden. Ich denke, dass derjenige der der nächste Bundeskanzler  
132 sein wird, die Aufgabe hat zum Schutz der Bundesrepublik Deutschland der Türkei zu  
133 sagen, hier sind alle roten Linien überschritten und deshalb kann dieses Land nicht mehr  
134 Mitglieder der EU werden. Was mir übrigens sehr schwer fällt. Ich habe sehr dafür ge-  
135 worben, dass die Türkei Vollmitglied der EU wird. Aber ich denke der Punkt ist beendet.  
136 Und in diesem Zusammenhang können wir auch nicht zulassen, dass zum Beispiel Imame  
137 Hass predigen und was Saudi-Arabien angeht: diese Radikalisierung, dieser Versuch die  
138 eigene Intoleranz zu exportieren zu uns, da hat Frau Merkel recht, da müssen die Mo-  
139 scheen geschlossen werden. Wer unter Bezug auf das Grundgesetz die Religionsfreiheit  
140 im Grundgesetz andere Grundsetze, die im Grundgesetz definiert sind, einschränken will,  
141 zum Beispiel die Gleichberechtigung von Mann und Frau, der hat in Deutschland nichts  
142 verloren.

143 **Herr Schulz:** Ich war heute in einer Kapelle. Und ich war auf einem Friedhof heute bei  
144 meinem Freund Frank Schirmmacher, der in Sakro beerdigt ist. Dessen Grab und die kleine  
145 Kapelle habe ich heute besucht.

146 **Herr Schulz:** Wahrscheinlich haben wir im stillen Kämmerlein beide gebetet.

147 **Herr Schulz:** Ja klar. Ich glaube zunächst mal, wir haben darüber geredet, dass wir hun-  
148 derttausende unbearbeitete Fälle beim Bundesamt für Migration haben. Das ist jetzt aus-  
149 nahmsweise ein Ministerium das nicht von der SPD, sondern von der CDU, von Herrn de  
150 Maiziere geführt wird. Da könnten wir deutlich schneller werden. Was die Abschiebun-  
151 gen angeht: Ja. Es ist so, dass im Einzelfall geprüft werden muss. Und am Ende sind das  
152 Ermessensspielräume. Ich hatte ja mit Ihnen Herr Klöppel die wunderbare Situation das  
153 mir ein junger Afghane begegnete, bei Ihnen in der Sendung, in der RTL-Wahlarena. Ich  
154 glaube Ihnen ist auch einer oder ein Mädchen, ich weiß nicht genau, begegnet, wo dann  
155 mir auch vorgehalten wurde, die Sozen schieben nicht ab, die Bayern machen es. Dann  
156 sitzt da ein 18-jähriger Junge, spricht gut deutsch. Die ganze Schule will das er hier bleibt  
157 und dann habe ich ihn gefragt: „Wo wohnst du denn?“ „In Melrichstadt“. Dann habe ich  
158 gesagt:“ Wo ist das?“ „In Bayern.“ „Ich ruf mal den bayerischen Ministerpräsidenten an.“  
159 Sie haben ihn ja auch angerufen.

160 **Herr Schulz:** Ja. Ja aber jetzt mach ich mal eine Schwarze Landesregierung dafür ver-  
161 antwortlich. Die schwärzeste die es in Deutschland gibt: die in Bayern und die schieben  
162 auch nicht ab. Warum schieben sie nicht ab? Weil die Einzelfallprüfung am Ende wichtig  
163 ist um zu schauen, kann man überhaupt abschieben. Und deshalb: ich halte überhaupt  
164 nichts davon, dass dieses Schwarze-Peter-Spiel läuft oder Rote-Peter-Spiel. Also mal sind  
165 es die Sozis. Mal ist es die CDU.

166 **Herr Schulz:** Abschieben von Gefährdern. Menschen die zu uns kommen und hier straf-  
167 fällig werden, Menschen die zu uns kommen und sagen „Wir wollen Asyl und wollen  
168 hier Terroranschläge verüben“, die fliegen aus Deutschland raus. Das war Ihre Frage mit  
169 mir, ob da SPDler oder CDUler als Regierung da ist. Das interessiert mich nicht. Die

170 haben abgeschoben zu werden. Ansonsten. Das Ermessensspielräume angewendet wer-  
171 den müssen, ist normal. Bei den Abschiebungen von Leuten, die abgeschoben werden  
172 müssen, glaube ich sollten wir konsequenter werden.

173 **Herr Schulz:** Wenn Sie die Verfahren beschleunigen. Sie haben ja eben die Zahl genannt.  
174 226 000 war glaube ich die Zahl. Stellen Sie sich das mal vor. Das sind Altlasten. Und  
175 wenn wir die beschleunigen würden, wenn in diesem Amt endlich schneller gearbeitet  
176 würden, in diesem Bundesamt für Migration, dann könnten wir auch viel schneller zu  
177 Entscheidungen kommen.

178 **Herr Schulz:** Gut und die SPD-Ministerpräsidenten haben dann natürlich auch in solchen  
179 Fällen gesagt: „Der muss jetzt nicht abgeschoben werden.“ Übrigens genau, das will ich  
180 jetzt nochmal sagen, Herr Seehofer, der in diesem Telefonat mit mir dann plötzlich auch  
181 wirklich sagte: „Ne da haben Sie recht. Der Junge wird nicht abgeschoben.“

182 **Herr Schulz:** Wir können sie nicht nur nicht schließen, wir sollten sie auch nicht schlie-  
183 ßen. Zunächst mal sind die Außengrenzen der europäischen Union, Grenzen die wir über-  
184 wachen müssen. Aber es gibt sie nicht nur im Mittelmeer. Es gibt sie ja auch nach Osten  
185 und es gibt sie auch im Norden. Und die Mittelmeergrenze macht uns große Sorgen. Aber  
186 schließen werden Sie sie gar nicht können. Was wir brauchen ist ein Einwanderungsrecht  
187 in Europa.

188 **Herr Schulz:** Da bin ich ganz anderer Meinung als Sie Herr Klöppel. Das hilft uns sehr.  
189 Was wir heute haben, das ist ein System der Hoffnungslosigkeit. Da geben Menschen  
190 ihre Heimat auf, ihr ganzes Geld. Begeben sich in die Hand von Verbrechern, die sie  
191 notfalls, nachdem sie sie ausgenommen haben, in den sicheren Tod schicken. Alle großen  
192 Einwanderungsregionen dieser Erde, die USA zum Beispiel, oder Kanada, auch Austra-  
193 lien, haben Einwanderungsrechte. Da können Sie beantragen einzuwandern. Da haben  
194 Sie eine Chance, aber keine Garantie. Das heißt, es kann auch nein gesagt werden, dann  
195 kannst du nicht kommen. Denn wir müssen eins sehen: an diesen Grenzen geschieht fol-  
196 gendes: da kommen ganz viele Leute. Die wollen zu uns einwandern. Das ist für sich  
197 genommen kein Verbrechen, aber nicht alle können zu uns kommen. Die sagen dann aber  
198 „ich will Asyl beantragen“, obwohl sie nicht politisch verfolgt sind. Denen zu sagen, und

199 das Problem für uns zu lösen, dass wenn sie hier sind, sie in den 200 000 die Sie genannt  
200 haben, dann mal landen und irgendwann mal wieder zurück müssen, da zu sagen „das  
201 geht so nicht.“ Ich beantrage legal einzuwandern und dann auch die Möglichkeiten zu  
202 schaffen. Das geht natürlich nicht für Deutschland allein. Das können wir nur mit den  
203 europäischen Nachbarn gemeinsam machen. Deshalb brauchen wir auch ein europäisches  
204 Einwanderungsrecht. Das würde uns endlich auf den Stand bringen, den die USA zum  
205 Beispiel haben, oder Kanada, oder Australien. Dann haben Sie eine Grenze, bei der der  
206 Grenzübertritt entweder legal ist oder illegal. Wer illegal übertritt wird zurückgewiesen.  
207 Wer legal kommt, der kann einwandern. Dazu brauchen Sie dann Einwanderungsgrößen-  
208 ordnungen, die unter den Ländern verteilt werden müssen. Das kann man praktisch ma-  
209 chen. Es scheitert daran, dass es in der EU Staaten gibt, ich habe eben ein paar genannt,  
210 Polen zum Beispiel oder Ungarn, die das kategorisch ablehnen und sagen „die Deutschen  
211 sollen damit alleine klar kommen. Die Italiener sollen damit alleine klar kommen.“ Und  
212 deshalb: ein europäisches Einwanderungsrecht, das ich als Bundeskanzler, vorausgesetzt  
213 ich bekäme das Mandat, durchsetzen würde, würde verbunden mit der Finanzierung Eu-  
214 ropas entweder wir schaffen, dass Europa ein Solidarpakt ist, wo alle die Aufgaben ge-  
215 meinsam schultern oder wir lassen es sein, dass wir die Landwirtschaft finanzieren, dass  
216 wir Straßenbau in Rumänien und Bulgarien finanzieren, dass wir die Regionalentwick-  
217 lung in Polen finanzieren, die uns aber umgekehrt sagen mit eurer Einwanderung und mit  
218 eurer Flüchtlingspolitik könnt ihr uns gestohlen bleiben. Das wird nicht so weiter gehen.

219 **Herr Schulz:** Im Einzelfall prüfen.

220 **Herr Schulz:** Es geht doch gar nicht. Entschuldigung wenn ich das noch sage. Es geht  
221 doch gar nicht anders. Sie müssen den Einzelfall prüfen aufgrund der internationalen Ver-  
222 pflichtungen denen die Bundesrepublik Deutschland unterworfen ist. Übrigens aufgrund  
223 unserer Verfassung. Da steht in Artikel eins die Würde des Menschen ist unantastbar.  
224 Steht nicht die Würde der Deutschen ist unantastbar. Wenn Sie einen Menschen haben,  
225 einen wie den jungen Mann über den wir eben gesprochen haben, aus Afghanistan, der  
226 keine Verwandten mehr hat, der keine Eltern mehr, außer einem Bruder, der irgendwo in  
227 der Welt sitzt. Dann können sie im Einzelfall prüfen und sagen der kann eventuell nach-  
228 kommen. In einem anderen Fall, wo wir nicht verpflichtet sind zum Familiennachzug

229 muss man dann sagen nein. Deshalb, im Rahmen der internationalen Verpflichtungen der  
230 Bundesrepublik Deutschland die Einzelfallprüfung. Gestatten Sie mir bitte einen Satz  
231 noch zum Mittelmeer Herr Klöppel. Ich hoffe sehr, wenn die Bundesmarine dort unter-  
232 wegs ist und es ertrinken Menschen, dass die Bundesmarine die aufnimmt. Ich habe mir  
233 das einmal vor Ort ansehen dürfen, wie die italienische Marine ein gekentertes Boot, wo  
234 Mütter mit kleinen Kindern ertranken, aufgenommen hat. Also ich glaube schon, das wir  
235 darüber nicht diskutieren müssen.

236 **Herr Schulz:** Das ist eine gute Gelegenheit. Vielen Dank auch für die Frage. Gute Gele-  
237 genheit jetzt heute hier Klarheit zu schaffen. Der Bundeskanzler der Bundesrepublik  
238 Deutschland muss in der europäischen Union seine Position vortragen. Ob wir dafür eine  
239 Mehrheit kriegen weiß ich nicht. Aber man muss ja definieren wofür man die Mehrheit  
240 erarbeiten will. Also eine Position beziehen, mit der man in den europäischen Rat geht.  
241 Wenn ich Bundeskanzler wäre, vorausgesetzt die Bürgerinnen und Bürger dieses Landes  
242 geben mir dafür ein Mandat, werde ich nach Amtsantritt dem europäischen Rat vorschla-  
243 gen, die Beitrittsverhandlungen mit der Türkei zu beenden. Ob wir dafür alle Staaten ge-  
244 winnen können, weiß ich nicht. Ich werde kämpfen dafür, weil ich glaube, dass mit Herrn  
245 Erdogan es nicht nur nicht sinnvoll ist die Türkei in die europäische Union aufzunehmen,  
246 wir würden jemanden aufnehmen, der jetzt schon erkennbar alle Grundwerte der europä-  
247 ischen Zusammenarbeit in Frage stellt. Und in der Türkei läuft ein Gegenputsch. Da gab  
248 es einen Putsch, den haben wir alle verurteilt. Was jetzt läuft ist ein Gegenputsch. Ich bin  
249 deshalb auch der Meinung, dass die Vorbeitrittshilfen in Höhe von, ich glaube, 4.2 Mil-  
250 liarden ist das, die die Türkei bekommen im Rahmen dieses Vorbeitrittsprozesses, ge-  
251 stoppt werden. Nicht mehr ausgezahlt werden. Wenn Bundesbürgerinnen und Bundes-  
252 bürger, die unschuldig in Haft gehalten werden, nicht mehr sicher sein können, dass der  
253 deutsche Staat sie in der Türkei schützt, weil dort ein autokratischer Herrscher willkürlich  
254 Leute verhaftet, dann ist der Punkt erreicht, wo die Bundesrepublik Deutschland sagen  
255 sollte wir brechen die Beitrittsverhandlungen ab. Und ich sage das jetzt ganz klar: ich  
256 würde diesen Antrag stellen. Sie können ja jetzt auch die Position beziehen, ob Sie das  
257 auch machen würden.



258 Nicht köcheln. Es ist ein Punkt, wo wir vielleicht, vielen Dank auch dafür, uns einen  
259 Moment Zeit nehmen sollten, weil hier klar wird, dass auch ganz klar zwei unterschied-  
260 liche politische Konzepte hier vorhanden sind. Frau Merkel sagt, ich bin dafür, dass wir  
261 die Beitritts Hilfen stoppen. Da brauchen Sie auch einen einstimmigen Beschluss zu. Da  
262 muss man alle anderen auch überzeugen. Für den anderen Punkt: Abbruch der Beitritts-  
263 verhandlungen, für den Sie ja mehr sein müssten, weil Sie immer gegen den Beitritt der  
264 Türkei waren, im Gegensatz zu mir. Ich war immer dafür. Da sagen Sie, dass kriegen wir  
265 möglicherweise bei unseren Nachbarn möglicherweise nicht hin. Ich will Ihnen eins sa-  
266 gen: ich bin entschieden anderer Auffassung was den Umgang mit Herrn Erdogan angeht.  
267 Die Sprache, die Herr Erdogan versteht, ist genau die, die ich vorschlage. Herr Erdogan  
268 hat eine, Sie kennen ihn genauso gut wie ich. Wir sind ihm beide etliche Male begegnet.  
269 Und ich glaube wir haben auch die gleiche Einschätzung. Herr Erdogan versteht eine  
270 einzige Sprache: die der konsequenten Haltung. Die Haltung in Ankara, dass konnte man  
271 auch heute an der Äußerung von Herrn ..., dem Außenminister sehen: „Was mischt Ihr  
272 euch überhaupt ein?“ Die einzige Sprache die in Ankara glaube ich die Regierung ver-  
273 steht, ist „jetzt ist Schluss.“ Die haben nämlich die Haltung, die Deutschen werden es nie  
274 wagen, die Beitrittsverhandlungen abzubrechen. Da sind sie viel zu ängstlich zu. Und  
275 deshalb machen sie es auch nicht. Und deshalb behandeln die unsere Bundesbürger so.  
276 Ich bin ziemlich sicher, wenn wir jetzt, dass was man im Volksmund „klare Kante“ nennt  
277 definieren: keine weiteren Zahlungen mehr und auch der Abbruch der Beitrittsverhand-  
278 lungen, als deutsche Position in der EU. Dann bin ich sehr sicher, dass Herr Erdogan sich  
279 überlegen wird, was er werden tut.

280 **Herr Schulz:** Ich glaube ich habe mich bei Ihnen noch gar nicht für eine Frage bedankt,  
281 aber die Antwort ist nein. Nein ich glaube nicht, dass wir das Flüchtlingsabkommen auf-  
282 kündigen sollten. Auf keinen Fall. Ist die Antwort kurz genug, oder darf ich noch was  
283 sagen? Das hat nämlich keinen Sinn, dieses Flüchtlingsabkommen aufzukündigen, weil  
284 die Türkei ihrerseits ein großes Interesse an diesem Flüchtlingsabkommen hat.

285 **Herr Schulz:** Nein. Das glaube ich nicht.

286 **Herr Schulz:** Weil er schon mehrfach bewiesen hat, dass er, heute hat er glaube ich re-  
287 lativ moderat reagiert. Das hat mich jedenfalls beruhigt. Beim letzten Mal hat er mit sei-  
288 nen Tweets, die Welt an den Rand einer Krise geführt.

289 **Herr Schulz:** Na ja. Sie beobachten ihn genauso wie ich. Ein Mann, der mit Tweets jeder  
290 Niedertracht in die Welt setzt, dem zur persönlichen Verunglimpfung seiner Gegner, je-  
291 des Mittel Recht ist, der ganze Bevölkerungsgruppen verleumdet, dem es nicht gelingt  
292 sich vom Nazi-Mob zu distanzieren, dem muss doch ein deutscher Kanzler sagen, „Ihre  
293 Politik Herr Präsident, wird niemals die Politik der Bundesrepublik Deutschland.

294 **Herr Schulz:** Ich glaube, dass wir uns sehr sehr schnell mit allen anderen demokratischen  
295 Partnern in Europa, zum Beispiel auch mit dem kanadischen Ministerpräsident Trudeau.  
296 Übrigens auch mit den mexikanischen Freunden zusammenschließen müssen. Und vor  
297 allen Dingen mit den Gegner die er hat im Kongress und in seiner eigenen Regierung.  
298 Rex Tillerson ist zum Beispiel sicher ein sehr besonnener Mann. Das ist ja das Problem,  
299 dass man in der Regierung der USA zurzeit gar nicht erkennen kann, wer steht eigentlich  
300 auf der Seite des Präsidenten oder wer sind die Ansprechpartner? Sigmar Gabriel war  
301 gerade da, hat Herrn Tillerson getroffen. Ein außergewöhnlich seriöser Mann. Aber die  
302 Unberechenbarkeit dieses Präsidenten und seiner Berater, nehmen Sie den Herrn Bennen,  
303 der jetzt so radikal ist, dass er selbst gegen den Trump los koffert. Also das Problem, das  
304 wir mit Trump haben, ist seine Unberechenbarkeit. Deshalb mit wem muss man reden?  
305 Mit berechenbaren Partnern in Washington. Die gibt's. Und mit den anderen Partnern im  
306 atlantischen Bündnis. Und natürlich mit der europäischen Union.

307 **Herr Schulz:** Ich bin Frau Merkel dankbar, dass sie das jetzt nochmal aufgegriffen hat.  
308 Ich hatte schon vor geraumer Zeit vorgeschlagen, dass die Europäer sich stärker engagie-  
309 ren müssen. Denn über eins müssen wir uns im Klaren sein: die USA alleine, unter diesem  
310 Präsidenten werden das nicht mehr stemmen, weil selbst die wirklich konstruktiven  
311 Kräfte ja nicht wissen.

312 **Herr Schulz:** Selbst die konstruktiven Kräfte in Washington wissen ja nicht mehr, wann  
313 der Präsident den nächsten Tweet raushaut und irgendwelchen diplomatischen Möglich-  
314 keiten dadurch zerstört. Wir haben ein gutes Beispiel, wie man versuchen kann, dass

315 Nordkorea-Problem in den Griff zu bekommen. Die europäische Union hat mit Unter-  
316 stützung von Barack Obama übrigens, über Jahre und Jahre zäh mit dem Iran verhandelt.  
317 Da waren die Russen mit einbezogen, da waren die Amerikaner mit einbezogen. Das ging  
318 rauf und runter. Und wir haben oft gedacht, dass geht den Bach runter, das funktioniert  
319 nicht. Am Ende haben wir die atomare Aufrüstung des Iran verhindern können. Das wird  
320 man nicht so nach Nordkorea übertragen können. Aber eine Staatengruppe, die mit Nord-  
321 korea in einem vernünftigen Dialog treten kann und die Veto-Mächte des Sicherheitsrates  
322 mit am Tisch und die Europäer. Ich glaube das könnte eine diplomatische Brücke sein  
323 über die wir gehen müssen. Das große Risiko dabei ist immer, wer weiß wann Donald  
324 Trump wieder zum Tweet greift.

325 **Herr Schulz:** Nein. Wir haben auch immer noch über 2 Millionen Arbeitslose. Darunter  
326 eine Menge Langzeitarbeitslose. Deutschland ist ein sehr wohlhabendes Land. Aber das  
327 heißt ja nicht Frau Maischberger, dass alle in Deutschland wohlhabende Menschen sind.  
328 Wir haben sehr viele prekäre Arbeitsverhältnisse. Wir haben sehr viele befristete Arbeits-  
329 verhältnisse. Wir haben ganz viele Frauen die gerne von Teilzeit in Vollzeit zurückkehren  
330 würden. Frauen sind übrigens häufig bei der wirtschaftlichen Entwicklung der letzten  
331 Jahre das Opfer gewesen. Sei es bei den Renten oder bei der Rückkehr von Teilzeit in  
332 Vollzeit. Wir haben nach wie vor in den Ballungsräumen Menschen, Ehepaare, Paare mit  
333 doppeltem Einkommen, die allmählich die Mieten nicht mehr bezahlen können, weil die  
334 Mieten explodieren. Ja klar ist Deutschland ein wohlhabendes Land, aber nicht alle Deut-  
335 schen, oder nicht alle Menschen in unserem Land sind wohlhabend. Und deshalb: der  
336 gleichberechtigte Zugang zu Bildung, und keine Kita-Gebühren zahlen zu müssen. Die  
337 Sicherheit den Arbeitsplatz auch behalten zu können. Wenn Sie ein junges Ehepaar ha-  
338 ben, das an seine Zukunft glauben soll, aber nicht weiß, ob es einen dauerhaften Arbeits-  
339 vertrag hat, weil es sich von einem Zeitarbeitsvertrag zum nächsten hangeln muss. Das  
340 sind die Dinge, über die wir reden, wenn wir über Gerechtigkeit in diesem Lande reden.  
341 Und ganz sicher auch bei der Rente. Wenn wir nichts tun bei der Rente, ist ein klar: dann  
342 sinkt die Rente massiv ab. Die Beiträge werden steigen und glaube ich, der Union, wird  
343 zum Dank dafür, bis 70 gearbeitet. Ich glaube wir haben gerade, weil unsere Wirtschaft  
344 so boomt, die Möglichkeit und die finanziellen Mittel mehr Gerechtigkeit im Lande her-  
345 zustellen.

346 **Herr Schulz:** Finde ich toll. Frau Merkel a la bonheur. Nein. Sie bezieht hier eine Posi-  
347 tion. Ganz toll. Zum ersten Mal hier heute Abend, wo wir sagen können „Frau Merkel hat  
348 jetzt eine ganz klare Position in dieser Frage“, denn der Wirtschaftsrat der CDU hat im  
349 vergangenen Jahr beschlossen, es muss bis 70 gearbeitet werden. Jetzt sparen. Bis 69  
350 mindestens. Ich meine das ist ja ein Präsidiumsmitglied Ihrer Partei, der Ihnen auf dem  
351 letzten Parteitag eine bittere Niederlage zugefügt hat. Na gut. Ich nehme das so. Wir wis-  
352 sen jetzt bis 67. Das war beim letzten Duell war es die Maut, die auf keinen Fall kommt.  
353 Wir wissen sie ist da. Jetzt lassen wir uns mal mit der Rente mit 67 überraschen. Bei mir  
354 wird es sie im jeden Fall nicht geben.

355 **Herr Schulz:** Die Rente mit 70 wird es bei uns nicht geben. Frau Merkel sie jetzt festge-  
356 legt. Ähnlich wie beim letzten Mal. Die Maut kommt nicht. Schauen wir mal, wie sich  
357 das entwickelt. Aber tolle Position. Danke, dass Sie die sozialdemokratische Position  
358 übernommen haben.

359 **Herr Schulz:** Vielleicht ein Satz wenn Sie gestatten zu dieser Mautfrage. Ich habe das  
360 nur aus einem einzigen Grunde aufgegriffen Frau Merkel. Der Finanzminister, Ihr Fi-  
361 nanzminister Herr Schäuble hat gesagt „die Maut macht dann Sinn, wenn Aufwand und  
362 Ertrag sich rechnen.“ Jetzt sagen mir alle, der Ertrag dieser Maut ist so gering, dass der  
363 Aufwand sich nicht rechtfertigt. Und deshalb habe ich gesagt, sollte ich das Vertrauen der  
364 Bevölkerung bekommen, dann werde ich diese Maut nicht einführen. Weil Aufwand und  
365 Ertrag in keinem Verhältnis stehen. Ich glaube das ist jetzt eine klare Aussage. Da können  
366 Sie auch nach der Wahl von ausgehen, dass was ich jetzt sage, sie wird nicht kommen  
367 mit mir. Das ist so.

368 **Herr Schulz:** Nein. Das ist schon ein Lehrstück deutscher Innenpolitik.

369 **Herr Schulz:** Nein das ist nicht das wichtigste, aber das Drumherum ist ein Lehrstück  
370 deutscher Innenpolitik. Ich sage Ihnen mal was. Die Maut ist im Bundesrat mit Mehrheit  
371 beschlossen worden. Mit Mehrheit. Frau Kram-Karrenbauer, Ihre Ministerpräsidentin im  
372 Saarland, war strikt dagegen. Sie hat auch dagegen gestimmt im Bundesrat. Die Mehrheit

373 ist zustande gekommen, durch ein Abkommen des Herrn Dobrindt mit Herrn Minister-  
374 präsident Ramelow, die Linke. Zusammenarbeit von CSU und die Linke im Bundesrat,  
375 um die Maut durchzusetzen. Okay. Ich lass das einfach mal so stehen.

376 **Herr Schulz:** Es gab keine Mehrheit für die Maut. Sie musste, Frau Merkel Sie haben  
377 mich in der Nacht angerufen Herr Schulz machen Sie mal. Dann habe ich Ihnen gesagt,  
378 rufen Sie mal Frau Kram-Karrenbauer an, die gerade im Wahlkampf gesagt hat „ich mach  
379 das nicht mit der Maut.“ Und Sie haben mir gesagt, die Frau Kram-Karrenbauer, die bleibt  
380 bei ihrer Position. Am Ende war es dann der Herr Ramelow, der der CSU zur Mehrheit  
381 verholffen hat.

382 **Herr Schulz:** Ja. Und das regt die Leute auch auf. Es gibt zwei Dinge. Sie haben Recht:  
383 ich komme jetzt gleich zur Musterfeststellungsklage. Sie hat abgehört. Also es war völlig  
384 klar, dass die Musterfeststellungsklage kommen muss. Sie muss kommen, weil die Bür-  
385 gerinnen und Bürger ja nicht schlechter gestellt sein dürfen als Verbraucherinnen und  
386 Verbraucher in den Vereinigten Staaten. Was wir erlebt haben, da sind wir ja einer Mei-  
387 nung, ist, das sind hochbezahlte Manager, die haben betrogen, geschummelt. Gefährden  
388 die ganzen Belegschaften. Die Leute, die da arbeiten, kriegen es in den Kneipen drauf,  
389 sie seien die Drecksproduzenten, was also echt unfair ist, denn die Belegschaften leiden  
390 darunter. Und jetzt ist es so, wenn da umgerüstet werden muss, bei der Software, dann  
391 müssen die Verursacher zahlen. Und wenn sie nicht zahlen wollen, dann muss nicht der  
392 Einzelne, also der Herr Strunz oder die Frau Illner, gegen Daimler-Benz oder gegen VW  
393 klagen, da haben sie ja eh keine Chance, sondern sich zusammenschließen können mit  
394 anderen gleich betroffen sind. Musterfeststellungsklage. Wir haben den Gesetzentwurf  
395 eingebracht. Der liegt vor. Ich hoffe, dass er irgendwann im Kanzleramt dann auch bear-  
396 beitet wird und fertig wird. Und dann könnten wir die Verbraucher in Deutschland ähnlich  
397 behandeln, wie in anderen Ländern auch. Noch eine Sache hinzu: Was da abgelaufen ist,  
398 davon werden wir noch lange lange Probleme haben. Denn die Automobil-Industrie ist  
399 der Kernbereich der deutschen Industrie. Was da Manager einfach an Vertrauensverlust  
400 verursacht haben, das ist Ohnegleichen. Und das was mich auch aufregt, die haben dazu  
401 beigetragen, dass nicht nur ihre Industrie gefährdet wird, sondern die Wirtschaft insge-  
402 samt. Denn wenn es zu Fahrverboten käme, dann entsteht eine Situation wie ich sie vor

403 ein paar Tagen bei mir zu Hause hatte. Da hatte ich Handwerker bei mir im Haus, die sind  
404 alle gekommen mit kleinen Lieferwagen oder Vans. Alle Diesel. Und die hatten alle zwei  
405 Fragen: Muss ich die Umrüstung selbst bezahlen und gibt's in Aachen ein Fahrverbort,  
406 so dass ich meinen Job nicht mehr machen kann? Deshalb: Alles was wir tun können, um  
407 das Fahrverbot zu vermeiden: Umrüstung, übrigens die älteren Euro 3 Euro 4 Normen,  
408 schnell von der Straße holen. Und dafür anständige Prämien auch zahlen von den Auto-  
409 mobil-Konzernen, um den Umtausch zu ermöglichen und anzuregen. Das ist ein Mindest-  
410 maß, was man von diesen großen Konzernen erwarten kann. Ich glaube, das ist eine Auf-  
411 gabe der wir uns richtig annehmen müssen, weil der Schaden der da eingetreten ist, der  
412 ist immens.

413 **Herr Schulz:** Das mach ich. Ich ruf den Heiko Maas an und sag, er soll morgen zu ihrem  
414 Gipfel dazukommen. Da haben Sie einen weiteren kompetenten Sozialdemokraten.

415 **Martin Schulz:** Ich glaub der Heiko Maas schaut zu. Also der hat jetzt gehört.

416 **Herr Schulz:** Das kommt drauf an. Sie haben Kinder?

417 **Herr Schulz:** Also wenn sie in Rheinland-Pfalz wohnen, brauchen sie keine Kita-Gebüh-  
418 ren zu zahlen, wenn sie in Hessen wohnen, müssen sie Kita-Gebühren bezahlen.

419 **Herr Schulz:** Nein. Kommt drauf an, wo sie wohnen.

420 **Herr Schulz:** Also zunächst mal wenn die Kinder haben und keine Kita-Gebühren zahlen  
421 müssen, obwohl sie bisher Kita-Gebühren zahlen müssen, deutlich weniger Geld. Zwei-  
422 tens, bei 3500 €, verheiratet, werden wir deutlich entlasten, indem nämlich der Spitzen-  
423 steuersatz später erhoben, der Durchschnittssteuersatz absinkt. Ich würd mal sagen, Net-  
424 toeinkommen, wenn die Kitagebühren im Schnitt um die 150 €, 180 € liegen, die fallen  
425 weg. Und der Steuersatz, den wir erheben, angewendet wird, und die Parität bei Kranken-  
426 versicherung, also die jetzt nicht mehr den Zusatzbeitrag, den bisher die Arbeitnehmer  
427 alleine zahlen müssen, zahlen müssen, im Monat inklusive der Kita zwischen 200 und  
428 250 € weniger Belastung, kommt übrigens noch eins dazu, der Kinderbonus bei uns wird  
429 jeder Familie, die Kinder hat für jedes Elternteil 150 €, das heißt bei 2 Kindern sind das

430 300 €. Für jedes Kind, 2 Eltern mal 150 sind 600 € pro Jahr von der tatsächlichen Steuer-  
431 last abgezogen. Also dann komm ich auf die Summe zwischen 200 und 250 €.

432 **Herr Schulz:** Aber das ist der einzige Ausgleich zwischen Frau Merkel und mir.

433 **Herr Schulz:** Bei uns ist es noch so: Sie müssen sich nur entscheiden, ob Sie das Ehe-  
434 gattensplitting behalten wollen oder ins Familiensplitting wollen. Bei uns wird beim Fa-  
435 miliensplitting die Kinder im Splittingbereich bevorzugt und nicht mehr die Übertagbar-  
436 keit von einem Ehegatten auf den anderen.

437 **Herr Schulz:** Nene. Da müssten Sie mir den Einzelfall schon nennen, weil ich bin kein  
438 ambulantes Steuerbüro. Aber wenn Sie mir den Fall nachher nennen.

439 **Herr Schulz:** Ja aber den Staatshaushalt in einer so großen Weise belasten, dass ich nicht  
440 weiß. Ich muss gleich hinzufügen, welche Leistungen Sie streichen wollen. Und es  
441 stimmt nicht. Es entlastet die Verbraucher nicht. Bei den Mehrwertsteuersenkungen, das  
442 hört sich populär an, aber bei den Mehrwertsteuersenkungen die es gab, nehmen wir mal  
443 die Mehrwertsteuer auf Butter und Sie senken die jetzt, glauben Sie die Discounter blei-  
444 ben beim Preis auch runter? Die gehen beim Preis auch runter? Die sacken sich die Mehr-  
445 wertsteuer, die der Staat nicht mehr erhebt auf ihren Preis ein. Das heißt der Verbraucher  
446 zahlt den gleichen Preis.

447 **Herr Schulz:** Tut mir leid. Das ist eine populäre Forderung. Die funktioniert nur so nicht.

448 **Herr Schulz:** Nein.

449 **Herr Schulz:** Nein.

450 **Herr Schulz:** Ja.

451 **Herr Schulz:** Schlecht.

452 **Herr Schulz:** Der ehemalige Bundeskanzler, Gerhard Schröder hat sich um dieses Land  
453 große Dienste erworben. Gerhard Schröder hat sich um dieses Land große Verdienste  
454 erworben. Er hat die Bundesrepublik Deutschland aus dem schmutzigen Irak-Krieg her-  
455 ausgehalten. Damit bleibt er ein Kanzler, der ein Ruhmesblatt in der Geschichte unseres

456 Landes beschrieben hat. Aber ich habe ihm klipp und klar gesagt, das ehemalige Bundes-  
457 kanzler auch ehemalige Bundespräsidenten wie Herr Wulf, der jetzt für einen türkischen  
458 Unternehmer arbeitet, so gut ausgestatte sind, dass sie meinetwegen Honorare für Me-  
459 moiren einnehmen sollten, aber sich nicht irgendwelchen Wirtschaftsunternehmen anver-  
460 trauen sollten. Deshalb bin ich der Meinung, dass Gerhard Schröder dies nicht tun sollte.

461 **Herr Schulz:** Es geht auch bei dieser Bundestagswahl Herr Strunz um die Zukunft der  
462 Bundesrepublik Deutschland und nicht um die Zukunft von Gerhard Schröder.

463 **Herr Schulz:** Ich strebe die Kanzlerschaft der Bundesrepublik Deutschland an. Da werde  
464 ich bis zum 24. September die Mehrheit für zu erwerben.

465 Ich strebe die Kanzlerschaft in der Bundesrepublik Deutschland an. Wir haben hier ein  
466 Duell, dafür ob Frau Merkel oder ich der nächste Bundeskanzler oder Bundeskanzlerin  
467 bleibt.

468 **Herr Schulz:** Ja.

469 **Herr Schulz:** Naja gut. So ein Parteitag wählt einen nicht jedes Mal mit 100 Prozent.  
470 Aber immerhin hat er mich mit 100 Prozent gewählt. Aber wenn ich die Mehrheit auf  
471 dem Parteitag bekomme, da bin ich relativ optimistisch, dann bleibe ich SPD-Vorsitzen-  
472 der. Und die SPD hat glaub ich, mit deshalb diese 100 Prozent gegeben, weil sie mir auch  
473 das Vertrauen geben wollen, die Partei längerfristig zu führen.

474 **Herr Schulz:** Natürlich kann keiner garantieren, dass deutsche Behörden immer 100 pro-  
475 zentig richtig arbeiten. Aber die meisten Behörden unseres Landes machen einen richtig  
476 guten Job. Im Fall Amri gab es einen Fehler.

477 **Herr Schulz:** Ja. Im Fall Amri gab es viele Fehler. Sie haben Recht. Man muss dem  
478 nachgehen. Aber Sie haben mir ja die Frage gestellt, ob ich Ihnen eine Garantie geben  
479 kann, dass solche Fälle sich nicht wiederholen. Ich kann Ihnen eine Garantie geben, dass  
480 ich alles tun werde, um die Behörden so fit zu machen, und die Arbeit der Behörden so  
481 effektiv zu machen, dass sich solche Fälle nicht wiederholen. Aber ich kann Ihnen keine  
482 Garantie geben.



483 **Herr Schulz:** Ja. Ich glaube, dass wir alle präventiven Maßnahmen ergreifen müssen, die  
484 rechtsstaatlich vertretbar sind, um Gefährder zu erkennen. Frühzeitig zu erkennen. Ich  
485 will das nochmal sagen, ich habe das eben schon mal gesagt, auch abzuschieben. Wer in  
486 diesem Land tatsächlich ist und bei der Identitätsfeststellung nicht mitwirkt, also seine  
487 Identität verschleiern will, der zusätzlich betrügt, oder gar Straftaten begeht, oder Terror-  
488 anschlüge plant, der muss hier raus. Und zwar so schnell wie möglich.

489 **Herr Schulz:** Ja. Wir haben Rekrutierungsprobleme auch bei der Polizei. Das liegt auch  
490 daran, dass wir Polizeibeamte besser bezahlen müssen. Das wir sie auch entlasten müs-  
491 sen. Ich stelle mir zum Beispiel immer wieder die Frage warum wir unsere Polizei auch  
492 wirklich mit Alltagsdingen belasten muss? Warum muss die Polizei eigentlich zu jedem  
493 Blechschaden rausrücken? Oder kann das nicht auch ein Ordnungsamt kommunal ma-  
494 chen? Den Schaden aufnehmen, dann der Versicherung melden. Wenn Sie alleine diese  
495 ganze Bürokratie, die die Polizeibeamten dann zu bewältigen haben, wegließen, hätten  
496 die viel mehr Zeit für den praktischen Dienst zum Schutz der Bürgerinnen und Bürger.  
497 Aber Sie haben Recht, wir brauchen bei der Rekrutierung bis wir dieses 15 000 Stellen,  
498 die wir fordern, haben. Da gehen 2-3 Jahre ins Land. Und gerade deshalb sage ich noch-  
499 mal, Entbürokratisieren auch der Polizeiarbeit. Entlasten der Polizeiarbeit von Alltags-  
500 dingen, die auch andere machen können. Würde zu mehr Präsenz von Polizisten auf den  
501 Straßen führen. Die Polizeibeamten, darf ich das wenn Sie gestatten. Ich bin der Sohn  
502 eines Polizeibeamten. Ich weiß was diese Männer und Frauen leisten müssen. Die Poli-  
503 zeibeamten sind wirklich in allen Bundesländern am Rande ihrer Leistungsfähigkeit. Des-  
504 halb mehr Rekrutierung und Entlastung ist ein Muss. Ein Muss. Deshalb will ich dort  
505 wirklich viel Geld investieren.

506 **Herr Schulz:** Darf ich Ihnen mal eine Frage stellen? Kennen Sie das Flächenland in  
507 Deutschland, das seit 2016 die höchste Kriminalitätsrate hat? Kennen Sie das?

508 **Herr Schulz:** Sachsen-Anhalt. Das ist CDU regiert seit 20 Jahren.

509 **Herr Schulz:** Aber das ist doch immer der gleiche Trick. Frau Merkel das ist doch immer  
510 der gleiche Trick. Wenn irgendwas auf die eine oder andere Weise loswerden wollen,

511 dann ist es dann Rot-Grün. Ich bin bei der inneren Sicherheit der Meinung, dass die Bür-  
512 gerinnen und Bürger dieses Landes nicht interessiert wer der Ministerpräsident ist, son-  
513 dern geschützt wird. Da bin ich aber bereit, wirklich eng mit Ihnen zusammen zu arbeiten.  
514 Aber hören Sie doch dieses Schwarze oder Rote Peter Spiel auf.

515 **Herr Schulz.** Sie grätschen in Ihre Schlusstatements rein. Jetzt schaffen wir es leider  
516 wirklich nicht mehr die Koalitionsfrage zu stellen, oder wollen Sie noch ganz kurz sagen,  
517 ob es Schwarz-Grün wird Frau Merkel?

518 **Herr Schulz:** Ich bewerbe mich da für die SPD so stark wie möglich zu machen. Wer  
519 dann nach der Bundestagswahl mit uns eine Regierung bilden will, kann auf uns zukom-  
520 men.

521 **Herr Schulz:** Wie viel Zeit hab ich?

522 **Herr Schulz:** In 60 Sekunden meine Damen und Herren verdient eine Krankenschwester  
523 weniger als 40 Cent und ein Manager in einem Großunternehmen mehr als 30 Euro. In  
524 60 Sekunden kann ein verantwortungsloser Politiker mit einem Tweet die Welt an den  
525 Rand einer Krise führen. In der gleichen Zeitspanne können junge Menschen sich vernet-  
526 zen und Diktaturen zum Einsturz bringen. Wir leben in einer Zeit des Umbruchs. Und in  
527 einer Zeit des Umbruchs ist das beste Mittel der Aufbruch und der Mut zum Aufbruch.  
528 Der Mut zum Aufbruch heißt die Zukunft gestalten und nicht die Vergangenheit verwal-  
529 ten. Und die Zukunft gestalten, das können wir am besten mit unseren Freunden in Eu-  
530 ropa. Gerechtigkeit, Zusammenhalt, Sicherheit und Frieden in der Welt Herstellen, das  
531 ist die Aufgabe die die Bundesrepublik Deutschland, ein starkes Mitgliedsland in der eu-  
532 ropäischen Union, hat. Europa, das geleitet wird von dem Gedanken die Demokratie zu  
533 stärken in einer Zeit wo Putin, Erdogan, Trump solche Leute unsere Grundwerte in Frage  
534 stellen. Für diese Idee eines europäischen Deutschlands in einem starken Europa habe ich  
535 mein ganzes Leben gekämpft. Und ich bitte Sie um Vertrauen darum, dass ich als Bun-  
536 deskanzler der Bundesrepublik Deutschland unser Land dienend für unser Volk und für  
537 Europa gestalten kann.

### Martin Schulz Elefantenrunde 2017: MSE17

Quelle: [https://www.youtube.com/watch?v=3mmyt3KFnZk&ab\\_channel=tagesschau](https://www.youtube.com/watch?v=3mmyt3KFnZk&ab_channel=tagesschau)

1 **Herr Schulz:** Zunächst mal haben wir sicherlich ein bitteres Ergebnis erzielt. Aber ich  
2 mache es wie Frau Merkel. Wir haben den Wählerinnen und Wählern zu danken, die uns  
3 ja ihr Vertrauen gegeben haben. Das ist nicht die Zahl von Menschen, die wir gerne ge-  
4 habt hätten. Aber die, die uns gewählt haben, haben uns den Auftrag gegeben. Das ist ein  
5 Auftrag in diesem Land dafür zu sorgen, dass vor allem die Demokratie in Deutschland  
6 stabilisiert wird und deshalb ist die Aufgabe, die ich als Vorsitzender der SPD habe, diese  
7 Partei als starkes Bollwerk gegen die Feinde der Demokratie, die wir jetzt im Bundestag  
8 sitzen haben, anzuführen. Ich glaube, dass Frau Merkel einen Wahlkampf geführt hat, der  
9 skandalös war. Dieses sich entziehen der politischen Debatte, die fehlende Konfrontation  
10 zwischen der demokratischen Linken und der demokratischen Rechten in diesem Lande.  
11 Diese systematische Verweigerung von Politik, hat ein Vakuum entstehen lassen, dass  
12 die AfD teilweise geschickt geführt hat. Ich glaube, dass Frau Merkel eine große Verant-  
13 wortung dafür trägt. Und deshalb sind auch die 9 oder 8 Prozent weniger sicher eine ver-  
14 diente Niederlage, die auch die CDU heute einfahren muss. Ich glaube, dass die CDU  
15 sich große Gedanken machen wird, was für eine Zukunft in dieser Art von Konstellation  
16 möglich ist. Wir stehen auf jeden Fall zu dieser Art der Politik in der Opposition und zwar  
17 in der Opposition, die sehr konstruktiv aber auch sehr hart sein wird.

18 **Herr Schulz:** Ich habe das sehr aufmerksam aufgenommen, was der Herr Lindner gesagt  
19 hat. Ich glaube wenn es eine Partei in Deutschland gibt, die in ihrer Geschichte die Ver-  
20 antwortung für dieses Land ernst genommen hat, dann ist es die Sozialdemokratie und  
21 deshalb danke für den Hinweis. Aber wir sind eine Partei die Verantwortung für dieses  
22 Land hat. Eine starke Opposition hat, in der Phase in der wir sind, ein ganz wichtiger  
23 Punkt. Oder wollen wir die Opposition Herrn Meuthen und seinen Kolleginnen und Kol-  
24 legen überlassen? Wir werden eine Jamaika-Regierung, die zustande kommen wird, da  
25 bin ich ganz sicher, in starker Opposition entgegenzutreten. Ich kann die beiden beruhigen,  
26 also Frau Göring-Eckardt und Herrn Lindner. Sie werden sich keine Sorgen machen müs-  
27 sen, Sie kriegen alles durch. Frau Merkel wird Ihnen sehr weit entgegen kommen und die

28 CSU wird das alles mittragen. Ich weiß ja wie das abläuft in den deutschen Koalitions-  
29 verhandlungen. Frau Merkel wird um das Kanzleramt zu behalten jede Konzession ma-  
30 chen. Das ist auch gar nicht schwierig für sie. Irgendjemand hat sie als Ideenstaubsauger  
31 bezeichnet in einem Kommentar. Fand ich ganz nett.

32 **Herr Schulz:** Unsere Aufgabe ist es in Deutschland eine Konfrontation herzustellen, die  
33 dieses Land dringend braucht. Die demokratische Rechte und die demokratische Linke in  
34 diesem Land müssen den Bürgerinnen und Bürgern Pläne für die Zukunft dieses Landes  
35 geben. Frau Merkel hat es bis dato nicht gemacht. Wir haben einen Plan. Dafür haben wir  
36 keine Mehrheit bekommen. Wir werden jetzt schauen, was andere für dieses Land als  
37 Zukunft sehen. Ich glaube, dass die Widerspruchskoalition zwischen CSU einerseits und  
38 den Grünen andererseits zustande kommen wird. Aber sie wird Deutschland wahrschein-  
39 lich in eine Lähmung führen.

40 **Herr Schulz:** Ich wäre dankbar wenn ich meinen Gedanken zu Ende führen kann. Es  
41 reicht wenn man im öffentlich-rechtlichen ständig irgendwelche sonstigen Lektionen er-  
42 teilt bekommt. Jetzt führe ich mal meinen Satz zu Ende. Das durfte ich bei anderen Ge-  
43 legenheiten nicht. Bei Ihrer tätigen Mithilfe. Heute kann ich das machen. Wir werden zu  
44 dieser Regierung des Widerspruchs in Opposition gehen. Ich habe eben im Willy-Brandt-  
45 Haus erklärt, die Zusammenarbeit von CDU, CSU und SPD ist mit dem heutigen Tag  
46 beendet. Die Regierung ist geschäftsführend im Amt. Ich habe Ihnen, als ich Vorsitzender  
47 der SPD wurde, gesagt, bis zum Ende dieser Koalition stehen wir in unserer Verantwor-  
48 tung. Aber diese Große Koalition ist abgewählt worden. Das muss man deutlich sehen.  
49 Die Menschen wollen sie nicht. Und die Rolle, die wir zugewiesen bekommen haben, ist  
50 die einer Oppositionspartei. Wir werden einen Plan für die Zukunft dieses Landes in so-  
51 zialer Gerechtigkeit, europäischer Verantwortung und in der Verteidigung der demokra-  
52 tischen Prinzipien dieses Landes vorlegen. Und das ist die Aufgabe, die wir in der Oppo-  
53 sition haben.

54 **Herr Schulz:** So als Anhängsel mit dabei.

55 **Herr Schulz:** Es ist ein starkes Stück was Sie hier sagen, dass muss ich Ihnen sagen. Also  
56 dieser Appell an die Verantwortung. Gestatten Sie mir bitte einen klaren Satz: ich habe

57 an meinem ersten Amtstag als Vorsitzender der SPD Sie angerufen und habe Ihnen gesagt  
58 bis zum Ende dieser Regierung. Und das ist selbst, wenn sie geschäftsführend im Amt ist  
59 können Sie sich auf uns verlassen. Das wiederhole ich auch. Keinen Tag mehr. Denn  
60 diese Regierung ist abgewählt und Sie sind die stärkste Verliererin in dieser Abwahl.

61 **Herr Schulz:** Ich weiß nicht ob man Ihre Regierung schon als schlecht bezeichnen kann.

62 **Herr Schulz:** Ich habe gesagt, dass Ihre Programme widersprüchlich sind. Das sind sie  
63 übrigens auch.

64 **Herr Schulz:** Ich kenne die. Ich hab als Präsident des europäischen Parlaments fünf Jahre  
65 lang mit solchen Abgeordneten arbeiten müssen. Es ist immer das gleiche Muster. Es  
66 werden Leute wie Herr Meuthen vorgeschickt. Der kann sich gut ausdrücken. Das hört  
67 sich nett an und dahinter sind die Gaulands und die Weidels und die Storchs. Da müsste  
68 man schießen, wenn so einer illegal die Grenze überschritte. Frau Storch eben im Euro-  
69 parlament. Ich könnte Ihnen ja ein abfüllendes Programm nennen über die Strategie.  
70 Immer jeden Tag die rote Linie ein Stück nach vorne schieben. Immer den Tabubruch ein  
71 Stück mehr in die Mitte des Parlaments schieben. Das ist die Strategie und ich kann dem  
72 zukünftigen Präsidenten des deutschen Bundestages nur raten konsequent vom ersten Tag  
73 an diese Tabubrüche im Parlament zu unterbinden. Stellen Sie sich vor und das Herr  
74 Lindner bitte ich Sie zur Kenntnis zu nehmen, ich bezog mich eben auf Widersprüche in  
75 Ihren Programmen die ich sehe, aber die werden Sie möglicherweise lösen. Aber stellen  
76 Sie sich vor Herr Meuthen ist der Oppositionsführer gegen eine solche Regierung. Ich  
77 glaube die SPD hat in dieser Situation, vielen Dank, dass Sie darauf hinweisen, dass wir  
78 die Partei waren, die sich dem Diktator im Reichstag in den Weg gestellt hat. Wir haben  
79 die Aufgabe in einer Zeit, wo der plumpe Rassismus und der Rechtsextremismus in Frak-  
80 tionsstärke in den Bundestag einzieht, als SPD die Demokratie in diesem Land dadurch  
81 zu stärken, dass wir eine starke Opposition sind.

82 **Herr Schulz:** Aber es wird klappen.

83 **Herr Schulz:** Meine Stimmung ist gut Frau Göring-Eckardt.

84 **Herr Schulz:** Ich kenne Ihre Programme. Ich kenne Ihr Programm. Ich kenne das Pro-  
85 gramm von Herrn Lindner. Ich kenne Frau Merkels Programm. Und ich kenne den Bay-  
86 ernplan. Das zusammen zu bekommen ist sehr sehr schwierig. Aber ich glaube, dass wird  
87 gelingen. Und gut so. Bilden Sie diese Regierung und ich glaube dieses Land braucht die  
88 Konfrontation zwischen einer Mitte rechts Regierung und der linken Opposition, damit  
89 wir nicht auf diese Partei da angewiesen sind.

90 **Herr Schulz:** Das es darum geht die Demokratie in diesem Lande zu gestalten.

91 **Herr Schulz:** Auf keinen Fall. Die EU ist Großbritannien weit entgegen gekommen. Ich  
92 glaube Frau Mey zockt, um innenpolitisch Stabilität für sich und ihre Regierung zu be-  
93 kommen. Ich glaube, dass die Verhandlungsposition, die der europäische Rat festgelegt  
94 hat, sehr generös ist. Ich glaube dass der Verhandlungsführer Barnier sehr weit bis dato  
95 den Briten entgegen gekommen ist. Dass was Großbritannien zurzeit macht, hat ganz  
96 stark etwas mit der Innenpolitik in Großbritannien zu tun und weniger mit der Europäi-  
97 schen Union. Die EU ist eine Rechtsgemeinschaft. Es gibt Staaten, die stellen die Rechts-  
98 gemeinschaft in Frage. Ungarn stellt die Rechtsgemeinschaft in Frage, in dem Moment  
99 wo Herr Orban sagt, Beschlüsse des europäischen Gerichtshof sind für mich nicht mehr  
100 bindend, hat er im Prinzip die Rechtsgemeinschaft verlassen. Das ist die Position die Herr  
101 Meuthen gerade vertreten hat. Großbritannien hat ähnliche Tendenzen. Die Leute, die so  
102 denken haben den Brexit herbeigeführt. Und deshalb sollten wir Großbritannien wirklich  
103 nicht entgegen kommen und jedenfalls nicht mehr, als dass was bis dato vereinbart wor-  
104 den ist.

Union

2017

**Dr. Hans-Peter Friedrich Bundestag Mai 2017 (CDU/CSU): HPFBM17**

Quelle: <https://dserver.bundestag.de/btp/18/18234.pdf>

1 Sehr verehrte Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren Kollegen! Frankreich  
2 hat einen neuen Präsidenten. Er ist begeistert von Europa. Er ist ein leidenschaftlicher Europäer.  
3 Er ist ein Deutschfranzose, der die deutsch-französische Zusammenarbeit als Motor, als Achse,  
4 als Zukunft für Europa sieht. Ich glaube, das ist eine gute Nachricht für Europa in einer viel-  
5 leicht düsteren Zeit. Aber, meine Damen und Herren und auch Sie, Herr Özdemir, vielleicht  
6 haben Sie sich in Ihrer Partei schon einmal Gedanken darüber gemacht, warum ein Drittel der  
7 Franzosen für eine europafeindliche Politik gestimmt hat. Wir sollten uns ab und zu die Frage  
8 stellen, warum das in vielen Ländern um uns herum der Fall ist. Aber das ist heute nicht Thema.  
9 Wir freuen uns, dass Macron Präsident geworden ist, und wir werden ihm zur Seite stehen. Die  
10 leidenschaftliche Europäerin Angela Merkel hat ihm bereits in dieser Woche die Hand gereicht.  
11 Ich weiß nicht, ob Sie das vielleicht verpasst haben. Die erste Reise, die Macron gemacht hat,  
12 ging nach Berlin, um mit Angela Merkel über die Zukunft zu sprechen, und ich denke, es sind  
13 schon wichtige Punkte vereinbart worden. Man will die Zusammenarbeit in der Wirtschafts-  
14 und Handelspolitik vertiefen und die Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich stär-  
15 ken, bei durchaus unterschiedlichen Wirtschaftssystemen – wir wissen, bei uns ist die Wirt-  
16 schaft mehr mittelständisch geprägt und die französische Wirtschaft kommt aus der Staatswirt-  
17 schaft; das ist also kein leichtes Unterfangen –, und man will die bilaterale Zusammenarbeit  
18 beim Thema Digitalisierung – das haben Sie angesprochen –, beim Thema Bildungspolitik und  
19 beim Thema Verteidigungspolitik angehen. Ich glaube, das sind gute Voraussetzungen.  
20 Aber, meine sehr verehrten Damen und Herren, dieser deutsch-französische Motor für Europa,  
21 zu dem wir uns alle bekennen, kann nur funktionieren, wenn Frankreich selber wieder ökonomisch  
22 stärker wird, die Hürden und Fesseln überwindet und zu mehr Wettbewerbsfähigkeit  
23 kommt. Der Schlüssel dafür liegt in erster Linie in Frankreich. Der französische Präsident weiß  
24 das und hat es auch zum Ausdruck gebracht. Er weiß, dass Frankreich eine Staatsquote von 57  
25 Prozent hat. Das muss man sich einmal vorstellen: Alles, was in Frankreich jeden Tag erwirt-  
26 schaftet wird, geht zu mehr als die Hälfte – zu 57 Prozent – in den Schlund des Staates und wird  
27 dort in irgendeiner Weise verarbeitet.



28 Das ist nicht sehr effizient, wie die Arbeitslosenquote im zweistelligen Bereich zeigt. Es ist  
29 eben so: Eine hohe Staatsquote führt zu einer hohen Arbeitslosigkeit, zu einer Jugendarbeitslo-  
30 sigkeit von 25 Prozent, wie in Frankreich. Daran muss er dringend etwas ändern. Auch der  
31 Marsch in den Schuldenstaat – auch das wird am Beispiel Frankreich deutlich – ist verhängnis-  
32 voll: über 2 Billionen Euro Schulden.

33 Das ist die Bürde. Das sind die Voraussetzungen, unter denen der neue, junge, mutige Präsident  
34 jetzt antritt. Er selbst hat hier in Berlin gesagt, er wisse, dass Frankreich das einzige große  
35 europäische Land ist, dem es in den letzten 30 Jahren nicht gelungen ist, die Massenarbeitslo-  
36 sigkeit zu beseitigen. Deswegen wird er das jetzt anpacken. Er wird die Fesseln auf dem Ar-  
37 beitsmarkt beseitigen, er wird die Staatsquote senken. Dazu ist natürlich nicht nur der Reform-  
38 wille der Politiker bzw. der Eliten notwendig, sondern auch der Reformwille der Bevölkerung.  
39 Das ist wichtig.

40 Meine sehr verehrten Damen und Herren, dieser Reformwille der französischen Bevölkerung  
41 kann nicht durch Geld von außen ersetzt werden, auch nicht durch Steuergeld aus Deutschland.  
42 Wenn die Grünen jetzt fordern, dass die Deutschen einfach mal ihre Ausgaben für die Europä-  
43 ische Union um Milliarden aufstocken sollen, dann kann ich nur sagen: Auch Sie in der Oppo-  
44 sition haben eine Verantwortung für deutsche Steuergelder, die sparsam und zielgerichtet aus-  
45 gegeben werden müssen.

46 Und was den Vorschlag des deutschen Außenministers angeht, Frau Staatsministerin, der sagt:  
47 „Da gibt es doch irgendwo einen Fonds für Altlasten der Atomenergie; den könnten wir doch  
48 gleich mal nehmen“, fällt mir der Satz von Franz Josef Strauß ein: Eher legt sich ein Hund einen  
49 Wurstvorrat an, als dass ein Sozi Geld, das irgendwo angelegt ist, nicht noch verbrät.

50 Ich glaube, auch das ist nicht der richtige Weg. Wir schauen nach Frankreich und freuen uns.  
51 Frankreich hat einen leidenschaftlichen Europäer zum Präsidenten gewählt. Macron liebt Eu-  
52 ropa, und Macron liebt Frankreich. Wir lieben Europa, und wir lieben Deutschland.

53 Das ist eine gute Voraussetzung für eine gute Zusammenarbeit von Deutschland und Frankreich  
54 in Europa in den nächsten Jahren.

55 Vielen Dank.

**Alexander Hoffmann Bundestag Juni 2017 (CDU/CSU): AHB0617**

Quelle: <https://dserver.bundestag.de/btp/18/18244.pdf>

- 1 Sehr geehrter Herr Präsident! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr verehr-
- 2 ten Damen und Herren! Wenn man im Netz unterwegs ist, dann stößt man auf so einiges.
- 3 Herr Präsident, gestatten Sie, dass ich zwei Beispiele zum Besten gebe, und seien Sie
- 4 versichert: Das ist noch mit das Seichteste, was ich gefunden habe.
- 5 Da schreibt jemand – ich zitiere –: Warum wird dieses Biest nicht gesteinigt? So eine hat
- 6 doch null Charakter. Für Geld und Macht verkauft die sich doch zur Not auch selbst.
- 7 Ein anderer schreibt: Kann der Alten nicht irgendjemand in den Kopf schießen? Das muss
- 8 doch mal ein Ende haben.
- 9 Beide Kommentare wurden an Facebook gemeldet. Facebook hat auch reagiert, und zwar
- 10 mit folgendem Satz:
- 11 Wir haben den von dir im Hinblick auf Verherrlichung drastischer Gewalt gemeldeten
- 12 Kommentar geprüft und festgestellt, dass er nicht gegen unsere Gemeinschaftsstandards
- 13 verstößt.
- 14 Wenn man sich dann andere Ereignisse, die mit dem Netz zu tun haben, anschaut, wird
- 15 es noch tragischer. Eine 15-jährige Kanadierin wurde im Jahr 2012 auf einer Party von
- 16 vier Männern erst betrunken gemacht und dann vergewaltigt. Es wurden Bilder angefer-
- 17 tigt, und die wurden ins Netz gestellt. Das hat das Mädchen seitdem nicht mehr losgelas-
- 18 sen. Sie wurde als Schlampe beschimpft, und ein Jahr später hat sie sich das Leben ge-
- 19 nommen.
- 20 Eine andere Kanadierin ist Opfer von Cybergrooming geworden. Mit zwölf Jahren hat sie
- 21 sich dazu verleiten lassen, intime Bilder von sich zu schicken, und der Täter hat diese ins
- 22 Netz gestellt. Das Mädchen wurde drogenabhängig, alkoholabhängig und hat im Alter
- 23 von 15 Jahren ihrem Leben ein Ende gesetzt.

24 Wenn wir das auf uns wirken lassen, dann müssen uns, glaube ich, vier Erkenntnisse  
25 treiben: Erstens. Die Hemmschwelle im Netz sinkt. Wenn man sich nicht mehr Auge in  
26 Auge gegenübersteht, dann traut man sich ein ganzes Stück mehr.

27 Zweitens. Soziale Plattformen sind entweder nicht willens oder nicht in der Lage, dem  
28 entschieden entgegenzutreten.

29 Die dritte Erkenntnis: Wenn erst einmal etwas in die digitale Welt entsendet und um die  
30 Welt gejagt worden ist, dann ist das nicht mehr rückholbar.

31 Und viertens: Die Neugierde der Menschen kennt offenbar keine Grenzen. Denn anders  
32 ist es nicht zu erklären, dass Prügelattacken Millionen Mal angeklickt werden und  
33 Mordvideos hunderttausendmal.

34 Der Blick ins Internet offenbart Handlungsbedarf. Ich denke, uns allen wäre es lieber  
35 gewesen, wenn Facebook und Co gehandelt hätten. Aber sie haben eben nicht geliefert,  
36 und deshalb ist es nun an uns.

37 Wir reden über eine sensible Materie. Denn es geht um Meinungsfreiheit, und wir wollen  
38 eben nicht – da spreche ich für uns alle – in den Verdacht geraten, hier der Zensur Tür  
39 und Tor zu öffnen. Diesen Gesetzentwurf – vor allem in der überarbeiteten Fassung – mit  
40 Zensur in Verbindung zu bringen, wird ihm, glaube ich, nicht einmal im Ansatz gerecht.  
41 Dafür will ich Ihnen drei Argumente nennen.

42 Zum einen zielen wir auf rechtswidrige Äußerungen ab, und rechtswidrige Äußerungen  
43 sind vom Grundrecht der Meinungsfreiheit nicht gedeckt.

44 Die zweite Erkenntnis – ich glaube, auch das sollten wir nicht vergessen –: Facebook  
45 löscht und filtert heute schon Äußerungen, aber letztendlich immer nach willkürlich selbst  
46 gegebenen Maßstäben, nämlich den Gemeinschaftsstandards, ohne dass das transparent  
47 ist und ohne dass nachvollziehbar ist, anhand welcher Maßstäbe Facebook welche Ent-  
48 scheidungen trifft.

49 Die dritte Erkenntnis ist für mich fast die wichtigste: Jede Zeitung und jeder Fernsehsen-  
50 der ist dafür verantwortlich, zu prüfen, bevor zum Beispiel ein Leserbrief veröffentlicht  
51 oder ein Interview ausgestrahlt wird, dass darin keine rechtswidrigen Inhalte enthalten

52 sind. Genau diese Maßstäbe müssen wir selbstverständlich auch dort anlegen, obwohl  
53 natürlich klar sein muss, dass das Ganze de facto eine andere Dimension haben wird, weil  
54 wir über ein Massenmedium in der digitalen Welt sprechen.

55 Ich glaube, der Schritt ist richtig, und ich glaube, der Schritt ist überfällig. Justizminister  
56 Maas hat das sehr früh auf seine Agenda gesetzt, und das war richtig.

57 Ich will aber auch das sagen: Ich glaube, Sie haben zu lange auf den Goodwill der großen  
58 Konzerne vertraut und sich viel zu lange vertrösten lassen. Das führt jetzt am Ende dazu,  
59 dass wir auf der Zielgeraden dieser Legislaturperiode ein ganz wichtiges Gesetz verab-  
60 schieden müssen. Wenn wir Gesetze beschließen, dann hat das immer auch etwas mit  
61 Akzeptanz zu tun. Allein dass wir das Gesetz so kurz vor knapp beschließen, lässt bei  
62 vielen Menschen die Akzeptanz fehlen. Viele denken: Es wird einfach durchgepeitscht.  
63 – Das fällt leider in Ihren Verantwortungsbereich.

64 Ich bitte um Zustimmung. Ich glaube, wir müssen diesen Weg gehen.

65 Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

**Dr. Johanna Wanka, Bundestag Juni 2017 (CDU/CSU): JWB0617**

Quelle: <https://dserver.bundestag.de/btp/18/18244.pdf>

1 Frau Präsidentin! Verehrte Abgeordnete! Meine Damen und Herren! Ende des vergange-  
2 nen Jahres gab es große Unruhe an den Hochschulen. Viele Hochschullehrer und Profes-  
3 soren haben befürchtet, dass sie ihre Lehrinhalte bzw. Auszüge aus Werken nicht mehr  
4 in ihre elektronischen Semesterapparate einstellen können und dass die Studierenden wie-  
5 der in die Sekretariate gehen müssen, um aus Papierordnern zu kopieren. Das ist Studie-  
6 renden im Jahr 2017, in Zeiten der Digitalisierung, nicht zumutbar.

7 Es entspricht auch nicht dem Anspruch Deutschlands, innovativ und zukunftsgerichtet zu  
8 sein. Deshalb freue ich mich sehr, dass wir heute nach langen Diskussionen die vorlie-  
9 gende Novelle zum Urheberrecht am letzten Sitzungstag noch verabschieden. Viele ha-  
10 ben darauf gewartet: die Bibliotheken, die Schulen und die Archive, aber vor allen Dingen  
11 die Forschungseinrichtungen und die Hochschulen. Diese haben sich besonders enga-  
12 giert.

13 Mit dem Gesetz schaffen wir einen neuen Rechtsrahmen, der für den Umgang mit urhe-  
14 berrechtlich geschützten Werken in Wissenschaft und Lehre gut ist. Das, was wir bisher  
15 hatten, ist nicht praxistauglich und passt vor allen Dingen nicht zu den modernen Formen,  
16 zur Digitalisierung. Mit diesem Gesetz wird das Problem nun gelöst. Es ist rechtssicher  
17 und praktikabel. Des Weiteren regelt es Sachverhalte, die noch nie gesetzlich festgelegt  
18 wurden. Schließlich ist die technologische Entwicklung weitergegangen.

19 Ich nenne ein Beispiel für die Auswirkungen der Digitalisierung. Das Gesetz regelt nun  
20 das sogenannte Text und Data Mining. Es ist klargestellt, dass Forscherinnen und For-  
21 scher große Textmengen mit dieser Methode – diese ermöglicht unter anderem das Su-  
22 chen nach bestimmten Begriffen – auswerten können. Wir verdeutlichen zudem, dass je-  
23 der Lehrende an einer Hochschule Auszüge aus Werken rechtssicher in elektronische Se-  
24 mesterapparate einstellen kann. Das ist für die Wissenschaftsszene sehr gut. Ich weiß na-  
25 türlich – das war unüberhörbar und unübersehbar –, dass es eine heftige Diskussion über  
26 dieses Gesetz und viele Bedenken vonseiten der Verlage gab. Wir haben diese Bedenken  
27 ernst genommen und geprüft. Ich muss deutlich sagen – das war eines der Argumente,

28 die mich am meisten aufgeregt haben –: Es geht nicht um Bildung zum Nulltarif. Im  
29 Gesetz wurde von Anfang an klargestellt, dass die Nutzungen nach den gesetzlichen  
30 Schranken angemessen vergütet werden.

31 Wer die Praxis an den Hochschulen kennt, weiß: Viele haben Lizenzverträge mit Verla-  
32 gen. Was dort geleistet wird – ich nenne als Stichworte „Onlinesuche“ und  
33 „Verlinkung“ –, wird auch weiterhin lizenziert und den Verlagen entsprechend vergütet  
34 werden. Das Gesetz lässt den Verlagen auch genügend Spielraum für neue Möglichkei-  
35 ten.

36 Wir haben immer wieder gehört, wie schwierig die Situation der Verlage ist. Durch die  
37 Digitalisierung gehen den Verlagen klassische Geschäftsmodelle verloren; sie müssen  
38 sich auf neue einstellen. Aber die Digitalisierung ist nicht nur eine Herausforderung für  
39 die Verlage, sondern auch für die Wissenschaftsszene. Wir müssen in Deutschland auf-  
40 passen, dass wir international leistungsstark sind. Deswegen ist es zwingend notwendig,  
41 dass der Zugriff auf Texte und die Art und Weise des Umgangs miteinander so geregelt  
42 werden, dass wir uns im internationalen Wettbewerb nicht ein Bein stellen.

43 Was ist Aufgabe des Gesetzgebers? Aufgabe des Gesetzgebers ist es, eine Balance zwi-  
44 schen widerstreitenden Interessen herzustellen; das ist an dieser Stelle geschehen. Auf-  
45 gabe ist es aber auch, das Grundgesetz zu respektieren. Wissenschaftsfreiheit ist ein hohes  
46 Gut. Gerade in der heutigen Zeit ist es ein als besonders wertvoll geschätztes Gut. Ich  
47 glaube, dass wir dem gerecht geworden sind mit den Kompromissen, die eingegangen  
48 wurden, vor allen Dingen mit dem Kompromiss, der den Durchbruch brachte. Wir verab-  
49 schieden das Gesetz nun mit einer Befristung auf fünf Jahre. Nach vier Jahren gibt es eine  
50 Evaluation. Das ist eine angemessene Zeit, um zu schauen, wie es wirkt und was wir  
51 eventuell ändern müssen, aber auch zu demonstrieren, dass es nicht die befürchteten Aus-  
52 wirkungen auf die Verlagslandschaft hat, wovon ich ganz fest überzeugt bin.

53 Ich glaube, man kann sagen, dass wir zum Ende der Legislaturperiode mit dieser Novel-  
54 lierung einen Kraftakt geschafft haben; wir haben diskutiert bis zur letzten Minute. Es ist  
55 ein ganz entscheidender, ein wichtiger Schritt, ein wichtiges Signal für eine moderne

56 Wissenschaftslandschaft sowie die Leistungsfähigkeit und Innovationskraft unseres Lan-  
57 des, und das bewirkt eine hohe Lebensqualität. Deswegen ist heute ein schöner Tag.

**Dr. Stefan Heck Bundestag Juni 2017 (CDU/CSU): SHB0617**

Quelle: <https://dserver.bundestag.de/btp/18/18244.pdf>

1 Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Gäste auf der Tribüne! Wir  
2 setzen heute den Koalitionsvertrag um, in dem festgelegt wurde, dass wir eine Bildungs-  
3 und Wissenschaftsschranke einführen wollen. Aber ich will ganz ehrlich sagen: Ich kann  
4 die Euphorie, die hier teilweise in den Wortmeldungen aus den Reihen der Koalition auf-  
5 kam, als Rechtspolitiker der Union nicht so richtig teilen.

6 Wir haben in dieser Legislaturperiode ein ausgesprochen anspruchsvolles Arbeitspro-  
7 gramm im Bereich des Urheberrechts gehabt.

8 Wir haben zu Beginn auf Grundlage einer europäischen Richtlinie das Verwertungsgesellschaftengesetz neu geregelt. Wir haben uns dann sehr intensiv mit dem Urhebervertragsrecht beschäftigt und die Novelle gemeinsam zum Abschluss gebracht. Es war gut,  
9 dass wir bei all diesen Gesetzen eines immer ganz besonders im Blick hatten: die Rechte  
10 der Urheberinnen und Urheber und der Rechteinhaber, die dafür sorgen, dass das geistige  
11 Eigentum, über das wir sprechen, überhaupt erst entsteht. Uns als Union war dabei immer  
12 wichtig, dass wir die grundlegenden Regeln und Überzeugungen, die wir im analogen  
13 Zusammenleben haben, auf das Digitale zu übertragen versuchen. Das gilt für viele  
14 Rechtsbereiche; das gilt für die Innenpolitik, und das gilt ganz besonders auch für die  
15 Rechtspolitik. Da ist es eben so, dass ein Ausgleich der Interessen, von dem gesprochen  
16 worden ist, im Regelfall dadurch stattfindet, dass eine Seite für die Leistungen der ande-  
17 ren Seite Geld bezahlt.  
18  
19

20 Es ist schade, dass wir diesen Weg heute ein Stück weit verlassen. Wir haben Schranken  
21 im Urheberrecht, und sie haben ihre gute Berechtigung. Ja, es geht um die Wissenschafts-  
22 freiheit, die im Grundgesetz zu Recht einen besonderen Schutz erfährt; aber es geht eben  
23 auch um die Eigentumsfreiheit aus Artikel 14 des Grundgesetzes. Wir wissen, dass im  
24 Urheberrecht immer auch in besonderer Weise das Persönlichkeitsrecht der Urheberinnen  
25 und Urheber eine Rolle spielt. Ich glaube, dass in diesem besonderen Spannungsfeld der  
26 Grundrechte für uns als Gesetzgeber besondere Vorsicht geboten sein sollte.



27 Ich will zu dem Gesetz, das wir heute beschließen, vier kurze Anmerkungen machen.  
28 Erster Punkt. Als wir im Dezember 2013 den Koalitionsvertrag beschlossen haben, war  
29 nicht absehbar, welche dramatische Veränderung sich für viele Verlage ergeben würde.  
30 Die Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs zum Fall Reprobel und die Recht-  
31 sprechung des Bundesgerichtshofs, bekannt geworden unter dem Schlagwort „Vogel-Ur-  
32 teil“, hätten wir damals nicht kommen sehen können. Ich muss Ihnen sagen: Ich bin un-  
33 sicher, ob wir, wenn wir das geahnt hätten, diese Verabredung so getroffen hätten. Wir  
34 haben die Situation, dass gerade kleine und mittelständische Verlage durch die Recht-  
35 sprechung des Bundesgerichtshofs, die ich gar nicht kritisieren möchte, in eine teilweise  
36 existenzbedrohende Situation gekommen sind. Aber es hätte niemals ein Deutscher Bun-  
37 destag sehenden Auges eine Regelung beschlossen, die zu dieser Situation führen würde.  
38 Deswegen waren wir, glaube ich, gut beraten, zunächst auf nationaler Ebene sehr viel  
39 dafür zu tun, hier Abhilfe zu schaffen. Wir warten jetzt darauf, dass die endgültige Rege-  
40 lung auf europäischer Ebene getroffen wird. Es war uns schon ein wichtiges Anliegen,  
41 dass wir das hinkriegen. Herr Minister, hier mussten Sie zum Jagen getragen werden. Wir  
42 hätten uns gewünscht, das Ganze wäre schon sehr viel eher geschehen.

43 Der zweite Punkt, den ich ansprechen möchte, ist der Vorrang von vertraglichen Verein-  
44 barungen. Es ist hier mehrmals angesprochen worden: Dass vertragliche Vereinbarungen  
45 Vorrang haben vor freiem Zugang zu Leistungen, ist ein Element, das wir in keinem an-  
46 deren Rechtsgebiet überhaupt diskutieren würden. Wir hätten uns sehr gewünscht, dass  
47 wir dieses Instrument im Urheberrecht weiterhin nutzen. Es ist schade, dass es uns am  
48 Ende nicht gelungen ist, dies aufzunehmen.

49 Die dritte Anmerkung. Wir haben gerade im Bereich der Wissenschaft unglaublich viel  
50 an Digitalisierung erlebt und sind erstaunt, was alles möglich ist. Was ich nicht begreife,  
51 ist, dass es uns nicht gelingt, ein funktionierendes System der Einzelabrechnung für ur-  
52 heberrechtlich geschützte Werke zu etablieren. Da haben wir als Gesetzgeber möglicher-  
53 weise nicht genug getan, aber vor allem sind da die Hochschulen und die Verlage in der  
54 Pflicht. Deswegen ist es uns ein wichtiges Anliegen, innerhalb der nächsten Jahre eine  
55 rechtssichere Onlinelizenzierungsplattform zu schaffen.

56 Eine letzte Anmerkung, wenn Sie mir das erlauben. Wir haben sehr lange mit diesem  
57 Gesetz gerungen; das ist ein offenes Geheimnis. Es gab auch in unserer Fraktion unter-  
58 schiedliche Herangehensweisen und Ansätze. Für uns war am Ende Bedingung für die  
59 Zustimmung, dass wir dieses Gesetz befristen. Wir glauben, dass es nicht der Weisheit  
60 letzter Schluss ist. Ich glaube, wir sollten die fünf Jahre als Zeitraum des Übergangs nut-  
61 zen und gemeinsam daran arbeiten, dass wir insbesondere ein funktionierendes Lizenzie-  
62 rungssystem hinbekommen.

63 Ich hoffe, dass wir, wenn wir das nächste Mal im Deutschen Bundestag über dieses  
64 Thema beraten, Mehrheiten finden, die das geistige Eigentum wieder höher schätzen, als  
65 wir es heute tun.

66 Herzlichen Dank.

**Gerda Hasselfeldt, Bundestag Juni 2017 (CDU/CSU): GHB0617**

Quelle: <https://dserver.bundestag.de/btp/18/18244.pdf>

- 1 Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich will versuchen, den Ton der De-  
2 batte wieder auf ein Niveau zu führen, das der Bedeutung des Themas angemessen ist.
- 3 Für mich ist unbestritten: Die Entscheidung von zwei Menschen, eine gleichgeschlecht-  
4 liche Partnerschaft einzugehen, verdient Anerkennung und Toleranz und braucht auch  
5 eine rechtliche Absicherung. Diese rechtliche Absicherung haben wir vor vielen Jahren  
6 dieser Gemeinschaft mit der eingetragenen Lebenspartnerschaft gegeben.
- 7 Ich betone: Die eingetragene Lebenspartnerschaft ist nicht weniger und nicht mehr wert  
8 als die Ehe. Sie ist gleichwertig, aber sie ist nicht identisch. Ehe und Lebenspartnerschaft  
9 sind unterschiedlich.
- 10 In der Ehe geht es nicht nur um das Füreinandereinstehen, was natürlich auch in der Le-  
11 benspartnerschaft gelebt wird – das bestreitet niemand, und das ist wesentlich für beide –  
12 ; die Ehe ist auch die Grundlage für die Familie. Sie ist und bleibt nach meinem Dafür-  
13 halten – ich sage bewusst: meine Einschätzung – die Grundlage dafür, dass unsere Ge-  
14 sellschaft auch weiterhin besteht. Es ist eine Gemeinschaft von Mann und Frau, aus der  
15 auch die Kinder geboren werden und die Zukunft unserer Gesellschaft gesichert wird.
- 16 Damit ist sie die Keimzelle unserer Gesellschaft und die Grundlage auch für die Ordnung  
17 unseres Staates.
- 18 Dies ist der Grund dafür, dass Ehe und Familie durch das Grundgesetz unter den Schutz  
19 des Staates, der staatlichen Ordnung gestellt werden, und dies ist auch der Grund dafür,  
20 dass die höchstrichterliche Rechtsprechung Ehe als Gemeinschaft von Frau und Mann  
21 definiert. Das ist die rechtliche Position. Liebe Kolleginnen und Kollegen, bei aller ver-  
22 ständlichen Emotionalität sollten wir das, was unseren Staat ausmacht, was unser Zusam-  
23 menleben ausmacht, was unsere rechtliche Ordnung ausmacht, nicht einfach auf die Seite  
24 schieben, und wir sollten nicht so tun, als wäre damit Diskriminierung verbunden. Im  
25 Gegenteil: Die Achtung, die Toleranz, die rechtliche Absicherung sind gegeben. Aber  
26 Ungleiches ist nun einmal nicht gleich.

27 Ich wundere mich etwas darüber, dass die Frage der Verfassungsmäßigkeit so einfach  
28 abgetan wird: Das spiele keine Rolle, und das müsse man jetzt anders sehen. Tatsache ist  
29 – Volker Kauder hat darauf hingewiesen –, dass es gar nicht so lange her ist, dass aus  
30 dem Bundesjustizministerium die klare Ansage kam: Zu einer Änderung, wie Sie sie  
31 heute beschließen wollen, ist eine Grundgesetzänderung notwendig. – Heute klingt das  
32 anders. Ich sage mal aus meiner Sicht, ehrlich gesagt: Mit Glaubwürdigkeit, mit Ernst-  
33 haftigkeit, auch mit meinem Verständnis von Rechtsstaatlichkeit hat das nichts zu tun.

34 Liebe Kolleginnen und Kollegen, in unserer Fraktion, auch bei mir in der Landesgruppe,  
35 sind die Meinungen naturgemäß unterschiedlich. Für mich ist diese Entscheidung eine  
36 wirklich höchstpersönliche Entscheidung. Ich respektiere die Entscheidung jedes Einzel-  
37 nen, sowohl in meiner Landesgruppe als auch in der Fraktion sowie in diesem Hause und  
38 in der Bevölkerung.

39 Ich würde mir wünschen, dass dieser Respekt aber auch jenen zuteilwird, die heute die-  
40 sem Gesetzentwurf nicht zustimmen, aus guten Gründen, dass wir uns gegenseitig anhö-  
41 ren, aber dann individuell so entscheiden, wie wir es mit unserer Meinung, mit unserem  
42 Gewissen, mit unserem Verständnis vereinbaren können.

**Hansjörg Durz, Bundestag Juni 2017 (CDU/CSU): HDB0617**

Quelle: <https://dserver.bundestag.de/btp/18/18244.pdf>

1 Sehr geehrte Frau Präsidentin! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und  
2 Herren! Wir schaffen heute, kurz vor Ende dieser Wahlperiode, die Störerhaftung ab. Das  
3 ist für die Ausbreitung offener WLANs grundsätzlich äußerst positiv. Ich mache aber  
4 keinen Hehl daraus, dass ich den vorliegenden Gesetzentwurf für nicht so gut austariert  
5 halte wie den Status quo, den wir mit der zweiten TMG-Novelle im letzten Sommer be-  
6 schlossen hatten. Aber aufgrund des EuGH-Urteils wurden hier Änderungen notwendig.  
7 Den letzten Kompromiss, den wir getroffen haben, hat beispielsweise der Verband der  
8 deutschen Internetwirtschaft eco als sehr sinnvoll bezeichnet.

9 Ich akzeptiere selbstverständlich den Wunsch, die Störerhaftung abzuschaffen. Er ist letz-  
10 ten Endes größer als die damit verbundenen Bedenken, die auch in der öffentlichen An-  
11 hörung am vergangenen Montag noch einmal deutlich wurden und von den Experten vor-  
12 getragen wurden. Gleichwohl möchte ich die Gelegenheit nutzen, um mit drei Mythen  
13 aufzuräumen, die immer wieder in der öffentlichen Debatte und auch hier im Parlament  
14 in den Raum gestellt wurden.

15 Erstens. Es wird immer wieder von der WLAN-Wüste Deutschland gesprochen und da-  
16 von, dass angeblich nichts voranginge. Entgegen der weit verbreiteten Meinung gestaltet  
17 sich der Ausbau von WLAN-Hotspots in Deutschland tatsächlich sehr dynamisch. Dazu  
18 ein paar Zahlen: Alleine die drei größten Anbieter kommerzieller WLAN-Netze verfügen  
19 mittlerweile über 3,5 Millionen Hotspots. Im Freistaat Bayern beispielsweise werden bis  
20 zum Jahr 2020 20 000 Zugangspunkte an öffentlichen Plätzen im Bayern-WLAN kosten-  
21 frei zur Verfügung gestellt.

22 Aktuell sind 7 761 davon bereits aktiv. Unzählige Cafés, Hotels, Konzert- und Messehal-  
23 len oder Schulen bieten ihren Gästen Zugang zum Internet über Drahtlosnetzwerke und  
24 lassen diese zumeist von professionellen Dienstleistern administrieren. Da kann und muss  
25 sicherlich noch mehr passieren. Aber zu behaupten, dass es keine Dynamik beim Ausbau  
26 zu verzeichnen gäbe, ist schlicht falsch.

27 Zweitens. Dass der Betrieb eines WLAN generell Rechtsunsicherheit für den Anbieter  
28 birgt, ist auch so ein Mythos. Auch diesen Punkt möchte ich klarstellen: Wer seine Nutzer  
29 kennt, für den gab es bisher keine Rechtsunsicherheit. In vielen Gesprächen mit Anbietern  
30 haben wir die Rückmeldung bekommen, dass dieser Fakt bislang nicht genügend kom-  
31 muniziert wurde. Deshalb haben wir nun mit einer Klarstellung im Gesetz dafür gesorgt,  
32 dass etwa Hotels – das war für uns wichtig – ihre bislang gängige Praxis der Herausgabe  
33 eines WLAN-Schlüssels gegen Registrierung fortsetzen können, übrigens eine Praxis, die  
34 auch international sehr häufig und in nahezu allen Ländern praktiziert wird. Für diese  
35 Praxis der Authentifizierung schaffen wir unmissverständlich Rechtssicherheit. Hotels  
36 können sich dadurch vom drohenden Sperraufwand befreien. Also, wer dies tut, muss  
37 später keine Sperrlisten umsetzen. Das ist eine gute Nachricht, vor allem für unser mit-  
38 telständisch geprägtes Hotel- und Gaststättengewerbe. Wer sein Netzwerk von einem  
39 Dritten professionell betreiben lässt, hatte bisher schon Rechtssicherheit.

40 Richtig ist aber auch die Feststellung, dass die vielfach diskutierte Störerhaftung sich als  
41 sehr problematisch für jene Fälle entpuppen kann, in denen ein Provider bzw. ein Neben-  
42 beiprovider – ein Café, ein Hotel oder ein Privater – ohne weitere Maßnahmen sein  
43 WLAN öffnet. Wir reden hier also von einer Teilmenge, die bislang Unsicherheiten zu  
44 befürchten hatte. Hier mussten wir reagieren und haben mit dem Gesetz auch reagiert.

45 Drittens. Weder das Einloggen in ein fremdes WLAN-Netz noch die Freigabe eines frem-  
46 den WLAN-Netzes sollte gedankenlos erfolgen. Es ist in der Debatte vollkommen unter-  
47 gegangen, dass die Nutzer hierüber aufgeklärt werden müssen. Hier muss mehr Aufklä-  
48 rung erfolgen.

49 Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben sehr lange über die Abschaffung der Störer-  
50 haftung miteinander gerungen. Ergebnis ist der heute vorliegende Gesetzentwurf. Wir  
51 hatten darin eine Abwägung zwischen offenem WLAN und dem Schutz der Rechteinha-  
52 ber zu treffen, wie ihn der europäische Rechtsrahmen vorgibt. Rechtsverletzungen im In-  
53 ternet sind Realität und keine Erfindung. Enttäuschend finde ich, dass aufseiten der Op-  
54 positionsfraktionen – das war heute auch wieder zu hören – kein einziger Vorschlag, ob-  
55 wohl sie die europäischen Vorgaben kennen, zu hören war, wie man dem Aspekt der  
56 Rechtssicherheit für die Rechteinhaber, wie man dem Aspekt der Durchsetzung der

57 Rechte, wie es auch der EuGH festgeschrieben hat, nachkommt. Kritik kann man üben,  
58 aber konstruktive Vorschläge müssen auch folgen.

59 Nun hoffe ich, dass die Gesetzesänderung, die wir heute vornehmen, tatsächlich zu mehr  
60 freiem WLAN in Deutschland führt. Ich stelle fest, dass wir nahezu alle Projekte der Di-  
61 gitalen Agenda, die wir uns in dieser Wahlperiode vorgenommen haben, umgesetzt ha-  
62 ben, und damit haben wir in der Digitalpolitik in Deutschland sehr viel vorangebracht.

63 Vielen Dank.

**Volker Kauder Bundestag Juni 2017 (CDU/CSU): VKB0617**

Quelle: <https://dserver.bundestag.de/btp/18/18244.pdf>

1 Herr Präsident! Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! In meiner Fraktion gibt es zu diesem  
2 Thema, das heute zur Abstimmung ansteht, unterschiedliche Auffassungen. Es gibt in ihr  
3 Kolleginnen und Kollegen, die der Eheöffnung zustimmen werden, und es gibt Kollegin-  
4 nen und Kollegen, die zu genau einer anderen Erkenntnis gekommen sind. Als Vorsitzen-  
5 der dieser Fraktion habe ich Respekt vor beiden Seiten.

6 Ich selbst habe mehrfach öffentlich erklärt, dass ich nach intensivem Nachdenken und  
7 Überlegen der Meinung bin, dass die Ehe die Verbindung von Mann und Frau ist.

8 Auch wenn ich weiß, dass man auch als Christ zu einer anderen Überzeugung kommen  
9 kann, war für mich schon klar, dass ich persönlich aus Gewissensgründen nie irgendetwas  
10 unterschreiben würde, in dem „Ehe für alle“ steht, liebe Kolleginnen und Kollegen.

11 Diese Gewissensentscheidung, die ich für mich getroffen habe, muss ich natürlich und  
12 will ich auch allen anderen zugestehen. Deswegen ist es völlig selbstverständlich – das  
13 geschieht übrigens nicht zum ersten Mal im Deutschen Bundestag bei solchen gesell-  
14 schaftlichen Fragen; ich erinnere nur an die Sterbehilfe, an die PID und an ein paar andere  
15 Entscheidungen –, zu sagen: Da muss jeder wirklich nach seinem Gewissen entscheiden  
16 können.

17 Wir entscheiden heute nicht darüber, ob wir homosexuelle Menschen diskriminieren oder  
18 nicht. Das ist längst entschieden, weil wir hier im Deutschen Bundestag klar und deutlich  
19 gesagt haben: Mit der gleichgeschlechtlichen Partnerschaft wird Diskriminierung aufge-  
20 hoben. Um diese Frage geht es hier also gar nicht.

21 Es geht auch nicht um die Frage, ob auch in Beziehungen von gleichgeschlechtlichen  
22 Partnern Liebe, Treue, Aufmerksamkeit gelebt werden können, sondern es geht schlicht  
23 und ergreifend um die Frage, ob der Begriff der Ehe, die in unserem Kulturraum seit  
24 Jahrhunderten als Verbindung von Mann und Frau definiert wird, nun auch geöffnet wird.  
25 Da kann ich nur sagen: Es bleibt für mich schon klar, dass das nicht dasselbe ist, weshalb



26 es durchaus gerechtfertigt ist, den Begriff „Ehe“ als Beziehung von Mann und Frau zu  
27 definieren.

28 Man kann nun die Frage stellen: Ist dies mit dem Grundgesetz vereinbar? Die einen sagen:  
29 Die Verfassung geht bei dem Ehebegriff von einer Verbindung von Mann und Frau aus.  
30 Die anderen sagen: Die Verfassung gibt das her.

31 Was mich natürlich schon ein wenig irritiert, ist, dass die Bundesregierung, vertreten  
32 durch das Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz, in dieser Legislatur-  
33 periode auf eine Kleine Anfrage erklärt hat, dass eine Öffnung der Ehe nach der ständigen  
34 Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts mit dem Grundgesetz nicht vereinbar sei  
35 – das ist zunächst einmal ein Fakt aus dem Jahr 2015 –,

36 während das gleiche Haus mit demselben Minister rechtzeitig vor dieser heutigen Ent-  
37 scheidung im Bundestag erklärt, dass eine Grundgesetzänderung nicht erforderlich ist. Da  
38 sage ich nur: Vorsicht, Herr Minister! Es darf nicht der Eindruck erweckt werden, als ob  
39 die Frage, ob etwas verfassungskonform ist oder nicht, aufgrund politischer Opportunität  
40 beurteilt wird.

41 Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, unabhängig davon, wie die Entscheidung ausfallen  
42 wird – man kann es ja schon voraussagen –, sage ich für mich und auch für meine Frak-  
43 tion: Wir haben Respekt vor der Haltung eines jeden Kollegen und einer jeden Kollegin.  
44 – Wenn ich die Diskussionen der letzten Zeit an mir vorüberziehen lasse, dann habe ich  
45 aber allen Grund, auch zu sagen: Auch diejenigen, die sagen, dass sie dem Gesetzentwurf  
46 „Ehe für alle“ aufgrund ihrer christlichen und ihrer persönlichen Überzeugung nicht zu-  
47 stimmen können, haben denselben Respekt verdient.

## Kanzlerduell Merkel gegen Schulz 2017: AMK17

Quelle: [https://www.youtube.com/watch?v=fDXEjSN0MOY&ab\\_channel=phoenix](https://www.youtube.com/watch?v=fDXEjSN0MOY&ab_channel=phoenix) (eigene Transkription)

1 **Frau Merkel:** Ich glaube jeder Mensch verändert sich natürlich im Laufe seines Lebens.  
2 Aber die Herausforderungen sind ja auch immer wieder neue. Und ich bin Vorsitzende  
3 einer Partei, die für Maß und Mitte steht und deshalb sind diese Alternativen Auto oder  
4 Klima für mich überhaupt keine Alternativen, auch nicht Willkommen oder Abschottung,  
5 sondern es geht bei der Frage der Flüchtlinge um Menschen und es geht bei der Frage  
6 von Klima und Mobilität um nachhaltige Lösungen. Und daran arbeite ich und die Her-  
7 ausforderungen, die Aufgaben die auf uns zukommen sind jedes Mal andere, auch in den  
8 letzten vier Jahren waren es neue Aufgaben.

9 **Frau Merkel:** Also erstmal möchte ich sagen, dass die Sozialdemokraten in der Großen  
10 Koalition eigentlich als sehr streitbarer Koalitionspartner kennen gelernt habe, die mir  
11 gar nicht durchgehen lassen würden, dass es keine Kontroversen gibt. Aber da kommen  
12 wir sicherlich heute noch dazu. Und was Ihre Frage anbelangt, so ist es so, dass es Situa-  
13 tionen gibt, ob das die Frage des Euro war und seiner Erhaltung oder Rettung oder ob es  
14 auch die Frage der Flüchtlinge war, in denen müssen wir unseren Grundprinzipien folgen  
15 und dann natürlich gleichermaßen um alle Wählerinnen und Wähler kämpfen. Ich mache  
16 heute keine Prognosen über den Wahlausgang. Herr Schulz hat mit Recht darauf hinge-  
17 wiesen viele Menschen sind noch unentschieden und je mehr Menschen zur Wahl gehen  
18 umso geringer ist auch die Chance das Extreme ins Parlament kommen.

19 **Frau Merkel:** Nein das habe ich natürlich nicht. Sondern ich habe in bestimmten sehr  
20 dramatischen Situationen Entscheidungen getroffen. Sowohl als es um den Erhalt der Eu-  
21 rozone ging, als auch als es um Flüchtlinge, um Menschen ging. Und zu diesen Entschei-  
22 dungen stehe ich und trotzdem werde ich alle Kraft darauf lenken, möglichst viele Men-  
23 schen davon zu überzeugen, dass das richtig war und dass wir gemeinsam den Weg weiter  
24 gehen sollten.

25 **Frau Merkel:** Nein ich empfinde es nicht als Bedrohung, aber ich empfinde es als eine  
26 sehr sehr große Aufgabe. Wird Deutschen haben eine lange lange Zeit lang die die Vor-  
27 züge der Globalisierung sehr genossen. Wir haben sehr viele Exporte. Wir sind Export-  
28 weltmeister. Wir haben dadurch sehr viele Arbeitsplätze und viele Menschen haben seit  
29 Jahren schon auch darauf hingewiesen, dass wir uns nicht abkoppeln können von den  
30 Konflikten um uns herum. Siehe Syrien. Sie IS im Irak. Und auch nicht von der Tatsache,  
31 dass in Afrika bittere Not und Armut herrscht. Und deshalb müssen wir darauf reagieren.  
32 Das heißt aber nicht, dass die Menschen alle zu uns kommen können, sondern dass, und  
33 das haben wir ja jetzt auch gelernt in den letzten zwei Jahren, wir Fluchtursachen be-  
34 kämpfen müssen. Sehr viel mehr in Entwicklungshilfe, in Konfliktlösung investieren  
35 müssen und das deutet sich auch bei der Arbeit der Bundesregierung bereits an. Aber das  
36 wird uns in den nächsten vier Jahren weiter sehr stark beschäftigen.

37 **Frau Merkel:** Das sehe ich nun wirklich anders. Und ich glaube Herr Schulz weiß es  
38 eigentlich auch, dass es nicht richtig ist. Vielleicht um einen kleinen Unterschied heraus-  
39 zuarbeiten. Ich würde es. Ist auch egal, ob er es besser weiß oder nicht. Ich sage jetzt  
40 meine Einschätzung. Herr Schulz weiß jedenfalls, dass damals der ungarische Minister-  
41 präsident den Flüchtlingen, die schon in Budapest waren, die Fahrkarten wieder wegge-  
42 nommen hat, sie nicht mehr anerkannt hat, dass er plötzlich keine Züge mehr fahren ließ.  
43 Wir alle wussten, dass Ungarn nicht bereit ist sich wirklich solidarisch zu beteiligen. Und  
44 dann gab es eine Situation, die hatte sich ja die Woche über ausgebaut, dass am 4. Sep-  
45 tember abends mich der österreichische Bundeskanzler anrief und sagte die Menschen  
46 kommen zu Fuß. Und es gibt im Leben auch einer Bundeskanzlerin oder eines Regie-  
47 rungschefs Momente, da müssen Sie entscheiden und ich hatte null Hoffnung, dass Viktor  
48 Orban seine Einstellung verändert. Ich habe dann sehr schnell mit dem französischen Prä-  
49 sidenten selbstverständlich telefoniert. Und schauen Sie wir wussten seit Juni/Juli, es wa-  
50 ren ja immerhin im August schon 400 000 Flüchtlinge nach Deutschland gekommen, dass  
51 wir hier in Europa ein großes Problem haben. Die Staaten des westlichen Balkans haben  
52 uns das immer wieder gesagt. Und trotzdem war es noch nicht gelungen hier wirklich  
53 eine solidarische Gemeinsamkeit der europäischen Länder zu bekommen. An der müssen  
54 wir weiter arbeiten. Dafür bin ich und dafür werde ich mich auch mit ganzer Kraft ein-

55 setzen. Es musste entschieden werden. Ich habe das damals mit dem Bundesaußenminis-  
56 ter, es war gerade ein Außenministerrat in Brüssel und mit Sigmar Gabriel, dem Vize-  
57 kanzler natürlich besprochen. Wir haben das völkerrechtlich auch überprüft und dann ha-  
58 ben wir entschieden. Und ich halte das für richtig in dieser Nacht.

59 **Frau Merkel:** Sie sagen ja auch selbst wir müssen immer wieder miteinander sprechen  
60 und ich könnte jetzt auch davon anfangen, dass der slowakische Ministerpräsident Robert  
61 Fizo ähnliche Ansichten hat wie der ungarische Ministerpräsident. Die Frage ist doch  
62 eigentlich: Wir haben damals eine sehr dramatische Situation gehabt und in dieser Situa-  
63 tion finde ich haben wir entsprechend unserem Artikel eins des Grundgesetzes „Die  
64 Würde des Menschen ins unantastbar“ reagiert. Und trotzdem ist doch klar gewesen, das  
65 war mir schon Ende August klar angesichts von über 400 000 Flüchtlingen, dass wir an  
66 der Ursache ansetzen mussten. Also ich habe damals schon dafür geworben, und da haben  
67 wir im Übrigen auch sehr gut zusammen gearbeitet, mit der Türkei ein Abkommen abzu-  
68 schließen, das den Menschenhändlern, den Schleppern, den kriminellen Energien dort das  
69 Handwerk legt, dass die Menschen schützt. Denn es sind tausende Menschen umgekom-  
70 men und das ist die Art wie wir auch heute die Lösung dieser Probleme suchen.

71 **Frau Merkel:** Zuerst nochmal, wenn es um die Frage geht ist alles richtig gemacht wor-  
72 den? Dann sage ich ganz klar, dass habe ich auch an anderer Stelle schon deutlich ge-  
73 macht. Im Nachhinein haben wir uns zu wenig gekümmert um die Situationen in den  
74 Flüchtlingslagern im Libanon, in Jordanien. Aber das gilt für mich genauso wie für den  
75 jeweiligen Bundesaußenminister. Wir haben uns nicht ausreichend dort engagiert. Wir  
76 haben uns nicht damit befasst, dass bereits 3 Millionen Flüchtlinge in der Türkei waren,  
77 dass man die Unterstützen muss und das wird so nie wieder passieren. Und damit konnten  
78 überhaupt die Schlepper und überhaupt nur diese kriminelle Energie entfalten. Wir haben  
79 im Übrigen leider auch sehr sehr lange gebraucht, bis wir die Balkan-Staaten zu sicheren  
80 Herkunftsländern erklären konnten. Das will ich hier aber gar nicht weiter in den Mittel-  
81 punkt stellen. Was hätten wir machen können? Ich kenne diese Szenarien, die dann im  
82 Umlauf waren. Die sind ja schon Ende des Jahres 2015 diskutiert worden. Ehrlich gesagt  
83 mit Wasserwerfern gegen Tausende von Menschen? Sind das die Dinge wie Sie glauben,

84 dass man das löst? Ich glaube es nicht. Und wir haben 3000 Kilometer Grenze und des-  
85 halb mussten wir an der Ursache ansetzen. Natürlich müssen wir Steuern ordnen. Wir  
86 haben ja auch dann Grenzkontrollen eingeführt. Aber jetzt Österreich oder andere Länder  
87 damit alleine zu lassen und deshalb EU-Türkeiabkommen. Ich habe dafür sehr viel Kritik  
88 bekommen, als es dann endlich fertig war. Und ich halte es nach wie vor für absolut  
89 richtig.

90 **Frau Merkel:** Also erstmal möchte ich die Gelegenheit nochmal nutzen, um die Vielen,  
91 die fürs Gelingen, wie Herr Schulz eben gesagt hat beitragen, zu danken. Den Ehrenamt-  
92 lichen, den Hauptamtlichen. Und wir haben inzwischen Asylverfahren, die oder, Geneh-  
93 migungsverfahren für den Aufenthalt die dauern, für die die nach dem 1. Januar 2017  
94 gekommen sind nur noch zwei Monate. Da ist unglaubliches geleistet worden. Auch im  
95 Bundesamt für Migration und Flüchtlinge. Und diese Aufgabe ist eine riesige Aufgabe.  
96 Und was ich ganz fest glaube, ist das wir gelernt haben aus dem Nichtgelingen der In-  
97 tegration der Gastarbeiter. Wir haben jetzt im Bund ein Integrationsgesetz. Wir machen  
98 verpflichtend für Jeden Sprachkurse. Auch Integrationskurse, bei der Einführung in un-  
99 sere Rechtswelt, in unser Grundgesetz. Wir versuchen ganz andere Formen der Arbeits-  
100 vermittlung. Wir versuchen die Frauen mit einzubeziehen. Und trotzdem wird es Jahre  
101 dauern. Und wenn wir uns ehrlich machen, dann sind die Gastarbeiter heute noch nicht  
102 alle vollständig integriert. Die meisten schon. Ich will jetzt hier überhaupt keinen an den  
103 Pranger stellen, aber wir haben immer noch Integrationsprobleme. Und dann möchte ich  
104 daraufhin weisen, dass wir natürlich auch schauen werden, wie sich die Lage entwickelt.  
105 Wir haben heute schon Iraker, die in befreite Gebiete wieder zurückgehen. Ich weiß nicht  
106 wie viele das sind, aber kein Mensch verlässt so leichtfertig seine Heimat und ich habe  
107 auch schon Menschen getroffen, die wären froh, wenn sie wieder zu ihren Familien und  
108 Verwandten gehen könnten.

109 **Frau Merkel:** Ja. Ich verstehe die Menschen, die da sehr skeptisch sind, weil im Namen  
110 des Islam im Augenblick dramatische terroristische Anschläge verübt werden. Und wie  
111 man sich da auf eine Religion berufen kann, dass verstehen viele Menschen überhaupt  
112 nicht. Und deshalb habe ich auch deutlich gemacht, dass die Geistlichkeit des Islam hier  
113 sehr viel stärker noch sagen muss, dass das mit dem Islam nichts zu tun hat. Auf der

114 anderen Seite haben wir 4 Millionen Muslime in Deutschland. Die tragen zum Erfolg  
115 dieses Landes bei. Und deren Glauben ist der Islam und deshalb gehört inzwischen durch  
116 diese bei uns lebenden Muslimen und Muslime die wie gesagt ein Teil unserer Gesell-  
117 schaft sind, auch der Islam zu Deutschland. Aber einer der verfassungskonform ist. Einer  
118 der sich deutlich abgrenzt.

119 **Frau Merkel:** Also ich glaube wir haben da schon jetzt sehr viel mehr Sensibilität ent-  
120 wickelt. Ich weiß auch nicht, ob es vor 10/20 Jahren bereits so dramatisch war. Da hat  
121 sich auch etwas verändert. Die Zahl der Muslime, die nicht mehr aus der Türkei kommen,  
122 sondern die zum Beispiel aus arabischen Ländern kommen hat sich auch erhöht und des-  
123 halb bin ich dafür, hab mit dem Bundesinnenminister darüber auch sehr gesprochen und  
124 der muss es mit seinen Kollegen in den Ländern auch tun, dass wir schon sehr genau  
125 überlegen wo findet was statt und das wir eben auch Moscheen schließen, wenn dort  
126 Dinge passieren, die wir nicht akzeptieren können und wir werden auch dazu kommen  
127 müssen, dass wir uns nicht einfach anschauen und sagen die Predigten kommen mal aus  
128 der Türkei in die Moscheen, sondern wir haben extra das Studium der islamischen Theo-  
129 logie an deutschen Universitäten eingeführt. Wir müssen auch Imam-Ausbildung ver-  
130 stärkt hier bei uns machen, damit wir wissen was in unseren Moscheen passiert.

131 **Frau Merkel:** Vier. Wir haben eine relativ breite Ausbildung. Ich habe mit denen auch  
132 gesprochen. Das ist ein Fortschritt und das muss verstärkt werden. Und wir haben Reli-  
133 gionsunterricht, auch muslimischen, damit die Muslime auch hier die Unterweisung be-  
134 kommen, die grundgesetzkonform ist. Und da muss noch mehr getan werden.

135 **Frau Merkel:** Nein wir ignorieren es nicht. Wir haben zum Beispiel mit Saudi-Arabien  
136 ganz hart darüber gesprochen, dass bestimmte Akademien in Bonn geschlossen wurden.  
137 Das ist auch passiert und wir werden das weiter tun, dort wo es eben noch nicht so ist wie  
138 es heute ist. Und wir haben seitens des Bundeskriminalamtes auch immer, wenn wir Hin-  
139 weise haben, dass Menschen unter Drohung gesetzt werden, sie immer persönlich ge-  
140 warnt und das muss auch so sein. Das werden und können wir bei uns nicht dulden. Das  
141 hat mit grundgesetzkonformem Islam dann überhaupt nichts zu tun. Null Toleranz an der  
142 Stelle.

143 **Frau Merkel:** Ich war heute nicht in der Kirche-

144 **Frau Merkel:** Ich war, wenn es darum geht, gestern in einer Kirche, weil da mein Vater  
145 seinen Todestag hatte und da habe ich in der kleinen Kirche, die er selbst aufgebaut hat  
146 an ihn gedacht.

147 **Frau Merkel:** Wir haben an dem Thema sehr hart gearbeitet, weil ich Ihre Meinung ab-  
148 solut teile, dass die die keinen Aufenthaltsstatus haben auch unser Land wieder verlassen  
149 müssen. Wir haben was den westlichen Balkan, also die Länder dort anbelangt, seitdem  
150 wir sie dann endlich zu sicheren Herkunftsländern erklärt haben, wirklich Erfolge erzielt  
151 im Übrigen auch freiwillige Rückkehren sehr stark erlebt. Und gleichzeitig haben wir  
152 nach wie vor wegen der Rot-Grünen Landesregierung es nicht geschafft die Länder Nord-  
153 afrikas zu sicheren Herkunftsländern zu definieren: Algerien, Marokko, Tunesien wären  
154 aus meiner Sicht solche Länder. Zumal gerade hier auch viele Menschen dabei sind, die  
155 kriminelle Handlungen verübt haben. Selbstverständlich nicht alle, aber wir haben hier  
156 einen großen Anteil auch von Straftätern. Und deshalb haben wir jetzt mühevoll, auch  
157 dort Verbesserungen erreicht, aber wir haben dann bei dem, insbesondere bei den afrika-  
158 nischen Herkunftsländern natürlich noch sehr viel zu tun. Wir sind jetzt Land für Land  
159 dabei. Wir haben gerade mit Ägypten ein Migrationsabkommen geschlossen. Aber Afrika  
160 hat 50 Länder und deshalb ist das ein schwieriger Prozess. Wir haben aber wichtige recht-  
161 liche Regelungen getroffen: Wenn jemand Gefährder ist, wenn jemand kriminell ist, dann  
162 kann man ihn auch lange in Abschiebehaft halten und damit deutlich machen, dass er  
163 nach Hause gehen muss. Aber diese Aufgabe muss in der nächsten Legislaturperiode, in  
164 den nächsten vier Jahren fortgesetzt werden.

165 **Frau Merkel:** Ich glaube jetzt gibt es eine Verwechslung. Ich habe mir es extra nochmal  
166 angeguckt in Vorbereitung. Herr Strunz hat von 256 000 gesprochen. Es gibt keine Ak-  
167 zeptanz. Oder 226 000, die ausreisepflichtig sind, die keine Duldung haben oder die aber  
168 ein Verfahren durchlaufen haben. Im Bundesamt für Migration und Flüchtlinge sind jetzt  
169 noch 115 000 ungefähr unbearbeitete Fälle. Ich habe es mir extra nochmal angeschaut.  
170 Davon etwa 60 Prozent von der Zeit vor dem 01.01.17, weil es sehr sehr komplizierte  
171 Fälle gibt. Das wissen wir beide auch. Das heißt also: im Jahre 2017 sind die Bearbei-

172 tungsfristen auf zwei Monate gesunken. Damit sind wir im Übrigen in Europa auch füh-  
173 rend. Und deshalb will ich dann auch noch darauf hinweisen, Bayern führt relativ viele  
174 Flüchtlinge zurück, aber wir haben beide Erlebnisse gehabt, wo es dann auch um gut  
175 integrierte geht und da sag ich nur: wer jetzt hier schon mehrere Jahre ist und sich wirklich  
176 die deutsche Sprache gelernt hat, da sollte man nicht als ersten dann sagen „Du musst  
177 jetzt zurück.“ Das erscheint mir auch nicht richtig.

178 **Frau Merkel:** Also, wenn wir einen Raum der Freizügigkeit haben wollen, dann müssen  
179 wir den Anspruch des Grenzschutzes haben. Wir haben nur gelernt, dass dort wo es keine  
180 Landgrenzen gibt, dieser Grenzschutz sehr viel schwieriger ist. Deshalb muss man sich  
181 mit dem gegenüberliegenden Land, in diesem Falle, einmal der Türkei oder auch mit Li-  
182 byen befassen und da Partnerschaften hinbekommen. Wir werden, wenn die Menschen  
183 erst einmal in Libyen sind, das nicht hinbekommen. Das heißt deshalb: Partnerschaft Af-  
184 rika. Auch mit Niger. Mit Ländern, wo diese Flüchtlinge durchkommen. Und vor allen  
185 Dingen dann aber auch Zusammenarbeit mit den Herkunftsländern. Und da kann ich na-  
186 türlich Mittel auch der legalen Zuwanderung nutzen. Wir haben das zum Beispiel bei den  
187 Staaten des westlichen Balkans gemacht. Wir haben gesagt „ihr müsst alle wieder zurück,  
188 wenn ihr keinen Anspruch habt, aber wer einen Arbeitsplatz nachweisen kann, der darf  
189 kommen und auf diesem Arbeitsplatz dann arbeiten.“ Und dieses Muster kann auch Bei-  
190 spiel sein für Handlungen mit Afrika. Aber da darf man sich doch auch keinen Illusionen  
191 hingeben. Wir müssen da natürlich viel investieren. Das sind ja nicht alles Menschen, die  
192 bei uns Mechatroniker werden können, Pflegekräfte sofort werden können. Das heißt, da  
193 steckt Ausbildung davor da drin. Und deshalb: wir wollen von Seiten der Union, das kann  
194 ich den Zuschauern ganz klar sagen, ein Fachkräftezuwanderungsgesetz. Aber diese Zu-  
195 wanderung geht dann nach unseren Wünschen. Das heißt nach den Bedürfnissen die wir  
196 haben. Wir haben in Europa dazu immerhin schon eine sogenannte blue card. Das heißt  
197 Akademiker können relativ gut kommen. Das klappt schon recht gut. Aber bei Gehalts-  
198 grenzen unterhalb eines bestimmten Niveaus geht es noch nicht. Da müssen wir weiter  
199 arbeiten. Ich würde allerdings jetzt nicht warten, bis ich den letzten in Europa überzeugt  
200 habe. Es ist besser wir machen es europäisch. Wir können es aber auch national machen.



201 **Frau Merkel:** Nein. Das ist ja nicht der Punkt. Da gibt es ein ganz klares völkerrechtli-  
202 ches Gebot. Aber das das libysche Küstenwache mit europäischen Mitteln ausgebildet  
203 wird ihren eigenen Grenzschutz zu machen, das halte ich absolut für richtig. Die Frage  
204 ist doch nur, was passiert mit den Menschen, die dann zurückgebracht werden an die  
205 libysche Küste? Und da habe ich mich mit dem Chef des Flüchtlingswerks der UN und  
206 mit der internationalen Organisation für Migration getroffen. Da haben wir vereinbart,  
207 dass Deutschland, das unterstützt, das die Menschen dort menschenwürdig sich aufhalten  
208 können und nicht wie in den Lagern, aus denen sie kommen, erstmal auf diese schreckli-  
209 chen Schiffe und von kriminellen Schleppern dort im Grund ihr Leben aufs Spiel gesetzt  
210 wird. Und deshalb ist es absolut richtig, dass wir die libysche Einheitsregierung ertüchti-  
211 gen, natürlich ihren Küstenschutz zu machen, wie die Türkei Küstenschutz macht und  
212 wie wir Küstenschutz machen müssen.

213 **Frau Merkel:** Wir haben die internationale Verpflichtung bei denen die Schutz haben,  
214 nach der Genfer Flüchtlingskonvention, den Familiennachzug zu erlauben. Es geht um  
215 die subsidiär geschützten. Nur um die geht es. Das haben wir bis zum Frühjahr ausgesetzt.  
216 Wir müssen schauen, das werde ich auch mit den Kommunen besprechen, wie können  
217 wir das verkraften. Und dann wird das Anfang nächsten Jahres entschieden.

218 **Frau Merkel:** Es kann sein, dass wir uns so entscheiden, wie der Bundesinnenminister  
219 sagt. Diese Entscheidung muss Anfang nächsten Jahres getroffen werden. Wir müssen  
220 erst einmal für den Familiennachzug, zu dem wir völkerrechtlich verpflichtet sind, jetzt  
221 kommen. Und da sind wir noch weit hinterher. Nämlich denen, die einen vollen Aufent-  
222 haltsstatus nach der Genfer Flüchtlingskonvention haben. Und wenn wir das noch nicht  
223 erreicht haben, müssen wir das noch weiter aussetzen.

224 **Frau Merkel:** Ich möchte noch etwas zu unseren Soldatinnen und Soldaten sagen: dieje-  
225 nigen die dort in der Mission Sophia arbeiten und Menschen aufnehmen, die machen das  
226 und die leisten eine herausragende Arbeit.

227 **Frau Merkel:** Nein das bin ich nicht und natürlich geht uns das was an, wenn mit deut-  
228 schen Staatsbürgern was passiert. Und deshalb machen wir auf allen Kanälen. Sowohl in  
229 harter Ansprache, aber natürlich auch mit allen möglichen diplomatischen Bemühungen,

230 alles, um diese Menschen wieder in Freiheit zu bringen. Und ich will hier ausdrücklich  
231 sagen: die Türkei entfernt sich in einem artenberaubenden Tempo von allen demokrati-  
232 schen Gepflogenheiten.

233 **Frau Merkel:** Wir können zum Beispiel und da sehe ich die besten Möglichkeiten, wirt-  
234 schaftlich deutlich machen, dass dann Kooperation mit der Türkei auch nicht so abläuft.  
235 Ich habe deutlich gemacht, die Verhandlungen für die Zollunion kommen auch auf gar  
236 keinen Fall infrage. Was Beitrittsverhandlungen anbelangt Herr Schulz: Sie haben erst  
237 mir dargelegt, ich müsste mich besser abstimmen in Europa. Ich glaube nichts wäre  
238 schlimmer, als wenn wir sagen, wir wollen die Beitrittsverhandlungen beenden und an-  
239 schließend haben wir keine Mehrheit dafür. Das muss einstimmig in der europäischen  
240 Union beschlossen werden. Ich sehe den Beitritt der Türkei nicht. Ich habe ihn im Übrigen  
241 zur europäischen Union noch nie gesehen, als die Sozialdemokraten da noch eine andere  
242 Haltung hatten und deshalb glaube ich jetzt wirtschaftlich. Wir müssen, ich bin mit dem  
243 Außenminister im Gespräch, bedeutet das was wir da Freitag erlebt haben jetzt, dass wir  
244 stärkere Reisewarnungen noch geben müssen. Das prüfen wir zurzeit. Und dann Hermes-  
245 Kredite, Kredite der europäischen Investitionsbank, Weltbank. Das sind alles Punkte, wo  
246 wir zeigen müssen, dass wir sehr klar auch reagieren werden.

247 **Frau Merkel:** Also die Beitrittsverhandlungen sind zurzeit sowieso nicht existent. Bis-  
248 lang noch Freitag im Gespräch mit dem Bundesaußenminister, waren wir der Meinung,  
249 dass wir das nicht tun. Ich wollte darüber keinen Streit in der Regierung. Aber dass sie  
250 nicht erfolgreich weitergeführt werden können, darüber sind sich alle einig. Vorsicht.  
251 Jetzt muss ich auch einfach mal sagen: Wissen Sie die Leisetreterei ist das letzte was man  
252 braucht im Umgang mit jemanden wie Erdogan. Da stimme ich Ihnen absolut zu. Aber  
253 wenn man Staatsbürger freibekommen möchte, dann muss man schon noch im Gespräch  
254 bleiben. Und gleichzeitig muss man ein starkes Signal aussenden. Nun kann man natür-  
255 lich sagen, ich geh dahin und erkläre das will ich nicht mehr. Und trotzdem wird Deutsch-  
256 land das andere nicht überzeugen kann, kein starkes Deutschland sein. Und deshalb bin  
257 ich dafür, dass wir die Vorbeitrittshilfen einfrieren. Die Kommission sagt mir, die euro-  
258 päische Kommission, dann sind die Beitrittsverhandlungen auch beendet. Und trotzdem  
259 muss ein solcher Schritt sehr gut überlegt sein, denn es gibt auch 50 Millionen Menschen,

260 oder 50 Prozent in der Türkei, die hoffen auf uns. Und ich habe jetzt nicht die Absicht die  
261 diplomatischen Beziehungen mit der Türkei abubrechen, nur weil wir gerade im Wahl-  
262 kampf uns ein bisschen übertreffen müssen, wer ist härter. Deshalb wirklich eine harte...  
263 Ja ich habe am Freitag mit dem Bundesaußenminister gesprochen und deshalb hatten wir  
264 bisher eine gemeinsame Position. Ich sehe, dass es heute eine andere ist. Ich war noch nie  
265 dafür, dass die Türkei der EU beitrifft, und jetzt werde ich genau überlegen in welcher Art  
266 und Weise, Vorbeitrittshilfen streichen bin ich sofort dabei. Aber ob wir die Tür zuschla-  
267 gen, oder die Türkei die Tür zuschlägt, das muss man sehen. Und ich möchte vor allen  
268 Dingen jetzt den 12 Menschen, oder 14 die es jetzt schon sind, die aus politischen Grün-  
269 den im Gefängnis sitzen, denen möchte ich vor allen Dingen helfen. Und da sehe ich vor  
270 allen Dingen die wirkliche Einschränkung der wirtschaftlichen Kontakte, als einen sehr  
271 wichtigen Punkt.

272 **Frau Merkel:** Ganz kurz nochmal zurück zu Herrn Erdogan. Da ist klare Kante natürlich  
273 gefordert. Ich habe im Übrigen sehr viel Erfahrung damit, mit Herrn Erdogan in dieser  
274 Frage zu reden. Zweitens sind wir ja einig keine Vorbeitrittshilfen. Und die Tatsache,  
275 dass die Türkei nicht Mitglied der EU werden soll, das ist auch klar. Und ansonsten werde  
276 ich jedenfalls mit meinen Kolleginnen und Kollegen noch einmal reden, ob wir hier zu  
277 einer gemeinsamen Position kommen können und diese Beitrittsverhandlungen auch be-  
278 enden können. Zweitens zu Trump.

279 **Frau Merkel:** Ich habe schon beim Glückwunsch gesagt, an den amerikanischen Präsi-  
280 denten, dass die Zusammenarbeit auf der Basis gemeinsamer Werte stattzufinden hat.  
281 Und in der Tat gibt es sehr viele Sorgen, auch jetzt gerade was die Korea-Frage anbelangt,  
282 und die Aggression des nordkoreanischen Diktators. Ich glaube nicht, dass man ohne den  
283 amerikanischen Präsidenten diesen Konflikt lösen kann. Aber ich glaube, dass man in  
284 aller Klarheit sagen muss „für uns kommt nur eine friedliche, diplomatische Lösung in  
285 Betracht.“ Dazu habe ich heute mit dem französischen Präsidenten Emanuel Macron te-  
286 lefontiert und wir sind der Meinung, wir brauchen ein stärkeres europäisches Engagement.  
287 Eine ganz klare Haltung. Ich werde morgen auch mit Donald Tusk reden. Denn Europa  
288 muss sich mit solchen Fragen von Krieg und Frieden auch stark einbringen. Ich werde  
289 mit dem russischen Präsidenten sprechen, mit dem chinesischen Präsidenten sprechen.

290 Natürlich mit Japan und Südkorea. Aber auch mit dem amerikanischen Präsidenten. Denn  
291 hier hängt sehr viel davon ab, dass wir wirklich zu einer friedlichen Lösung kommen.  
292 Und ich bin auch sehr dankbar, dass Herr Schulz hier mehrmals gesagt hat „hier geht es  
293 um Krieg und Frieden.“ Und ich glaube, da gibt es auch ein hohes Maß an Gemeinsam-  
294 keiten.

295 **Frau Merkel:** Wir brauchen die Vereinigten Staaten von Amerika als Friedensmacht und  
296 wir müssen alles daran setzen sie auf den Kurs zu bringen, den ich für einen Kurs der  
297 Vernunft halte. Und der heißt: diplomatische Lösung und keine militärische Lösung, die-  
298 ses Konflikts. Und ich werde alles daran setzen, um genau das zu sichern. Und wir haben  
299 schwerwiegende Differenzen mit dem amerikanischen Präsidenten. Wir haben auf der  
300 anderen Seite Notwendigkeiten der Kooperation. Zum Beispiel wenn ich an die Bekämp-  
301 fung des IS in Syrien und Irak denke. Da brauchen wir Amerika. Ich bin auch sehr dank-  
302 bar, dass Amerika sich weiterhin in Afghanistan engagiert. Aber ob es Klima ist, ob es  
303 zum Beispiel die Äußerungen nach Charlottesville, nach diesen schrecklichen rassisti-  
304 schen Attentaten. Da stockt einem der Atem und da müssen wir deutlich aussprechen wo  
305 die Differenzen sind. Und trotzdem werde ich alles daran setzen, auch den amerikani-  
306 schen Präsidenten davon zu überzeugen, dass wir hier eine friedliche Lösung brauchen.

307 **Frau Merkel:** Ich bin natürlich erstmal froh, dass wir heute statt 5 Millionen Arbeitslo-  
308 sen, wie es zu meinem Amtsantritt war, nur 2,5 Millionen Arbeitslose hatten. Aber jeder  
309 Arbeitslose ist einer zu viel. Und deshalb gehört die Bekämpfung der Langzeitarbeitslo-  
310 sigkeit, was können wir da noch machen? Das sind 1 Millionen Menschen. Gerade auch  
311 Alleinerziehende. Da gehört zu den Aufgaben, die ich mir und die wir uns als Union ganz  
312 fest vorgenommen haben. Ich will nur, weil wieder so nebenbei viel bei der Rente würden  
313 wir die Menschen bis 70 arbeiten lassen wollen. Das ist einfach falsch. Und ich fange  
314 auch nicht an, wenn irgendeine Einzeläußerung in der SPD gemacht wurde, dass Herrn  
315 Schulz vorzuhalten und deshalb sollten wir davon Abstand nehmen. Und da das in den  
316 letzten Wochen öfter der Fall war, will ich hier, vielleicht kommen wir ja noch auf die  
317 Rente, ganz klar sagen, dass ist schlicht und ergreifend falsch.

318 **Frau Merkel:** Ich sage noch einmal, es gibt keinerlei Beschluss. Es gibt kein Regierungs-  
319 programm. Es gibt ausdrücklich, dass was wir unter Franz Müntefering vereinbart haben,

320 bis Ende des Jahrzehnts. Eine Erhöhung der Lebensarbeitszeit bis zum 67. Lebensjahr.  
321 Ich möchte aber etwas anderes noch hinzufügen, wenn wir über, nein können Sie gleich  
322 machen. Ich wollte nur folgendes sagen: wir leben im Augenblick in einer extrem span-  
323 nenden und auch fordernden Zeit. Und das was heute sicher scheint, dass ist für morgen  
324 noch nicht gesichert. Wir haben den digitalen Fortschritt. Der verändert unsere Arbeits-  
325 welt. Der verändert unsere Lebenswelt. Und wie wir am Beispiel der Automobilindustrie  
326 Diesel sehen, ist zu kämpfen darum, dass wir auch in 10 Jahren noch so viel Arbeitsplätze  
327 und mehr haben. Und das ist das was mich umtreibt. Und gleichzeitig müssen wir natür-  
328 lich besser werden, was die Probleme, die wir heute haben anbelangt. 1,5 Millionen Lang-  
329 zeitarbeitslose waren es mal. Es sind jetzt 1 Million. 1 Million zu viele.

330 **Frau Merkel:** Ja natürlich sage ich das ganz sicher.

331 **Frau Merkel:** Da ändert sich überhaupt nichts.

332 **Frau Merkel:** Ich bitte Sie. Wir haben die Flexi-Rente eingeführt in der Großen Koali-  
333 tion. Wer länger arbeiten möchte kann es. Aber es gibt viele Menschen, die können nicht  
334 länger arbeiten. Soll ich den Pflegekräften, soll ich meinetwegen auch dem Dachdecker,  
335 oder wer auch immer das sagen? Nein! Die Herausforderung schon bis zum 67. Lebens-  
336 jahr zu arbeiten, ist eine große für die Menschen. Für viele Berufsgruppen. Wir haben da  
337 Fortschritte gemacht. Es gibt heute viel weniger Menschen über 60, die arbeitslos sind.  
338 Aber für viele ist das extrem schwer. Und deshalb sage ich ein ganz klares nein!

339 **Frau Merkel:** Nein. Ich habe das mit der Maut nun schon sehr häufig gehört und konnte  
340 mir auch denken, dass das jetzt wieder kommt. Ich habe damals gesagt eine Maut, die den  
341 deutschen Autofahrer mehr belastet wird, es nicht geben.

342 **Frau Merkel:** Ich konnte mir damals nicht vorstellen, dass man so etwas hinbekommt.  
343 Es ist jetzt geschehen mit Übereinstimmung der europäischen Kommission. Kein deut-  
344 scher Autofahrer wird mehr belastet. Ausländische Autofahrer müssen bei uns zahlen. Ich  
345 finde das in Ordnung. War etwas verwundert, dass Herr Schulz das gleich wieder ab-  
346 schaffen will, nachdem die Sozialdemokratie gerade zugestimmt hat. Aber egal. Und  
347 noch einmal, ich sage auch nicht, wenn bei Ihnen irgendeine Untergruppe oder ein Flügel

348 der Partei, ich will die Vermögenssteuer, Herr Schulz ist für die Einführung der Vermö-  
349 genssteuer. Es zählt, was die Parteien als Ganzes beschließen. Und darum bitte ich auch  
350 in den verbleibenden Tagen des Wahlkampfes, dass wir uns daran halten.

351 **Frau Merkel:** Ich habe da andere Zahlen wollte ich nur sagen und deshalb ich finde, dass  
352 die Tatsache das ausländische Autofahrer bei uns zahlen müssen, so wie wir in Österreich  
353 zum Beispiel zahlen und in anderen Ländern, die finde ich nicht schlecht. Sondern im  
354 Gegenteil gut. Wir haben das jetzt schwierig durchgesetzt. Und ok. Da sind wir halt un-  
355 terschiedlicher Meinung. Sie schaffen halt gleich wieder ab, was wir mit großem Auf-  
356 wand auch durchgesetzt haben.

357 **Frau Merkel:** Aber Herr Schulz. Da wir beide nun drüber gesprochen hatten. Die sozi-  
358 aldemokratisch regierten Länder haben in großer Mehrheit dieser Maut zugestimmt. Nur  
359 das die Zuschauer hier keinen falschen Eindruck bekommen.

360 **Frau Merkel:** Ich bin dafür, dass das was man beschließt, dann auch durchsetzt.

361 **Frau Merkel:** Wir sorgen dafür, dass im Rahmen des rechtlichen die Autoindustrie die  
362 Verbraucher entschädigt. Deshalb gibt es auch die kostenlosen Software-Umrüstungen.  
363 Und die Auto-Unternehmen sind verpflichtet, das was sie als Typen zugelassen haben,  
364 als Auto-Typen, auch dann auch wirklich auf die Straße zu bringen.

365 **Frau Merkel:** Eine Sekunde Herr Klöppel. Ich will das nur nochmal darlegen. Die Ver-  
366 letzung der Umweltvorschriften in den etwa 80 Städten in Deutschland hat nur sehr indi-  
367 rekt mit dem, was da an Vertrauensbruch bei der Automobil-Industrie passiert ist, zu tun.  
368 Selbst wenn diese Autos alle so Abgase ausstoßen, wie das in der Typengenehmigung  
369 gesagt wurde, selbst wenn dieser Vertrauensbruch der Automobil-Industrie nicht stattge-  
370 funden hätte, hätten wir die Umweltprobleme außerdem noch, deshalb müssen wir wei-  
371 tere Maßnahmen einleiten. Es gab einen Vertrauensbruch. Es gibt 800 000 Menschen, die  
372 haben kein Vertrauen gebrochen, sondern haben super gearbeitet in der Automobil-In-  
373 dustrie. Die dürfen jetzt nicht die Dummen sein. Und deshalb müssen wir schauen, dass  
374 einerseits die Automobil-Industrie den Schaden wieder gut macht, dass andererseits die  
375 Arbeitsplätze sicher sind, dass der Wandel in der Automobil-Industrie hin zu modernen

376 Antriebstechnologien stattfinden kann, obwohl, dass sage ich nochmal, wir noch Jahr-  
377 zehnte Verbrennungsmotoren brauchen werden, und wir müssen die Umweltvorschriften  
378 einhalten. Das ist die Aufgabe, deshalb empfangen ich morgen 80 Kommunen. Deshalb  
379 hat Herr Schulz mir auch Vorschläge gemacht, was wir dort erreichen müssen. Andere  
380 auch.

381 **Frau Merkel:** Wir haben in Deutschland eine andere Rechtssituation. Das gesamte Haf-  
382 tungs- und Gewährleistungsrecht ist anders. Die Automobil-Firmen sind verpflichtet, das  
383 Auto, das sie zugelassen haben, für die sie eine Zulassung bekommen haben, in dem Zu-  
384 stand dem Kunden zu geben, wie das notwendig ist. Und das ist der Stand der Dinge.

385 **Frau Merkel:** Es sei denn, es sind ja Typen-Zulassungen richtig zurückgenommen wor-  
386 den. Es gibt tausende von Klagen. Wir werden jetzt sicherlich gleich zur Musterfeststel-  
387 lungsklage kommen, dass man auch Sammelklagen machen kann, wofür ich im Grund-  
388 satz bin. Und diese Klagen werden bearbeitet werden, aber erst einmal ist vollkommen  
389 klar, dass die Automobil-Industrie jetzt das was sie angerichtet hat wieder gutmachen  
390 muss. Damit ist das Umweltproblem alleine nicht gelöst.

391 **Frau Merkel:** Eben. Ja. Entschuldigung. Weil ich sage, da ist betrogen worden, kann  
392 man glaube ich von Zurückhaltung nicht reden, sondern ich bin entsetzt, ich bin stock-  
393 sauer, weil genau das passiert was Herr Schulz gesagt hat. Ein Pfeiler, ein Hauptpfeiler  
394 unserer Wirtschaft, des Exportweltmeisters Deutschland, ist in Gefahr geraten und damit  
395 Hundertausende von Arbeitsplätzen und Menschen, die nichts und gar nichts dafür kön-  
396 nen. Dazu noch haben wir politisch gesagt, dazu stehe ich auch, wir brauchen den Diesel,  
397 um die Klimaschutzziele einzuhalten. Und jetzt stehen wir hier vor einem ziemlichen  
398 Scherbenhaufen, den wir wiederaufbauen müssen. Aber so, dass die Menschen weiter  
399 Arbeit haben können.

400 **Frau Merkel:** Also wir müssen jetzt mal unterscheiden. Natürlich vertrete ich die Inte-  
401 ressen des Verbrauchers. Deshalb haben wir ja die Software-Umrüstung, deshalb müssen  
402 wir sehr wohl überlegen, brauchen wir noch weitere Nachrüstungen. Deshalb bin ich für  
403 diese Umtauschprämien. Und gleichzeitig müssen wir gucken, dass wir jetzt nicht im

404 gestern verfangen bleiben, sondern die Automobil-Industrie muss für die Zukunft inves-  
405 tieren. Und hier ist jetzt die Aufgabe, wir werden niemals das gleiche Recht wie in den  
406 Vereinigten Staaten von Amerika haben. Und was diese Musterfeststellungsklage anbe-  
407 langt Herr Schulz. Das Werk ist im Kanzleramt längst angekommen. Wir halten es für  
408 viel zu bürokratisch. Und wir können hier verabreden, dass wir morgen noch den Justiz-  
409 minister anrufen und bitten dieses schnell zu überarbeiten. Wir haben eine Musterfest-  
410 stellungsklage im Kapitalmarktbereich als die Telekomanleger entschädigt werden soll-  
411 ten. Auf der gleichen Grundlage könnten wir sofort auch für die Dieselnkunden machen.

412 **Frau Merkel:** Na so kann man das nicht sagen. Wir haben zu Beginn der Christlich-  
413 Liberalen Koalition sehr wohl eine Steuerreform 2009 gemacht. Wir haben 2013 über-  
414 haupt kein Ansinnen gehabt, Steuern zu senken. Wir kamen damals aus der internationa-  
415 len Finanzkrise, aus der Eurokrise und jetzt haben wir in der Tat in unserem Regierungs-  
416 programm die Entlastung um 15 Milliarden. Das wird, ich kann das jetzt nicht ganz genau  
417 sagen für diese Familie, aber durchaus eine bestimmte Größenordnung bedeuten. Weil  
418 das noch in dem unteren mittleren Einkommensbereich ist. Zweitens meine Familie  
419 wohnt jetzt in Hessen, da hat der Ministerpräsident gerade entschieden, dass die Kinder-  
420 gartenbeiträge auch abgeschafft werden. Das bedeutet also eine ähnliche Entlastung wie  
421 für die in Rheinland-Pfalz. Und wir werden für jedes Kind, das Kindergeld um 25 Euro  
422 pro Monat erhöhen. Macht also nochmal 50 Euro, oder aber den Kinderfreibetrag für das  
423 Existenzminimum des Kindes, auf den Freibetrag für Erwachsene anheben. Weil wir ein  
424 Zeichen setzen wollen, dass Kinder uns in der Gesellschaft genauso viel wert sind wie  
425 Erwachsene. Das sind unsere Angebote.

426 **Frau Merkel:** Die Ehe ist jetzt für gleichgeschlechtliche Paare eingeführt worden. Im  
427 Grundgesetz ist sie so definiert nach meiner Auffassung, dass ist die Verbindung von  
428 Mann und Frau ist. Ich glaube die Entscheidung, die wir getroffen haben im Deutschen  
429 Bundestag ist eine befriedende Entscheidung.

430 **Frau Merkel:** Nicht so besonders gut. Nein.

431 **Frau Merkel:** Wir haben keine generelle doppelte Staatsbürgerschaft und dabei bleiben  
432 wir auch.



433 **Frau Merkel:** Nein.

434 **Frau Merkel:** Schlecht. Es ist ein gelistetes Unternehmen. Er untergräbt die Sanktionen,  
435 die die europäische Union erhoben hat. Das ist ein sehr trauriger Zustand.

436 **Frau Merkel:** Noch mal ganz kurz zurück. Weil mir leider zur Koalition keinerlei Fragen  
437 gestellt wurden.

438 **Frau Merkel:** Ehrenwort? Okay gut also, wenn Sie kurz nochmal fragen?

439 **Frau Merkel:** Nein. Wir dürfen uns nicht an den Terror gewöhnen und wir müssen ihn  
440 uns auch entgegenstellen. Er ist eine Geisel im Augenblick. Nicht nur in Deutschland,  
441 sondern wie wir es in Spanien gesehen haben, in Frankreich, in Großbritannien. Aber sich  
442 an diesen Terror zu gewöhnen, würde bedeuten, unserer Art zu leben aufzugeben und  
443 deshalb ein klares nein. Alles was in unserer Macht steht sich diesem Terror entgegenzu-  
444 stellen und ansonsten sehr bewusst für unsere Art zu leben werben.

445 **Frau Merkel:** Naja. Das glaube ich, ist nicht generell möglich. Wer keine Papiere hat, da  
446 muss schnellstmöglich Aufklärung betrieben werden. Deshalb haben wir zum Beispiel  
447 das Auslesen von Handys auch eingeführt. Wir können jemanden, der um Asyl bittet, in  
448 Deutschland nicht einfach nicht reinlassen. Aber wir haben natürlich die Pflicht alles her-  
449 auszufinden, und deshalb eben Auslesen der Handys. Und ansonsten bin ich der Meinung,  
450 dass wir in der Tat alles tun müssen, um aus diesen Fehlern, und bei Amri sind Fehler  
451 passiert, zu lernen. Es kann nachdem jetzt die Fingerabdrücke genommen werden, kei-  
452 nerlei 17 Identitäten mehr geben, wenn es sich nicht um dramatischen Schlendrian han-  
453 delt. Es muss das Terrorabwehrzentrum von Bund und Ländern natürlich aus einem sol-  
454 chen Fall lernen. Wann wir jemand als Gefährder eingestuft. Und im Zweifelsfall müssen  
455 Leute, und das wird in Zukunft auch möglich sein, wie Amri, der hätte schon längst in  
456 Abschiebehäft sitzen müssen, um dann zu warten, bis die Papiere endlich ausgestellt sind.  
457 Also ich glaube, wir haben aus diesem Fall gelernt und das nenne ich das absolut Mach-  
458 bare muss unternommen werden.

459 **Frau Merkel:** Erstmal hat der Bund jetzt ja die Zahl der Bundespolizisten erhöht. Wir  
460 haben auch glücklicherweise Nachwuchs gefunden. Natürlich dauert es eine Weile. Zwei-  
461 tens man muss den Polizisten auch wirklich die Instrumente in die Hand geben. Wenn  
462 wir leider sehr sehr lange gestritten haben, ob man nun auch bei den sozialen Medien die  
463 entsprechenden Abhör- und Datenerfassungsmöglichkeiten hat. Wenn ich sehe, dass mir  
464 Polizisten aus einigen Bundesländern sagen, wir haben nicht die Möglichkeit der Schlei-  
465 erfahrung, wir haben nicht die Möglichkeit der Videoüberwachung wie wir das wollen.  
466 Wir werden sogar noch gekennzeichnet, weil man uns misstraut. Dann muss man sich  
467 nicht wundern, dass Polizisten sich im Stich gelassen fühlen. Ich habe mich dafür einge-  
468 setzt und das ist unser Regierungsprogramm, das wir ein Musterpolizeigesetz machen,  
469 für alle Länder und den Bund. Und dass wir dann zu einem Maß gleicher Sicherheit kom-  
470 men. Wir haben nämlich heute in Bayern für die Polizisten bessere Ausrüstung und bes-  
471 sere rechtliche Möglichkeiten, als wir das zum Beispiel in anderen Bundesländern, die  
472 meistens Rot-Grün regiert sind, haben. Ich mach doch das nicht aus Spaß. Ich muss das  
473 nur einfach sagen. Deshalb ist unter anderem eine Landesregierung in Nordrhein-West-  
474 falen abgewählt worden, weil Polizisten sich im Stich gelassen gefühlt haben.

475 **Frau Merkel:** Verraten Sie es mir einfach.

476 **Frau Merkel:** Ich sag nochmal. Ein Musterpolizeigesetz, das ist doch jetzt egal, dass alle  
477 Polizisten in Deutschland die gleichen technischen und rechtlichen Möglichkeiten haben,  
478 um Verbrechern auf die Schliche zu kommen.

479 **Frau Merkel:** Nein. Ich möchte den Zuhörern und den Zuschauern ganz klar sagen, dass  
480 die Union auf keinen Fall mit der AfD zusammen arbeiten wird und in keinem Fall mit  
481 der Linken. Und ich finde, dass auch die Zuschauerinnen und Zuschauer einen Anspruch  
482 darauf haben, dieses von der SPD zu hören.

483 **Frau Merkel:** Ja. Liebe Zuschauerinnen und Zuschauer. Ich bin dankbar, dass Sie sich  
484 die Zeit genommen haben uns hier zuzuhören und uns zu folgen. Wir haben uns, aus  
485 meiner Sicht nicht ausführlich darüber gesprochen, was eigentlich zur Entscheidung steht  
486 in den nächsten vier Jahren. Denn wir müssen jetzt die Weichen für die Zukunft stellen  
487 und durch den digitalen Fortschritt wird sich vieles ändern. Wir alle sehen das. Allein das

488 Smartphone steht prototypisch dafür. Und Arbeitsplätze, die heute sicher erscheinen,  
489 müssen weiter sicher gemacht werden. Die Bildung muss umgestellt werden. Wir müssen  
490 die Bürgerinnen und Bürger mit Blick auf den Staat, mit neuen Möglichkeiten des digi-  
491 talen Zugangs, zu Ihrem Staat ausrüsten. All das sind die großen Aufgaben und ich  
492 glaube, dass ich mit der Mischung aus Erfahrung der vergangenen Jahre, in denen wir  
493 einiges erreicht haben, und der Neugier auf das Neue, indem wir diese neue Welt so ge-  
494 stalten müssen, dass Deutschland auch in 10 Jahren ein starkes Land ist, ein soziale ge-  
495 rechtes Land. Ein Land in dem der Zusammenhalt auch wirklich gilt. Und dafür möchte  
496 ich arbeiten. Für Sie und mit Ihnen. Und ich glaube, dass wir das gemeinsam schaffen  
497 können und deshalb bitte ich Sie um Ihr Vertrauen. Geben Sie zwei Stimmen der Christ-  
498 lich-Demokratischen-Union. Herzlichen Dank und ich wünsche Ihnen noch einen schö-  
499 nen Abend.

### Dr. Angela Merkel Elefantenrunde 2017: AME17

Quelle: [https://www.youtube.com/watch?v=3mmyt3KFnZk&ab\\_channel=tagesschau](https://www.youtube.com/watch?v=3mmyt3KFnZk&ab_channel=tagesschau) (eigene Transkription)

1 **Frau Merkel:** Ich hätte mir sicherlich ein etwas besseres Ergebnis gewünscht. Aber ich bin  
2 nicht enttäuscht. Ich danke erstmal den Wählerinnen und Wählern, die uns die Stimme gegeben  
3 haben. Und außerdem sind wir klar stärkste Kraft geworden. CDU und CSU gemeinsam. Und  
4 das war einiges unserer wichtigen Ziele und das zweite Ziel ist das gegen uns auch keine Re-  
5 gierung gebildet werden kann. Und deshalb haben wir riesige Aufgaben vor uns. Gerade im  
6 Blick auch auf den Einzug der AfD in den Deutschen Bundestag. Aber ich bin erst einmal  
7 dankbar. Wir sind zwölf Jahre bin ich jetzt an der Spitze einer Regierung und da finde ich ist  
8 es ein Ergebnis, auf dem sich aufbauen lässt.

9 **Frau Merkel:** Erstmal muss ich sagen bin ich etwas traurig, dass die gute Arbeit, die wir ge-  
10 macht haben in der Großen Koalition jetzt so charakterisiert wird. Ich glaube wir haben für das  
11 Land viel erreicht. In, übrigens nicht ganz einfachen Situationen und in all diesen entscheidenden  
12 Situationen haben wir auch gemeinsame Wege geführt. Zweitens gibt es rechnerisch zwei  
13 Möglichkeiten eine Regierung zu bilden: Es gibt keine abgewählte Große Koalition, rechnerisch  
14 reicht es für SPD und Union. Es reicht jedenfalls rechnerisch und insofern ist die Frage,  
15 die Herr Lindner aufgeworfen hat, nach der Verantwortung, die jeder an diesem Tisch hat, keine  
16 theoretische Frage, sondern eine sehr praktische. Drittens braucht Deutschland dann auch wieder  
17 eine Regierung und ich freue mich, dass zumindest zwei, jetzt rechne ich Herrn Herrmann,  
18 also wir sind CDU und CSU

19 **Frau Merkel:** So jetzt wollte ich nur noch mal sagen. Wir werden natürlich, ich glaube, das ist  
20 auch die Aufgabe der Union, dann auch auf die einzelnen Parteien zuzugehen. Und ich habe  
21 jetzt vernommen, dass die SPD offensichtlich zu Gesprächen nicht zur Verfügung steht. Aber  
22 das kann man ja morgen auch nochmal klären. Jetzt haben wir dann aber immer noch eine  
23 Regierung, die noch im Amt ist und das noch bis zur Wahl des neuen Bundespräsidenten und  
24 danach geschäftsführend im Amt ist. Und angesichts der Niedersachsenwahl glaub ich auch  
25 nicht, dass wir am Tag nach der Wahl des Bundestagspräsidenten sofort eine neue Regierung  
26 haben und wir leben in stürmischen Zeiten. Das wissen wir. Und deshalb appelliere ich daran,  
27 dass jeder auch seine Verantwortung soweit auch weiter wahrnimmt. Ich habe da aber auch gar  
28 keinen Zweifel dran. (Augendrehe Herr Schulz)

29 **Frau Merkel:** Danke für die Klarstellung. Also erstens ich bin Bundeskanzlerin der Bundesre-  
30 publik Deutschland und insofern immer verantwortlich. Und da drücke ich mich auch überhaupt  
31 nicht. Und wir haben in den letzten Wochen ja nochmal sehr viel rekapituliert, was im Herbst  
32 2015 passiert ist. Und da bleibe ich dabei, dass alle anderen Varianten, die manchmal diskutiert  
33 werden, vielleicht Wasserwerfer an deutschen Grenzen einzusetzen, nicht für mich in Frage  
34 gekommen wären. Ich halte diese Entscheidung auch für richtig. Richtig ist andererseits, dass  
35 wir die Sorgen der Menschen noch nicht voll ausräumen konnten. Wir haben Fragen der In-  
36 tegration, die gelöst werden müssen. Wir haben nach wie vor illegale Migration, die wir redu-  
37 zieren müssen. Wir haben nach wie vor den Außengrenzenschutz nicht so wie das sein soll.  
38 Und wir sind auch lange noch nicht so weit, dass wir sagen können wir haben alle Fluchtursa-  
39 chen wirklich bekämpft. Und deshalb liegt da auch Arbeit vor uns. Das hab ich im Übrigen  
40 auch immer wieder gesagt. Dennoch wollte ich kurz nur sagen: alle Entscheidungen, sowohl  
41 die von September 2015, ist durch den europäischen Gerichtshof, sich als durchaus gedeckt mit  
42 der Rechtslage gezeichnet worden, als auch alle Euro-Entscheidungen sind vom Bundesverfas-  
43 sungsgericht überprüft worden. Also der Eindruck hier zu erwecken, wir hätten eine permanente  
44 Nichteinhaltung von Recht, das stimmt schlicht und ergreifend nicht.

45 **Frau Merkel:** Wenn ich als Bundeskanzlerin was dazu sagen darf. Okay dann reden Sie erst  
46 zu Ende. Okay dann melde ich mich, dass ich noch einen Kommentar machen möchte.

47 **Frau Merkel:** Also erstens weiß ich nicht was Sie sehen, denn ich kann auf der Straße Men-  
48 schen mit Migrationshintergrund die deutsche Staatsbürger sind und solche die die deutsche  
49 Staatsbürgerschaft nicht haben, nicht unterscheiden. Und zweitens wollte ich als Bundeskanz-  
50 lerin eine Bemerkung zu meiner Staatsministerin Frau Ösus machen. Dort ist gesagt worden  
51 und das ist ja nun breit diskutiert worden, dass man sie wegen einer Äußerung, die in der Mei-  
52 nungsfreiheit sicherlich unterfällt, nach Anatolien, ich unterstreiche nach Anatolien, entsorgt  
53 werden solle. Und ich glaube das allein reicht schon als Beispiel, dass wir da doch ein Problem  
54 haben. Wir haben die Absicht ganz eindeutig die Positionen deutlich zu machen, die wir glau-  
55 ben durch unser Grundgesetz vorgegeben sind. Und das wird zu einer sachlichen Auseinander-  
56 setzung führen. Aber in der Sache einer sehr harten. Das deutet sich schon deutlich ab.

57 **Frau Merkel:** Ich habe den Untersuchungsausschuss noch nicht gemacht. Ich scheue mich vor  
58 keinem Untersuchungsausschuss. Wir müssen nur aufpassen, dass wir noch genug Zeit haben  
59 uns um die Zukunft zu kümmern. Ich will nämlich zu den genannten Themen, die ich auch als

60 wichtige Themen sehe, die Frau Kipping genannt hat, auch gerade Situationen in den neuen  
61 Ländern, wo Menschen sich auch durchaus abgehängt fühlen, wenn ich jetzt mal an Vorpom-  
62 mern denke, nur noch hinzufügen. Es geht auch um die wirtschaftliche Zukunft unseres Landes.  
63 Wir befinden uns gerade in einem der dramatischsten Umbrüche der Menschheit, wenn ich das  
64 mal sagen darf. Der Digitalisierung und des digitalen Fortschritts. Und da gibt es noch viel zu  
65 tun und deshalb rate ich uns die Legislaturperiode nicht allein mit Vergangenheitsschau allein  
66 zu bewältigen.

67 **Frau Merkel:** Ich finde auch um der Ernsthaftigkeit Willen, jeder hat hier seinen Wahlkampf  
68 gemacht für sein Programm. Und wir haben eine gemeinsames von CDU und CSU, dann gibt  
69 es noch den Bayernplan. Die anderen haben ihre Programme. Und die Menschen sollen jeden-  
70 falls was mich anbelangt hier nicht den Eindruck bekommen, dass wir heute jetzt als erstes nur  
71 mit irgendwelchen Schachereien oder so beschäftigen. Es geht um Deutschland und seine Zu-  
72 kunft. Und zwar in einer ziemlich turbulenten Welt. Ich weiß nicht, wenn ich gefragt worden  
73 bin in den letzten Tagen. Der Diktator in Nordkorea. Was passiert da? Wie reagieren die Ver-  
74 einigten Staaten von Amerika? Was kann vielleicht Deutschland tun? Was kann Europa tun?  
75 Wie ist das Verhältnis mit Russland? Was ist mit China? Das sind die Sachen, die mir begegnet  
76 sind. Und dann noch die Fragen innere Sicherheit und wirtschaftliche Zukunft und soziale Fra-  
77 gen. Aber dann dürfen wir doch hier nicht den Eindruck erwecken, als sei das hier irgendwie  
78 so eine.

79 **Frau Merkel:** Also ich will jetzt mal sagen, wir haben angefangen brauchen wir mehr oder  
80 weniger Europa. Wir brauchen ein richtiges Europa. Wir brauchen Europa und ein starkes Eu-  
81 ropa, was Arbeitsplätze anbelangt, Wettbewerbsfähigkeit anbelangt, Sicherheit anbelangt, wird  
82 auch ein Europa sein, das die Bürgerinnen und Bürger überzeugt. Und alles was dem dient, dem  
83 werden wir zustimmen und alles was dem nicht dient, da muss man dann diskutieren. Notfalls  
84 auch kontrovers. Und was die konkrete Frage anbelangt: Es war immer das Ziel, als der Euro  
85 eingeführt wurde, dass tendenziell alle Mitgliedsstaaten diese gemeinsame Währung haben.  
86 Dann begann das mit Großbritannien. Jetzt wird Großbritannien austreten und dann wird man  
87 sehen. Aber wenn ein Land die Kriterien erfüllt, dann wird man auch zukünftig ein Land in die  
88 Eurozone aufnehmen. Es ist zum Beispiel so, dass die drei baltischen Länder schon im Euro  
89 sind. Es ist die Slowakei im Euro. Es ist Slowenien im Euro. Es gibt gar nicht so viele, die nicht  
90 im Euro sind. Und jetzt ist das die Entscheidung der einzelnen Länder. Aber Bedingungen,  
91 wenn die erfüllt sind, können sie erfüllt werden. Wir achten bei Schengen zum Beispiel darauf,

92 dass die Bedingungen erfüllt sind. Und solange das nicht der Fall ist, kann ein Land nicht Mit-  
93 glied von Schengen werden. Aber wir sagen doch nicht, weil du Bulgarien bist und weil wir  
94 jetzt gerade schlechte Erfahrungen gemacht haben hast du nicht die gleichen Chancen.

95 **Frau Merkel:** Ich bin generell immer zuversichtlich. Und außerdem seit vielen Jahren habe ich  
96 das Motto in der Ruhe liegt die Kraft.

### Joachim Herrmann Elefantenrunde 2017: JHE17

Quelle: [https://www.youtube.com/watch?v=3mmyt3KFnZk&ab\\_channel=tagesschau](https://www.youtube.com/watch?v=3mmyt3KFnZk&ab_channel=tagesschau) (eigene Transkription)

1 **Herr Herrmann:** Wir sind in der CSU alle gemeinsam dafür verantwortlich. Das ist gar keine  
2 Frage. Wir haben gemeinsam einen Wahlkampf geführt. Wir haben an der Basis eigentlich eine  
3 starke Mobilisierung und die Prognosen sahen ja auch noch vor wenigen Tagen ganz anders  
4 aus. Das muss jetzt sorgfältig analysiert werden. Klar zu Beginn des Jahres hatten wir noch eine  
5 Situation in Deutschland, wo über die Perspektiven für rot-rot-grün diskutiert wurde. Wir haben  
6 von Anfang an gesagt, wir müssen alles dafür tun, um rot-rot-grün für Deutschland zu verhin-  
7 dern. Das ist uns auf jeden Fall gelungen. Und das ist so, wie die Bundeskanzlerin vorhin auch  
8 gesagt hat, das Wahlergebnis sagt auf jeden Fall, ohne CDU und CSU kann Deutschland nicht  
9 regiert werden. Da ist soweit ein Wählerauftrag klar. Das wir auf der anderen Seite schon in  
10 Bayern klar enttäuscht sind von unserem Ergebnis, das ist überhaupt keine Frage. Da müssen  
11 wir jetzt sorgfältig analysieren, denn wir wollen, dass das zur Landtagswahl in einem Jahr wie-  
12 der ganz anders aussieht. Man sieht auch in den Analysen, die vorhin schon gezeigt worden  
13 sind, dass ein großer Teil der AfD-Wähler, die nicht mit Überzeugung gewählt hat, sondern aus  
14 Enttäuschung gegenüber anderen Parteien, dass muss uns zu denken geben. An den Themen  
15 muss man arbeiten. Wir wollen die Wählerinnen und Wähler wieder für uns gewinnen. Dass  
16 sind ja nicht alle welche, die vorher uns gewählt haben, aber daran werden wir arbeiten.

17 **Herr Herrmann:** Wir haben mit AfD Positionen überhaupt nichts am Hut. Das war noch nie  
18 unsere Position. Wir haben ein klares Wahlprogramm. Wir haben ein gemeinsames Wahlpro-  
19 gramm von CDU und CSU, das umzusetzen gilt. Wir haben ergänzend unseren Bayernplan, in  
20 dem unsere auch spezifischen bayerischen Positionen drin sind und um die wird es jetzt auch  
21 gehen. Wir sind mit 38 Prozent nicht zufrieden, aber 38 Prozent ist im Vergleich hier zu den  
22 Parteiergebnissen in vielen anderen Ländern, denk ich immer noch ein ganz respektables Er-  
23 gebnis. Und jedenfalls diesen 38 Prozent, die uns gewählt haben, denen stehen wir in der Ver-  
24 antwortung mit unserem Programm und dafür werden wir uns einsetzen.

25 **Herr Herrmann:** In Bayern. Dass sind die Wählerinnen und Wähler, die uns in Bayern gewählt  
26 haben und die vertrauen darauf, dass wir, so wie bei den anderen Parteien auch, denk ich, dass  
27 man sich jetzt an das macht, was man im Programm versprochen hat, wofür man sich einsetzen  
28 will. Das wird je dem Herrn Lindner oder den anderen, auch nicht anders gehen.



29 **Herr Herrmann:** Entschuldigung. Wir haben eine klare Aussage getroffen. Wir sind in den  
30 Wahlkampf gezogen mit der klaren Aussage, dass die CSU sich dafür einsetzt, dass Angela  
31 Merkel Bundeskanzlerin bleibt. Ja. So. Wir sind eine eigenständige Partei aber wir sind Schwes-  
32 terparteien und wir haben eine klare Position vertreten und das hat jeder vor der Wahl gewusst.

33 **Herr Herrmann:** Er hat gesagt die rechte Flanke schließen. Das ist was anderes als nach rechts  
34 rücken.

35 **Herr Herrmann:** Also Entschuldigung Herr Frey. Jetzt haben Sie wieder eineinhalb Runden  
36 ohne mich diskutiert. Ich will Ihnen jetzt schon einmal sagen, erstens, was mich überhaupt är-  
37 gert an dieser Art der Diskussion, die jetzt leider in den letzten Wochen häufiger der Fall war.  
38 Als ob es jetzt am Abend der Wahl des neuen deutschen Bundestages nichts anderes gibt. Die  
39 Hälfte der Sendezeit beschäftigt sich jetzt schon wieder nur mit der AfD. Die Hälfte der Sen-  
40 dezeit nur mit der AfD.

41 **Herr Herrmann:** Ja, aber das ist ein völliger Unfug. Und da kann ich Ihnen nur sagen, darüber  
42 wird in den nächsten Wochen auch noch zu diskutieren sein, in welchem Ausmaß die beiden  
43 öffentlich-rechtlichen Sender in den letzten Wochen massiv dazu beigetragen haben, in der Tat,  
44 nicht die AfD klein zu machen, sondern groß zu machen. In einer Art und Weise der Diskussion  
45 die wirklich völlig fehl am Platze ist. Ich will jedenfalls mich um die Zukunftsprobleme dieses  
46 Landes kümmern. So wie andere hier an diesem Tisch auch. Da gehört natürlich auch die Aus-  
47 einandersetzung mit der AfD dazu, aber die AfD, die ist nicht das alleinige und nicht das maß-  
48 gebliche Zukunftsproblem dieser Bundesrepublik Deutschland. Damit muss man sich auseinan-  
49 dersetzen, aber wir müssen uns darum kümmern, dass für die Wählerinnen und Wähler, die hier  
50 aus Enttäuschung, wenn wir Ihren eigenen Analysen folgen, gezeigt haben, die aus Enttäü-  
51 schung weggegangen sind, die wieder für die demokratischen Parteien gewinnen.

52 **Herr Herrmann:** Sie haben es ja beim Kanzlerduell auch so gemacht, die Leute in der Diskus-  
53 sion hätten ja was anderes ansprechen können.

54 **Herr Herrmann:** Ich habe auf all diese Fragen in den letzten Monaten immer nur gesagt, dass  
55 ich mich an diesen Postenspekulationen nicht beteilige. Ich habe mich da nie daran beteiligt  
56 und da sehe ich auch heute überhaupt keinen Anlass dazu. Uns geht es um unsere inhaltlichen  
57 Positionen. Die werden wir in etwaige Gespräche entsprechend einbringen und das ist für die

58 CSU das Entscheidende. Nur darum geht es und ganz am Schluss steht dann irgendwann die  
59 Regierungsbildung. Aber um mich persönlich geht es hier überhaupt nicht.

60 **Herr Herrmann:** Ich war immer ein Anhänger des Schengen-Abkommens, weil das etwas  
61 Gutes ist, weil das mehr Freiheit und Bewegungsspielraum in der EU geschaffen hat, aber das  
62 hat die Grundlage, dass die Außengrenzen klar geschützt werden. Das ist im EU-Recht so vor-  
63 gesehen und ich habe nie etwas anderes gefordert, als dass das, was geltendes EU-Recht ist,  
64 konsequent angewandt wird. Im Moment haben wir eine Situation, dass ganz eindeutig eine  
65 Reihe von EU-Außenstaaten ihre Grenzen nicht hinreichend schützen und deswegen haben wir  
66 die Grenzkontrollen an den Binnengrenzen Deutschlands wieder eingeführt und wir haben eine  
67 klare Position. Die müssen so lang fortgeführt werden, im Interesse der Sicherheit, da geht es  
68 nicht nur um die Flüchtlingszahlen, da geht es um die Sicherheit, da geht es um Dealerbanden  
69 und da geht es um Leute, die ohnehin mit Haftbefehl gesucht werden, denn wer da alles aufge-  
70 griffen wird an der Grenze. Diese Grenzkontrollen müssen so lang fortgeführt werden bis der  
71 Schutz der EU-Außengrenzen hinreichend gewährleistet ist. Das ist unsere Position und die hat  
72 auch die Frau Bundeskanzlerin in den letzten Wochen ausdrücklich unterstützt.

**Dr. Wolfgang Schäuble Bundestag Oktober 2017: WSB1017**

Quelle: <https://dserver.bundestag.de/btp/19/19001.pdf>

- 1 Herr Bundespräsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! – Muss ich selber drücken?
- 2 Aller Anfang ist schwer; also fangen wir noch einmal von vorne an.
- 3 Herr Bundespräsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr verehrten Damen  
4 und Herren! Ich habe zunächst zu danken. Ich danke Ihnen für das Vertrauen, das Sie mir  
5 mit der Wahl zum Bundestagspräsidenten entgegenbringen. Ich danke Hermann Otto  
6 Solms. Mit seiner langen parlamentarischen Erfahrung hat er die von mir übernommene  
7 Aufgabe, diesen 19. Deutschen Bundestag als dienstältester Abgeordneter zu eröffnen,  
8 mit großer Umsicht wahrgenommen. Und er hat die Herausforderungen für unser Parla-  
9 ment klar umrissen.
- 10 Ich möchte den vielen ausgeschiedenen Kolleginnen und Kollegen danken. Sie schauen  
11 zum Teil auf jahrzehntelanges parlamentarisches Wirken zurück. Ich nenne stellvertre-  
12 tend Heinz Riesenhuber. Er war gleich zweimal Alterspräsident, bei den konstituierenden  
13 Sitzungen der beiden zurückliegenden Legislaturperioden. Ich danke aus dem Präsidium  
14 des 18. Deutschen Bundestages den ausgeschiedenen Vizepräsidenten Edelgard Bulmahn  
15 und Johannes Singhammer. Ich danke natürlich auch den beiden Vizepräsidentinnen, die  
16 dem nächsten Präsidium vermutlich nicht angehören werden. Damit nehme ich jetzt die  
17 Wahl vorweg; das ist ein bisschen schwierig.
- 18 Vor allen Dingen aber, meine sehr verehrten Damen und Herren, möchte ich Norbert  
19 Lammert danken. Er war zwölf Jahre ein großartiger Bundestagspräsident.
- 20 Lieber Herr Lammert, Sie hatten eine ganz besondere Begabung als Redner, und Sie hat-  
21 ten immer klare Vorstellungen davon, was dieses Parlament leisten soll und was es leisten  
22 kann, wenn es denn will.
- 23 Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich freue mich auf die neue Aufgabe. Im Parlament  
24 schlägt das Herz unserer Demokratie. Ich freue mich auf die Zusammenarbeit mit Ihnen,  
25 liebe Kolleginnen und Kollegen, wie mit allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die  
26 diesem Haus dienen.

27 Ich bin Parlamentarier aus Leidenschaft. Ich habe meine Abgeordnetentätigkeit immer  
28 als hohe Verantwortung und das Mandat als meine demokratische Legitimation verstan-  
29 den. Ich habe im Übrigen im Deutschen Bundestag beides erlebt: Abgeordneter zu sein  
30 in der Opposition wie in einer Regierungsfraktion.

31 Zunächst war ich zehn Jahre in der Opposition. Als ich 1972 zum ersten Mal als Abge-  
32 ordneter im Deutschen Bundestag saß, wurde um die Ostverträge gestritten – mit leiden-  
33 schaftlichen Debatten, damals in Bonn. Die Stimmung war aufgeladen. Überhaupt prägte  
34 seinerzeit eine extrem spannungsvolle Atmosphäre dieses Land. Die Gesellschaft der  
35 Bundesrepublik hatte sich seit Mitte der

36 60er-Jahre in einem bis dahin nicht gekannten Maße politisiert, mobilisiert und polari-  
37 siert. Geschadet hat es nicht, genauso wenig wie die Erregung Anfang der 80er-Jahre. Da  
38 war ich Abgeordneter in der großen Regierungsfraktion, als es etwa um den NATO-Dop-  
39 pelbeschluss ging. Sieben Jahre später fiel dann die Mauer. Veränderung war also immer,  
40 und vieles wird im Übrigen in der Rückschau anders bewertet als mitten im Streit. Auch  
41 deshalb, also weil ich aus eigenem Erleben weiß, dass Erregung und Krisengefühle so  
42 neu nicht wirklich sind, sehe ich mit Gelassenheit den Auseinandersetzungen entgegen,  
43 die wir in den kommenden Jahren führen werden und die wir im Parlament zu führen  
44 haben, stellvertretend für die Gesellschaft, aus der heraus wir gewählt sind. Denn diese  
45 Gesellschaft müssen wir nicht nur in ihrem Grundkonsens, sondern auch in ihrer Vielheit  
46 und Verschiedenheit repräsentieren. Wir dürfen das eine nicht gegen das andere ausspie-  
47 len.

48 In einem demokratischen Gemeinwesen ist kein Thema es wert, über den Streit das Ge-  
49 meinsame in Vergessenheit geraten zu lassen. 289 Abgeordnete ziehen heute erstmals ins  
50 Parlament ein – das sind gut 40 Prozent aller Mitglieder dieses Hauses. Selten unterschied  
51 sich ein Bundestag so sehr von seinem Vorgänger wie dieser. Sieben Parteien und sechs  
52 Fraktionen – so viele gab es seit 60 Jahren nicht mehr.

53 Diese neue Konstellation hier im Haus spiegelt die Veränderungen wider, die unsere Ge-  
54 sellschaft erlebt: Verunsicherungen wachsen angesichts des raschen Wandels durch Glo-

55 balisierung und Digitalisierung. Zusammenhänge lösen sich auf, Zugehörigkeiten bre-  
56 chen auf und neue entstehen. Alte Gewissheiten und Identitäten werden infrage gestellt,  
57 und neue, vermeintliche Gewissheiten werden in Stellung gebracht gegen zunehmende  
58 Sorgen und Zweifel.

59 Das menschliche Bedürfnis nach Geborgenheit in vertrauten Lebensräumen trifft auf eine  
60 zunehmend als ungemütlich empfundene Welt voller Konflikte, Krisen, Kriege und me-  
61 dial präsentem Schrecken. Vor diesem Hintergrund verschärft sich die Tonlage der ge-  
62 sellschaftlichen Debatten. All das können wir übrigens vielerorts in Europa beobachten.

63 Mit dem ungeheuer schnellen gesellschaftlichen Wandel, den wir erleben, geht eine Frag-  
64 mentierung unserer Debatten und Aufmerksamkeiten einher. Das stellt die politische Ord-  
65 nung, die demokratischen Institutionen und Verfahren vor große Herausforderungen. Je-  
66 dem erscheint etwas anderes wichtig. Jeder scheint gelegentlich nur noch seine eigenen  
67 Probleme wahrzunehmen. Es gibt nicht mehr das eine Thema.

68 Das Überhandnehmen von Möglichkeiten und Optionen kann auch überfordern. Über  
69 dieses „Unbehagen im Kapitalismus“ hat Uwe Jean Heuser schon 2000 geschrieben. Wie  
70 alles ist auch Freiheit durch Übermaß gefährdet. Deswegen müssen wir immer wieder die  
71 richtige Balance auch im Umgang mit Freiheit lernen.

72 Hinzu kommt der Wandel der Medien und ihrer Nutzung durch die Veränderungen in der  
73 Informationstechnologie. Die Zersplitterung in viele Teilöffentlichkeiten führt dazu, dass  
74 uns eine erkennbar gemeinsame Sicht auf politische Prioritäten verloren geht. Da kann  
75 dieses Parlament ein Ort der Bündelung, der Fokussierung, der Konzentration auf die  
76 wichtigen Fragen unserer gesellschaftlichen Zukunft in Deutschland wie in Europa sein.

77 Wir Abgeordnete, liebe Kolleginnen und Kollegen, sind für die Mitbürger im Wahlkreis  
78 manchmal fast eine Art Ombudsmann. Mit unserer Arbeit und unseren Begegnungen vor  
79 Ort vermitteln wir diese Wirklichkeit auf die Ebene der Bundespolitik. Unsere Vielzahl  
80 an Erfahrungen und Qualifikationen aus beruflicher, sozialer, ehrenamtlicher Tätigkeit  
81 bildet eine ganze Menge Expertise. Vielleicht wissen und fühlen wir Abgeordnete durch  
82 unsere Verwurzelung bei den Menschen manchmal besser als die Forschungsinstitute,  
83 was die Menschen wirklich bewegt.

84    Zugleich sind wir alle, wie Artikel 38 unseres Grundgesetzes sagt, Abgeordnete des gan-  
85    zen Volkes. Dazu müssen wir diese Vielzahl von Interessen, Meinungen, Befindlichkei-  
86    ten mit den Begrenztheiten und der Endlichkeit der Realität zusammenbringen, und das  
87    zwingt zu Kompromissen und zu Entscheidungen durch Mehrheit. Je besser das gelingt,  
88    umso weniger fühlen sich Menschen in der demokratischen Wirklichkeit zurückgelassen.

89    Immanuel Kant, dem wir viele Gedanken von Rechtsstaat und Republik verdanken, hat  
90    gesagt – ich drücke es halb mit meinen Worten aus –: Handle stets so, dass das Prinzip  
91    Deiner Handlung immer auch das Prinzip der Handlungen aller anderen sein könnte, dass  
92    es immer auch allgemeines Gesetz sein könnte. – Also: Handle so, dass menschliches  
93    Miteinander nicht zusammenbräche, wenn alle so handelten wie Du selbst.

94    Das, verehrte Kolleginnen und Kollegen, gilt gerade auch für Parlamentsabgeordnete,  
95    und das ist eine gute Maxime für unser repräsentatives System.

96    Auch die Vertretung partikularer Interessen darf, wie alles, nicht exzessiv werden. Andere  
97    Demokratien in der Welt sind da übrigens schon weit auf die abschüssige Bahn geraten.

98    Was aber sehr wohl sein darf und sein muss, ist, dass der parlamentarische Prozess hier  
99    im Hause sichtbar macht, wie schwierig sowohl die Durchsetzung als auch der Ausgleich  
100    von Interessen in einer liberalen Demokratie sind. Da darf Streit nicht nur sein; das geht  
101    nur über Streit. Den müssen wir führen, und den müssen wir aushalten, ertragen. Demo-  
102    kratischer Streit ist notwendig, aber es ist ein Streit nach Regeln, und es ist mit der Be-  
103    reitschaft verbunden, die demokratischen Verfahren zu achten und die dann und so zu-  
104    standegekommenen Mehrheitsentscheidungen nicht als illegitim oder verräterisch oder  
105    sonst wie zu denunzieren, sondern die Beschlüsse der Mehrheit zu akzeptieren. Das ist  
106    parlamentarische Kultur.

107    Und da kommt es dann auch auf den Stil an, in dem wir uns hier streiten und in dem wir  
108    füreinander Respekt signalisieren können.

109    Es gab in den vergangenen Monaten in unserem Land. Töne der Verächtlichmachung und  
110    Erniedrigung. Ich finde, das hat keinen Platz in einem zivilisierten Miteinander.

111 Die überwältigende Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger in diesem Land will ein zivi-  
112 lisiertes Miteinander. In aufgewühlten Zeiten wie unseren wächst das Bedürfnis nach For-  
113 men des Verhaltens, über die man lange nicht mehr geredet hat, weil man sie als selbst-  
114 verständlich ansah. Es wird wieder über Anstand gesprochen – sogar Bücher werden dar-  
115 über geschrieben und kommen auf die Bestsellerlisten –, und es wird auch über die Frage  
116 gesprochen, wie wir in der Gesellschaft miteinander umgehen sollen: Respekt füreinander  
117 haben, nicht jeden persönlichen Spielraum maximal ausnutzen, ein offenes Ohr haben für  
118 die Argumente des anderen, ihn anerkennen mit seiner anderen Meinung.

119 Es geht um Fairness. Hundertprozentige Gerechtigkeit gibt es nicht, aber Fairness ist  
120 möglich in dem Sinne, dass sich möglichst alle angesprochen fühlen und nicht ausge-  
121 schlossen bleiben.

122 Die Art, wie wir hier miteinander reden, kann vorbildlich sein für die gesellschaftliche  
123 Debatte. Prügeln sollten wir uns hier nicht, wie es ja zum Teil auch in Europa in anderen  
124 Parlamenten bisweilen geschieht.

125 Wir sollten das übrigens auch nicht verbal tun. Wir können vielmehr zeigen, dass man  
126 sich streiten kann, ohne dass es unanständig wird. Dazu müssen wir zeigen, dass auch ein  
127 Bundestag mit sechs Fraktionen schafft, wozu er da ist: Entscheidungen herbeizuführen,  
128 die als legitim empfunden werden.

129 Das Parlament besteht aus Abgeordneten, und diese Abgeordneten sind nicht „abgeho-  
130 ben“, wie so gern oberflächlich dahingeredet wird. Wir sind aus der Mitte der Bürgerin-  
131 nen und Bürger gewählt.

132 Aber niemand vertritt alleine das Volk. So etwas wie Volkswille entsteht überhaupt erst  
133 in und mit unseren parlamentarischen Entscheidungen.

134 Deswegen haben wir die Pflicht, diesen Ort wertzuhalten, als Ort des nachvollziehbaren  
135 sachlichen wie auch emotionalen Streits – ja, auch Gefühle gehören dazu –, stellvertre-  
136 tend für die Mitbürgerinnen und Mitbürger die Dinge, die alle angehen, argumentativ  
137 gegeneinander oder miteinander auszumachen und dann mit Mehrheit zu entscheiden.

138 Wir müssen das Vertrauen in das repräsentative Prinzip wieder stärken. Das ist übrigens  
139 keine nur nationale Frage. Die europäischen oder westlichen Werte, die Grundlage unse-  
140 rer verfassungsmäßigen Ordnung sind, wirken vielerorts fragil und erfreuen sich doch  
141 zugleich weltweit großer Attraktivität. Freiheit, Rechtsstaatlichkeit, sozialer Zusammen-  
142 halt, ökologische Nachhaltigkeit: Ohne Parlamentarismus geht all das nicht.

143 Nach ernsthaftem Streit der Meinungen stellvertretend für alle Bürgerinnen und Bürger  
144 Entscheidungen zu treffen: Die befriedende Wirkung, die das hat, wenn es gelingt, brau-  
145 chen wir überall in der Welt – in einer Welt, wo ja überall immer mehr Menschen nicht  
146 nur Anspruch auf wirtschaftliche Teilhabe, sondern auch auf politische Mitsprache erhe-  
147 ben.

148 In Zeiten zunehmender Globalisierung heißt das auch, die Kompliziertheit unserer Welt  
149 auszuhalten. Aber wir haben zugleich auch die Chance, der Welt, die sich uns nähert, zu  
150 zeigen, dass der Parlamentarismus etwas taugt, dass er funktioniert und dass er zu Lösun-  
151 gen für die Probleme und Herausforderungen fähig ist.

152 Norbert Lammert hat immer sehr elegant die Tage, an denen er sprach, danach befragt,  
153 was an ihnen in vergangenen Jahren und Jahrhunderten geschah und an was uns das er-  
154 innern sollte. Ich will das heute noch einmal im Sinne einer kleinen Hommage tun. Um  
155 es chronologisch rückwärts zu machen: Dieser 24. Oktober ist der Tag der Vereinten Na-  
156 tionen. 1945 trat am 24. Oktober die Charta der Vereinten Nationen in Kraft. Am 24.  
157 Oktober 1929 endete am Schwarzen Donnerstag die jahrelange Hausse der New Yorker  
158 Börse, und es begann die Weltwirtschaftskrise mit all ihren Folgen.

159 Und am 24. Oktober 1648 wurde der Westfälische Frieden zur Beendigung des Dreißig-  
160 jährigen Krieges unterzeichnet, eines Krieges, an dessen Beginn wir uns kommendes Jahr  
161 erinnern. Herfried Münkler hat ihm gerade ein Opus Magnum gewidmet, in dem er zeigt,  
162 dass dieser bis heute längste Krieg auf deutschem Boden – zugleich übrigens der erste im  
163 vollen Sinne europäische Krieg – uns besser als alle späteren Konflikte die Kriege unserer  
164 Gegenwart verstehen lässt. Wer es nicht glaubt, der lese noch einmal im „Simplicissimus“  
165 von Grimmelshausen nach. Er ist übrigens in meinem Wahlkreis geschrieben worden.



166 All das, liebe Kolleginnen und Kollegen, erinnert uns an den Charakter der Aufgaben, die  
167 vor uns liegen. Es erinnert uns daran, dass wir die Entscheidungen, die wir hier treffen,  
168 in weltpolitische Zusammenhänge einzubetten haben.

169 Europa und die Globalisierung: Das ist heute der Rahmen für das, was wir hier debattieren  
170 und entscheiden. Das hat nichts mit einem Aufgeben nationaler Selbstbestimmung zu tun,  
171 schon gar nichts mit einem Aufgeben des Anspruchs, dass dies hier der Ort ist, an dem  
172 immer wieder neu die Souveränität des deutschen Volkes greifbar und wirklich wird.  
173 Vielmehr beschreibt es die Aufgabe, der wir gerecht werden müssen, den Weg einer  
174 selbstbewussten Einordnung in immer weitere Zusammenhänge zu finden, mit dem Ziel,  
175 dazu beizutragen, in dieser Welt unsere Zukunft gestalten zu können.

176 Dass wir uns in solcher Öffnung zur Welt und Einordnung noch selbst erkennen, dass wir  
177 bleiben, was wir irgendwie fühlen, das wir sind – im Guten, wie zum Beispiel unserer  
178 parlamentarischen Ordnung, wie im Schlechten, das wir als nationale Schicksalsgemein-  
179 schaft nicht werden abstreifen können und aus dem wir doch immer wieder neues Gutes  
180 zu entwickeln uns bemühen –, dass wir all das bleiben, ohne uns abzuschotten oder uns  
181 bequem rauszuhalten, darum, liebe Kolleginnen und Kollegen, geht es.

182 In der Präambel unseres Grundgesetzes von 1949, die wir 1990 im wiedervereinten  
183 Deutschland fortgeschrieben haben, heißt es:

184 ... von dem Willen beseelt, als gleichberechtigtes Glied in einem vereinten Europa dem  
185 Frieden der Welt zu dienen, hat sich das Deutsche Volk kraft seiner verfassungsgebenden  
186 Gewalt dieses Grundgesetz gegeben.

187 Dies hier, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist der Ort, an dem wir diesem Willen Gestalt  
188 geben.

189 Dafür hat uns eine wieder gewachsene Zahl von Bürgerinnen und Bürgern gewählt. Der  
190 Trend zur höheren Wahlbeteiligung bei den letzten Landtagswahlen hat sich auch im  
191 Bund fortgesetzt. Ich denke, das zeigt, dass Erwartungen gestiegen sind. Wenn wir diese  
192 Erwartungen einigermaßen erfüllen, können wir unserem Land einen großen Dienst er-  
193 weisen. Steigende Erwartungen sind also eine Chance, auch wenn es zur Wahrheit gehört,

194 dass in dieser Welt immer neuer Akteure und immer dichterere Verflechtungen die Realität  
195 komplizierter wird und unsere Handlungsspielräume nicht immer nur wachsen. Zwischen  
196 beidem müssen wir als Parlament unseren Weg finden.

197 Ich freue mich auf unsere Arbeit hier in den kommenden vier Jahren. Herzlichen Dank.

## **Rede Dr. Angela Merkel Politischer Aschermittwoch 2018: AMPA18**

Quelle: [https://www.youtube.com/watch?v=ltIDG1xzSWc&ab\\_channel=phoenix](https://www.youtube.com/watch?v=ltIDG1xzSWc&ab_channel=phoenix) (eigene Transkription)

1 Ja lieber Vincent Burkhardt. Lieber Werner Kuhn. Keiner kann das besser als du. Und  
2 deshalb dir wieder Mal ein herzliches Dankeschön. Toll wie du uns ankündigst. Und toll  
3 wie du den Finger in die Wunde legst. Lieber Wolfgang Waldmüller. Liebe Kollegen aus  
4 dem Deutschen Bundestag. Lieber Eckhard Rehberg. Liebe Kollegen aus dem Landtag.  
5 Frau Vize-Präsidentin. Liebe Bürgermeister, Landräte, zukünftige Landräte und liebe  
6 Gäste des 23. Aschermittwochs. 21. Mal war ich hier dabei und es ist immer wieder eine  
7 tolle Veranstaltung. Wunderbar zu Hause zu sein, so wie Werner Kuhn das gesagt hat.

8 Aber liebe Freunde. Noch nie gab es nach einem Wahljahr zum Aschermittwoch keine  
9 neue Regierung. Und deshalb ist das, was wir immer sagen, Zeit für deutliche Worte,  
10 glaube ich in diesem Jahr mehr angebracht, als in anderen Jahren. Worum geht es? Ich  
11 glaube es geht darum, und Sie die Sie heute hier sind zeigen das an Ihrer Stelle, im Eh-  
12 renamt. Ich sehe hier das THW. Ich sehe die Feuerwehr. Ich sehe die Bürgermeister. Ich  
13 sehe die Kommunalpolitiker. Ich sehe den Innenminister des Landes. Ich sehe die Justiz-  
14 ministerin. Jeder leistet etwas für dieses Land und deshalb meine Damen und Herren,  
15 liebe Freunde. Es geht jetzt im Augenblick nicht darum permanent zu fragen „Was macht  
16 der andere falsch?“ sondern es geht für jeden und in jeder Partei darum zu fragen „Was  
17 kann ich für dieses Land tun?“ Denn das ist die Aufgabe von Politik. Zu dienen. Und  
18 nicht rum zu mosern. Es ist nicht die Zeit für mit dem Kopf durch die Wand, sondern es  
19 ist die Zeit für Vernunft und Verstand. Und es geht nicht um Verleumdungen und Unter-  
20 stellungen, sondern es geht darum, dass wir wieder lernen uns gegenseitig zu achten und  
21 zuzuhören und auch das Gute beim Andern zu sehen und nicht nur das Schlechte.

22 Denn meine Damen und Herren, liebe Freunde, wir leben in einem wunderschönen Land.  
23 Viele die zu uns kommen, und in Mecklenburg-Vorpommern sind es glücklicherweise  
24 viele Menschen, die sich hier wohlfühlen. Viele die als Touristen oder als Menschen die  
25 hier arbeiten zu uns kommen, die sind begeistert von diesem Land. Wir lieben unsere  
26 Heimat. Und wer seine Heimat liebt, der weiß, dass wir ruhige Zeiten brauchen und nicht

27 unruhige Zeiten. Dass wir etwas schaffen wollen für die Kinder, die heute aufwachsen.  
28 Und das wir die Verantwortung dafür tragen, dass es uns auch in 5 und 10 Jahren so gut  
29 geht wie heute oder noch besser. Das ist der Auftrag von Politik. Und dafür müssen wir  
30 arbeiten.

31 Und deshalb bin ich zutiefst davon überzeugt, dass die Menschen wollen, dass es eine  
32 stabile Bundesregierung gibt und sie wollen vor allen Dingen, dass wir uns nicht perma-  
33 nent mit uns selbst beschäftigen, sondern das wir bereit sind uns mit den Problemen der  
34 Menschen vor Ort zu beschäftigen und sie zu lösen. Das ist der Auftrag und dafür haben  
35 wir auch verhandelt.

36 Und die CDU, Vincent Burckhard hat das gesagt, ist nie eine Partei gewesen, die sich  
37 darum bewirbt in die Opposition zu gehen. Das kann passieren. Da muss man sich erneu-  
38 ern. Da muss Verantwortung, auch in der Opposition übernehmen. Aber der eigentliche  
39 Auftrag heißt zu gestalten. Etwas für dieses Land zu bewegen, damit wir weiter vorne mit  
40 dabei sind. Und im Ringen um die richtigen Konzepte die Aufgaben auch wirklich lösen.  
41 Und deshalb heißt es jetzt, einmal sich das anzuschauen was die vielen Arbeitsgruppen  
42 in den Koalitionsvertrag auch erarbeitet haben. Fast nichts davon wird diskutiert bedau-  
43 erlicherweise. Wir haben versucht es wirklich so anzulegen, dass es um die Probleme  
44 geht, die wir auch im Wahlkampf gesehen haben. Da ist das große Problem, dass Men-  
45 schen unzufrieden sind mit der Inneren Sicherheit. Wir haben viel getan. Ich danke Lo-  
46 renz Caffier ausdrücklich. Er ist ein toller Innenminister in diesem Land. Danke dafür  
47 lieber Lorenz. Aber wir können noch nicht zufrieden sein mit der Bekämpfung der Kri-  
48 minalität. Gerade im grenznahen Raum. Ich habe mich mit Eckhard Listo darüber unter-  
49 halten, was da los ist. Und da muss man sagen, natürlich muss man dann versuchen auch  
50 die Bundespolizei zu verstärken. Gut mit der Landespolizei zusammen zu arbeiten. Unser  
51 ganzes Leben besteht doch darin zu versuchen, dass was noch nicht 100 prozentig läuft  
52 besser zu machen und deshalb brauchen wir mehr Polizisten. Deshalb brauchen wir einen  
53 Pakt für Justiz. Und deshalb brauchen wir nicht dauernd das Gerede, was alles nicht geht,  
54 sondern wir müssen gucken wie wir das hinbekommen. Und das ist die Aufgabe, die ich  
55 für uns in der Christlich Demokratischen Union sehe.

56 Und wir haben es doch im Wahlkampf gespürt. Gerade in diesem wunderschönen Land.  
57 Wie Menschen auch in Sorge sind, ob sie abgehängt werden wenn sich die Welt so schnell  
58 verändert. Vor 10 Jahren oder 10,5 Jahren jetzt ist das erste iPhone auf den Markt gekom-  
59 men. Wer hätte sich vor 20 Jahren gedacht, dass wir heute alle so ein kleines Ding in der  
60 Tasche haben und ohne das fast gar nicht mehr leben können. Und diese rasante Entwick-  
61 lung wird so weiter gehen. Und da heißt doch unsere Aufgabe, egal ob ich in einem  
62 kleinen Ort lebe mit 60, 100, 150 oder 300 Einwohnern, oder in einer Stadt mit 2 Millio-  
63 nen Menschen. Immer muss ich dafür Sorge tragen, dass die Lebensbedingungen ver-  
64 gleichbar sind. Auf dem Lande genauso wie in der Stadt. Und das ist die Aufgabe, der  
65 wir uns mit diesem Koalitionsvertrag stellen. Und da gibt es eben keine Lösung, wie man  
66 heute Neudeutsch sagen würde, one size fits all. Eine Größe für alles. Nein, da muss ich  
67 mir die Bedingungen angucken. Der ländliche Raum in der Eifel und in Nordrhein-West-  
68 falen ist ein anderer ländlicher Raum, als bei uns in Vorpommern. Und darauf müssen  
69 wir Antworten finden. Und diese Antworten heißen schneller werden an vielen Stellen.  
70 Schneller die Kabel und die Glasfaserkabel mal in die Erde bringen. Die Ausschreibungs-  
71 bedingungen etwas vereinfachen. In der Landwirtschaft, lieber Werner Kuhn danke für  
72 deine Arbeit in Europa, aber wir wissen doch, wann immer wir uns mit Landwirten un-  
73 terhalten, heißt es nur wir ersticken in der Bürokratie, die Bürgermeister ersticken beim  
74 Antragstellen in der Bürokratie. Das ist doch nicht gottgegeben. Dagegen müssen wir  
75 angehen und das müssen wir lösen.

76 Oder die medizinische Versorgung. Herr Glawe ist heute nicht da. Aber wir wissen die  
77 Sorge: Was ist mit meiner Lebensbedingung, wenn die Schule so weit weg ist und das  
78 Krankenhaus kaum erreichbar. Wie schaffen wir das, dass wir wieder mehr Ärzte im  
79 ländlichen Raum haben? Die dann auch noch der deutschen Sprache mächtig sind. Das  
80 ist ja schön das Menschen aus anderen Ländern bei uns als Ärzte arbeiten. Aber verstehen  
81 müssen wir sie trotzdem. Das heißt also wir müssen neue Formen des Medizinstudiums  
82 entwickeln. Nordrhein-Westfalen hat das jetzt gemacht. Nicht ob man 1,0 im Abitur hat  
83 muss entscheiden, sondern es muss entschieden werden, ob man Lust hat auf dem Lande  
84 Arzt zu werden. Und das muss das Kriterium sein, ob man zum Medizinstudium zugelas-  
85 sen wird. Und dem müssen wir uns wieder mehr widmen liebe Freunde. Dann wird es  
86 auch besser werden an vielen Stellen.

87 Und es geht darum, dass wir es schaffen alle Berufe gleichermaßen anzuerkennen. Wir  
88 haben in diesem neuen Koalitionsvertrag ein klares Signal gesetzt für die Unterstützung  
89 der beruflichen Bildung. Bessere Anerkennung der Meisterprüfung. Ausbildung, Weiter-  
90 bildung. Lebenslanges Lernen. Berufliche Bildung ist genauso wichtig, oder eine genauso  
91 starke Säule, wie das Studium. Und deshalb müssen unsere Berufsschulen genauso gut  
92 ausgestattet sein. Und deshalb ist unsere Aufgabe, und das haben sich Bund und Länder  
93 jetzt gemeinsam vorgenommen, jede Berufsschule und jede Schule bis 2021 ans schnelle  
94 Internet anzuschließen. Denn wie sollen denn die jungen Facharbeiter lernen, wenn sie  
95 anschließend überhaupt nicht den Zugang zu den neuen Technologien haben. Und das  
96 wir viel Arbeit erfordern. Und das kann man nicht alles nur am grünen Tisch diskutieren.  
97 Wenn wir tausende und abertausende von Schulen haben muss man sich das jedes Mal  
98 anschauen, da müssen Bund und Land enger zusammenarbeiten. Und da bleibt wenig  
99 Zeit sich gegenseitig Vorwürfe zu machen, sondern da geht es vor allem darum, sich ge-  
100 genseitig zu motivieren und zu sagen „Geht nicht gibt’s nicht, sondern dass was wir zu  
101 lösen haben, müssen wir lösen und das ist unser Anspruch.“ Deutschland darf nicht nur  
102 auf dem Papier schön sein. Deutschland muss in der Praxis für unsere Kinder und jungen  
103 Menschen gut erlebt werden, meine Damen und Herren.

104 Und da kann ich nur sagen: Dort wo es gut läuft, kann man weiter so machen. Wir haben  
105 die geringste Arbeitslosigkeit. Warum nicht weiter daran arbeiten, dass sie noch geringer  
106 wird? Aber da wo es eben nicht gut läuft, muss man überlegen wie kann man es besser  
107 machen? Und wir können eben an vielen Stellen nicht zufrieden sein mit dem Tempo vor  
108 allen Dingen. Wie lange dauert es Stromleitungen zu bauen? Wie lange dauert es die  
109 Glasfaserkabel zu verlegen? Damit darf Deutschland sich nicht abfinden. Denn es gibt  
110 viele Länder auf der Welt, in denen gehen die Dinge viel viel schneller als bei uns. Und  
111 wenn ich mir anschau, in welchem atemberaubenden Tempo China die künstliche Intel-  
112 ligenz ausbaut. Das Zusammenwirken von Menschen und Maschinen. Dann ist das na-  
113 türlich für unsere Automobil-Industrie, für unseren Maschinenbau, für unsere chemische  
114 Industrie eine Riesenherausforderung. Und da dürfen wir nicht mit Angst reagieren, son-  
115 dern da müssen wir mit Offenheit reagieren und mit klugem Selbstbewusstsein. Das wir  
116 an uns glauben und dass wir gut sind. Das wir Forschung und Entwicklung voranbringen.

117 Gerade auch in Ländern wie Mecklenburg-Vorpommern. Wenn ich an Rostock denke,  
118 wenn ich an Greifswald denke und an andere Städte meine Damen und Herren.

119 Und wir müssen den Menschen, die sich um andere Menschen kümmern, die Zuhause  
120 Angehörige pflegen, oder die den Beruf einer Pflegefachkraft erlernen, einer Kranken-  
121 schwester, jemanden der im Kindergarten arbeitet, oder aber als Lehrerin arbeitet, den  
122 müssen wir den Rücken stärken. Denen müssen wir sagen „Danke für eure Arbeit“, denn  
123 davon hängt ab wie unsere Kinder, wie unsere jungen Menschen, wie unsere alten Men-  
124 schen in ihrem Leben leben können und ob es menschliches Leben ist. Und es ist doch  
125 nicht normal, wenn man es sich mal überlegt, und jetzt machen wir endlich nach über 70  
126 Jahren Bundesrepublik Deutschland damit Schluss, dass diejenigen die in der Industrie  
127 einen Beruf lernen, eine Ausbildungsvergütung bekommen und die die Pflegefachkraft  
128 lernen ein Schulgeld bezahlen müssen. Daran zeigt sich schon die unterschiedliche Wert-  
129 schätzung und das muss sich ändern und das wird sich ändern. Und die Christlich Demo-  
130 kratische Union wird sich dafür einsetzen.

131 Und wir sagen ein klares Bekenntnis zur Zukunft der Landwirtschaft. Ich habe erst schon  
132 über die Bürokratie gesprochen. Wenn mir Bauern erzählen, dass sie bei der sogenannten  
133 zweiten Säule, hier sind ja alles Kenner der europäischen Landwirtschaftspolitik, am  
134 Schluss noch Entschuldigungszettel für die Kühe schreiben müssen, wenn die nicht einen  
135 Tag auf die Weide können. Wenn man zwischen dem Jägern und denen die Umweltschutz  
136 betreiben permanent über die Radspuren im Begrünungsstreifen spricht, dann verärgert  
137 es die Menschen. Unser Ziel muss sein, durch unsere Politik dafür zu sorgen, dass Men-  
138 schen Lust haben am Gemeinwesen mitzumachen. Im Ehrenamt oder wo auch immer.  
139 Das ist der Auftrag für ein gutes Deutschland in der Zukunft.

140 Und das heißt natürlich, dass wir nicht über unsere Verhältnisse leben dürfen. Eckhard  
141 Rehberg sitzt hier. Seine Aufgabe wird eher größer werden. Man lacht. Ich weiß nicht,  
142 ob er noch ein bisschen an Krücken geht. Gute Besserung Eckhard. Aber Wir brauchen  
143 deine Sitz- und deine Laufkraft. Wenn die Sozialdemokratie in Zukunft das Finanzmi-  
144 nisterium besetzt, dann werden unsere Haushaltspolitiker noch mehr aufpassen müssen,  
145 dass wir nicht Schulden auf dem Rücken unserer Kinder und Enkel machen. Aber ich bin  
146 ganz zuversichtlich: das wird gelingen. Die sogenannte schwarze Null, keine neuen

147 Schulden, das ist ein Markenzeichen der Christlich Demokratischen Union und das wird  
148 es auch in Zukunft bleiben.

149 Und einer der härtesten Kämpfe in den Koalitionsvereinbarungen war die Frage ange-  
150 sichts sprudelnder Steuereinnahmen: ist es da eigentlich die Zeit, denen, die viel für unser  
151 Land bewegen, den Handwerkern, den kleinen Unternehmen, den großen Unternehmen,  
152 denen, die die Arbeitsplätze schaffen, jetzt die Steuern zu erhöhen. Und die CDU hat ein  
153 ganz klares Nein gesagt. Wenn wir so viel Steuereinnahmen hatten wie nie, dann geht es  
154 um Entlastung, aber nicht um zusätzliche Belastung. Und das haben wir durchgesetzt,  
155 liebe Freunde. Und darauf sind wir stolz, weil das Motivation für diejenigen ist, die in  
156 unserem Land etwas schaffen wollen, inklusive der Jobs und der Arbeitsplätze.

157 Und jetzt wird ja viel geklagt, dass wir das Finanzministerium nicht mehr besetzen. Und  
158 das verstehe ich auch. Aber ich bin schon ein bisschen verwundert, dass nach Jahren, in  
159 denen ich immer gehört habe „unsere wirtschaftliche Kompetenz ist nicht mehr so gut.  
160 Wir müssen endlich mal wieder das Wirtschaftsministerium besetzen.“ Das Wirtschafts-  
161 ministerium, das ein Mittelstandsministerium ist, ein Handelsministerium ist, ein Büro-  
162 kratieabbauministerium, dass das plötzlich nichts mehr zählt. Wir als Christdemokraten  
163 werden aus dem Wirtschaftsministerium wieder eine Stätte machen, in der man stolz auf  
164 Ludwig Ehrhard ist und sagt „den brauchen wir auch im 21. Jahrhundert.“

165 Und die Union trägt die Verantwortung in einer möglichen neuen Regierung, für alles wo  
166 es um Investitionen geht. Ob das Investitionen im ländlichen Raum sind, um das Investi-  
167 tionen in den Wohnungsbau sind, ob das Investitionen in die Straße sind, Investitionen in  
168 die Digitalisierung, Investitionen in die Forschung und Investitionen in die Bildung. Alles  
169 von Unionsministern besetzt und darauf können wir stolz sein. Und wer aus einer solchen  
170 Besetzung in einer Bundesregierung nichts macht, der hat da die Aufgabe auch nicht rich-  
171 tig verstanden. Davon bin ich zutiefst überzeugt.

172 Und deshalb ist die Aufgabe aus meiner Sicht für Deutschland, ein Deutschland zu sein,  
173 indem die Menschen gut und gerne und erfolgreich leben. Und das nicht nur heute, son-  
174 dern morgen und übermorgen. Und ein Deutschland zu sein, dass ein guter Partner in



175 Europa ist. Und ein guter Partner in Europa ist man nicht dann, wenn man der Verge-  
176 meinschaftung von Schulden das Wort redet. Oder gegen den Stabilitäts- und Wachs-  
177 tumspakt ist. Sondern ein guter Partner in Europa sind wir dann, wenn wir für einen stabi-  
178 len Euro und ein wettbewerbsfähiges wirtschaftlich starkes Europa sorgen, meine Damen  
179 und Herren.

180 Aber viele Probleme, die uns wichtig sind, werden wir uns gemeinsam mit den anderen  
181 Mitgliedstaaten der europäischen Union lösen können: die Bekämpfung von Fluchtursa-  
182 chen. Die gemeinsame Entwicklungspolitik. Die gemeinsame Außenpolitik. Eine ge-  
183 meinsame Verteidigungspolitik. Nicht gegen die Nato, aber mit der Nato. Aber auch mit  
184 einer starken europäischen Komponente. Das macht uns stark. Auch nach dem Austritt  
185 Großbritanniens, mehr als 400 Millionen Einwohner. Wenn jeder dies alleine macht,  
186 dann werden wir nicht erfolgreich sein. Und deshalb steht die Christliche-Demokratische-  
187 Union eben auch für Stabilität. Auch dafür, dass wir uns verteidigen können. Auch dafür,  
188 dass wir gute Entwicklungshilfe betreiben. Auch dafür, dass wir eintreten und eine Rolle  
189 spielen dabei, die großen Konflikte dieser Welt zu lösen. Denn viele von denen finden  
190 vor unserer Haustür statt. Syrien liegt nicht irgendwo. Der amerikanische Konsul ist hier.  
191 Syrien ist tausende Kilometer von den Vereinigten Staaten von Amerika entfernt, aber  
192 Syrien ist nur wenige Kilometer von Zypern entfernt. Und das bedeutet, wir müssen ge-  
193 nauuso, um die Lösung dieser Konflikte kümmern, ansonsten ist unser friedliches Leben  
194 nicht einfach gesichert, sondern dafür müssen wir arbeiten. Wir können das schaffen. Wir  
195 werden das schaffen. Aber wir müssen bereit sein Verantwortung zu übernehmen.

196 Und deshalb liebe Freunde, ganz besonders bei diesem politischen Aschermittwoch: wir  
197 sind in einer ganz besonderen Zeit. In einer Zeit, in der sich entscheidet, ob wir die Kraft  
198 aufbringen unsere gemeinsamen Stärken sich entwickeln zu lassen, oder ob wir uns ver-  
199 heddern. Ob wir steckenbleiben. Ob wir permanent nur über das reden, was nicht gelingt.  
200 Und deshalb sollte uns dieser politische Aschermittwoch auch die Kraft geben zu sagen  
201 „hier in Mecklenburg-Vorpommern lieben die Menschen ihre Heimat. Hier setzen sie  
202 sich dafür ein und wir auf der Bundesebene wollen dazu beitragen, dass dieser Erfolg  
203 auch in Zukunft ein Erfolg wird und das da wo es heute noch nicht gut ist, es in Zukunft  
204 besser wird.“ Ich bin überzeugt: Wir schaffen das. Herzlichen Dank.

FDP

2017

### Christian Lindner Elefantenrunde 2017: CLE17

Quelle: [https://www.youtube.com/watch?v=3mmyt3KFnZk&ab\\_channel=tagesschau](https://www.youtube.com/watch?v=3mmyt3KFnZk&ab_channel=tagesschau) (eigene Transkription)

1 **Herr Lindner:** Wir sind nicht dritte Kraft geworden. In der Tat. Das war ein Ziel. Wir hätten  
2 es natürlich gerne gesehen, dass die FDP als dritte Kraft, als eine europäische Partei, eine libe-  
3 rale Partei in Deutschland eine Botschaft, auch in die Welt sendet. Jetzt ist mit der AfD eine  
4 Partei, die völkische Reinheitsgedanken pflegt und auf Abschottung setzt, dritte Kraft gewor-  
5 den. Nur wir sind nicht zum Regieren verdammt, wir sind natürlich bereit Verantwortung zu  
6 übernehmen. Das will ich mal ausdrücklich auch sagen Es geht jetzt hier nicht um eine Fortset-  
7 zung des Wahlkampfes Herr Schulz, sondern es geht darum die Stabilität der Bundesrepublik  
8 Deutschland in aufgeregten Zeiten in Europa und der Welt zu sichern. Und da prüfe sich bitte  
9 jeder sorgfältig, welchen Beitrag er dazu leisten kann und welche Rolle er einnimmt. Auch die  
10 Opposition kann einen Beitrag zur Stabilität leisten. Aber wir werden sicherlich nicht zulassen,  
11 dass die SPD alleine darüber entscheidet, wer jetzt in eine Regierung gezwungen wird oder  
12 nicht. Das muss man von Inhalten abhängig machen.

13 **Herr Lindner:** Also man wünscht Herrn Schulz noch mehr Redezeit, damit er sich weiter um  
14 Kopf und Kragen reden kann. Darf ich einen Satz sagen Herr Frey, weil hier wird ja immer so  
15 nett gesprochen über Jamaika. Dann dürfen diejenigen. Können wir gerne. Ich will nur einen  
16 Satz noch machen, dann können wir das Thema ja auch verlassen. Herr Schulz hat hier eben  
17 gesagt eine Koalition aus CDU und Grünen sei eine Koalition der Lähmung. Das heißt, Sie,  
18 sehenden Auges, sagen Sie eine schlechte Regierung soll ins Amt kommen aus Ihrer Sicht. Wir  
19 wollen das mal rausarbeiten. Sie haben gesagt Sie wollen Parteien zusammenzwingen eine Re-  
20 gierung und Sie glauben, dass sei dann eine Koalition der Lähmung. Das heißt Sie nehmen eine  
21 schlechte Regierung aus Ihrer Sicht in Kauf. Eine solche Haltung, für die hätte sich Helmut  
22 Schmidt geschämt.

23 **Herr Lindner:** Sie haben das getan. Sie.

24 **Herr Lindner:** Weil Ihr Eindruck auch völlig falsch ist. Die FDP ist eine weltoffene Rechts-  
25 staatspartei. Aber wir haben schon gesehen, dass es in den vergangenen vier Jahren Fehlent-  
26 wicklungen gegeben hat. Im deutschen Bundestag waren sich CDU und SPD und Grüne in  
27 vielen Punkten ja einig. Und die Mitte vernünftiger Argumente, auch eine Politik für die Mitte

28 im Land, also die Mittelschicht und diejenigen, die in sie aufsteigen wollen, eine solche Politik  
29 haben wir vier Jahre nicht gesehen. Ein Grund dafür, dass es heute die AfD als Protestpartei  
30 gibt am äußersten rechten Rand war, dass die Parteien im Bundestag die Mitte freigelassen  
31 haben und wir werden jetzt in diese Mitte hineingehen. Das ist unser Platz. Traditionell. Und  
32 den wollen wir auch wieder behaupten. Wir stehen für ein Europa des Rechts. Für ein vereintes  
33 Europa, in dem die finanzpolitische Eigenverantwortung aller Staaten ernst genommen wird.  
34 Wir stehen für eine Einwanderungspolitik nach kanadischem Vorbild. Das heißt, dass Qualifi-  
35 zierte kommen können. Aber wir haben

36 **Herr Lindner:** Herr Meuthen. Die FDP hat bereits 1997 die ersten Entwürfe für Einwande-  
37 rungsgesetze vorgelegt. Da war die AfD noch nicht mal ein feuchtes Glimmen in den Augen  
38 von Bernd Lucke. Da haben wir schon an dem Thema gearbeitet.

39 **Herr Lindner:** Insofern. Der Punkt ist ja jetzt wie geht man mit der AfD um? Und ich empfehle  
40 bitte nicht jede provokante Äußerung der AfD so ernst nehmen, sondern einfach mal überhören.  
41 Das ist deren Geschäftsmodell. Ich will noch den einen Satz sagen. Ja einfach drüber hinweg-  
42 gehen. Und dann auf den sachlichen Kern kommen. Ich habe die in Nordrhein-Westfalen im  
43 Landtag erlebt. Das ist eine Partei, die ist an Sachdebatten gar nicht interessiert. Da sind die am  
44 Buffet, wenn die anderen über Sachfragen sprechen. Die haben ja auch kein Programm. Diese  
45 Partei ist gewählt worden ohne ein Rentenkonzept. Ohne ein Rentenkonzept. Deshalb muss die  
46 Aufgabe sein nicht über die Themen und Provokationen der AfD zu sprechen, sondern in den  
47 nächsten vier Jahren die AfD zu zwingen zu den Sachfragen des Landes Position zu beziehen,  
48 die sie nämlich nicht hat.

49 **Herr Lindner:** Wir haben überhaupt gar keine Bedingungen dieser Art gestellt. Wir haben  
50 letzte Woche zehn Trendwenden für Deutschland auf unserem Parteitag beschlossen als Wahl-  
51 aufruf. Und an die fühlen wir uns auch eine Woche später noch gebunden. Sie haben ja Themen  
52 angesprochen. In Europa keine neuen Geldtöpfe für automatische Transfers. In der Frage der  
53 Einwanderungspolitik eher ein kanadisches Modell. In der Frage der Entlastung der Mittel-  
54 schicht von der Krankenschwester bis zum Ingenieur. Digitalisierung. Keine weitere Zeit ver-  
55 lieren. Und vor allem Bildung als Toppriorität. Daran wollen wir gemessen werden. Und wenn  
56 Gutes bewirkt werden kann im Land, dann wäre es verantwortungslos nicht auch zu gestalten  
57 in eine Regierung einzutreten unabhängig jetzt von Posten und Ministerien. Aber genauso gilt,  
58 will ich jetzt auch einmal unterstreichen, CDU und SPD und Grüne waren in der vergangenen

59 Legislaturperiode nahezu nicht zu unterscheiden. Und auch das Votum für die FDP war ein  
60 Votum für einen Politikwechsel. Und wenn es diesen Politikwechsel nicht gibt in einer anderen  
61 Regierung, dann werde ich nicht diese Position der AfD überlassen, die als Partei am rechten  
62 Rand nicht für Vernunft und Ordnung eintritt, sondern nur scheinbar, weil sie in Wahrheit  
63 Ressentiments vertritt. Einer Partei der Abschottung, die in diesen Zeiten die europäische Union  
64 in die Luft sprengen will, wo wir sie eigentlich stärken müssen. Eine solche Partei dürfte da  
65 nicht alleine Opposition zu einem Mainstream bilden.

66 **Herr Lindner:** Nein die trennt uns nicht.

67 **Herr Lindner:** Absolut. Damit wir das mal klar machen, weil diese. Nein das kann immer noch  
68 mal klar machen. Diese Art der Denunziation im Wahlkampf habe ich wahrgenommen. Ich  
69 habe sie sportlich genommen. Aber nach der Wahl beenden wir das. Die FDP steht selbstver-  
70 ständlich zu den Klimazielen von Paris. Was uns unterscheidet, ist das wir diese ideologischen  
71 und subventionsgetriebenen energiepolitischen Vorstellungen, die die Grünen haben, ablehnen,  
72 sondern auf ein marktwirtschaftliches Modell setzen. Da ist der Unterschied.

73 **Herr Lindner:** Ihre Partei bis 2045. Nicht wir.

74 **Herr Lindner:** Wenn man eine Institution, die auf eine verbindlichere Einhaltung der Regeln  
75 achtet Finanzminister nennen wollte, dann hielte ich die Idee für gut. Wenn darunter verstanden  
76 wird mehr politischer Einfluss, dass auch die objektiv nicht erreichten Ergebnisse manipuliert  
77 werden, dann wäre die Antwort nein. Ein Haushalt für die Euro-Zone, also die Staatenwährung  
78 der Euro-Zone, Macron spricht von mehreren Prozentpunkten der Wirtschaftsleistung. In  
79 Deutschland wären das 60 Milliarden Euro und mehr. Einen solchen Haushalt, aus dem dann  
80 Geld nach Frankreich fließt für den Staatskonsum dort und nach Italien, um die wirtschaftspo-  
81 litischen Versäumnisse von Herrn Berlusconi noch zu kompensieren. Das wäre für uns unvor-  
82 stellbar und wird deshalb eine rote Linie sein.

**Dr. Marco Buschmann Bundestag Oktober 2017 (FDP): MBB1017**

Quelle: <https://dserver.bundestag.de/btp/19/19001.pdf>

1 Herr Präsident! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Die konstituierende Sitzung des  
2 Deutschen Bundestages ist eines der schönsten Hochämter der deutschen Demokratie. Es  
3 gibt kaum einen größeren, einen bedeutenderen Anlass als diesen, wo wir uns gemeinsam  
4 hinter dem Prinzip der repräsentativen Demokratie versammeln. So groß, wie dieser An-  
5 lass ist, so klein muss man denken, wenn man diese Sitzung als Bühne für die Sucht nach  
6 Aufmerksamkeit und Öffentlichkeit missbrauchen möchte.

7 Genau das tun aber alle Antragsteller. Alle wollen sie ihre eingeübten Rollen spielen.

8 Die AfD geriert sich – ganz bewährt – als Opfer einer finsternen Verschwörung. Das ken-  
9 nen wir zur Genüge, das haben wir oft genug erlebt. Ich wollte dazu eigentlich gar nichts  
10 mehr sagen.

11 Aber, lieber Herr Kollege Dr. Baumann, indem Sie sich hier ernsthaft mit den Opfern  
12 Hermann Görings verglichen haben, haben Sie sich an Geschmacklosigkeit wieder selbst  
13 übertroffen.

14 Auch Die Linke hat ihre bewährte Rolle. Sie gibt hier die Scheinheilige. Herr Korte trägt  
15 vor, es ginge darum, das Parlament schnell arbeitsfähig zu machen. Sie kennen die Praxis  
16 des Parlamentarismus in Deutschland ganz genau. Wir wissen heute nicht, welche Aus-  
17 schüsse es insgesamt geben wird, wie groß sie sein werden, welche Kollegen wohin gehen  
18 müssen. Dass das in den Fraktionen natürlich besprochen werden muss, ist Ihnen bekannt.

19 Es geht Ihnen um nichts anderes, als hier wieder ein Stück Aufmerksamkeit für sich in  
20 Anspruch zu nehmen. Darin unterscheiden Sie sich mit Ihrem Anliegen kein bisschen von  
21 der AfD.

22 Wissen Sie, dass die extreme Rechte und die extreme Linke versuchen, diese Bühne zu  
23 missbrauchen, war gewissermaßen sogar erwartbar. Aber dass die altehrwürdige SPD in  
24 diesen Chor einstimmt, kann einen wirklich nur verwundern.

25 Auch bei uns gibt es zahlreiche Ideen dazu, wie man diese Geschäftsordnung verbessern  
26 kann. Wir sind sehr für mehr Transparenz, wir haben auch Ideen, die darüber hinausge-  
27 hen. Aber dass man versucht, in der konstituierenden Sitzung in ein komplexes Regel-  
28 werk einzusteigen, ohne vernünftige Beratung, ohne Austausch, ohne Arbeit am Detail  
29 leisten zu können, zeigt doch in Wahrheit, dass es Ihnen gar nicht um die Sache geht. Es  
30 geht Ihnen in Wahrheit doch um etwas ganz anderes.

31 Wir wissen auch, worum es Ihnen dabei geht. Es geht Ihnen um nichts anderes – Sie  
32 haben zum Teil wortgleiche Initiativen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen übernommen  
33 –, als die Grünenkollegen in eine peinliche Situation zu bringen. Sie wollen erzwingen,  
34 dass die ihre eigenen Anträge ablehnen. Das ist offen gestanden für die konstituierende  
35 Sitzung des Deutschen Bundestages eine ganz kleine parteipolitische Münze. Das hat die-  
36 ses Hohe Haus nicht verdient, meine Damen und Herren.

37 Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich kann Ihnen zum heutigen Tage nicht sagen, ob die  
38 Fraktion der Freien Demokraten eine Regierung tragen wird oder den Gang in die Oppo-  
39 sition antreten wird.

40 Aber ich kann Ihnen eines sagen: Wenn wir den Gang in die Opposition antreten, dann  
41 nicht mit solcher Effekthascherei. Das hat das deutsche Volk und das haben die Wähler  
42 nicht verdient.

**Dr. Marco Buschmann Bundestag November 2017 (FDP): MBB1117**

Quelle: <https://dserver.bundestag.de/btp/19/19002.pdf>

1 Herr Präsident! Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen! Die Fraktion der Freien De-  
2 mokraten ist nicht nur Antragsteller, sondern steht auch hinter diesem Antrag, weil er das Par-  
3 lament sachgemäß und schnell arbeitsfähig macht, so wie es die Umstände gebieten. Der Haupt-  
4 ausschuss ist ein sachgemäßes Instrument, um vollumfänglich in allen Themenbereichen ver-  
5 tieft beraten zu können.

6 Den Petitionsausschuss, den ja viele sozusagen als einen Ausschuss zweiter Ordnung ansehen,  
7 halten wir für entscheidend wichtig, weil er seit der Aufklärung das Instrument ist, mit dem  
8 sich jeder Bürger an den Souverän wenden kann. Insofern ist es ein gutes demokratisches Zei-  
9 chen, dass auch dieser Ausschuss schnell eingesetzt wird.

10 Der Ausschuss für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung ist neben seiner ursprüng-  
11 lichen Funktion auch deshalb wichtig, weil wir eine ganze Reihe von Anliegen haben, unsere  
12 Geschäftsordnung zu modernisieren. Genau diese Dinge können dort sachgemäß beraten wer-  
13 den.

14 Ich wäre gerne bei diesen sachgemäßen Argumenten verblieben; aber wie schon die konstitu-  
15 ierende Sitzung des Deutschen Bundestages wird auch diese erste reguläre Sitzung missbraucht,  
16 um dem Aufmerksamkeitsdefizit-Syndrom der SPD nachzukommen.

17 Herr Schneider, Sie konnten kaum das Wahlergebnis abwarten, um die Flinte feige ins Korn zu  
18 werfen, und werfen uns nach über vier Wochen des Ringens, des Beratens und der Suche nach  
19 Kompromissen hier irgendetwas vor. Da müssen Sie selber lachen, und das tun Sie mit Recht.  
20 Das können Sie ja wahrlich nicht ernst meinen. Insofern wäre es besser gewesen, Sie wären  
21 beim sachlichen Kern dieser Debatte geblieben.

22 Ich möchte hier noch eine Anmerkung machen, die ich für zentral wichtig halte – da gebe ich  
23 Ihnen in der Sache sogar recht –: Der Hauptausschuss kann nur ein Provisorium sein; das ist  
24 allen Beteiligten klar. Der Hauptausschuss ist ein gutes Instrument, wenn tatsächlich eine er-  
25 folgreiche Regierungsbildung absehbar ist. Was nicht gehen wird – das möchte ich hier betonen  
26 –, ist, dass hier über fünf, sechs, sieben oder sonst wie viele Monate mit diesem Provisorium  
27 gearbeitet wird. Denn die Fachausschüsse haben natürlich auch die Aufgabe, den Sachverstand



28 einzubinden, der sich im gesamten Parlament, in allen Fraktionen widerspiegelt, um zu sach-  
29 gemäßen Lösungen zu kommen. Insofern würde ich mir wünschen, dass wir, wenn möglicher-  
30 weise eine erfolgreiche Regierungsbildung nicht abzusehen ist, zu einem Verfahren kommen,  
31 um Fachausschüsse einzusetzen. Auch hier ist in ungewöhnlichen Situationen neues Denken  
32 „out of the box“ gefragt. Dazu möchte ich alle anderen Fraktionen einladen.

33 Herzlichen Dank.

**Alexander Graf Lambsdorff Bundestag November 2017 1. Rede (FDP): AGLB1117/01**

Quelle: <https://dserver.bundestag.de/btp/19/19002.pdf>

1 Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir  
2 beraten in dieser Sitzungswoche gleich sieben Bundeswehrmandate für Einsätze im Ausland.  
3 Im Rahmen dieser Auslandseinsätze erfüllen unsere Soldatinnen und Soldaten wichtige Auf-  
4 träge in den Einsatzgebieten.

5 Ich schließe mich ausdrücklich dem Dank der Bundesverteidigungsministerin und anderer Kol-  
6 legen an die Soldatinnen und Soldaten an, auch im Namen meiner Fraktion, und will hier eines  
7 gleich sagen: Dass die AfD die erste Rede in diesem Parlament dazu missbraucht, um die Sol-  
8 datinnen und Soldaten zu Helfern von Schlepperbanden zu erklären, spricht Bände über ihre  
9 Geisteshaltung, die sie hier in dieses Haus einbringen.

10 Die Auslandseinsätze der Bundeswehr sind genau wie unser diplomatisches und unser entwick-  
11 lungspolitisches Engagement weltweit ein sichtbarer Ausdruck der Verantwortung, die wir als  
12 Bundesrepublik global übernehmen.

13 Uns als Freien Demokraten ist wichtig, dass wir die Entscheidung über jedes einzelne Mandat  
14 verlässlich und sorgfältig treffen – mit Blick auf den strategischen Gesamtzusammenhang und  
15 in enger Absprache mit unseren internationalen Partnern. Verlässlichkeit und Berechenbarkeit,  
16 Dialog und Ausgleich: Das sind die Grundprinzipien liberaler Außen- und Sicherheitspolitik,  
17 meine Damen und Herren.

18 Wir Freie Demokraten setzen auf eine internationale Ordnung, die auf den Regeln des Völker-  
19 rechts, besonders auf der Charta der Vereinten Nationen, beruht. Aber wir wissen, dass  
20 Deutschland diese Ordnung alleine nicht garantieren kann. Deshalb ist es umso wichtiger,  
21 dass Deutschland auf eine kluge Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik in der Europäi-  
22 schen Union, auf handlungsfähige internationale Organisationen, besonders die UNO, und auf  
23 starke Allianzen und Bündnisse, besonders die NATO, setzt.

24 Die FDP, meine Damen und Herren, steht zum Konsens der Münchner Sicherheitskonferenz  
25 von 2014, dass Deutschland in den kommenden Jahren mehr internationale Verantwortung  
26 übernehmen muss. Unsere europäischen und internationalen Partner verlassen sich darauf, dass  
27 wir hierzu bereit sind.

28 Der französische Präsident Emmanuel Macron hat in seiner wichtigen Rede an der Sorbonne  
29 als erstes Schlüsselement der europäischen Souveränität das Thema Sicherheit genannt. Er  
30 hat vorgeschlagen, Wege hin zu einer gemeinsamen europäischen strategischen Kultur zu  
31 beschreiten. Wir unterstützen das. Wir unterstützen auch seine praktischen Vorschläge zu ei-  
32 nem intensivierten Personalaustausch zwischen nationalen Streitkräften. Wir unterstützen eben-  
33 falls die Ständige Strukturierte Zusammenarbeit, die Deutschland gemeinsam mit 22 anderen  
34 europäischen Staaten im November dieses Jahres auf den Weg gebracht hat. Jetzt gilt es, alle  
35 diese Ideen, auch die PESCO, mit Leben zu erfüllen, indem wir gezielt gemeinsame europäi-  
36 sche Verteidigungsprojekte umsetzen. Die Trendwende zu einer europäischen Verteidigungs-  
37 union muss jetzt gelingen.

38 Vor diesem Hintergrund ist es zwingend notwendig, dass unseren Soldatinnen und Soldaten die  
39 bestmögliche Ausbildung und Ausrüstung, der bestmögliche Schutz im Einsatz und die best-  
40 mögliche Betreuung vor, während und nach den Einsätzen zur Verfügung gestellt werden. Und  
41 weil ich mir schon denken kann, was gleich von der Linksfraktion kommt, sage ich ausdrück-  
42 lich: Ich rede von Ausrüstung und nicht von Aufrüstung. Unsere Soldatinnen und Soldaten ha-  
43 ben einen Anspruch darauf, mit dem bestmöglichen Material in ihre lebensgefährlichen Eins-  
44 ätze geschickt zu werden. Wir dürfen die Fähigkeitslücken, die in den letzten Jahren entstanden  
45 sind, nicht offen lassen.

46 Es kann doch zum Beispiel nicht sein, dass wir heute zu wenige einsatzbereite Piloten für den  
47 Kampfhubschrauber Tiger zur Verfügung haben, weil, bedingt durch kurzfristige Einsatzver-  
48 pflichtungen in Afghanistan 2013 und 2014, keine Pilotenausbildung stattfinden konnte. Kurz-  
49 fristige Herausforderungen eines Einsatzes dürfen nicht dazu führen, dass wir langfristig Fä-  
50 higkeiten einbüßen.

51 Das gilt auch für das Schlüsselthema Personal. Die Gewinnung, der Erhalt und die Ausbildung  
52 von zivilem sowie militärischem Personal bleibt unverändert eine Zukunftsfrage für die Bun-  
53 deswehr. Hier hat die amtierende Bundesregierung noch keine überzeugenden Konzepte vor-  
54 gelegt. Das aber ist zwingend notwendig; denn die materielle und personelle Einsatzbereitschaft  
55 der Bundeswehr wird zukünftig bestimmen, in welcher Form und Qualität sich Deutschland  
56 überhaupt an Auslandseinsätzen beteiligen kann.

57 Mit der Beteiligung an der Mission Sea Guardian leistet Deutschland einen wichtigen Beitrag  
58 unter anderem zur Seeraumüberwachung im Mittelmeer, bei der Unterstützung der Operation

59 Sophia und bei der maritimen Bekämpfung des Terrorismus. Unsere Partner erwarten von uns,  
60 dass wir diese Mission weiterhin unterstützen. Daher unterstützen auch wir als Freie Demokra-  
61 ten die Verlängerung des Einsatzes und die Überweisung an den Ausschuss, damit unsere  
62 Soldatinnen und Soldaten die rechtliche Sicherheit für ihren Einsatz haben, die sie brauchen.

63 Herzlichen Dank.

**Alexander Graf Lambsdorff Bundestag November 2017 2. Rede (FDP): AGLB1117/02**

Quelle: <https://dserver.bundestag.de/btp/19/19002.pdf>

1 Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Das deutsche Engagement in  
2 Afghanistan ist stark, es ist nachhaltig, und es ist getragen von dem Bewusstsein, wie gefährlich  
3 dieses Engagement ist. Genau aus diesem Grunde steht immer wieder eine Überprüfung an.  
4 Jedes Mal aufs Neue ist das nötig. Ich denke hier nicht nur an unsere Soldatinnen und Soldaten;  
5 ich denke auch an die Angehörigen des Auswärtigen Dienstes. Auf das Generalkonsulat in  
6 Masar-i-Scharif, auf die deutsche Botschaft in Kabul hat es schwere Anschläge gegeben. Ich  
7 denke an unsere zivilen Aufbau- und Entwicklungshelfer, an die Mitarbeiter von Nichtregie-  
8 rungsorganisationen, die sich dort seit 16 Jahren engagieren, um den Menschen in Afghanistan  
9 zu helfen. Ihnen allen schulden wir Dank.

10 Es ist schon eine lange Zeit, in der dort gearbeitet wird. Die Fortschritte, die Herr Gauland hier  
11 einfach mal so weggewischt hat, die punktuellen Erfolge, das sind ganz konkrete Verbesserun-  
12 gen der Lebenssituation der Menschen in Afghanistan. All denen, die daran mitgearbeitet ha-  
13 ben, gilt unser herzlicher Dank.

14 Meine Damen und Herren, Afghanistan wird noch mehr politische Aufmerksamkeit, noch mehr  
15 entwicklungspolitisches Engagement, noch mehr militärischen Einsatz brauchen. Schon der  
16 Rückblick auf die Gründe für diesen Einsatz macht das deutlich. Die Anschläge vom 11. Sep-  
17 tember auf das World Trade Center und die anderen Zielpunkte in den USA machen das deut-  
18 lich. Lieber Herr Gauland, was sagen Sie eigentlich den Angehörigen der elf deutschen Opfer?  
19 Sie sagen ja: Wir gehen einfach aus Afghanistan raus, überlassen das Land wieder den Terro-  
20 risten, damit das nächste 9/11 geplant werden kann. – Da sind auch Deutsche ums Leben ge-  
21 kommen. Das ist der Grund, warum wir uns dort engagieren.

22 Heute, meine Damen und Herren, geht es um die Verlängerung des Afghanistan-Mandats um  
23 drei Monate – drei Monate, die wir brauchen, um genau eine solche Überprüfung für die nächste  
24 Zeit, die nächste Phase zu unternehmen. Ein Abzug jedenfalls wäre logistisch, politisch und  
25 militärisch eindeutig unrealistisch; er wäre vor allem vollkommen verantwortungslos.

26 Die FDP bekennt sich zum Afghanistan-Engagement, aber – das will ich hier deutlich sagen –  
27 was dieses Parlament braucht, sind eine kritische Bestandsaufnahme und eine Bewertung des

28 bisher Erreichten und auch des Nicht-Erreichten. Mir ist völlig unverständlich, dass der Fort-  
29 schrittsbericht für Afghanistan durch die Große Koalition abgeschafft worden ist. Das muss  
30 sich ändern. Die Amerikaner machen das anders. Sie haben jedes Jahr einen Bericht des Son-  
31 derberichterstatters für Afghanistan der amerikanischen Regierung. Das könnte ein Vorbild für  
32 die Bundesregierung sein, sodass auch der Deutsche Bundestag in vollem Umfang über das  
33 unterrichtet ist, was in Afghanistan gut läuft und was weniger gut läuft, wenn wir über die  
34 nächste Mandatsverlängerung diskutieren. Wir fordern die Bundesregierung auf, jährlich einen  
35 Evaluierungsbericht vorzulegen. Das sind wir all denen schuldig, die in den vergangenen 16  
36 Jahren versucht haben, die Lage im Land zu verbessern.

37 Im Jahre 2015, meine Damen und Herren, ging die alleinige Sicherheitsverantwortung von der  
38 NATO und ihren Partnern auf die afghanische Regierung über. Das funktioniert allerdings  
39 bisher nur teilweise. Die afghanische Regierung und die Zivilbevölkerung haben seit der Über-  
40 nahme der Sicherheitsverantwortung auch schwere Jahre durchlebt. In Teilen Afghanistans sind  
41 die Taliban wieder erstarkt. Das können und wollen wir nicht akzeptieren. Gerade deshalb ist  
42 unsere Unterstützung der afghanischen Sicherheits- und Verteidigungskräfte so notwendig.

43 Die internationale Gemeinschaft hat gemeinsam mit Afghanistan beim Aufbau staatlicher In-  
44 stitutionen und der Zivilgesellschaft einiges erreicht. Aber das kann eben nur dort dauerhaft  
45 bewahrt werden, wo die afghanischen Sicherheitskräfte wirklich in der Lage sind, Sicherheit  
46 und Stabilität eigenständig zu gewährleisten; nur dort können die Zonen regionaler Sicherheit  
47 größer und dauerhafter werden. Das, meine Damen und Herren, reduziert dann auch den Druck,  
48 aus Afghanistan auszuwandern. Wir haben weniger Flüchtlinge, nicht mehr, wenn wir unser  
49 Engagement verantwortungsvoll fortsetzen.

50 Meine Damen und Herren, unsere Beteiligung an der NATO-Mission Resolute Support ist  
51 ein zentraler Beitrag für die Zukunft Afghanistans. Wir dürfen nicht zulassen, dass dieses Land  
52 erneut ein sicherer Hafen für Terroristen wird, von dem eine Bedrohung der Region und des  
53 Rests der Welt ausgeht. Wir haben eine Verantwortung für die Menschen im Land übernom-  
54 men. Zu dieser Verantwortung stehen wir. Jetzt gilt es, klare Fortschritts- und Erfolgskriterien  
55 zu definieren und international abzustimmen. Dazu wollen wir einen Bericht der Bundesregie-  
56 rung. Wir als Freie Demokraten stimmen der Überweisung in den Hauptausschuss zu.

57 Herzlichen Dank.

**Alexander Graf Lambsdorff Bundestag Dezember 2017 1. Rede (FDP): AGLB1217/01**

Quelle: <https://dserver.bundestag.de/btp/19/19004.pdf>

1 Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Bevor ich zu Sea Guardian im Einzelnen komme,  
2 lassen Sie mich für meine Fraktion, die Freien Demokraten, sagen, dass wir heute und morgen  
3 der Verlängerung der sieben in Rede stehenden Mandate zustimmen werden.

4 Für uns ist das eine dreifache Verantwortung. Einerseits ist es eine Verantwortung gegenüber  
5 den Soldatinnen und Soldaten, die Rechtssicherheit für ihre Einsätze brauchen. Es ist zum  
6 Zweiten eine Frage der Verantwortung gegenüber unseren Verbündeten, mit denen wir diese  
7 wichtige Arbeit gemeinsam machen. Deutschland muss ein verlässlicher Partner sein und blei-  
8 ben. Aber es ist zum Dritten auch eine Frage der Verantwortung dieses Parlaments, dass wir in  
9 den nächsten Monaten die Zeit und die Gelegenheit haben, alle Mandate im Einzelnen noch  
10 einmal technisch, inhaltlich und strategisch daraufhin zu überprüfen, ob wir ihnen auch in Zu-  
11 kunft zustimmen können.

12 Deswegen will ich hier eines genauso deutlich sagen: Auch wenn wir allen sieben Mandaten  
13 zustimmen werden: Das ist keine Vorwegnahme unserer Positionierung für die Zukunft. Lassen  
14 Sie mich einen weiteren Punkt ansprechen; er befasst sich mit den Entschließungsanträgen der  
15 Kollegen von der Linksfraktion. Wir sind bereit, über alle Themen zu reden. Wir sind auch  
16 bereit, Standpunkte zu diskutieren, die nicht unsere sind; aber wir finden, dass es diesem Thema  
17 wirklich nicht angemessen ist, wenn Sie spät abends vor einer solchen Debatte sieben Entschlie-  
18 ßungsanträge einfach auf den Tisch des Hauses knallen, in der Erwartung, dass sich das Parla-  
19 ment damit befassen kann. Wir werden diese Entschließungsanträge daher durchgehend ableh-  
20 nen. Das ist ein Thema, das Ernsthaftigkeit verlangt, das solide Arbeit verlangt, aber nicht hin-  
21 gehudelte Texte, die uns einfach mal so auf den Tisch geknallt werden.

22 Meine Damen und Herren, Sea Guardian ist ein wichtiges Mandat. Es ist die Nachfolgemission  
23 zum Mandat Operation Active Endeavour. Active Endeavour war eine Reaktion auf die Terror-  
24 anschläge vom 11. September 2001. Es war 15 Jahre lang ein Mandat auf der Basis des Artikels  
25 5 des NATO-Vertrages. Wir als Freie Demokraten sagen: Es war ein richtiger Schritt, jetzt eine  
26 Entkoppelung vorzunehmen; das war eine richtige Maßnahme. Denn es geht bei Sea Guardian  
27 darum, dass wir hier Menschen schmuggeln bekämpfen, dass wir Waffenschmuggel bekämpfen.

28 Das ist eine Aufgabe, die wir auch im Rahmen der Europäischen Union mit der Operation So-  
29 phia wahrnehmen. Es geht um die Bekämpfung des Terrorismus. Die Änderung der Rechts-  
30 grundlage halten wir für prinzipiell richtig.

31 Wir wollen auch, dass die Seeraumüberwachung, die Sea Guardian vornimmt, fortgesetzt wird.  
32 Ich kann beim besten Willen nicht verstehen, lieber Herr Kollege, dass Sie sagen, das Mittel-  
33 meer sei so weit weg von Europa, dass man nicht nachvollziehen könne, warum das noch im  
34 Interesse Europas sei. Genau das ist hier gerade gesagt worden. Das Mittelmeer ist ein Meer in  
35 unserer unmittelbaren Nachbarschaft; das sage ich als deutscher Abgeordneter. Es ist nicht ein  
36 deutsches Küstengewässer.

37 Aber wenn wir Sicherheit europäisch denken, gilt: Das Mittelmeer ist unser Heimatmeer, für  
38 das wir eine besondere Verantwortung wahrzunehmen haben. Lassen Sie mich mit Folgendem  
39 schließen – das will ich hier auch ganz deutlich sagen –: Viele Soldatinnen und Soldaten sind  
40 über die Weihnachtstage im Einsatz. Sie werden von ihren Familien schmerzlich vermisst wer-  
41 den. Wir als Freie Demokraten senden – ich glaube, das gilt für das ganze Haus – die besten  
42 Weihnachtsgrüße an alle Soldatinnen und Soldaten im Einsatz und an ihre Familien und wün-  
43 schen von Herzen ein friedliches Weihnachtsfest.

44 Herzlichen Dank.

45 Herr Kollege Korte, ich kann Ihnen versichern, dass die Fraktion der Freien Demokraten diese  
46 Fragen genauso intensiv diskutiert wie Ihre. Punkt eins. Punkt zwei. Dass es sich um eine plötz-  
47 liche Entwicklung handeln soll, auf die Sie spontan reagieren mussten, das kann ich beim besten  
48 Willen nicht nachvollziehen. Die Mandate laufen, zum Teil seit vielen Jahren. Wir wussten seit  
49 Wochen, dass heute die Abstimmungen über die Beschlussempfehlungen stattfinden.

50 Dass uns das Ganze über Nacht vorgelegt wird, ist in meinen Augen eben nicht Ausdruck von  
51 Ernsthaftigkeit. Man kann die Dinge vorab diskutieren. Man kann die Texte zirkulieren lassen.  
52 Man kann dann ernsthaft debattieren. Das ist der Anspruch, den wir an die Arbeit hier stellen,  
53 gerade wenn es um diese Mandate geht. Wir finden, dass Ihre Arbeit diesem Anspruch nicht  
54 gerecht geworden ist.



**Alexander Graf Lambsdorff Bundestag Dezember 2017 2. Rede (FDP): AGLB1217/02**

Quelle: <https://dserver.bundestag.de/btp/19/19004.pdf>

1 Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Lassen Sie mich zunächst sagen, dass ich mich dar-  
2 über freue, dass wir heute das Mandat zur Fortsetzung der Ausbildungsunterstützung der Si-  
3 cherheitskräfte in der Region Kurdistan-Irak direkt im Anschluss an die Debatte über das Man-  
4 dat Counter Daesh führen. Das hatte ich bereits in der ersten Lesung angeregt. Beide Mandate  
5 ergänzen sich logisch und sinnvoll, weil es in beiden Mandaten um die Bekämpfung des „Isla-  
6 mischen Staates“ geht. Wir tragen mit der Debatte heute dieser logischen Verbindung Rech-  
7 nung.

8 Daneben hat es seit der ersten Beratung Entwicklungen gegeben, neue Entwicklungen, die zei-  
9 gen, wie wichtig es ist, dass wir uns mit diesen Mandaten auch inhaltlich befassen. Es hat eine  
10 Neuvermessung der strategischen Gesamtsituation gegeben, die wir nachvollziehen müssen.  
11 Wir haben ein kurdisches Unabhängigkeitsreferendum mit all seinen Folgen gehabt, wir haben  
12 die Absage der Reise des Bundesministers Gabriel in die Region zur Kenntnis nehmen müssen,  
13 und wir haben – ja, Frau Malsack-Winkemann – die Erklärung des irakischen Ministerpräsi-  
14 denten al-Abadi, der IS sei im Irak besiegt. Ich teile diese Aussage in dieser Pauschalität aller-  
15 dings nicht. Ja, es ist richtig: Die territoriale Kontrolle hat der „Islamische Staat“ verloren; Mo-  
16 sul und Rakka sind wieder befreit. Aber ideologische Faszination übt er nach wie vor aus: auf  
17 Radikale, auf Verirrte, auf gewaltbereite Menschen in der Region. Das heißt, die Unterstützung  
18 der Kräfte, die gegen den IS im Einsatz sind, ist nach wie vor sinnvoll und richtig.

19 Es ist auch ein Erfolg der Ausbildungsunterstützung, dass der territoriale Einfluss des IS im  
20 Irak deutlich zurückgedrängt, ja beendet worden ist. Vor diesem Hintergrund können wir aus  
21 militärischer, aber auch aus humanitärer Sicht eine durchgehend positive Bilanz ziehen, gerade  
22 was den Schutz der Jesiden und anderer Minderheiten in der Region angeht.

23 Was wir Freie Demokraten allerdings von Anfang an kritisch gesehen haben – das will ich hier  
24 nicht verschweigen –, war die Lieferung von Kleinwaffen in die Region. Es ist unter den Um-  
25 ständen, die dort herrschen, nicht möglich, deren Endverbleib verlässlich zu kontrollieren. Des-  
26 wegen sind alle Bedenken, die hier vom Kollegen Annen und von anderen geäußert worden  
27 sind, dass diese Waffen in einem innerirakischen Konflikt unter Umständen eingesetzt werden  
28 könnten, vollkommen zutreffend und richtig.

29 Ich sage das hier noch einmal: Das kurdische Unabhängigkeitsreferendum war ein schwerer  
30 politischer Fehler der kurdischen Autonomieregierung in Erbil. Die anschließenden militäri-  
31 schen Auseinandersetzungen haben das mehr als deutlich gezeigt. Deutschland darf aber nicht  
32 Partei werden in einem Prozess des Staatsverfalls des Irak. Unser Ziel muss der Erhalt der ter-  
33 ritorialen Integrität des Irak werden. Nur so kann Frieden gesichert und der Terrorismus auf  
34 Dauer besiegt werden.

35 Wir sehen sowohl in Syrien als auch im Irak eine neue Dynamik. Nicht jedes Element dieser  
36 Dynamik ist positiv. Aber eines ist völlig klar: Nach der technischen Verlängerung um drei  
37 Monate, der wir Freien Demokraten zustimmen werden, wird es eine Neubewertung der Ge-  
38 samtlage und eine Neuformulierung der Mandate – vielleicht verbunden in einem einzigen  
39 Mandat – geben müssen. Diesen Prozess werden wir Freie Demokraten konstruktiv begleiten.

40 Herzlichen Dank.

**Alexander Graf Lambsdorff Bundestag Dezember 2017 3. Rede (FDP): AGLB1217/03**

Quelle: <https://dserver.bundestag.de/btp/19/19004.pdf>

1 Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die Freien Demokraten bekennen sich ausdrück-  
2 lich zum Afghanistan-Engagement der Bundesrepublik Deutschland. Resolute Support ist ein  
3 zentraler Beitrag für die Zukunft Afghanistans. Aber wir haben schon bei der ersten Lesung  
4 eines sehr deutlich gemacht: Wir wollen dem Parlament den realistischen Blick, der hier vom  
5 Kollegen Annen erwähnt worden ist, in der Zukunft besser ermöglichen. Wir brauchen eine  
6 kritische Bestandsaufnahme, eine Bewertung des bisher Erreichten und des bisher nicht Er-  
7 reichen.

8 Es sind ja Fortschritte gemacht worden. Es gibt einen erfolgreichen Aufbau staatlicher Institu-  
9 tionen, es gibt eine Zivilgesellschaft. Aber diese Erfolge können nur da auf Dauer bewahrt wer-  
10 den, wo die afghanischen Sicherheitskräfte für Sicherheit und Stabilität sorgen. Hier geht es  
11 eindeutig um das nicht Erreichte, denn das schaffen die afghanischen Sicherheitskräfte noch  
12 nicht. Deswegen braucht Afghanistan auch in Zukunft mehr politische Aufmerksamkeit, mehr  
13 entwicklungspolitisches Engagement; es braucht aber eben auch noch mehr militärische und  
14 polizeiliche Ertüchtigung.

15 Wie aber soll das geschehen, und anhand welcher Kriterien ist der Erfolg der Mission zu mes-  
16 sen? Wir fordern die Bundesregierung auf, dies in einem jährlichen Evaluierungsbericht offen-  
17 zulegen. Ich habe es bereits gesagt: Es gibt in den USA das Verfahren des Special Inspector  
18 General for Afghanistan Reconstruction. Er legt einmal im Jahr einen entsprechenden unab-  
19 hängigen Bericht vor. Der Deutsche Bundestag braucht das auch.

20 Ich will hier aber auch eines ganz deutlich sagen: Wir werden der jetzt anstehenden technischen  
21 Verlängerung zustimmen – nicht blind, wie der Kollege von der AfD gerade gesagt hat, denn  
22 wir haben genug Informationen –, aber wir wollen in der Zukunft eine Neubewertung auf  
23 Grundlage eines Evaluierungsberichts. Wer hier heute ablehnt, wer heute dem Antrag nicht  
24 zustimmt, der will ja den Abzug binnen dreier Monate quasi erzwingen. Das ist logistisch und  
25 militärisch völlig unrealistisch, und es ist politisch und diplomatisch absolut verantwortungslos.

26 Alle unsere Verbündeten würden auf Deutschland schauen und fragen, ob wir noch alle Tassen  
27 im Schrank haben, wenn wir unsere Bundeswehrsoldaten mir nichts, dir nichts aus einem ge-  
28 meinsamen Einsatz der internationalen Gemeinschaft abziehen.

29 Ich sage es noch einmal: Es ist logistisch und militärisch unrealistisch und politisch und diplo-  
30 matisch verantwortungslos. Humanitär wäre es geradezu zynisch, weil wir die Menschen im  
31 Norden Afghanistans völlig unvermittelt alleine lassen würden. Das kann nicht deutsche Politik  
32 werden. Wir dürfen nicht zulassen, dass Afghanistan erneut ein sicherer Hafen für Terroristen  
33 wird. Wir haben es geschafft, dass in den letzten 16 Jahren von diesem Land keine Bedrohung  
34 für die Sicherheit und den Frieden der Welt ausgegangen ist. Das ist ein Erfolg, auf den wir  
35 auch in Zukunft aufbauen sollten.

36 Herzlichen Dank.

DIE GRÜNEN

2017

**Volker Beck, Bundestag Juni 2017 (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): VBB0617**

Quelle: <https://dserver.bundestag.de/btp/18/18244.pdf>

- 1 Herr Präsident! Meine Damen und Herren!
- 2 Toleranz sollte eigentlich nur eine vorübergehende Gesinnung sein: Sie muss zur Aner-
- 3 kennung führen. Dulden heißt beleidigen. So spricht Goethe.
- 4 Schwule und Lesben sind Menschen mit gleicher Würde und gleichen Rechten wie He-
- 5 terosexuelle. Daraus folgt: Das Eheverbot für gleichgeschlechtliche Partner muss fallen.
- 6 Die Ehe für alle muss kommen. Denn alles andere als Gleichberechtigung ist Diskrimi-
- 7 nierung.
- 8 Wenn der Bundestag heute die Ehe für gleichgeschlechtliche Paare öffnet, ist das ein his-
- 9 torischer Tag für unsere Minderheit. Es ist ein Beitrag zu Einigkeit und Recht und Freiheit
- 10 für unser Land. Die Verheißungen unserer Verfassung und unserer Hymne werden dann
- 11 endlich auch für Lesben und Schwule wahr.
- 12 Die Phase der Toleranz ist beendet; die Epoche der Akzeptanz kann heute beginnen.
- 13 Das Ja zur Ehe für alle nimmt niemandem etwas weg, es beendet lediglich die Diskrimi-
- 14 nierung der Lesben und Schwulen.
- 15 Ich appelliere an die Konservativen hier im Saal – ich spreche da keine Partei an, sondern
- 16 eine Werthaltung –: Konservativ sein heißt, im zu Bewahrenden das Bewahrenswerte zu
- 17 erkennen und zu erhalten. Und was ist an der Ehe bewahrenswert? Die Verantwortungs-
- 18 und Einstehensgemeinschaft zweier Menschen, aber nicht die Diskriminierung von Ho-
- 19 mosexuellen.
- 20 Heute ist ein großer Tag für Schwule und Lesben. Ich danke allen, die sich hierfür in den
- 21 letzten drei Jahrzehnten in der LGTB-Community engagiert haben, insbesondere Eddi
- 22 Stapel, Manfred Bruns, Günter Dworek vom LSVD, und die diesen Tag möglich gemacht
- 23 haben.
- 24 Vielen Dank.

**Renate Künast Bundestag Juni 2017 (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): RKB0617**

Quelle: <https://dserver.bundestag.de/btp/18/18244.pdf>

1 Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Eins will ich vorausschicken: Wir stellen  
2 heute grundlegende Weichen für das digitale Zeitalter. Wir testen nicht einfach etwas aus;  
3 vielmehr gibt Deutschland weltweit ein Muster vor. Ich weiß, dass viele andere Staaten  
4 dieser Welt beobachten, wie Deutschland diesen Bereich regelt. Das macht mir und uns  
5 an dieser Stelle übrigens Sorgen; denn wir geben vor, wie eine Abwägung zwischen Mei-  
6 nungsfreiheit auf der einen Seite und Persönlichkeitsschutz, Schutz vor Diskriminierung  
7 und Volksverhetzung auf der anderen Seite erfolgen kann, und da schauen auch nichtde-  
8 mokratische Länder auf uns. Es ist deshalb bedeutsam, was wir heute diskutieren. Darum  
9 ringen wir um Seriosität und um einen guten verfassungsrechtlichen Ausgleich.

10 Auch wenn die EU-Kommission nicht interveniert hat: Wir wissen, dass sie das Ganze  
11 als Testballon betrachtet. Wir wissen doch alle – die Komplexität des Themas kommt mir  
12 hier zu kurz; denn die ganze Debatte bezieht sich nur auf den vorliegenden Gesetzentwurf  
13 –: Eigentlich hätte hier angesichts all der Hasskommentare, die teilweise strafbar sind,  
14 teilweise nicht, und der vergifteten Debattenkultur eine Debatte darüber geführt werden  
15 müssen, was in unserer Gesellschaft passiert, was sich verändert.

16 Das erinnert mich manchmal an die Zeit nach der Wende. Denken Sie an Rostock-Lich-  
17 tenhagen, an Hoyerswerda, an Kameradschaften und an Rechtsextreme, die die Jugend-  
18 zentren übernahmen. Damals wussten demokratische Jugendliche gar nicht mehr, wo sie  
19 hingehen können. Auch damals haben wir angefangen, eine Grundsatzdebatte darüber zu  
20 führen, wie wir unsere gesellschaftlichen Strukturen und den Respekt vor dem Menschen  
21 – ich würde es positiv sagen: die Political Correctness; andere nicht zu diskriminieren,  
22 runterzumachen und zu verletzen – verteidigen und vertreten können. Das geht natürlich  
23 nicht allein mit Bußgeldtatbeständen, über die wir heute diskutieren, bei weitem nicht.

24 Diese Engführung der Debatte macht mich nervös. Auch – mit Verlaub – das Verfahren  
25 bis hierhin war nicht gut. Egal wie sehr ihr von CDU/CSU und SPD euch untereinander  
26 gekloppt habt, es war nicht gut, dass ihr erst einmal interne Gespräche geführt habt, ohne  
27 Einbeziehung des Parlaments. Zum angekündigten Evaluierungszeitpunkt wertete Herr

28 Maas diese Gespräche aus und kam kurz vor Ostern plötzlich, wie Kai aus der Kiste, mit  
29 einem Gesetzentwurf, der helles Entsetzen auslöste. Das hat nichts mit dem Niveau und  
30 der Seriosität zu tun, die wir hier gebraucht hätten.

31 Eine Abwägung zwischen Meinungsfreiheit, Persönlichkeitsschutz und Schutz vor Dis-  
32 kriminierung liefert dieser Gesetzentwurf im Übrigen nicht.

33 Meine Vorrednerin Nadine Schön hat ein schauriges Beispiel gebracht. Ich will eins hin-  
34 zufügen, um Ihnen zu zeigen, wie kompliziert das Ganze ist. Ich sage es einmal so: Auch  
35 ich habe mich über unterschiedliche Unternehmen geärgert, die glauben, sie könnten glo-  
36 busweit Geld mit Werbung usw. verdienen und mit ihren Algorithmen faktisch auch Mei-  
37 nungen machen, ohne sich um das jeweilige nationale Recht kümmern zu müssen. Der  
38 politische Druck und die Debatte waren nötig, damit an den entsprechenden Stellen über-  
39 haupt Personal eingestellt wurde, ja. Wir müssen aber eine Differenzierung hinbekom-  
40 men. Wir können nicht sagen, dass alles, worüber wir uns ärgern, gelöscht werden muss.  
41 Wir müssen, digital wie analog, mit der Meinungsfreiheit umgehen. Deshalb ist es ja so  
42 wichtig, mehr zu tun, als Paragraphen zu schaffen. Wir müssen uns wehren, gegebenenfalls  
43 aber auch Entscheidungen akzeptieren.

44 Ich war bei einem Dienstleister. Dort habe ich erzählt, was mir passiert ist. Mir hat jemand  
45 geschrieben, in grenzenloser Weisheit: Von Ihnen würde ich auch gerne ein Enthaupt-  
46 ungsvideo sehen. – Nach langem Quengeln – man muss immer nerven – durfte ich die  
47 Qualitätssicherung bei Arvato aufsuchen. Die für die Qualitätssicherung zuständige Frau  
48 hat nach langem Überlegen zu mir gesagt: Ich würde das nicht löschen, weil kein konkre-  
49 ter Hinweis und keine konkrete Aufforderung vorliegen. – Sie guckte mich unsicher an,  
50 weil ihr natürlich klar war, dass das auf emotionaler Ebene nicht das gewünschte Ergebnis  
51 war. Ich konnte ihr dann aber sagen, dass die Berliner Staatsanwaltschaft und der Gene-  
52 ralstaatsanwalt das genauso sehen.

53 Daran erkennt man das Problem: Wenn wir über das Löschen von bestimmten Inhalten  
54 reden, müssen wir uns auch fragen, ob wir uns nicht etwas vormachen. Wir reden nur  
55 über die Löscherei; aber das Verfassungsgericht hält in der Rechtsprechung immer die



56 Meinungsfreiheit hoch. Damit müssen wir uns auseinandersetzen. Dafür reicht dieser Ge-  
57 setzentwurf nicht, so sehr ich mich auch über solche Sachen ärgere und mich frage, was  
58 Geistes Kind diese Leute eigentlich sind. Die Gesellschaft muss im wahrsten Sinne des  
59 Wortes auf die Straße.

60 Meine Damen und Herren, wir hätten uns ein anderes parlamentarisches Verfahren ge-  
61 wünscht. Die Mehrheit der Sachverständigen im Ausschuss hatte neben der Verfah-  
62 renskritik auch schwere verfassungsrechtliche Bedenken an der alten Fassung des Ge-  
63 setzentwurfs geäußert. Ein paar Dinge haben Sie geändert: Sie haben den Straftatenkata-  
64 log reduziert. Der inländische Zustellungsbevollmächtigte – ich will mal loben – ist eine  
65 gute Idee; immerhin etwas. Vielleicht hätten wir in dieser Legislaturperiode an dieser  
66 Stelle enden sollen und uns Zeit lassen sollen.

67 Ein paar Regelungen sind gar nicht so schlecht, Frau Schön, zum Beispiel die regulierte  
68 Selbstregulierung. Das ist aber eine Kannregelung, die nicht sofort in Kraft tritt. Außer-  
69 dem ist sie nicht ausformuliert. Sie haben nach der Sieben-Tage-Regelung unverzüglich,  
70 in der Regel innerhalb von sieben Tagen zu löschen. Ich frage jedes Erstsemester: Wer  
71 weiß, was das bedeutet?

72 – Ich komme zum Schluss. – Sie haben beim Bußgeldverfahren eine Vorabentscheidung  
73 durch das Bundesamt für Justiz vorgesehen. Ich wünsche viel Vergnügen bei diesem  
74 schwierigen Verfahren mit Tausenden, Zehntausenden von Angaben. Sie haben nicht ge-  
75 sagt, wie unabhängig diese regulierte Selbstregulierung ist und wer sie eigentlich finan-  
76 ziert. Sie haben immerhin einen Richtervorbehalt bei der Auskunft vorgesehen.

77 Meine Damen und Herren, ich finde, wir haben eine Engführung. Dieser Gesetzentwurf  
78 entspricht nicht unseren Vorstellungen. Ich habe immer noch das Gefühl, dass der Reiz,  
79 zu löschen, größer ist als der Reiz, das Recht einzuhalten und die Meinungsfreiheit anzu-  
80 erkennen. Und ich habe das sichere Gefühl: Wir hätten eine breitere Diskussion führen  
81 müssen, eine Diskussion, in der wir die Gesellschaft entsprechend aufstellen und uns ge-  
82 meinsam für die Würde des Menschen und für Respekt einsetzen müssten. Das wird eine  
83 Aufgabe für die nächste Wahlperiode sein.

**Katrin Göring-Eckardt Bundestag Juni 2017 (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**  
**KGEB0617**

Quelle: <https://dserver.bundestag.de/btp/18/18244.pdf>

- 1 Herr Präsident! Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! Meine Damen und Herren! Auf den  
2 Tribünen und wahrscheinlich auch draußen an den Bildschirmen werden morgens zwi-  
3 schen 8 und 9 Uhr normalerweise nicht so viele schon Bundestagsdebatten verfolgen.
- 4 Man sollte mit Worten wie „historisch“ besser sparsam umgehen, doch es gibt diese Mo-  
5 mente, an denen man weiß: Hier wird gerade Geschichte gemacht. Und das hier ist ein  
6 solcher Moment.
- 7 Er ist zuerst historisch für uns, für unsere Gesellschaft und für ihre Werte, denen wir heute  
8 weiterhin Kraft verleihen: für die Menschenwürde, für die freie Entfaltung der Persön-  
9 lichkeit, vor allem für die Gleichheit aller Menschen vor dem Gesetz. Darüber – und nicht  
10 über weniger – stimmen wir heute ab, meine Damen und Herren.
- 11 Er ist sodann historisch für Lesben und Schwule, die das Unwort „verpartnern“ endlich  
12 aus dem Wortschatz streichen können. „Ja, ich will“ reicht. Es ist genug Ehe für alle da,  
13 meine Damen und Herren.
- 14 Er ist historisch für die Zivilgesellschaft und deren politischer Kampf für gleiche Rechte.  
15 Nach mehr als 25 Jahren, unzähligen CSDs, Initiativen und Aktionen freue ich mich, dass  
16 es heute hoffentlich seinen hochverdienten Höhepunkt findet, meine Damen und Herren.
- 17 Es geht um etwas Simple, um etwas Einfaches: Es geht um die Ehe. Aber es geht eben  
18 auch darum, wie wir in unserem Land zusammenleben. Die Ehe, heißt es ja, sei konser-  
19 vativ. Deswegen verstehe ich so wenig, warum dann Konservative so sehr dagegen sind.  
20 Nein, es wird niemandem etwas genommen. Vertrauen, Verbindlichkeit, Verlässlichkeit:  
21 Darum geht es, und zwar für alle. Nehmen Sie doch Ihr Gewissen in die Hand, und freuen  
22 Sie sich.
- 23 Freuen Sie sich auch, dass Paare Kinder adoptieren wollen; denn es ist großartig, mit  
24 Kindern zusammenzuleben, und zwar verbindlich und ohne Unterschied zu anderen Part-  
25 nern mit Kindern. Auch darum geht es heute.

26 Der Weg war lang: 1992 die „Aktion Standesamt“ – 250 homosexuelle Paare hatten das  
27 Aufgebot bestellt, sie könnten heute schon Silberhochzeit feiern –, 1994 der Roth-Report  
28 im Europäischen Parlament zur Gleichberechtigung. Danke, Claudia Roth.

29 Im gleichen Jahr: der erste grüne Gesetzentwurf im Bundestag. 1999 folgte die Hambur-  
30 ger Ehe, von Krista Sager durchgesetzt, die sich damals wie eine Schwiegermutter fühlte.  
31 Oder 2001: das Dauerprovisorium „eingetragene Lebenspartnerschaft“, hart erkämpft.  
32 Auch in der damaligen Koalition waren nicht alle Fans dieses Instituts. Vorkämpferin  
33 damals: Renate Künast

34 Dass sich dann einige von den unionsregierten Ländern dazu entschieden haben, dass die  
35 eingetragene Lebenspartnerschaft nur in Kfz-Meldestellen geschlossen werden konnte,  
36 zeigt mir jedenfalls, dass man ziemlich ideologisch sein kann, auch wenn es um die Liebe  
37 geht.

38 Gut, dass so etwas inzwischen nicht mehr gängige Praxis ist.

39 Seitdem gab es Anträge und Gesetzentwürfe von uns und anderen, gab es Entscheidungen  
40 des Bundesverfassungsgerichts. 80 Prozent der Menschen in diesem Land und übrigens  
41 70 Prozent der Unionswählerinnen und Unionswähler befürworten die Ehe für alle. Herr  
42 Kauder, da müssten doch eigentlich selbst Sie schwach werden. Drei Gesetzentwürfe in  
43 dieser Legislatur, darunter jener vom Bundesrat, stammen aus Rheinland-Pfalz von der  
44 grünen Ministerin Irene Alt.

45 Die Erfolge auf diesem Weg haben wir vielen Menschen zu verdanken. Mein Dank und  
46 meine Anerkennung gelten heute einem, der sich schwer selber loben kann. Deshalb stehe  
47 ich hier. Unermüdlich, beharrlich, unbeirrbar: Lieber Volker Beck, du hast deine Gegner  
48 und deine Freunde gleichermaßen genervt.

49 Es ist dein Lebenswerk. Du bist kein Lobbyvertreter. Du bist Bürgerrechtler. Darauf sind  
50 wir Grüne stolz. Danke, Volker Beck.

51 Sehr geehrte Damen und Herren, die Argumente sind ausgetauscht. Wir haben lange dis-  
52 kutiert. Lassen Sie uns Geschichte schreiben in einer Sache, die nur wenige Menschen

- 53 konkret betrifft, aber dennoch uns alle, einer Sache, die unser Land gerechter und unseren  
54 Rechtsstaat stärker macht.

### **Katrin Göring-Eckardt Elefantenrunde 2017: KGEE17**

Quelle: [https://www.youtube.com/watch?v=3mmyt3KFnZk&ab\\_channel=tagesschau](https://www.youtube.com/watch?v=3mmyt3KFnZk&ab_channel=tagesschau) (eigene Transkription)

1 **Frau Göring-Eckardt:** Nein. Nicht auf jeden Fall. Wir haben gesagt wir sind in einer sehr  
2 schwierigen und komplizierten Situation an diesem Wahlabend. Wir haben eine Auseinander-  
3 setzung im Parlament vor uns mit einer offen rechts populistischen zum Teil rassistischen Par-  
4 tei. Das bedeutet für alle Demokratinnen und Demokraten, dass sie sich Verantwortung stellen.  
5 Und der stellen wir uns auch. Das heißt nicht, dass Ergebnisse vorweg genommen werden kön-  
6 nen. Wir haben einen Auftrag von unseren Wählerinnen und Wählern. Und die haben uns ge-  
7 wählt als Partei des gemeinsamen Europas. Die haben uns gewählt als ökologische Partei, die  
8 den Klimaschutz nach vorn bringt. Wir haben ein Klimaschutzabkommen von Paris und wir  
9 stehen dafür, dass das auch umgesetzt wird. Und ganz offensichtlich geht es in diesem Land  
10 auch um Gerechtigkeit. Und dafür stehen Bündnis 90/die Grünen auch. Und diesem Auftrag  
11 wollen wir gerecht werden und dann wird man sehen jetzt in aller Ruhe bei den Analysen bei  
12 möglichen Gesprächen, ob es da zu einer entsprechenden Zusammenarbeit kommen kann.

13 **Frau Göring-Eckardt:** Also erstens sind ja in der Tat die Wahlergebnisse für die AfD im  
14 Osten, in Ostdeutschland sehr hoch und dort haben wir sie auch in den Parlamenten. Ich finde  
15 es einen guten demokratischen Brauch, dass man sich auf der einen Seite auseinander setzt mit  
16 den Thesen der AfD, mit den Anträgen. Dass man da sehr klar ist und sehr klar Paroli bietet.  
17 Aber wozu ich nicht bereit bin und das hat uns in den letzten Wochen tatsächlich auch in der  
18 Demokratie in eine Situation geführt, die nicht gut ist. Ich bin nicht dazu bereit, mir jede Debatte  
19 durch die AfD bestimmen zu lassen. Und das ist ein ganz entscheidender Punkt. Wir sollten  
20 über die Fragen, über die Probleme der Menschen reden in diesem Land. Wir sollten dafür  
21 Verantwortung übernehmen. Ich finde übrigens Herr Schulz, also dass was Sie jetzt gerade  
22 machen ist sozusagen, dass was Sie im Wahlkampf nicht gemacht haben, nämlich die harte  
23 Auseinandersetzung. Ich glaub nur nicht, was uns hilft, dass wir jetzt schon den Wahlkampf in  
24 vier Jahren vorziehen. Sondern was wir jetzt machen müssen ist uns sehr klar als Demokraten  
25 auch im Parlament, darauf zu verständigen, wie wir diese Auseinandersetzung führen. Es kann  
26 doch nicht sein, dass wir in der Partei oft eine Bühne bieten, die teilen will, die dieses Land  
27 spalten will. Und deswegen muss ganz klar so eine Partei wie Ihre, die im Nationalsozialismus  
28 auf der richtigen Seite stand unter härtesten Bedingungen, die muss daran mitarbeiten und nicht

29 in einer Konfrontation dann mit allen anderen, sondern gemeinsam mit den demokratischen  
30 Kräften.

31 **Frau Göring-Eckardt:** Nein ich lese die Zitate Ihrer Leute Herr Meuthen

32 **Frau Göring-Eckardt:** Na ja. Was man mit Herrn Höcke erleben kann. Der hat sich im Land-  
33 tag immer weiter radikalisiert. Und solche Sätze wie „Holocaust-Mahnmal ist ein Mahnmal der  
34 Schande“ kommt von Herrn Höcke. Man kann da noch eine ganze Reihe von anderen Sätzen  
35 sagen. Jetzt wird Herr Meuthen wieder sagen, es war vielleicht nicht so gemeint oder man hätte  
36 ihn falsch verstanden oder was auch immer. Ist mir auch egal. Aber diese Auseinandersetzung  
37 findet auch dort im Parlament statt. Und es ist auch richtig und es ist auch notwendig. Ich  
38 glaube, dass der Fehler gewesen ist und wenn ich das mit Verlaub sagen darf, dass liegt auch  
39 nicht nur an den Parteien. Es liegt auch an einer öffentlichen Debatte, die sich nur noch mit  
40 diesen Fragen beschäftigt hat und nur noch mit der AfD beschäftigt hat in einem großen  
41 Schwerpunkt. Und deswegen sage ich reagieren, nicht stehen lassen. Das sehe ich vielleicht  
42 anders, als Herr Lindner. Ignorieren kommt für mich nicht infrage. Aber dann zur sachlichen  
43 Debatte zurückkehren. Hat sich so angehört. Ist ja gut. Muss man so nicht. Aber es gibt einen  
44 entscheidenden Punkt, den möchte ich gerne aufmachen und an mir liegt es ja nicht die Wahl-  
45 ergebnisse anderer zu analysieren. Das muss man selber machen. Aber nur dann wenn man  
46 versucht eine solche Partei zu kopieren und ich sage das jetzt zu Herrn Herrmann, und nicht  
47 weil Sie versucht haben die AfD zu kopieren, sondern weil ich höre man möchte die rechte  
48 Flanke schließen. Meine große Sorge ist, Herr Herrmann, dass dann immer noch mehr Leute  
49 sagen, dann lieber das Original. Und das will ich nicht. Ich möchte gerne, dass die Demokraten  
50 und Demokratinnen in diesem Land, und das ist übrigens die Mehrheit, und wenn ich solche  
51 Sprüche höre, wie „wir wollen unser Land zurück“, dann muss man doch mal klar sagen, die  
52 ganz große Mehrheit der Wählerinnen und Wähler in diesem Land, die haben eben nicht die  
53 AfD gewählt. Und deswegen haben sie auch kein Recht die Debatte zu bestimmen und auch  
54 nicht so zu tun, als ob sie das Volkes Stimme sind. Das sind Sie nicht Herr Meuthen. Sie sind  
55 die Stimme einer Minderheit.

56 **Frau Göring-Eckardt:** Nein. Da geht es nicht um reizen. Das ist nicht die Kategorie. Schon  
57 gar nicht an so einem Abend, sondern da geht es um Ernsthaftigkeit und um Verantwortung.  
58 Diese beiden Sachen stehen für mich da im Mittelpunkt und natürlich trennt uns sehr vieles.  
59 Die ökologische Frage trennt uns in vielen Punkten.

60 **Frau Göring-Eckardt:** Echt nicht? Aber Herr Lindner dann ist es ja gut. Dann können wir ja  
61 dafür sorgen, dass wir den Klimavertrag von Paris in Deutschland eins zu eins umsetzen.

62 **Frau Göring-Eckardt:** Das kann man auch noch ein bisschen weiter machen wer da ideolo-  
63 gisch ist. Sie haben in Nordrhein-Westfalen dafür gesorgt aus ideologischen Gründen, dass die  
64 Braunkohle weitergeht und die erneuerbaren Energien

65 **Frau Göring-Eckardt:** Erster Punkt. Ich glaube, dass die Frage, ob es da vernünftige, ernst-  
66 hafte Gespräche geben kann, dass sie auch davon abhängen, ob man sich jetzt mal ganz ruhig  
67 hinsetzt und Zeit nimmt und nicht eine weitere Auseinandersetzung darüber führt was war,  
68 sondern was sein muss und was werden muss. Und deswegen sage ich, Ihre Frage war ja trennt  
69 uns viel von der FDP, da sage ich natürlich sind wir in der Klimaschutzfrage sehr konsequent.  
70 Das erwarten auch unsere Wählerinnen und Wähler von uns. Deswegen haben die ihr Kreuz da  
71 gemacht, weil das im Wahlkampf zentral war. Und die soziale Frage wird im Mittelpunkt ste-  
72 hen. Herr Schulz hat ja irgendwie heute Abend hier gesagt, dass er meint er muss in die Oppo-  
73 sition gehen. Das nehme ich erstmal zur Kenntnis. Ich weiß nicht, ob das so bleibt. Ich nehme  
74 es aber zur Kenntnis und sage dann: dann werden diese sozialen Fragen in den Mittelpunkt  
75 einer Regierung stellen müssen, weil Sie können ja nicht plakatieren Herr Schulz „Zeit für Ge-  
76 rechtigkeit“ und dann sagen Sie machen wir aber erst in vier Jahren. Das wird die Aufgabe sein  
77 und darüber wird zu reden sein und ich mache das sehr ernsthaft, aber ich sage auch, ich weiß  
78 nicht, ob das zu einem Ergebnis kommt. Ich kann das heute nicht sagen, weil wir alles Mögliche  
79 machen können, aber ganz bestimmt nicht heute Abend hier Koalitionsverhandlungen führen.  
80 Das wird nicht gehen. Und deswegen. Ich bin sicher wir werden uns da streiten. Es wird hart  
81 werden. Es wird schwierig werden. Es wird kompliziert werden.

82 **Frau Göring-Eckardt:** Herr Schulz. Es hilft doch jetzt nichts, dass Sie heute Abend in Ihrer  
83 Stimmung dann irgend so eine gegenseitige Denunziation machen. Darum geht's doch gar  
84 nicht.

85 **Frau Göring-Eckardt:** Das ist schön. Das freut mich.

86 **Frau Göring-Eckardt:** Das haben wir schon gehört.

87 **Frau Göring-Eckardt:** Es geht doch nicht um Atmosphäre Herr Frey. Es geht darum, ob wir  
88 in Deutschland eine vernünftige, eine gute Regierung für die Zukunft bilden können. Ja oder

89 nein. Und das werden wir heute Abend nicht klären. Da geht's nicht um Atmosphäre und ob  
90 man Bier miteinander trinkt, sondern ob man das ernsthaft will und das ist mir ein Anliegen.

91 **Frau Göring-Eckardt:** Also wenn ich mir Europa anschau als Ostdeutsche, dann ist für mich  
92 Europa immer erst ganz Europa gewesen, als Osteuropa dazu gekommen ist. Und ein Land wie  
93 Ungarn hat jetzt eine Regierung, die die Regeln nicht einhalten will. Weder was die Flücht-  
94 lingsfrage angeht und die Verteilung angeht. Mit vielen anderen Fragen auch nicht. Polen üb-  
95 rigens auch. Ich finde es richtig, dass es da die entsprechenden Verfahren gibt gegen diese  
96 Regierungen, aber wenn ich mir anschau, dass es eben in beiden Ländern auch eine Opposition  
97 gibt und dass diese Opposition damit rechnet, dass sie für Europa stehen, weiterhin und dass  
98 wir denen nicht die Tür vor der Nase zuschlagen, dann sage ich nein. So ein Land sollte Europa  
99 nicht verlassen müssen, sondern wir sollten uns darum kümmern, dass die Regeln eingehalten  
100 werden und daran auch festhalten. Und dann auch gerne die Opposition stärken, gerade in die-  
101 sen Ländern, weil da sind genügend Menschen, die sagen wir wollen Demokratie und wir wol-  
102 len dieses gemeinsame Europa. Und ich wäre die letzte, die sagen würde, dass stehen wir jetzt  
103 den Osteuropäern nicht mehr zu und ich wäre die letzte, die sagen würde die Hoffnung muss  
104 bleiben für ein solidarisches für ein gemeinsames Europa. Wir werden die Krisen in der Welt  
105 nur dann bestehen, wenn wir für dieses gemeinsame Europa stehen und dafür spielt Deutsch-  
106 land eine ganz zentrale Rolle. In der Klimafrage, in der Flüchtlingsfrage, in vielen anderen  
107 Punkten. Wenn es um wirtschaftliche Stabilität geht. Ohne das gemeinsame Europa geht es  
108 nicht.



**Oliver Krischer Bundestag November 2017 (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): OKB1117**

Quelle: <https://dserver.bundestag.de/btp/19/19002.pdf>

1 Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die gute Nachricht von der Klimakonferenz in Bonn, die in den vergangenen zwei Wochen stattgefunden hat, ist: Trotz des Ausstiegs von Donald Trump und der USA ist der internationale Klimaprozess alles andere als tot. Alle anderen Staaten sind an Bord geblieben. Es gibt eine Perspektive, das Weltklima zu retten und unseren Planeten lebenswert zu erhalten, und das, meine Damen und Herren, ist eine gute Botschaft.

7 Aber es gibt auch eine traurige Botschaft, und die betrifft uns. Beim ehemaligen Klimaschutzvorreiter Deutschland ist nicht nur der Lack ab; inzwischen hat sich herumgesprochen, dass es noch schlimmer ist: Deutschland wird, wenn nicht ganz schnell etwas passiert, seine selbstgesteckten Klimaschutzziele 2020 krachend verfehlen. Von einer Vorreiterrolle kann überhaupt keine Rede mehr sein. Die Vorreiterrolle Deutschlands ist längst passé, und das ist das Ergebnis einer Politik in den letzten Jahren, die über Klimaschutz zwar geredet hat, aber immer dann, wenn gehandelt werden musste, gegen die Interessen des Klimaschutzes gehandelt hat. Meine Damen und Herren, damit muss endlich Schluss sein.

15 Eines ist auch klar: Wir werden das Klimaschutzziel 2020, das übrigens 2007 von einer Großen Koalition beschlossen und 2010 von Schwarz-Gelb bestätigt worden ist, nicht einmal ansatzweise erreichen, wenn wir nicht in den Kohleausstieg einsteigen und jetzt sehr schnell Kraftwerkskapazitäten stilllegen. Das, meine Damen und Herren, ist notwendig, um das Klimaschutzziel zu erreichen.

20 Das Verrückte ist: Jeder, der sich ernsthaft mit diesem Thema beschäftigt, weiß, dass es bei dem Kohleausstieg in Deutschland gar nicht mehr um die Frage des Ob geht, sondern nur noch um die Frage des Wie. Da kann man sich, ehrlich gesagt, doch nur an den Kopf fassen, wenn sich in Bonn über 20 Staaten zusammentun, eine Allianz für den Kohleausstieg gründen und Deutschland wie ein begossener Pudel an der Seite steht und nicht mitmacht. Das, meine Damen und Herren, muss sich ändern, wenn wir wieder Vorreiter in der Klimaschutzpolitik werden wollen.

27 Ich finde, es muss Schluss sein damit, dass hier immer wieder der Eindruck erweckt wird, die Zukunft dieses Landes, die wirtschaftliche und industrielle Zukunft dieses Landes, hänge an

29 der Kohle. Das Gegenteil ist der Fall. Das beweisen nicht nur zahlreiche Studien; das beweisen  
30 Unternehmensallianzen, die inzwischen sagen: Ja, wir wollen, wir brauchen den Kohleausstieg  
31 in Deutschland. Das ist die Zukunft. Die Zukunft sind Erneuerbare. Kohle ist die Vergangen-  
32 heit, meine Damen und Herren.

33 Ganz ehrlich – ich kann Ihnen das nicht ersparen –: Manche schreiben „DIGITAL FIRST.“ auf  
34 Plakate. Dann muss man sich schon fragen, warum ausgerechnet die die Kohlekraftwerke aus  
35 Adenauers Zeiten unter Artenschutz stellen. Das ist nicht innovativ. Das ist nicht zukunftssträch-  
36 tig. Das bringt uns nicht nach vorne.

37 Ich sage es hier ganz deutlich: Alte, ineffiziente Kohlekraftwerke gefährden die Versorgungs-  
38 sicherheit, sie stützen sie nicht. Jeder, der sich damit ernsthaft auseinandersetzt, sollte das ein-  
39 mal verinnerlichen, meine Damen und Herren. Wir müssen – das ist auch klar – nicht nur bei  
40 der Kohle handeln. Wir müssen in allen Sektoren Klimaschutz machen. Wir müssen bei Wärme  
41 und Verkehr vorangehen. Der Kohleausstieg ist aber das zentrale Element parallel zum Ausbau  
42 der erneuerbaren Energien.

43 Mein letzter Satz, Frau Präsidentin. – Ich glaube, die wirtschaftliche Zukunft dieses Landes  
44 hängt davon ab, dass wir den Kohleausstieg schaffen, dass wir es schaffen, die Erneuerbaren  
45 auszubauen und ein klimaneutrales Land in allen Sektoren zu schaffen. Das dürfen wir nicht  
46 anderen Ländern der Welt, anderen Regionen überlassen.

47 Das ist die Herausforderung der Zukunft für Deutschland, und der wird sich dieses Parlament,  
48 eine zukünftige Bundesregierung, der werden wir alle uns ganz zentral widmen müssen.

49 Dankeschön.

**Jürgen Trittin Bundestag November 2017 (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): JTB1117**

Quelle: <https://dserver.bundestag.de/btp/19/19002.pdf>

1 Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Gauland, ich habe Ihnen aufmerksam zugehört,  
2 als Sie gesagt haben, unter den Taliban hätte es weniger Flüchtlinge nach Deutschland gegeben.  
3 Ich frage Sie: Hätten wir ernsthaft darauf verzichten sollen, dieses verbrecherische, terroristi-  
4 sche Regime auch mit militärischer Gewalt zu stürzen? Das ist doch die Frage.

5 Ich finde, dass wir diese Frage richtig beantwortet haben. Diese Antwort bringt uns in eine  
6 bestimmte Verantwortung und führt zu der Geschichte eines schwierigen Einsatzes.

7 Ich will an dieser Stelle eines sagen: Wenn man 16 Jahre dieses miterlebt hat, dann muss man  
8 doch einmal herangehen, aufzuhören, die Situation schönzureden, liebe Frau von der Leyen.  
9 Wenn man zu seiner Verantwortung steht, dann muss man sich an der Stelle ehrlich machen.

10 ISAF haben wir nicht geordnet zu Ende bringen können. Wenn ich mir die Bilanz von RSM  
11 ansehe – Graf Lambsdorff, es gibt gar nicht so viele Zweifel an den Fakten –, dann kann ich  
12 sagen: Die Zahl der zivilen Opfer ist, so die Vereinten Nationen, so hoch wie nie zuvor. Die  
13 afghanische Regierung kontrolliert weniger als 60 Prozent des Landes. Inzwischen hat die GIZ  
14 fast ihr gesamtes Personal aus Kabul abgezogen. Das alles geschieht mit RSM und trotz RSM  
15 und ist nicht neu.

16 Es wurde bisher immer nur eine Antwort gegeben: mehr von dem Gleichen. – Nachdem man  
17 ISAF nicht ordnungsgemäß beendet hatte, hat man gesagt: Wir machen noch zwei Jahre RSM.  
18 Jetzt ist man dazu übergegangen, RSM zu entfristen. Man richtet sich auf eine Dauerpräsenz  
19 am Hindukusch ein. Die Verteidigungsministerin möchte die Mission sogar aufstocken. Das  
20 geschieht in einer Situation, in der Donald Trump auftritt und in der Sackgasse, in der wir alle  
21 uns in Afghanistan befinden, verspricht, Vollgas zu geben: „We are not nation-building ... We  
22 are killing terrorists.“ Das ist eine brandgefährliche Rambo-Strategie.

23 Die Ausweitung von Drohnenangriffen und Ähnlichem wird dieses Problem nicht lösen. Wenn  
24 der CIA-Direktor verspricht, man müsse aggressiv vorgehen, um die Mission zu erfüllen, dann  
25 wird das nur ein Ergebnis haben: nicht die Lösung des Konfliktes, sondern seine Eskalation.  
26 Dieser Konflikt – das hat der Bundesaußenminister zu Recht gesagt – ist militärisch nicht zu

27 lösen. Wenn Sie sich auf Kurt Beck an dieser Stelle beziehen: Welche Konsequenz haben Sie  
28 denn daraus gezogen?

29 Wir waren da als internationale Gemeinschaft übrigens schon einmal weiter. Wir haben nicht  
30 nur mit den Taliban gesprochen, sondern deutsche Diplomaten haben den Taliban ein Büro am  
31 Golf eingerichtet, damit solche Gespräche stattfinden können. Das Ergebnis war, dass wir mit  
32 dieser Strategie aufgehört haben. Die Strategie hatte nämlich einen ganz einfachen Ansatz-  
33 punkt, der lautete: Es wird eine politische Lösung nur geben, wenn es dort auf Dauer weniger  
34 internationale Truppen gibt. Das war die Voraussetzung für eine politische Lösung.

35 Deswegen sagen wir: Wir brauchen für ein solches Mandat eine Abzugsperspektive. Auch wir  
36 sind der Auffassung, dass man dieses Land nicht einfach fluchtartig verlassen kann. Wir haben  
37 Verantwortung zu tragen. Aber es bedarf eines geordneten Prozesses. Es ist das Gegenteil eines  
38 geordneten Prozesses, wenn man an der Seite von Donald Trump in einen neuen eskalierenden  
39 Kriegseinsatz einziehen würde.

40 Deswegen, sehr geehrter Herr Gabriel, irgendwo zwischen Opposition und Regierung, wo sich  
41 die SPD gerade befindet – wir sitzen da ganz gut, mein Lieber –: Ich hätte mir gewünscht, dass  
42 Sie heute ein Mandat mit genau dieser Abzugsperspektive, über die wir alle – CDU/CSU, SPD  
43 und wir – uns übrigens einmal einig gewesen sind, vorgelegt hätten, damit wir überhaupt zu  
44 einer politischen Lösung kommen können. Sie haben stattdessen immer noch vom Gleichen  
45 geredet.

**Jürgen Trittin (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Quelle: <https://dserver.bundestag.de/btp/19/19004.pdf>

1 Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Lieber Kollege Neu, Fakt ist auch,  
2 dass über weite Teile Ihrer Rede Ihre eigene Fraktion nicht geklatscht hat, aber die AfD. Viel-  
3 leicht sollten Sie über Ihre Argumente noch einmal nachdenken. Ich sage das, weil ich Herrn  
4 Link an einer Stelle widersprechen möchte. Ich bin nämlich nicht der Auffassung – das ist der  
5 Grund, warum wir dieses Mandat von Anfang an abgelehnt haben –, dass es für dieses Mandat  
6 eine völkerrechtliche Grundlage gibt. Es gibt kein Mandat der Vereinten Nationen, das die Bun-  
7 desrepublik Deutschland ermächtigen würde, diesen Weg einzuschlagen.

8 Ich bin der Auffassung, dass wir das Völkerrecht hochhalten müssen. Sie sollten deshalb mit  
9 diesem Umstand nachdenklich und kritisch umgehen. Der Grundgedanke ist doch der: Ange-  
10 sichts einer Situation wie in Syrien, unter Teilhabe von großen Mächten, die ein Vetorecht im  
11 Sicherheitsrat haben, liegt die Versuchung immer nahe, zu sagen: Man kann doch nicht zu-  
12 schauen angesichts des Leides der Zivilbevölkerung. Dass die Menschen in Syrien die Opfer  
13 dieses Krieges sind, das kommt in dieser Debatte manchmal ein bisschen zu kurz.

14 Wir sagen oft – das haben wir hier oft erlebt –, dass wir schnell helfen wollen. Jetzt stellt sich  
15 aber heraus, dass die Frage nach der völkerrechtlichen Begründung gar keine nur rechtliche,  
16 nur abstrakte, nur moralische Frage ist, sondern auch eine höchst praktische Frage. Jetzt stellt  
17 man fest: Mit dem militärischen Sieg über Daesh ist nichts gewonnen; es bedarf einer politi-  
18 schen Lösung. Und nach wem wird jetzt zur Findung einer politischen Lösung gerufen? Nach  
19 den Vereinten Nationen.

20 Deswegen sage ich: Die vermeintliche Abkürzung hat sich in der Vergangenheit leider viel zu  
21 häufig als Umweg herausgestellt, durch den die Beendigung solcher Konflikte eher verzögert  
22 wurde. Das ist der Grund, warum wir sagen: Diese Form des Militäreinsatzes ohne ein solches  
23 Mandat geht nicht. – Deswegen plädieren wir dafür, künftig genau darauf zu achten und nach-  
24 drücklich dafür Sorge zu tragen, dass die Institution, die am Ende als Einzige in der Lage ist  
25 und die Fähigkeiten hat, solche Konflikte zu lösen, auch bei der Frage nach dem Einsatz mili-  
26 tärischer Mittel ein entscheidendes Wort mitzureden hat. Das verstehe ich unter der Bindung  
27 des Einsatzes der Bundeswehr an das Grundgesetz und an das Völkerrecht.

DIE LINKE

2017

**Dr. Dietmar Bartsch Bundestag Juni 2017 (DIE LINKE): DBB0617**

Quelle: <https://dserver.bundestag.de/btp/18/18244.pdf>

1 Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Das ist heute sicherlich ein historischer Tag  
2 für viele Menschen. Wir beschließen das Recht auf Eheschließung für Menschen gleichen  
3 Geschlechts. Das ist vor allen Dingen ein Erfolg des langjährigen Kampfs vieler Aktivis-  
4 tinnen und Aktivisten, die sich jahrelang außerhalb des Parlaments engagiert haben. Ich  
5 will denen auch ausdrücklich gratulieren.

6 Wir schaffen ein Stück weit Normalität in unserem Land. Der rechtliche Raum auch für  
7 gleichgeschlechtlich liebende Partner wird vollständig geöffnet. Aber, meine Damen und  
8 Herren, der Kampf in der Gesellschaft, der Kampf im Alltag um Gleichstellung ist noch  
9 lange nicht vorbei. Wir dürfen nicht zulassen, dass gleichgeschlechtliche Paare weiterhin  
10 an der einen oder anderen Stelle Angst haben müssen, Hand in Hand durch die Straßen  
11 zu gehen. Also lassen Sie uns den Kampf auch nach der Entscheidung heute fortführen.

12 Lieber Thomas Oppermann, liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD, ich habe Sie  
13 ja selten so gelöst erlebt wie heute. Ich will aber schon anmerken: Das hätten Sie natürlich  
14 die ganzen vier Jahre über haben können.

15 Wir hätten doch so viel an fortschrittlicher Politik hier im Deutschen Bundestag beschlie-  
16 ßen und umsetzen können. Das wäre doch wunderbar gewesen.

17 Wir als Linke werden allerdings nie die CDU-Vorsitzende um Erlaubnis fragen, ob wir  
18 fortschrittliche Politik beschließen dürfen. Das werden wir nie machen.

19 – Für Sie ist das schade, das kann ich nachvollziehen; aber wir werden es nicht machen.

20 Lassen Sie mich deswegen zum Abschluss folgende Bemerkung machen: Heute steht  
21 auch nach der Abstimmung nicht die Frage im Raum, ob Merkel oder ob Schulz gewon-  
22 nen hat. Das ist, ehrlich gesagt, in dieser Frage völlig unerheblich.

23 Ich bin stolz, dass meine Fraktion zur Ehe für alle auch einen Beitrag geleistet hat. Der  
24 erste Antrag war unser Antrag

25 – wie viele andere – mit der schönen Drucksachenummer 18/8.

26 Ich fordere Sie alle auf, heute für Würde, Gleichheit und die Liebe abzustimmen.

27 Herzlichen Dank.



**Dr. Petra Sitte Bundestag Juni 2017 (DIE LINKE): PSB0617**

Quelle: <https://dserver.bundestag.de/btp/18/18244.pdf>

1 Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Was lange währt, wird endlich gut – passt  
2 doch –, was weniger lange währt, wohl eher nicht. So jedenfalls könnte man es durchaus  
3 für das Netzwerkdurchsetzungsgesetz sagen. Es ist schon auffällig, dass heute einige The-  
4 men auf der Tagesordnung sind, die seit vielen Jahren hoch und runter diskutiert werden  
5 – wie eben die Ehe für alle, das Wissenschaftsurheberrecht, die Störerhaftung. Und doch  
6 wollen einige am liebsten die ganze Diskussion jeweils wieder von vorne aufrollen.

7 Auf der anderen Seite kann es hier, beim Netzwerkdurchsetzungsgesetz, einem vor we-  
8 nigen Monaten überhaupt erst in die Diskussion gekommenen, völlig neuartigen Geset-  
9 zesvorhaben, gar nicht schnell genug gehen. Natürlich hat Herr Maas recht: Es gibt Prob-  
10 leme mit Hass- und Falschnachrichten und der Rolle, die soziale Netzwerke da als Platt-  
11 formen spielen. Die gibt es aber nicht erst seit gestern, und sie sind unbedingt ernst zu  
12 nehmen. Gerade deshalb ist eine ernsthafte und gründliche Prüfung von Lösungsansätzen  
13 notwendig, und genau das verkörpert dieser Entwurf nicht.

14 Der Bundestag konnte ihn in den letzten Wochen auch nicht nachhaltig verbessern. Dabei  
15 will ich nicht bestreiten, dass der Änderungsantrag der Koalition einige deutliche Verbes-  
16 serungen mit sich bringt – für die war ja auch, wie angedeutet, sehr viel Luft. Es sind  
17 einige handwerkliche Probleme beseitigt. Es sind einige Stellen behoben, an denen der  
18 Entwurf weit über das hinausgegriffen hätte, was zu seiner Begründung angeführt wird.

19 Als er uns zuerst vorlag, war eines unserer größten Probleme: Worauf richten wir eigent-  
20 lich unsere Kritik? Was sollten wir kritisieren? Denn wir hätten uns in dem

21 Falle angesichts der großen Masse der zu kritisierenden Punkte auch in Details verlieren  
22 können. Der jetzt vorliegende Entwurf gibt uns zumindest die Chance, uns ganz auf den  
23 Kern des Problems zu konzentrieren.

24 Den Kern des Problems will ich anhand des neuen Entwurfs daher noch einmal sehr deut-  
25 lich nennen: Immer noch verpflichten Sie Netzwerke dazu, bestimmte Inhalte innerhalb  
26 von sieben Tagen zu löschen, wenn sie sich nicht hohen Bußgeldern aussetzen wollen.

27 Davon soll es zwar jetzt Ausnahmen geben, so zum Beispiel, wenn die Strafbarkeit von  
28 bestimmten Umständen abhängt oder wenn eine Einrichtung der Selbstregulierung ein-  
29 geschaltet wird; aber auch die soll dann innerhalb von sieben Tagen entscheiden. Ein  
30 „offensichtlich rechtswidriger Inhalt“ soll innerhalb von 24 Stunden gelöscht werden, und  
31 da darf diese Selbstregulierung nicht stattfinden.

32 Damit werden den Plattformen teils sehr schwierige rechtliche Entscheidungen auferlegt,  
33 bei denen eigentlich nur die Löschung am selben Tag tatsächlich Sanktionsfreiheit garan-  
34 tiert. Dass sie im Zweifel auch rechtmäßige Inhalte sozusagen sicherheitshalber löschen,  
35 liegt doch auf der Hand.

36 Das gilt auch dann, wenn die Koalition sagt, sie wolle erst im Wiederholungsfall und erst  
37 nach dem Nachweis von strukturellen Defiziten sanktionieren. In Anbetracht der Bedeu-  
38 tung, die soziale Netzwerke heute für unsere Kommunikation haben, wäre dieser Vorgang  
39 beunruhigend. Außerdem werden Abwägungen und Entscheidungen über Strafbarkeit,  
40 für die eigentlich Gerichte zuständig sein sollten, nach wie vor in die Hände von Privaten  
41 gelegt. Deren Macht über unser Kommunikationsverhalten wollten wir aber gerade ein-  
42 grenzen.

43 Lassen Sie mich festhalten: Es gibt also durchaus sinnvolle Teile des Gesetzes. Über Vor-  
44 schriften zur Erreichbarkeit der Netzwerke, über Transparenz- und Berichtspflichten und  
45 auch über die Strukturierung von Beschwerdeverfahren hätten wir uns wohl relativ  
46 schnell einigen können. Was darüber hinausgeht, können wir aber in dieser Form nicht  
47 mittragen.

48 Ob es überhaupt verfassungsrechtlich und europarechtlich am Ende trägt, bleibt noch of-  
49 fen. In jedem Fall kann dieses Gesetz nicht als Schlusspunkt einer Debatte stehen bleiben.  
50 Wir werden in der nächsten Wahlperiode ganz sicher erneut und umfänglich darüber be-  
51 raten müssen. Selbst die Koalitionsfraktionen haben das im Ausschuss jeweils schon zum  
52 Ausdruck gebracht.

53 Danke.

**Ralph Lenkert, Bundestag Juni 2017 (DIE LINKE): RLB0617**

Quelle: <https://dserver.bundestag.de/btp/18/18244.pdf>

1 Sehr geehrte Frau Präsidentin! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Die Strompreise für  
2 Haushalte, Handwerker sowie kleine und mittlere Unternehmen steigen massiv an. Ge-  
3 rade im Norden und Osten der Republik sind inzwischen die Netzentgelte, die Sie, liebe  
4 Zuhörerinnen und Zuhörer, zahlen, die Haupttreiber des Strompreises. Während die Netz-  
5 entgelte in Düsseldorf bei 4 Cent je Kilowattstunde liegen, liegen sie in Teilen Branden-  
6 burgs schon bei 11 Cent. Die Lage ist absurd: In Brandenburg, Sachsen-Anhalt, Schles-  
7 wig-Holstein, also dort, wo viel Strom produziert wird, ist er teurer als in Bayern, wo er  
8 aufwendig hintransportiert wird. Ein Stahlwerk in Thüringen zahlte 2016 900 000 Euro  
9 mehr Stromkosten als ein vergleichbares Werk im Ruhrgebiet. Stromintensive Unterneh-  
10 men siedeln sich dort an, wo der Strom billig ist. In der Folge wird mehr Stromtransport  
11 benötigt, werden Netze weiter ausgebaut und steigen die Netzentgelte weiter. Wir sind  
12 aber ein Land, haben einen Börsenstrompreis und sind alle auf ein funktionierendes  
13 Stromsystem angewiesen.

14 Das Stückwerk des Koalitionskompromisses, „Netzentgeltmodernisierungsgesetz“ ge-  
15 nannt, ermöglicht es jetzt wenigstens, dass die Kosten des Übertragungsnetzes zwischen  
16 den Regionen ausgeglichen werden – bis 2023.

17 – Na ja, ein Anfang, aber die große Differenz bei den Verteilnetzen bleibt. Darum fordert  
18 die Linke komplett einheitliche Netzentgelte für alle Kunden.

19 Ein Beispiel: Eine große bayerische Autofirma kauft billigsten Strom beim Kraftwerk  
20 Hamburg-Moorburg ein. Das Kraftwerk speist 10 Millionen Kilowattstunden ins Netz  
21 ein. Die bekommt es bezahlt, logisch. In Bayern kommen wegen der Transportverluste  
22 von 2 Prozent auf 100 Kilometern nur 8 Millionen Kilowattstunden an. Die Autofirma  
23 zahlt nur diese 8 Millionen, logisch. Die 2 Millionen Kilowattstunden Netzverluste zahlen  
24 Sie, die Verbraucherinnen und Verbraucher. Das ist doch absurd!

25 Dass Spekulanten und Stromhändler die Netze mitbezahlen, hätte in den Gesetzentwurf  
26 geschrieben werden müssen. Liebe Bürgerinnen und Bürger, genau diese Börsen-  
27 stromhändler, Kraftwerkskonzerne und Großkunden fordern für eigene Profite einen ma-  
28 ximalen Netzausbau; denn sie müssen den ja nicht bezahlen. Die für diese Profite geplan-  
29 ten Starkstromtrassen UltraLink, SuedLink und SuedOstLink lehnt die Linke ab.

30 Dass Alternativen technisch möglich und sogar billiger sind, hat die Studie „Dezentralität  
31 und zellulare Optimierung – Auswirkungen auf den Netzausbau“ der Stadtwerke Nürn-  
32 berg, der Friedrich-Alexander-Universität Nürnberg und der Prognos AG belegt.

33 Aber Sie von CDU/CSU und SPD und auch die Grünen hören ja lieber auf die Übertra-  
34 gungsnetzbetreiber. Sie hören lieber das Märchen, die Energiewende sei vom Netzausbau  
35 abhängig.

36 Netzbetreiber erhalten 7 Prozent garantierte Rendite auf investiertes Kapital – bei null  
37 Risiko. Da baut doch jeder Kapitalist so viele Stromtrassen wie möglich. Liebe Koalition,  
38 behaupten Sie lieber nicht, dass die Bundesnetzagentur, BNetzA, die Angaben der Netz-  
39 betreiber ernsthaft kontrolliert; denn alle Bundesregierungen haben der BNetzA eigene  
40 Berechnungsprogramme zum Stromnetz verweigert. Die BNetzA rechnet mit der Soft-  
41 ware nach, die die Netzbetreiber freundlicherweise zur Verfügung stellen. Ein Schelm,  
42 der Arges dabei denkt!

43 Darüber hinaus fehlen der BNetzA wichtige Informationen zum Stromsystem. 2014  
44 fragte ich Bundesnetzagentur und Bundesregierung nach dem Alter der Starkstromtrassen  
45 in Deutschland. Antwort: Das wissen wir nicht. Vorletzte Woche fragte ich die Bundes-  
46 netzagentur, wie viele schwarzstartfähige Kraftwerke es in Deutschland gibt. Das sind  
47 spezielle, meist Gasoder Pumpspeicherkraftwerke, die auch nach einem kompletten  
48 Stromausfall, einem Blackout, noch Strom liefern können. Für mich als Techniker war  
49 die Antwort schockierend. Die Bundesnetzagentur wusste nicht einmal, dass das größte  
50 Pumpspeicherkraftwerk Deutschlands, Goldisthal in Thüringen, schwarzstartfähig ist,  
51 also bei einem Blackout Strom liefern kann.

52 Klartext: Eine Behörde, die weder das Alter der Stromtrassen noch den Kraftwerkspark  
53 in Deutschland kennt und kein unabhängiges Rechenprogramm besitzt, kann die Berech-  
54 nungen der Netzbetreiber gar nicht nachvollziehen.

55 Wenn dieser Gesetzentwurf heute mit Koalitionsmehrheit beschlossen wird, werden diese  
56 drängenden Fragen und vor allem eine faire Kostenverteilung der Netze weiterhin nicht  
57 gelöst. Die Linke lehnt daher UltraLink, SuedLink, SuedOstLink und diesen verkorksten  
58 Entwurf eines Netzentgeltmodernisierungsgesetzes ab.

**Dr. Gregor Gysi, Bundestag September 2017 (DIE LINKE): GGB0917**

Quelle: <https://dserver.bundestag.de/btp/18/18245.pdf>

1 Vielen Dank, Herr Vizepräsident. – In den Reden vieler Rednerinnen und Redner wurden  
2 heute die ausscheidende Vizepräsidentin Edelgard Bulmahn und der ausscheidende Vi-  
3 zepäsident Johannes Singhammer gewürdigt, und ihnen wurde Dank ausgesprochen. Ich  
4 schließe mich dem selbstverständlich an. Ich bin auch den beiden Fraktionsvorsitzenden  
5 meiner Fraktion dankbar dafür, wie sie sich bei ihnen, aber vor allen Dingen auch beim  
6 Bundestagspräsidenten Professor Dr. Norbert Lammert bedankt haben. Auch dem  
7 schließe ich mich an. Aufgrund des Verhältnisses zwischen dem Herrn Bundestagspräsi-  
8 denten und mir finde ich aber, dass ein paar persönliche Worte zum Abschied vielleicht  
9 doch angebracht sind.

10 Sie, Herr Professor Dr. Lammert, gehören dem Bundestag seit 1980, also seit 37 Jahren,  
11 an und sind seit 2005 Präsident des Bundestages. Ich kann mir vorstellen, wie schwer es  
12 ist, wenn man aus einer Partei und einer Fraktion kommt und plötzlich die Zuständigkeit  
13 für alle Abgeordneten erhält, die ganz andere Herkünfte und ganz andere politische Auf-  
14 fassungen haben. Man soll ja der Präsident für alle sein. Das gelingt wirklich nicht jedem,  
15 aber ich muss sagen: Ihnen ist es wirklich gut gelungen.

16 Ich habe Sie sehr respektiert, als Sie verschiedene Abgeordnete und verschiedene Frakti-  
17 onen gegen den türkischen Präsidenten Erdogan verteidigt haben, der sie beschimpft hat.  
18 Das hat Mut gezeigt.

19 Sie haben Reden gehalten, die auch mich erstaunt haben. Sie konnten von der CSU bis  
20 zur Linken akzeptiert werden. Das muss man erst einmal hinkriegen. Aber das ist Ihnen  
21 eigentlich fast immer gelungen, muss ich sagen.

22 Sie haben sogar Auseinandersetzungen mit den Medien geführt; das heißt, Sie waren und  
23 sind auch bereit, sich unbeliebt zu machen. Auch das ist nicht selbstverständlich. Sie wa-  
24 ren auch nie parteiisch und nie der verlängerte Arm irgendeiner Koalition.

25 Ihr eigentliches Verdienst besteht darin, dass Sie so sehr Präsident des Parlaments waren,  
26 dass Sie dem Parlament eine andere Stellung in der Gesellschaft gegeben haben. Das ver-  
27 danken wir gerade Ihnen, weil Sie bewiesen haben: Man kann Präsident des Parlaments  
28 sein und keine andere Aufgabe dabei wahrnehmen. – Dafür, finde ich, gebührt Ihnen Res-  
29 pekt.

30 Sie haben, Herr Bundestagspräsident, immer die Rechte der Regierungsfractionen geach-  
31 tet, aber genauso die Rechte der Oppositionsfractionen, und Sie haben auch heute wieder  
32 über Minderheitenrechte gesprochen, die so wahnsinnig wichtig sind. Wenn eine Mehr-  
33 heit meint, die Kontrolle über sich reduzieren zu dürfen, hat sie die Demokratie nicht  
34 verstanden. Sie haben sie verstanden.

35 Weil ich älter bin als Sie, möchte ich Ihnen zum Schluss noch zwei weise Ratschläge  
36 mitgeben; dazu bin ich ja berechtigt. Der erste Ratschlag ist: Sie müssen sich ganz be-  
37 wusst entscheiden, das Alter zu genießen. Alles andere hat keinen Sinn. Mein zweiter  
38 Ratschlag ist: Re den Sie bloß nicht so viel über Krankheiten. Das macht nicht gesund.

39 Nun will ich Ihnen als Letztes – ich hoffe, im Namen des ganzen Hauses, aber vor allem  
40 in meinem Namen – in jeder Hinsicht Wohlergehen für Ihren neuen Lebensabschnitt wün-  
41 schen und einfach ein Wort sagen: Danke!

### **Katja Kipping Elefantenrunde 2017: KKE17**

Quelle: [https://www.youtube.com/watch?v=3mmyt3KFnZk&ab\\_channel=tagesschau](https://www.youtube.com/watch?v=3mmyt3KFnZk&ab_channel=tagesschau) (eigene Transkription)

1 **Frau Kipping:** Ich sehe es anders als Sie. Meine Partei hat zugelegt. In absoluten Zahlen sogar  
2 deutlich. Insofern würde ich sagen, gehören wir zu den Gewinnerinnen dieses Wahlabends. Wir  
3 haben bei den unter 30-Jährigen noch deutlich besser, als generell. Das stimmt mich optimis-  
4 tisch, was unsere Zukunft anbelangt. Und natürlich ist es ein schöner Brauch an so einem Abend  
5 sich zu allererst bei den Wählerinnen und Wählern zu bedanken. Das möchte ich auch tun.  
6 Aber natürlich haben wir gemischte Gefühle. Das will ich hier ganz klar zugeben, weil unterm  
7 Strich muss man sagen ist natürlich dieses Wahlergebnis Ausdruck einer gesellschaftlichen  
8 Rechtsverschiebung und dass das sag ich mal fortschrittliche Mitte-Links-Lager wahrscheinlich  
9 zum ersten Mal seit 1990 jetzt unter 40 Prozent kommt, das ist etwas was eine große Heraus-  
10 forderung an uns stellt. Ich kann nur sagen ab morgen gilt es für andere Mehrheiten zu kämpfen,  
11 fürs Fortschrittliche.

12 **Frau Kipping:** Also wenn wir über die Sorgen, die Alltagsorgen der Menschen reden, wäre  
13 es glaub ich auch nochmal ganz gut, wenn wir auch nochmal über die Probleme reden, die den  
14 Menschen auch unter den Nägeln brennen: das ist nämlich Mangel an bezahlbarem Wohnraum,  
15 das ist drohende Altersarmut, dass die Rente immer weniger vor Armut schützt und das man  
16 im Pflegebereich einen akuten Personalmangel hat. Ich finde diese Themen sind im Wahlkampf  
17 viel zu kurz gekommen. Es ist unter anderem den Wahlkämpfen meiner Partei zu verdanken,  
18 dass sie überhaupt stark gemacht wurden, dass sie in Talkshows wenn überhaupt nur am Rande  
19 vorgekommen sind. Und ich glaube was dieses Land braucht, ist eine Opposition in Bewegung,  
20 die sich genau dafür stark macht, dass es mehr soziale, dass es mehr ökologische Gerechtigkeit  
21 gibt.

22 **Frau Kipping:** Herr Meuthen. Haben Sie Ihrem eigenen Spitzenkandidaten zugehört? Ich  
23 meine Sie haben einen Spitzenkandidaten der sagt man muss stolz sein auf die Leistung der  
24 Soldaten in zwei Weltkriegen. Der meint, dass was die Wehrmacht im zweiten Weltkrieg ge-  
25 macht hat.

26 **Frau Kipping:** Wollen Sie behaupten, dass ein Vernichtungskrieg, der von deutschem Boden  
27 ausgegangen ist, was ist auf das man stolz sein kann? Wollen Sie ernsthaft behaupten, dass die



28 Leute in Ihren eigenen Reihen in Gedenken an den Holocaust aus den Geschichtsbüchern strei-  
29 chen wollen?

30 **Frau Kipping:** Also ich zur Ursachenanalyse folgendes sagen: erstens ich glaube, dass kultu-  
31 relle und ökonomische Verlustängste und Existenzängste ein guter Nährboden sind, dafür dass  
32 rechtspopulistische Propaganda aufgehen kann. Das ist keine Entschuldigung. Aber wenn wir  
33 an die Ursachen ran wollen, müssen wir eine Politik der sozialen Verunsicherung beenden. Zum  
34 zweiten habe ich sehr genau beobachtet auch in Dresden wieder die rassistische wöchentliche  
35 Mobilisierung funktioniert hat, wenn andere Parteien anfangen deren Problembeschreibung zu  
36 übernehmen, macht das die nicht kleiner, sondern im Gegenteil größer und wenn da noch eine  
37 entsprechende Gegenmobilisierung ausbleibt. Das war ja auch der Unterschied zwischen  
38 Leipzig und Dresden zu beobachten. In Leipzig hat es von Anfang an eine starke Gegenmobi-  
39 lisierung gegeben. Deswegen hat dort die rassistischen wöchentlichen Demonstrationen nie  
40 diese Größe erreicht. Und das dritte muss ich natürlich auch zurückgeben an die Medien. Also  
41 wenn es eine Themensetzung gibt wo soziale Themen wirklich nur als Randthemen vorkom-  
42 men. Ja also bei dem Fernsehduell zwischen den beiden, da wurde ja irgendwie 60 Minuten  
43 über die Flüchtlinge als potenzielle Gefahr gesprochen und das lag in dem Fall wirklich an den  
44 vier Moderatoren, die ein entsprechendes Themensetzen vorgenommen haben. Ich habe sozu-  
45 sagen folgende Schlussfolgerung daraus gezogen: erstens man muss hier klar sein. Darf die  
46 Deutungsmuster nicht übernehmen, sondern klare Kante dagegen nehmen. Auch aus einem an-  
47 deren Grund: Wer wirklich wissen will, wo das Geld der kleinen Leute geblieben ist, der darf  
48 nicht nach unten treten, sondern der muss nach oben schauen. Und was Sie von der AfD machen  
49 ist ein übliches Ablenkungsmanöver, weil Sie allen Leuten, die zu Recht Probleme haben, weil  
50 sie einen Job nicht finden, weil sie keine bezahlbare Wohnung finden, denen einreden die Ge-  
51 flüchteten sind dran schuld. Und im Windschatten dieses Ablenkungsmanövers können sich  
52 Mietspekulanten wunderbar ins Fäustchen lachen, weil sie sagen es wird keinen gesellschaftli-  
53 chen Druck geben dafür, dass sie sozusagen unser Preistreiben bei den Mietenexplosionen ent-  
54 sprechend geändert wird und deswegen möchte ich abschließend sagen: Wir wollen keine  
55 Stimme für Nazis und Rassisten. Das steht für uns fest und zweitens wir werden sie immer  
56 inhaltlich stellen. Wir werden sie auch dann inhaltlich stellen und zum Beispiel darauf hinwei-  
57 sen, dass eine ihrer Spitzenkandidatinnen bei der Frage wo sie 50 Milliarden Euro einsparen  
58 will, als erstes der Sozialhaushalt eingefallen ist. Das ist der Haushalt wo zum Beispiel Leis-

59 tungserwerbslose oder arme Rentnerinnen und Rentner herkommen. Wir werden deutlich ma-  
60 chen, sie haben keinerlei Lösungen für Menschen, die sozusagen von Armut bedroht sind oder  
61 besser gestellt werden wollen.

62 **Frau Kipping:** Das ist eine Falschdarstellung.

63 **Frau Kipping:** Wir wollen mehr bezahlbaren Wohnraum durch eine ordentliche Mietober-  
64 grenze und dadurch das wir pro Jahr 250 000 neue Wohnungen im bezahlbaren Bereich schaf-  
65 fen und Sie haben schon wieder gezeigt, dass wenn immer irgendwo ein soziales Problem auf-  
66 taucht, ist die einzige Antwort die Ihnen einfällt, auf Geflüchtete die Schuld zu schieben und  
67 das wird nichts der Probleme lösen, die wir haben.

68 **Frau Kipping:** Wir sind überzeugt, dass der Kurs auf mehr Aufrüstung zu setzen, auf militäri-  
69 sche Intervention zu setzen diese Welt nicht sicherer gemacht hat und finden deswegen, wenn  
70 es mehr europäische Zusammenarbeit geben muss, dann beim Stopp von Rüstungsexporten,  
71 aber nicht beim Einkaufen von Panzern. Und ich würde sagen, wenn es um den Kampf gegen  
72 Armut geht, da braucht es mehr europäische Zusammenarbeit. Was ich aber für grundfalsch  
73 finde, wenn unsere einzige Antwort auf die Sinnkrise der EU darin besteht zu sagen, jetzt ko-  
74 pieren wir das Modell der USA als Weltpolizist und Militärmacht sozusagen zu versuchen die  
75 Probleme zu lösen. Ich würde sagen ganz im Gegenteil die EU sollte als eine Kraft der zivilen  
76 Konfliktprävention auftreten.

**Jan Korte Bundestag Oktober 2017 (DIE LINKE): JKB1017**

Quelle: <https://dserver.bundestag.de/btp/19/19001.pdf>

1 Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Damen und Herren! Bei  
2 aller Kritik an der parlamentarischen Demokratie, der Geschäftsordnung und vielem an-  
3 deren mehr will ich zumindest an eines erinnern: Wir sitzen hier aufgrund von freien  
4 Wahlen. Das haben Millionen andere nicht.

5 Und wir sind dem Grundgesetz verpflichtet, das nicht einfach irgendein Gesetz ist, son-  
6 dern das die humane und demokratische Antwort auf die Verheerung und die Leichen-  
7 berge des NS-Faschismus gewesen ist. Das gilt es jeden Tag zu verteidigen.

8 Aber es gibt natürlich auch berechtigte Kritik an unserem Verfahren hier, am Parlamen-  
9 tarismus. Dieser müssen wir uns stellen, und wir müssen das bessern. Deswegen haben  
10 wir als Linke zwei Änderungsanträge eingebracht, die ich kurz vorstellen will.

11 Wir wollen das Ganze lebendiger machen. Wir brauchen natürlich wirklich eine bessere  
12 Kontrolle des Regierungshandelns, und wir müssen die Abgeordnetenrechte und den  
13 Bundestag als solchen stärken. Jeder, der einmal die Regierungsbefragung und die Fra-  
14 gestunde gesehen hat – oder besser gesagt: ertragen musste –, entweder live hier oder bei  
15 Phoenix, weiß, dass wir diese grundlegend reformieren müssen. Dazu hat der geschätzte  
16 Präsident Lammert viel Richtiges gesagt.

17 Dazu gehört zwingend, dass die Fraktionen, besonders natürlich die Oppositionsfraktio-  
18 nen, hier Themen vorschlagen können, die zum Beispiel – so sie denn gewählt ist – der  
19 Bundeskanzlerin und der Bundesregierung sehr unangenehm sind. Das ist ganz zentral.

20 Ich will eines sagen: Was wirklich nicht geht, ist, dass es eine Befragung der Bundes-  
21 kanzlerin lediglich in der Bundespressekonferenz gibt. Das geht nicht, liebe Kolleginnen  
22 und Kollegen.

23 Ich glaube, wir sollten das auch noch aus einem anderen Grunde tun: Erstens wollen wir  
24 hier besser werden: besser arbeiten, bessern streiten, wofür man übrigens Sachargumente  
25 und viele Stunden Zeit braucht. Ich glaube ferner, dass es auch politisch sinnvoll ist, heute  
26 ein Zeichen an diejenigen zu senden, die sich abgewandt haben, die gar keine Teilhabe

27 an dieser Demokratie mehr haben, die nicht mehr wählen gehen, die damit nichts mehr  
28 zu tun haben wollen. Dafür ist es, finde ich, das Mindeste, zu versuchen, es besser zu  
29 machen.

30 In diesem Zusammenhang komme ich zum zweiten Antrag, den meine Fraktion, Die  
31 Linke, einbringt. Wir möchten – so wie es im Grundgesetz vorgeschrieben ist – sofort,  
32 also heute, die vier im Grundgesetz zwingend vorgeschriebenen Ausschüsse des Bundes-  
33 tages einsetzen. Das sind der Auswärtige Ausschuss, der Europaausschuss, der Verteidi-  
34 gungsausschuss und der Petitionsausschuss.

35 Warum? Erstens. Wir alle hier – deswegen sitzen wir zusammen – sind gewählt. Das hat  
36 nichts mit Koalitionsverhandlungen zu tun. Der Bundestag ist gewählt! Wir sollten mit  
37 der Arbeit beginnen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

38 Zweitens. Wählerinnen und Wähler haben logischerweise gerade in diesen Zeiten einen  
39 Anspruch darauf, dass das Parlament arbeitet, dass wir miteinander streiten und ringen.  
40 Wir müssen in den nächsten Monaten Auslandseinsätze der Bundeswehr verlängern, bes-  
41 ser: ablehnen. Aber dafür muss man beraten und Expertise einholen. Das ist doch eigent-  
42 lich völlig logisch.

43 Ob Jamaika nun kommt oder nicht, werden wir alles sehen. Aber die Verhandlungen kön-  
44 nen doch nicht allen Ernstes dazu führen, dass wir monatelang den Bundestag in Geisel-  
45 haft nehmen, bis Sie Ihre Befindlichkeiten in Ihrer Koalition gelöst haben; das geht nicht.  
46 Lassen Sie uns als Bundestag arbeiten und streiten!

47 Der letzte Punkt, den ich ansprechen möchte, ist: Das hat auch etwas mit dem Selbstbild  
48 des Bundestages zu tun. Sind wir als Abgeordnete so selbstbewusst, zu sagen:

49 „Die innere Organisation des Bundestages hängt nicht an Koalitionsverhandlungen, egal  
50 wie sie aussehen“? Ich finde, dieses Selbstbewusstsein sollten wir haben, liebe Kollegin-  
51 nen und Kollegen.

52 Deswegen zielen unsere Anträge auf die Stärkung des Bundestages, auf mehr Diskurs in  
53 diesem Bundestag und heute vor allem als ein Zeichen an diejenigen, die sich abgewandt

54 haben, aber für die wir auch hier sitzen und die wir zurückgewinnen müssen, für demo-  
55 kratische Lösungen, für Streit, für die Menschenwürde und für das Kenntlichmachen, wo  
56 in diesem Haus die fundamentalen Unterschiede liegen. Dafür ist erforderlich, dass wir  
57 als Bundestag beginnen, zu arbeiten. Das müsste doch eigentlich auf der Hand liegen.  
58 Deshalb bitte ich um Zustimmung für unsere Änderungsanträge.

**Jan Korte Bundestag November 2017 (DIE LINKE): JKB1117**

Quelle: <https://dserver.bundestag.de/btp/19/19002.pdf>

1 Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es ist ja ganz gut, dass wir in diesen  
2 ernstesten Zeiten den Humor noch nicht verloren haben. Denn, Kollege Buschmann, das war wirk-  
3 lich der Gag der Woche – ganz sicher –, dass ausgerechnet die FDP anderen vorwirft, ein Auf-  
4 merksamkeitsdefizit-Syndrom zu haben, so als ob Sie davon frei wären. Das war am frühen  
5 Morgen nicht schlecht; der Gag war wirklich gut. So viel Humor muss man nach diesem Wo-  
6 chenende haben.

7 Ich will aber nun zur Sache kommen. Sowohl der Kollege Schneider als auch der Kollege  
8 Buschmann als auch der Kollege Grosse-Brömer haben ja im Kern gesagt, man sollte dem An-  
9 trag der Linken auf Einsetzung von Ausschüssen zustimmen.

10 Es geht Ihnen nur um den Zeitpunkt; Sie haben die ganze Zeit erzählt, dass wir irgendwann die  
11 Fachausschüsse einsetzen müssen. Wir könnten das schnell und schmerzlos umsetzen. Stimmen  
12 Sie einfach unserem Antrag zu. Dann haben wir die Fachausschüsse eingesetzt. Das ist doch  
13 eine gute Sache.

14 Was ist der Hintergrund unseres Antrags? Sondierungen verlaufen mal gut und auch mal  
15 schlecht; das ist so, das muss jeder selber mit sich ausmachen. Die derzeitige Situation hat eine  
16 konkrete Folge, nämlich dass wir – der Präsident hat es erwähnt – eine geschäftsführende Bun-  
17 desregierung haben, die auf der Regierungsbank versammelt ist, und nach dem Stand der Dinge  
18 wird sie dort noch ein wenig länger sitzen. Das ist nun einmal so. Das sind die Verfahren, wie  
19 sie durch das Grundgesetz vorgeschrieben sind. Daraus ergibt sich allerdings ein Problem für  
20 das Parlament. Wenn eine kommissarische Bundesregierung, wie sie hier sitzt, logischerweise  
21 politisch nur eingeschränkt handlungsfähig ist, dann ist es von entscheidender Bedeutung, dass  
22 das Parlament voll und ganz handlungsfähig ist, meine Damen und Herren.

23 Ich möchte noch etwas zu dem Hauptausschuss sagen; denn Kollege Grosse-Brömer hat etwas  
24 erzählt, was schlicht nicht zutrifft. Ich will das für die Zuschauer noch einmal sagen: Ein Gre-  
25 mium von 47 Bundestagsabgeordneten – so ist das vorgesehen – soll die Arbeit des gesamten  
26 Bundestages, von allen Bundestagsabgeordneten erledigen.

27 Da können Sie doch nicht allen Ernstes sagen: Das ist effizient. Ich möchte Sie auf einen Bruch  
28 in der Logik Ihrer Argumentation aufmerksam machen: Wenn das wirklich so ist, dann müssten  
29 wir für die gesamte Legislaturperiode nur einen Hauptausschuss haben. Das ist ein gewisser  
30 Widerspruch, den Sie hier zutage gefördert haben.

31 Ich will noch etwas Inhaltliches sagen. In dem einzurichtenden Hauptausschuss werden 47 Abgeordnete  
32 sitzen, dabei haben wir derzeit über einige wichtige Fragen jenseits von parteipolitischen Befindlichkeiten  
33 zu diskutieren. Wir müssen Auslandseinsätze verlängern, besser gesagt, ablehnen, und das muss man doch  
34 in aller Ruhe und mit Expertise diskutieren und nicht unter „ferner liefern“ in einem Supergremium.

36 Was ist mit der Klimapolitik? Welche außenpolitischen Krisen gibt es? Was für eine schlimme  
37 Politik macht der US-Präsident? Was ist mit der Schere zwischen Arm und Reich? Da können Sie doch nicht  
38 allen Ernstes sagen, nur weil wir noch keine neue Regierung haben, diskutieren wir das nicht in Ruhe  
39 und sachlich.

40 Gerade Sie fordern von den Menschen sehr viel Flexibilität. Und dann sind Sie nicht in der  
41 Lage, wenn es denn eine neue Regierung gibt, relativ flexibel die Ausschüsse so anzupassen, dass sie  
42 spiegelbildlich zu den neuen Ministerien passen? Das muss doch wohl möglich sein, auch in der Unionsfraktion,  
43 liebe Kolleginnen und Kollegen.

44 Letzter Punkt. Trotz all der Debatten, die wir führen und auch in den nächsten Monaten führen werden:  
45 Es kann eine große Stunde des Parlaments kommen. Wir sind seit dem 24. September gewählt, und jeder hat  
46 hier einen Job zu machen, ganz egal, was für eine Regierung es gibt und wann es sie gibt. Diese Zeit kann  
47 politisch spannend und auch eine Chance sein. Machen Sie sich keine Sorgen, dass hier jeder Linkenantrag  
48 durchgehen wird, wenn wir die Diskussion offen gestalten. Das wird so nicht sein. Aber vielleicht gibt es  
49 zum Beispiel beim Thema Kooperationsverbot über Parteigrenzen hinweg eine Mehrheit, um sachlich und  
50 sinnvoll zu entscheiden.

52 Derzeit wird der Deutsche Bundestag aufgrund der Abläufe, wie wir sie gestalten, viel kritisiert.  
53 Es gibt aber auch viel unberechtigte Kritik. Wenn wir jetzt anfangen, substanziell und sachlich über die  
54 Einsetzung der Ausschüsse zu diskutieren, dann kann man das schlechte Bild, das es von diesem Hause  
55 gibt, ein Stück weit korrigieren. Deswegen sehe ich nach allen Wortbeiträgen eine große Zustimmung zu  
56 unserem Antrag, um die ich auch bitte.

57 Vielen Dank.



AFD

2017

### Jörg Meuthen Elefantenrunde 2017: JME17

Quelle: [https://www.youtube.com/watch?v=3mmyt3KFnZk&ab\\_channel=tagesschau](https://www.youtube.com/watch?v=3mmyt3KFnZk&ab_channel=tagesschau) (eigene Transkription)

1 **Herr Meuthen:** Ihre Frage insinuiert ja, dass wir bis jetzt Krawall und Populismus gemacht  
2 hätten. Dem würde ich schon widersprechen. Wir haben in allen Landtagen eine konstruktive  
3 Zusammenarbeit angeboten. In einigen ist das auch angenommen worden. In anderen nicht.  
4 Krawall ist für uns keine Kategorie. Wir wollen eine sehr harte, deutliche Opposition machen.  
5 Die hat dieses Land auch bitter nötig, denn die hat dieses Land bisher nicht gehabt. Wir beklagen  
6 die multiplen Rechtsbrüche, die sich zugetragen haben und weiter zutragen in der Migrati-  
7 onspolitik, in der Europapolitik. Und da wird sich, egal wer da regiert, warm anziehen müssen,  
8 denn das werden wir nicht auf sich beruhen lassen.

9 **Herr Meuthen:** Das heißt, dass im deutschen Bundestag zuvorderst eine Politik gemacht wer-  
10 den soll für das deutsche Volk. So ist es vorgesehen. Das ist der Verfassungsauftrag. Und dass  
11 es keine Missverständnisse gibt: Zum deutschen Volk gehören sehr wohl, für die gesamte Al-  
12 ternative für Deutschland, auch Menschen mit Migrationshintergrund und das sind sehr viele  
13 in diesem Land, die bestens integriert unsere Gesetze achtend, arbeitend und mit ihrer Familie  
14 hier lebend unter uns leben. Die sind Bestandteile unseres Volkes. Und ich sage Ihnen, wenn  
15 immer wieder gesagt wird, dieser Unfug, offensichtlich kommt hier niemand recht aus dem  
16 Wahlkampfmodus raus, wir seien rechtsextrem oder schlimmeres. Wir seien womöglich rassis-  
17 tisch oder ähnliches. Sie lesen Frau Göring. Wenn Sie meinen Willkommenskultur sei der beste  
18 Schutz vor Terroristen, dann haben Sie vielleicht die falschen Quellen.

19 **Herr Meuthen:** Aber schauen Sie mal wer die AfD tatsächlich wählt und wo wir die stärksten  
20 Zahlen haben. Dann werden Sie feststellen das ist de facto unter genau diesen Migranten. Unter  
21 Menschen mit Migrationshintergrund und die hier bestens integriert leben. Und die selber nicht  
22 mehr fassen können, was mit diesem Land passiert. Und zwar unter Umgehung des Rechtsstaa-  
23 tes. Lassen Sie mich das gerade sagen. Wenn Frau Merkel hier sagt, dass sei alles rechtens  
24 gewesen, dann soll sie sich bitte im neuen deutschen Bundestag einem Untersuchungsausschuss  
25 stellen. Es gibt verschiedene Verfassungsrechtler, führende Staatsrechtler unseres Landes, wie  
26 Professor de Fabio, Professor Pahp hier. Menschen, die im Verfassungsgericht gearbeitet ha-  
27 ben. Die sagen es sind eklatante Rechtsbrüche dieser Regierung. Und jetzt kommt ein Gutach-

28 ten der wissenschaftlichen Dienste des deutschen Bundestages heraus, dass ebenfalls die Recht-  
29 mäßigkeit der Maßnahmen, die Frau Merkel erneut verteidigt hat, massiv in Frage stellt. Wir  
30 fordern Rechtsstaatlichkeit.

31 **Herr Meuthen:** Wir werden Ausländerfeindlichkeit ebenso wenig dulden wie rassistische Po-  
32 sitionen. Wir haben sie aber auch schlicht nicht. Wir sind Patrioten.

33 **Herr Meuthen:** Frau Kipping wollen Sie Herrn Mitterand angreifen? Das hat Herr Mitterand  
34 auch gesagt. Und übrigens auch Konrad Adenauer. Wollen Sie ihn auch angreifen?

35 **Herr Meuthen:** Ich möchte erst antworten mit Verlaub. Ich würde Wert darauf legen zu ant-  
36 worten. Schauen Sie mal: Was in unserem Land passiert, ist tatsächlich eine sukzessive Auflö-  
37 sung unserer Nation, weil wir ein Ausmaß an illegaler Migration haben, das ist für die Men-  
38 schen mit Händen zu greifen, dass dieser Gesellschaft nicht zuträglich ist. Sie mögen anderer  
39 Auffassung sein. Dann lassen Sie uns darüber in guten demokratischen Diskurs streiten. Das  
40 werden wir im Bundestag tun. Nicht mehr und nicht weniger. Ich respektiere das absolut, dass  
41 Menschen dazu eine andere Auffassung haben. Ich habe das selber auf dem Parteitag gesagt,  
42 ich sehe zum Teil in den Innenstädten, in denen ich mich bewege, noch vereinzelt Deutsche.  
43 Das kann nicht Ziel unserer Politik sein.

44 **Herr Meuthen:** Das ist eine AfD Position übrigens. Eine von vielen, die Sie kopiert haben.

45 **Herr Meuthen:** Gut einstudiert.

46 **Herr Meuthen:** Selbstverständlich. So wie wir das in Landtagen auch tun. Ja das werden wir.

47 **Herr Meuthen:** Entschuldigung. Aber ein Parlament ohne Provokation kann es nicht geben.  
48 Eine Opposition muss auch in der parlamentarischen Debatte provozieren. Ich erinnere mich  
49 an die vielen vielen lebhaften Debatten früherer Dekaden. Die werden Sie sicherlich auch noch  
50 kennen. Als wir im Bundestag noch wirklich eine Diskussionskultur hatten. Sagen Sie mir eine  
51 einzige Debatte der jetzt zu Ende gehenden Legislaturperiode, an die man sich nachhaltig erin-  
52 nern wird. Da wird nicht viel übrig bleiben, weil das nämlich verloren gegangen ist. Also strei-  
53 ten werden wir und Streit hat durchaus auch mal mit Provokation zu tun. Und ich möchte gerne  
54 einen Satz dazu sagen, was Frau Kipping zur Wohnungsproblematik sagt. Ein einziger Satz.  
55 Ich nehme an Frau Kipping möchte Migranten in diesem Land keinen Wohnraum zur Verfü-

56 gung stellen. Anders kann ich mir das nicht erklären. Denn wenn wir einen gegebenen Wohn-  
57 raum haben, können wir nicht in Nullkommanichts nach oben anpassen. Das geht objektiv nicht  
58 und wir haben einen enormen Zustrom von Migranten, die untergebracht werden müssen.

59 **Herr Meuthen:** Da komme ich in eine ganz normale Nutzungskonkurrenz. Falschdarstellungen  
60 sind Ihre Artikulierungen meiner Partei. Da ist eine Konkurrenzsituation gegeben. Das ist ein  
61 objektives Faktum. Darüber kann man gar nicht streiten.

62 **Herr Meuthen:** Das ist schön, wenn man dabei mal bei den Tatsachen bliebe.

63 **Herr Meuthen:** Definitiv nein. Ich möchte richtigstellen, was Herr Lindner eben sagte, weil er  
64 wieder einmal sagte, was uns gerne angeheftet wird. Wir seien Feinde der europäischen Union  
65 oder ähnliches mehr. Wir haben ein ausdrückliches Bekenntnis zur europäischen Union, der  
66 wir viele Errungenschaften verdanken. So zum Beispiel den europäischen Binnenmarkt. Das  
67 Friedensprojekt Europa. Hinter all dem stehen wir. Insofern ist es ziemlich unanständig uns zu  
68 unterstellen, wir seien sozusagen die Anti-Europäer. Das ist ein politischer Trick, der immer  
69 wieder angewandt wird. Er stimmt aber nicht. Wir wollen aber ein Europa der Vaterländer. Und  
70 da schließt sich der Kreis zu Ihrer Frage. Ein Europa der Vaterländer, das sehr starke Autono-  
71 mien der Länder in den sie betreffenden Entscheidungen lässt, sodass nur die Aufgaben wirk-  
72 lich auf der EU-Ebene sein sollen. Das ist der urliberale und subsidiäre Gedanke.

73 **Herr Meuthen:** Also, wenn eine Nation sagt sie möchte eine geringere Menge an Flüchtlingen  
74 aufnehmen als das hier vielleicht in Deutschland gesehen wird, so ist das ist gutes Recht. Darum  
75 habe ich Ihre Frage auch klipp und klar mit nein beantwortet. Die europäische Union soll nicht  
76 Staaten wie Ungarn oder Slowakei zwingen dürfen mehr Migranten aufzunehmen, als sie das  
77 selber wollen.

**Dr. Bernd Baumann, Bundestag Oktober 2017 (AfD): BBB1017**

Quelle: <https://dserver.bundestag.de/btp/19/19001.pdf>

1 Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Immer deutlicher zeigte sich im Verlauf dieses  
2 Jahres, dass die AfD in den Bundestag einziehen würde und dass sie auch den Altersprä-  
3 sidenten stellen würde, weil sie neben vielen jungen Abgeordneten eben auch den ältesten  
4 Abgeordneten mit an Bord hatte.

5 Als dies deutlich wurde, änderten Sie hier im alten Bundestag ganz schnell die Geschäfts-  
6 ordnung – knapp vor der Wahl, zwei Wochen vor Ende Sitzungsperiode. Meine Damen  
7 und Herren, das war ein so durchsichtiges Manöver; das lassen wir Ihnen hier nicht durch-  
8 gehen!

9 Eine List, mit der Sie die AfD ausgrenzen wollten! Das kann so nicht weitergehen!

10 Die AfD hatte gerade den 13. Wahlsieg in Folge erzielt – eine Triumphserie bei Land-  
11 tagswahlen, die so zuvor keine Partei nach ihrer Gründung erzielt hatte.

12 Der alte Bundestag aber änderte die Geschäftsordnung plötzlich so, dass nicht mehr der  
13 älteste Abgeordnete, sondern der mit der längsten Dienstzeit die erste Sitzung als Alters-  
14 prääsident eröffnen sollte. Und das würde dann nicht mehr ein AfD-Abgeordneter sein.  
15 Sie begründeten dies damit, dass nur der dienstälteste Abgeordnete eine korrekte Sit-  
16 zungsleitung sicherstellen könne. Das war das Argument. Aber, meine Damen und Her-  
17 ren, seit 1848 ist in Deutschland Tradition, dass die konstituierende Sitzung natürlich vom  
18 ältesten Mitglied der Versammlung eröffnet wird.

19 Das war eine Tradition von der Frankfurter Paulskirche bis Gustav Stresemann, von A-  
20 denauer über Brandt bis Kohl, ja bis zu der ersten Regierung Merkel. Alle Reichstage,  
21 alle Bundestage konnten dem Argument

22 „Dienstalter“ nichts abgewinnen. Das ist ja auch klar. In 150 Jahren Parlamentsgeschichte  
23 blieb die Regel des Alterspräsidenten unangetastet.

24 Wollen Sie sich auf solch schiefe Bahn begeben? Kommen Sie zurück auf die Linie der  
25 großen deutschen Demokraten! Dazu fordere ich Sie hier auf.

26 Denn stets eröffnete der Parlamentarier, der aufgrund von Lebenserfahrung und Alters-  
27 weisheit Versammlungen besonders umsichtig eröffnen konnte. Das waren die Idee und  
28 die Tradition über 150 Jahre. Denn zur bloßen Eröffnung ist ja kein geballtes Geschäfts-  
29 ordnungswissen vonnöten. Es wird sofort ein Versammlungspräsident gewählt, der ver-  
30 siert in der Sache ist. Auch deshalb ist Ihr Argument, der Dienstälteste müsse aus fachli-  
31 chen Gründen eröffnen, schlichtweg unsinnig, meine Damen und Herren.

32 Selbst die Presse, die uns ja nicht durchgängig gewogen ist, warnte, dass dieses Manöver  
33 gegen die AfD durchsichtig sei, und sprach von Lex AfD. Der „Tagesspiegel“ sprach von  
34 „Trickserei“. „Focus“ resümierte:

35 Die Entscheidung wirft kein gutes Licht auf die parlamentarische Kultur in Deutschland.

36 Recht hat er, meine Damen und Herren!

37 Wie groß, frage ich Sie, muss die Angst vor der AfD und ihren Wählern sein, wenn Sie  
38 zu solchen Mitteln greifen?

39 Deswegen fordere ich Sie auf: Kehren Sie um! Vertrauen Sie wie wir den bewährten  
40 Traditionen des deutschen Parlamentarismus! Stimmen Sie unserem Antrag zu!

41 Meine Damen und Herren, nehmen Sie zur Kenntnis: Der alte Bundestag, in dem Sie alles  
42 untereinander regeln und die Konkurrenz wegdrücken konnten wie hier bei der Frage des  
43 Alterspräsidenten, wurde abgewählt. Das Volk hat entschieden. Nun beginnt eine neue  
44 Epoche.

45 Von dieser Stunde an werden hier Themen neu verhandelt, nicht nur Ihre Manöver und  
46 Tricks bei der Geschäftsordnung, sondern künftig auch Euro, gigantische Schuldenüber-  
47 nahmen, riesige Einwanderungszahlen, offene Grenzen und immer brutalere Kriminalität  
48 auf unseren Straßen, meine Damen und Herren.

**Dr. Alice Weidel Bundestag November 2017 (AfD): AWB1117**

Quelle: <https://dserver.bundestag.de/btp/19/19002.pdf>

1 Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kolle-  
2 gen! ... nach der vertraglichen Regelung – zum Euro – gibt es keine Haftung der Gemeinschaft  
3 für Verbindlichkeiten der Mitgliedstaaten und keine zusätzlichen Finanztransfers. Das sind die  
4 Worte Helmut Kohls aus der Bundestagsdebatte vom 23. April 1998.

5 Die CDU-Wahlwerbung zur Europawahl 1999 proklamierte auf die Frage, ob Deutschland für  
6 die Schulden anderer Länder aufkommen müsste – ich zitiere –: Ein ganz klares Nein! Der  
7 Maastrichter Vertrag verbietet ausdrücklich, dass die Europäische Union oder die anderen EU-  
8 Partner für die Schulden eines Mitgliedstaates haften. So hat man es den Wählern versprochen.  
9 Kein Euro-Land darf für die Schulden eines anderen Mitgliedstaates haftbar gemacht werden:  
10 So steht es in den Verträgen. Dies war ein zwingender und elementarer Grundsatz bei der Grün-  
11 dung der Europäischen Währungsunion. Offensichtlich ist es Ihnen, die hier schon länger sit-  
12 zen, herzlich egal, was Sie den Bürgern versprechen; denn sonst hätten Sie nicht den fatalen  
13 Griechenland-Rettungspaketen und den diversen Rettungsschirmen zugestimmt.

14 Der deutsche Steuerzahler muss enorme Haftungsrisiken tragen und daneben mit seinem hart  
15 erarbeiteten Geld marode Banken und Staaten retten, weil diese schlecht gewirtschaftet haben.  
16 Als Dank schwindet sein Ersparnis durch die Negativzinspolitik dahin, und auch die Zukunft  
17 seiner Rente ist dadurch massiv gefährdet. Diese Politik ist unverantwortlich.

18 Was hier geschieht, ist nicht nur unmoralisch, es ist rechtswidrig. Artikel 123 des Vertrages  
19 über die Arbeitsweise der Europäischen Union verbietet die Finanzierung eines Staates durch  
20 die Zentralbank ausdrücklich. Auch das Bundesverfassungsgericht hat dies jüngst in einer Ent-  
21 scheidung bekräftigt. Die Bundesregierung scheinen Urteil und Verträge jedoch gar nicht inte-  
22 ressiert zu haben. Man bastelt lieber bereits in Hinterzimmern, um Debatten und Abstimmun-  
23 gen im Plenum zu umgehen. Ich frage Sie ganz ehrlich: Haben Sie alle eigentlich überhaupt gar  
24 kein Unrechtsbewusstsein mehr? Diesem nicht hinnehmbaren Zustand wird sich die AfD, die  
25 Alternative für Deutschland – und dafür sind wir angetreten –, mit aller Kraft entgegenstellen.  
26 Wir werden nicht widerspruchslos zusehen, wie man uns weiter vor vollendete Tatsachen stellt  
27 und die Bürger kalt enteignet.

28 Die Reden von Angela Merkel, Wolfgang Schäuble, Juncker und Emmanuel Macron lassen  
29 keinen Zweifel mehr daran, dass die geplante Marschroute des Euro-Raumes folgende ist: dau-  
30 erhafte Vergemeinschaftung der Schulden, ein Euro-Finanzminister mit einem eigenen Budget  
31 – hauptsächlich finanziert vom deutschen Steuerzahler, versteht sich – und ein eigenes Euro-  
32 Zonen-Parlament. Von Gewaltenteilung ist überhaupt gar keine Spur mehr.

33 Sehr geehrte Damen und Herren, das ist ein Skandal, und Sie haben das zu verantworten. Der  
34 Euro sollte dazu führen, dass Europa zusammenwächst. Von einem wahren Friedensprojekt  
35 sprach einst Helmut Kohl. Die traurige Wahrheit aber ist – und das wissen Sie alle –: Der Euro  
36 hat Europa auseinandergerissen. Die AfD-Fraktion bringt heute ihren ersten Sachantrag in den  
37 Deutschen Bundestag ein, sehr geehrte Damen und Herren. Wir wollen, dass das Verfassungs-  
38 und EU-Vertragsrecht, das Ihnen offensichtlich fremd ist, wieder eingehalten wird. So sieht es  
39 nämlich aus.

40 Wir wollen damit den Bürgern, den Steuerzahlern, den Sparern und den zukünftigen Generati-  
41 onen eine Stimme geben, die ihnen in den Jahren der unverantwortlichen Euro-Dauerrettung  
42 genommen wurde. Wir fordern deshalb, gegen sämtliche EZB-Beschlüsse zum munteren Geld-  
43 drucken und zur Vermögensvernichtung endlich Klage einzureichen. Die Anleihenkaufpro-  
44 gramme sind verfassungswidrig, und sie verstoßen gegen europäisches Vertragsrecht, sehr ge-  
45 ehrte Damen und Herren.

46 Dazu muss der ewigen Euro-Rettung mittels der TARGET2-Salden endlich ein Ende gesetzt  
47 werden. Mit dem Abnicken sämtlicher Pseudohilfsprogramme haben Sie, werte Damen und  
48 Herren der Fraktionen, die schon länger hier sitzen, unserem Staat und den deutschen Steuer-  
49 zahlern bereits einen immens hohen Schaden zugefügt. Damit muss endlich Schluss sein. Die  
50 Bürger haben es satt, eine abgehobene Politik der arroganten Gutsherrenart auszuhalten. Und  
51 es muss endlich wieder zur Rechtsstaatlichkeit zurückgekehrt werden. Dafür sind wir angetre-  
52 ten.

53 Vielen herzlichen Dank.



**Dr. Eberhardt Alexander Gauland Bundestag November 2017 (AfD): AGB1117**

Quelle: <https://dserver.bundestag.de/btp/19/19002.pdf>

1 Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

2 Um Afghanistan die Perspektive auf eine friedliche Zukunft zu eröffnen, sind Schritte zur Ver-  
3 hinderung erneuter Anarchie im öffentlichen Leben vordringlich. ... Daher sollten Sicherheit  
4 und Ordnung mit Unterstützung der internationalen Gemeinschaft gewährleistet ... werden.

5 Mit diesen Worten beantragte die Bundesregierung im Dezember 2001 das erste Mandat zur  
6 Entsendung deutscher Soldaten nach Afghanistan. Inzwischen dauert der Krieg dort bald 17  
7 Jahre an, und das, was als gutgemeinter Versuch begann, hat sich, um mit den Worten des  
8 Vorsitzenden des Deutschen Bundeswehr-Verbandes zu sprechen, als „Machbarkeitsillusion“  
9 entpuppt.

10 Mit dem vorliegenden Antrag der Bundesregierung, den Einsatz deutscher Soldaten in Afgha-  
11 nistan erneut zu verlängern, wird an diese Machbarkeitsillusion angeknüpft, anstatt endlich eine  
12 ehrliche Bilanz zu ziehen und das offensichtliche Scheitern des Westens am Hindukusch ein-  
13 zugestehen.

14 Die Befürworter des Mandats – das hat die Ministerin gerade wieder angesprochen – werden  
15 nicht müde, zu betonen, dass es in Afghanistan auch punktuelle Erfolge gegeben hat; das wird  
16 gar nicht bestritten. Sie sagen, dass es dort inzwischen Medien gibt, dass es Wahlen gibt, dass  
17 mehr Menschen Zugang zu Trinkwasser und Strom haben. Noch nicht gesagt worden ist – das  
18 wird noch kommen –, dass mehr afghanische Kinder die Schule besuchen. Meine Damen und  
19 Herren, das mag alles stimmen; aber das war gar nicht die Aufgabe der NATO und auch nicht  
20 die Aufgabe der Bundeswehr in Afghanistan.

21 Die Aufgaben waren die Herstellung von öffentlicher Sicherheit und Ordnung und die Reform  
22 des Sicherheitssektors.

23 Aber diese Machbarkeitsillusion ist an der Wirklichkeit gescheitert, und die Gesamtbilanz ist  
24 verheerend: Trotz der seit 2001 andauernden Versuche der internationalen Gemeinschaft,  
25 Rechtsstaatlichkeit und demokratische Strukturen zu etablieren, gehört Afghanistan zu den kor-  
26 ruptesten Ländern der Welt. Trotz der Bemühungen, den Opiumanbau zu unterbinden, der den  
27 Aufständischen als wesentliche Einnahmequelle dient, ist Afghanistan zum weltweit größten

28 Produzenten von Opium aufgestiegen. Trotz der umfangreichen und über 15 Jahre andauernden  
29 Ausbildung, Beratung und Unterstützung der afghanischen Sicherheitskräfte, trotz modernster  
30 Militärtechnologie aus dem Westen, Drohnenangriffen und Großoffensiven gibt es weder Be-  
31 siegte noch Sieger in diesem Krieg. Weite Teile des Landes sind eben nicht unter der Kontrolle  
32 der Regierung. Die Anzahl ziviler Opfer ist höher denn je, und noch immer fliehen Hunderttau-  
33 sende Afghanen innerhalb der Landesgrenzen und auch nach Deutschland. Im Jahr 2000 stellten  
34 rund 5 400 Afghanen einen Asylantrag in Deutschland. Im vergangenen Jahr, meine Damen  
35 und Herren, waren es 227 000 Asylanträge. Das sind 42-mal mehr als auf dem Höhepunkt der  
36 Herrschaft der Taliban.

37 Und jetzt, verehrte Bundesregierung und Frau Verteidigungsministerin, wollen Sie erneut deut-  
38 sche Soldaten zur Staatenrettung nach Afghanistan schicken, während afghanische Flüchtlinge  
39 auf dem Ku'damm Kaffee trinken, anstatt beim Wiederaufbau ihres Landes zu helfen.

40 Korruption, Drogen, Terroranschläge, Chaos und Flucht, das ist die Bilanz in Afghanistan. Im  
41 vorliegenden Antrag der Bundesregierung zur Verlängerung der Resolute Support Mission in  
42 Afghanistan heißt es: Aufgabe der Mission ist es, „die afghanischen nationalen ... Sicherheits-  
43 kräfte zu befähigen, ihrer Sicherheitsverantwortung nachzukommen“. Das, meine Damen und  
44 Herren, ist und bleibt eine Machbarkeitsillusion. Mehr noch: Es ist politischer Unsinn. Es ist  
45 der gleiche Unsinn wie die Aussage „Deutschlands Sicherheit wird am Hindukusch verteidigt“.

46 Nein, meine Damen und Herren, Deutschlands Sicherheit wird nicht am Hindukusch verteidigt,  
47 sondern an der deutschen und europäischen Außengrenze. Die AfD-Fraktion lehnt den Antrag  
48 der Bundesregierung deshalb ab.

**Jan Ralf Nolte Bundestag November 2017 (AfD): JNB1117**

Quelle: <https://dserver.bundestag.de/btp/19/19002.pdf>

1 Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Kollegen! Soldat wird man, um das Recht und die  
2 Freiheit des deutschen Volkes tapfer zu verteidigen. Legt man diesen Maßstab an die momen-  
3 tanen Einsätze unserer Streitkräfte an, dann muss man sich wundern, wohin dieses Hohe Haus  
4 unsere Soldaten entsendet und mit welchen Begründungen dies geschieht.

5 Die Operation Sea Guardian ist aber ein Mandat, bei dem sich ein Nutzen für unsere Bundes-  
6 republik erkennen lässt, auch wenn diesem Mandat die politische Zuarbeit fehlt, die es bräuchte,  
7 damit die Einsatzziele vollständig erreicht werden können.

8 Natürlich schützt es Deutschland, wenn Waffenschmuggel und Terrorismus im Mittelmeer-  
9 raum bekämpft werden. Die Operation Sea Guardian kann damit nicht nur Gewalt und Terror  
10 in Deutschland erschweren, sondern sie kann auch die Seehandelsrouten sicherer machen, was  
11 ebenfalls in unserem Interesse liegt. Viele sehr dynamische Konflikte sowie der sich ausbrei-  
12 tende Terrorismus verlangen von uns, die zur Verfügung stehenden Mittel auszuschöpfen, um  
13 die Sicherheit in Deutschland und Europa zu erhöhen. Auch im Lichte der Waffenfunde, zu  
14 denen es im Zuge von Operation Sophia kam, erscheint Sea Guardian sinnvoll. Deshalb möchte  
15 ich dazu aufrufen, endlich die richtigen Prioritäten zu setzen, wenn es um den Einsatz unserer  
16 Bundeswehr geht.

17 Jeden Monat erscheint eine Studie zu den größten Sorgen der Menschen in den Staaten dieser  
18 Welt. Zu den vier größten Sorgen der Deutschen – und die vertreten wir in diesem Parlament –  
19 zählen Gewalt und Kriminalität, Terror und eine unkontrollierte Zuwanderung. Wenn wir als  
20 Volksvertreter unseren Job ernst nehmen, dann haben wir gegen diese Bedrohungen vorzuge-  
21 hen.

22 Für die Verteidigungspolitik heißt das, sich auf Einsätze zu konzentrieren, die Europa und seine  
23 Peripherie schützen, und unsere Bundeswehr nicht zu einem Weltpolizisten zu machen. Dafür  
24 hat das Volk kein Verständnis.

25 Die Marine als kleinste Teilstreitkraft stößt an die Grenzen ihrer Leistungsfähigkeit, was wohl  
26 auch der Grund dafür ist, dass für dieses Mandat keine Kräfte eigens entsandt werden sollen.  
27 Es braucht daher endlich den politischen Willen, die Bundeswehr personell und materiell in die

28 Lage zu versetzen, solche wichtigen Einsätze vor den Toren Europas erfolgreich und mit dem  
29 richtigen Kräfteansatz zu bestreiten. Verteidigungspolitisch muss unser Fokus vor unserer  
30 Haustür liegen und nicht irgendwo in der weiten Welt.

31 Mehr noch als materielle und personelle Engpässe beeinträchtigt aber die Inkonsequenz derer,  
32 die diesen Einsatz 2016 auf den Weg gebracht haben, die Auftragsbefreiung unserer Soldaten.  
33 In der Antragsbegründung von 2016 wird auf die Eindämmung irregulärer Migration hingewie-  
34 sen. Die Bekämpfung von Schleusernetzwerken ist der Kernauftrag der Operation Sophia, die  
35 durch Sea Guardian unterstützt wird. Angesichts dieses Auftrages und der anhaltenden Armuts-  
36 migration nach Deutschland ist es ein Skandal, dass die Einsatzrealität unsere Bundeswehr zum  
37 Schlepper macht.

38 Selbstverständlich haben die Schleusernetzwerke erkannt, dass unsere Bundeswehr und die  
39 Streitkräfte unserer Partnerstaaten ihnen den Großteil des Weges abnehmen. Das Resultat die-  
40 ser Einsätze ist also, dass die Schlepperboote noch voller werden und dass sie noch weniger  
41 seetüchtig sind, da man sich auf die Rettung durch unsere Streitkräfte verlässt.

42 Seit Beginn der Operation Sophia haben Marinesoldaten über 21 000 Migranten nach Europa  
43 gebracht. Ich rufe jeden auf, der dieses Mandat als sinnvoll erachtet, konsequent zu sein und  
44 sich auf allen Ebenen für Abkommen einzusetzen, die es uns erlauben, die Migranten, die wir  
45 im Mittelmeer aufgreifen, nach Afrika zurückzubringen.

46 Obwohl man also an der Einsatzwirklichkeit von Sea Guardian viel kritisieren kann, werden  
47 wir der Überweisung an den Ausschuss zustimmen. Sea Guardian hat für uns das Potenzial,  
48 Deutschland und Europa zu schützen. Ich sage aber klar, dass unsere zukünftige Haltung zum  
49 Einsatz der Marine im Mittelmeer davon abhängen wird, ob endlich die Voraussetzungen dafür  
50 geschaffen werden, dass unsere Soldaten ihren Auftrag auch wirklich erfüllen können. Die Bun-  
51 deswehr muss ein Instrument der Rechtsstaatlichkeit sein. Sie darf von diesem Parlament nicht  
52 zum Helfer für Schlepper herabgewürdigt werden.

**Norbert Kleinwächter Bundestag November 2017 (AfD): NKB1117**

Quelle: <https://dserver.bundestag.de/btp/19/19002.pdf>

1 Herr Präsident! Werte Kollegen! Dieser Einsatz markiert nicht nur einen Tiefpunkt der Diplo-  
2 matie der Merkel-Regierung, dieser Antrag markiert auch einen Tiefpunkt ihres Verständnisses  
3 dessen, was Recht ist.

4 Wir sind uns einig: Der selbsternannte „Islamische Staat“ ist das Gegenteil unserer westlich-  
5 demokratischen Werte. Wir verurteilen die Gräueltaten dieses Terrorregimes aufs Schärfste.  
6 Diese Ideologie des IS muss bekämpft werden.

7 Der IS überhöht sunnitische Glaubensstraditionen ins Extreme. Er greift auf mittelalterliche  
8 Glaubenslehren zurück. Er nimmt den Koran wörtlich und erklärt die Scharia zum Gesetz. Das  
9 aber hat gemeinsame Ursprünge mit verwandten Glaubensrichtungen und strahlt auch auf sie  
10 aus. Nein, man kann nicht glaubwürdig den IS als Feind erkennen und zugleich pauschal ver-  
11 künden, der Islam gehöre zu Deutschland.

12 Dieser Antrag reiht sich in eine lange Liste von Beschlüssen ein, in denen die Merkel-Regierung  
13 das Recht bis zur Unkenntlichkeit dehnt und bricht: Beim Euro ignorieren Sie die Maastricht-  
14 Verträge, bei der Masseneimmigration das Dublin-Übereinkommen sowie das Grundgesetz und  
15 beim Einsatz gegen den IS nun das Völkerrecht. Hier in Deutschland verlieren Menschen ihre  
16 Stelle, wenn sie gegen einen Halbsatz ihres Arbeitsvertrages verstoßen, und Sie interpretieren  
17 gleich internationales Recht um.

18 Es ist schon abenteuerlich, was der Bundestag laut Antrag der Bundesregierung hier beschlie-  
19 ßen soll: Wir sollen feststellen, dass wir uns auf Artikel 51 der UN-Charta berufen. Da steht  
20 aber, dass das Recht auf Selbstverteidigung nur gilt, bis der Sicherheitsrat die zur Wahrung des  
21 Weltfriedens und der internationalen Sicherheit erforderlichen Maßnahmen getroffen hat. Zwei  
22 Jahre – zwei Jahre! – nach dem ersten Antrag berufen Sie sich immer noch auf diesen Quasi-  
23 Notwehr-Artikel für Frankreich und für den Irak, der zudem für den bewaffneten Angriff von  
24 Staaten gilt, aber nicht für Terroristen. So etwas können wir hier doch nicht feststellen. Oder  
25 wollen Sie indirekt den IS als Staat anerkennen? Da sage ich Ihnen: Das wollen und werden  
26 wir nicht.

27 Sie rechtfertigen militärische Gewalt mit der Resolution 2249 des Sicherheitsrates. Diese ent-  
28 hält aber keine Aufforderung zur militärischen Intervention nach Artikel 42 der UN-Charta, die  
29 völkerrechtlich notwendig wäre. Vielmehr betont sie politische Prozesse und die Souveränität  
30 aller Staaten. Sie aber verletzen die Souveränität Syriens, indem Sie dort ohne Einverständnis  
31 der Regierung und ohne UN-Mandat operieren, unter dem Vorwand, dass Syrien die Angriffe  
32 des IS auf den Irak nicht abhalten könne oder wolle. Syrien hat den Irak nicht angegriffen. Egal  
33 wie sehr Sie seine Regierung verabscheuen – seine Souveränität ist unantastbar. Sie brauchen  
34 das Einverständnis der Regierung oder ein UN-Mandat.

35 Ebenso konstruiert ist der Bündnisfall nach Artikel 42 Absatz 7 der EU-Verträge. Frankreich  
36 hat im Kampf gegen den IS in Syrien den Bündnisfall ausgerufen, nachdem es bereits zwei  
37 Monate Luftangriffe in Syrien geflogen hatte, und zwar auf Grundlage eines Terroranschlags,  
38 verübt von Belgiern und Franzosen. Kein einziges Mal wird der eigentlich einschlägige Artikel  
39 222 AEUV erwähnt, der explizit die europäische Hilfe bei Terroranschlägen regelt. Diese  
40 würde freilich nur in Frankreich und nicht sonst wo auf der Welt zulässig sein.

41 In was für einem Europa leben wir eigentlich, wo bewusst falsche Grundlagen verwendet wer-  
42 den, um das zu erreichen, was man sich gerade einbildet? Das ist nicht das Europa, das sich die  
43 Menschen in Deutschland wünschen, und das ist auch nicht das Europa, das wir Diktaturen und  
44 Islamisten in der Welt als positives Gegenbeispiel gegenüberstellen sollten.

45 Die AfD-Fraktion steht für Ehrlichkeit und Redlichkeit in der Politik. Mit uns wird nichts zu-  
46 rechtgebogen, meine Damen und Herren. Wir danken unseren Soldaten, die so tapfer unserem  
47 Land dienen und die so häufig von den etablierten Parteien vergessen werden – deswegen haben  
48 wir am Volkstrauertag die gelbe Schleife getragen. Die Soldaten verdienen völkerrechtlich ein-  
49 wandfreie Einsätze.

50 Der Antrag, den Sie hier vorgelegt haben, meine Damen und Herren, enthält so viele Falsch-  
51 aussagen, dass er der Überweisung in den Hauptausschuss nicht würdig ist. Machen Sie zu-  
52 künftig bitte Politik mit Anstand.

53 Danke.

**Steffen Kotré Bundestag Dezember 2017 (AfD): STB1217**

Quelle: <https://dserver.bundestag.de/btp/19/19004.pdf>

1 Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Der vorliegende Gesetzentwurf  
2 ist wieder ein Beispiel für „gut gemeint, aber schlecht gemacht“. Massenentlassungen müssen  
3 verhindert werden. Ja, das wollen wir auch. Das ist doch völlig klar. Die Mittel, die in diesem  
4 Gesetzentwurf stehen, sind aber falsch, untauglich und schädlich.

5 Sie sind untauglich, weil es zahlreiche Möglichkeiten geben würde, die Bestimmungen zu um-  
6 gehen, und schädlich, weil notwendige Anpassungsprozesse in Unternehmen dadurch verzögert  
7 würden. Die Arbeitnehmer würden in einer trügerischen Sicherheit gewiegt, langfristig sichere  
8 Arbeitsplätze zu haben.

9 Ein Verbot würde nur zur Kreativität verführen, Bilanzen anders darzustellen, als sie sind. Der  
10 Jahresabschluss lässt sich nun einmal verändern und manipulieren. Der Gewinn lässt sich drü-  
11 cken – je nachdem, wie man es braucht. Denken Sie bitte an die Bewertungsmethoden, die  
12 Abschreibungssystematik und ähnliche Dinge.

13 Massenentlassungen sind schon jetzt mit sehr hohen Hürden belegt: Sie müssen angekündigt  
14 werden, sie müssen mit dem Betriebsrat diskutiert werden, eventuell ist ein Sozialplan zu er-  
15 stellen, und sie sind bei der Agentur für Arbeit genehmigungspflichtig. Es gibt also einige In-  
16 strumente, die die sozialen Folgen ein wenig abmildern. Dirigistische Maßnahmen haben noch  
17 niemals geholfen. Der Gesetzentwurf ist mit heißer Nadel gestrickt. Das sieht man zum Beispiel  
18 daran, dass er erst gestern Abend vorlag. Wann, bitte sehr, ist die Auftragslage so, dass nicht  
19 mehr gekündigt werden darf? Was, bitte schön, ist eine anhaltend positive Ertragsituation?  
20 Wer befindet denn darüber? Woran ist das festzumachen? Und wie wird klar, dass eine Kündi-  
21 gung zur Gewinnmaximierung dient?

22 Sie wollen eine „die unternehmensinterne Entscheidungsfindung begleitende Untersuchung“  
23 der Arbeitsmarktfolgen. Sie wollen allen Ernstes ein privatrechtliches Unternehmen zu volks-  
24 wirtschaftlichen Untersuchungen zwingen. An dieser Stelle sage ich: Herzlich willkommen in  
25 der Planwirtschaft!

26 Dieser Gesetzentwurf atmet insgesamt den Geist einer sozialistischen, staatsdirigistischen Plan-  
27 wirtschaft. Die hatten wir schon einmal und wollen wir nicht noch einmal haben. Wir wollen

28 genau wie Sie, Die Linke, Massenentlassungen vermeiden. Doch eine gesetzliche Einschrän-  
29 kung setzt an den Symptomen an, nicht bei den Ursachen. – Zu dem „Wie denn?“ komme ich  
30 gleich.

31 Wie kommt es zu Massenentlassungen? Entweder macht das Management Fehler, oder die Un-  
32 ternehmen sind unseren schlechten Rahmenbedingungen ausgesetzt. Jetzt komme ich zu dem,  
33 was wir tun können, damit Massenentlassungen in der Zukunft der Vergangenheit angehören.  
34 Jahrelang ist die Bürokratie aufgebaut worden. Das ist ein Problem. Die Dokumentationsund  
35 Auskunfts-pflichten sind ausgeüfert. Da haben wir Stellschrauben. Die schädliche Energie-  
36 wende entzieht der Volkswirtschaft Milliarden von Euro.

37 Auch zum Beispiel in der Automobilindustrie finden staatsdirigistische Eingriffe statt. Die In-  
38 novationsfähigkeit der deutschen Wirtschaft lässt stark zu wünschen übrig. Im Steuersystem  
39 können wir auch noch mehr machen, damit Wagniskapital bereitgestellt wird.

40 Wir haben Fachkräftemangel, weil viele Bundesländer ihr Bildungssystem nicht mehr leis-  
41 tungsorientiert aufbauen und die Finanzierung mangelhaft ist. An diesen Stellschrauben müssen  
42 wir drehen. Nach meinem Eindruck hat sich hier mittlerweile stellenweise eine Verbots- und  
43 Alarmismuskultur entwickelt. An der Klimadiskussion sehen wir, wie wenig Sie sich bei der  
44 strategischen Ausrichtung der Wirtschaftspolitik an wissenschaftlich überprüfbare Kriterien  
45 halten. Da liegt der Hase im Pfeffer.

46 Weil Siemens heute schon angesprochen worden ist: Ich kann mir kein Urteil über das Manage-  
47 ment von Siemens erlauben, aber eines weiß ich: Die Kraftwerkssparte war mal prosperierend.  
48 Warum ist sie das nicht mehr? Wegen der schädlichen Energiewende.

49 Das sind staatsdirigistische Eingriffe, die dazu geführt haben, dass wir das Risiko der Massen-  
50 entlassung haben. Das ist die Wahrheit. Vor diesem Hintergrund sollten wir die Leistungsfä-  
51 higkeit der deutschen Wirtschaft mehr ausspielen. Wir sollten mehr soziale Marktwirtschaft  
52 wagen. Da müssen wir hinkommen, da liegt der Hase im Pfeffer.

53 Vielen Dank.